

Bundesamt für Strahlenschutz

Genehmigungsunterlagen

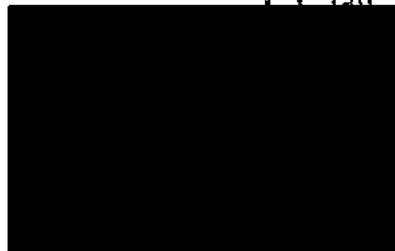
Konrad

EU 492

Gesamte Blattzahl dieser Unterlage: 323 Blatt

Die Übereinstimmung der ~~vorstehenden~~
Abschrift - ~~auszugsweisen Abschrift~~ -
~~Fotokopie~~ - mit der Urschrift wird beglaubigt.

Hannover, den 15 Jan 98



DECKBLATT

	Projekt	PSP-Element	Obj. Kenn.	Aufgabe	UA	Lfd. Nr.	Rev.
	N A A N	N N N N N N N N N N	N N N N N N	X A A X I	A A	N N N N	N N
EU 492	9K		---	FB	RB	0011	00

Titel der Unterlage: Schachtanlage Konrad 1
Zuwegung

Seite:
I.


Stand:
13.07.94

Ersteller: BfS/Z 2.2/ [Redacted]

Textnummer:

Stempelfeld:

Unterlage stimmt
mit Original überein!



Archiv Peine

Datum: 17.10.1994

Unterschrift: [Redacted]

PSP-Element TP.....:

zu Plan-Kapitel:

[Redacted]

[Redacted]

PL

[Redacted]

Freigabe für Behörden

PL

[Redacted]

Archiv
Freigabe im Projekt

Diese Unterlage unterliegt samt Inhalt dem Schutz des Urheberrechts sowie der Pflicht zur vertraulichen Behandlung auch bei Beförderung und Vernichtung und darf vom Empfänger nur auftragsbezogen genutzt, vervielfältigt und Dritten zugänglich gemacht werden. Eine andere Verwendung und Weitergabe bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des BfS.

Revisionsblatt

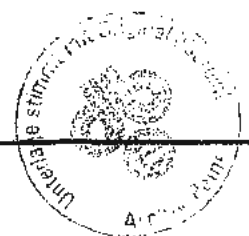
002

BFS

EU 492	Projekt	PSP-Element	Obj. Kenn.	Aufgabe	UA	Ud. Nr.	Rev.
	H A A N	N N N N N N N N N N	N N N N N N	X A A X X	A A	N N N N	N N
	9K		---	FB	RB	0011	00

Titel der Unterlage: Schachtanlage Konrad 1 Zuwegung	Seite: II.
	Stand: 13.07.94

Rev.	Revisionsst. Datum	verant. Stelle	Gegenzeichn. Name	rev. Seite	Kat. *)	Erläuterung der Revision



*) Kategorie R = redaktionelle Korrektur
 Kategorie V = verdeutlichende Verbesserung
 Kategorie S = substantielle Änderung
 Mindestens bei der Kategorie S müssen Erläuterungen angegeben werden.

SCHACHTANLAGE KONRAD 1

ZUWEGUNG

SALZGITTER, 13.07.1994

Projekt	PSP-Element	Obj Kenn	Funktion	Komb	Beogr	Aufgabe	UA	Lfd Nr	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNNNNN	NNAAAANN	AANNA	AANN	XAAXX	AA	NNNN	NN
9K			ZZA			FB	MA0001	00	



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Deckblatt	I
Revisionsblatt	II
Inhaltsverzeichnis	III
Anlagenverzeichnis	IV
1. Problemstellung	1
2. Rechtslage	1
3. Ergebnis:	3
Gesamtzahl der Unterlage:	297



ANLAGENVERZEICHNIS

005

Anlage 1:
Lageplan Schachtanlage Konrad 1

Anlage 2:
Amtsblatt der Stadt Salzgitter vom 11. 09. 1987

Anlage 3:
Eintragungsbewilligung für Grundbuch Blatt 149

Anlage 4:
Eintragungsbewilligung für Grundbuch Blatt 170

Anlage 5:
Eintragungsantrag der Stadt Salzgitter vom 23. 10.1990

Anlage 6:
Grundbuchauszug Abt. II für Blatt 145

Anlage 7:
Text des Rezeß von Bleckenstedt in deutscher Schrift

Anlage 8:
Text des Rezeß von Bleckenstedt in lateinischer Schrift

Anlage 9:
Foto der Brillon-Charte der Gemeinheit Bleckenstedt

Anlage 10:
Fotoausschnitt der Dorflage Bleckenstedt

Anlage 11:
Fotoausschnitt des heutigen Schachtgeländes

Anlage 12:
Wegeordnung Braunschweig von 1840

Anlage 13:
Änderung der Wegeordnung von 1851

Anlage 14:
Gesetz über das Separationsverfahren von 1887



Anlage 15:
Urteil des OLG Braunschweig vom 16.03.1896

Anlage 16:
Wegeordnung Braunschweig von 1899

Anlage 17:
Gesetz über Stimmrecht in Realgenossenschaften

Anlage 18:
**Urteil des Verwaltungsgerichtshof Braunschweig
vom 21.12.1932**

Anlage 19:
Flurbereinigungsgesetz von 1954

Anlagen 20 - 22:
1. RdErl. d. Nds. MfWuV vom 21.03.1967
2. RdErl. d. Nds. MfWuV vom 05.09.1967
3. RdErl. d. Nds. MfWuV vom 28.06.1968

Anlage 23:
RdErl d. MfELuF vom 10.12.1969

Anlage 24:
Gem. RdErl d. Nds MfELuF u. d. Nds MdI vom 29.04.1970



1. Problemstellung

Die in Bleckenstedt ansässigen Landwirte vertreten die Auffassung, daß es sich bei dem zur Schachanlage Konrad 1 führenden Weg um einen Privatweg zur ausschließlich landwirtschaftlichen Nutzung handelt. Deshalb sei die bauordnungsrechtliche Erschließung der Schachanlage nicht gesichert, mit der Folge, daß Baugenehmigungen nicht erteilt und damit auch kein Planfeststellungsbeschluß ergehen kann.

2. Rechtslage

Zwischen den Parteien, d.h. der Preussag-Vermögensverwaltungsgesellschaft (PVG), der Stadt Salzgitter, den Landwirten und auch dem BfS ist unstrittig, daß es sich bei dem Feldweg bestehend aus den Flurstücken 51/2 und 51/3 der Flur 3 der Gemarkung Bleckenstedt um einen Privatweg handelt.

Es war zu klären, wer zur Nutzung des Weges berechtigt ist.

Im Grundbuch von Bleckenstedt Blatt 170 ist der Weg eingetragen. Eigentümer ist die Feldinteressentschaft Bleckenstedt, deren Recht nach einem Aufgebotsverfahren 1976 festgestellt und eingetragen wurde.

Die Mitgliedschaft in der Feldinteressentschaft richtet sich nach den §§ 6 Abs. 2 Ziffern 1 bis 3 des Nds. Realverbandsgesetz.

§ 6 Abs. 1 RealverbandsG bestimmt, daß Mitglied eines Realverbandes ist, wer Inhaber eines Verbandsanteiles ist. Sodann bestimmt der Abs. 2, wem Verbandsanteile zustehen:

Ziffer 1 - bei Realverbänden, die bereits eine Satzung vor Inkrafttreten des RealverbandsG hatten, den bisherigen Mitgliedern,

Ziffer 2 - nicht einschlägig

Ziffer 3 - den Eigentümern der im Auseinandersetzungsgebiet belegenen Grundstücke

zu Ziffer 1:

Die Feldinteressentschaft Bleckenstedt (kurz: FIB) hatte bereits lange vor dem 2. Weltkrieg eine Satzung basierend auf dem Gesetz über die Realgenossenschaften vom 26. Mai 1896.



1951 wurde die alte Satzung aufgehoben und durch eine neue ersetzt, die 1972 dem RealverbandsG vom 04.11.1969 angepaßt worden ist. Diese enthält jedoch keinerlei Regelung über die Mitgliedschaft. Es war deshalb festzustellen, ob die PVG bzw. ihre Rechtsvorgänger schon Mitglieder des Realverbandes gewesen sind.

Die ERZBERGBAU AG, Rechtsvorgängerin der PVG, wurde und wird bis heute als Mitglied in der Mitgliederliste der Feldinteressentschaft Bleckenstedt geführt.

Aus den Materialien des Nds. Landtages zur Verabschiedung des RealverbandsG ergibt sich, daß ein Vielzahl von Grundstückseigentümer bis 1969 überhaupt nicht wußten, daß sie mit ihren Grundstücken zu einem Realverband, hier Interessentschaft, gehörten, so daß die Intension des Gesetzes u.a. dahin ging, daß ein vollständiger Status aller Realverbände in Niedersachsen geschaffen werden sollte. Deshalb wurden mit Inkrafttreten des RealverbandsG alle an den sogenannten General- und Spezialteilungen des vergangenen Jahrhunderts beteiligten Grundstücke automatisch Mitglieder eines Realverbandes, allerdings mit der Möglichkeit die eigene Entlassung aus dem Verband beantragen zu können.

Da sich die Grundstücke eigentumsrechtlich nicht mehr in dem Zustand es Rezeses befinden, war zunächst ein Identifizierungsverfahren durchzuführen, daß bis zum Rezeß von Bleckenstedt im Jahre 1845/53/62 zurückreichte. Es ist heute der Nachweis geführt, daß alle die Schachtanlage ausmachenden Grundstücke im Rezeß berücksichtigt worden sind. Weiter ist der Nachweis über die zwischenzeitlich erfolgten Eigentümerwechsel und Teilungen vollständig in Bezug auf die Grundstücke des Schacht Konrad 1 geführt.

Mit dem Gesetz "betreffend die durch Auseinandersetzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten" vom 2. April 1887 sollte bereits ein einheitlichere Regelung der Realgenossenschaften unterschiedlichster Prägung erfolgen. Die Gerichte insbesondere das OLG Braunschweig, zu dessen Bezirk auch die "Gemeinheit" Bleckenstedt gehörte, hat sich in mehreren Entscheidung dahin festgelegt, daß durch die Rezesse Zwangsmitgliedschaften in Realgenossenschaften und Interessentschaften allein aufgrund der Belegenheit des Grundstücks entstanden sind.

Damit wurden auch die Grundstücke "Konrad 1" Mitglied der Interessentschaft. Daran hat sich auch nichts geändert, denn erst in der Zeit von 1957 - 1963 hat Preussag die Grundstücke, die bis dahin landwirtschaftlich genutzt waren erworben. Zu keiner Zeit wurde eine Entlassung von einer der Preussag-Gesellschaften beantragt und einen Ausschluß eines Mitgliedes sieht keines der Gesetze vor.



Da die PVG als derzeitiger Eigentümer der Grundstücke Mitglied im Realverband ist, kann sie auch die Nutzungsrechte nach § 7 RealverbandsG an dem Weg für sich in Anspruch nehmen. Diese sind nach allgemeiner Auffassung nicht zu beschränken, es sei denn, derjenige, der den Weg im Übermaß nutzt, ist nicht bereit, erhöhte Unterhaltsbeiträge zu entrichten.

Die ERZBERGBAU AG hat mit Schreiben vom 24.06.1957 der Feldinteressentschaft Bleckenstedt den Inhalt einer mündlichen Vereinbarung bestätigt, den unbefestigten Feldweg mit einer Schwarzdecke zu versehen, die Überfahrten für die Landwirte einzurichten und den Weg zu unterhalten.

Eine Beschränkung der Nutzungsmöglichkeit ergibt sich auch nicht aus Gesetzen, Verordnungen und Runderlassen.

Nach nunmehr 30-jähriger Übung ist zusätzlich von einem Gewohnheitsrecht auszugehen, weil die Weganlieger seit Einrichtung der Schachtanlage Konrad 1 den Weg ständig gemeinsam nutzen.

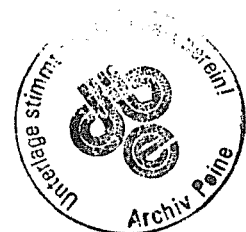
3. Ergebnis

Die Schachtanlage Konrad 1 ist über den Feldinteressentenweg bauordnungsrechtlich erschlossen, die Zuwegung ist somit als gesichert anzusehen.



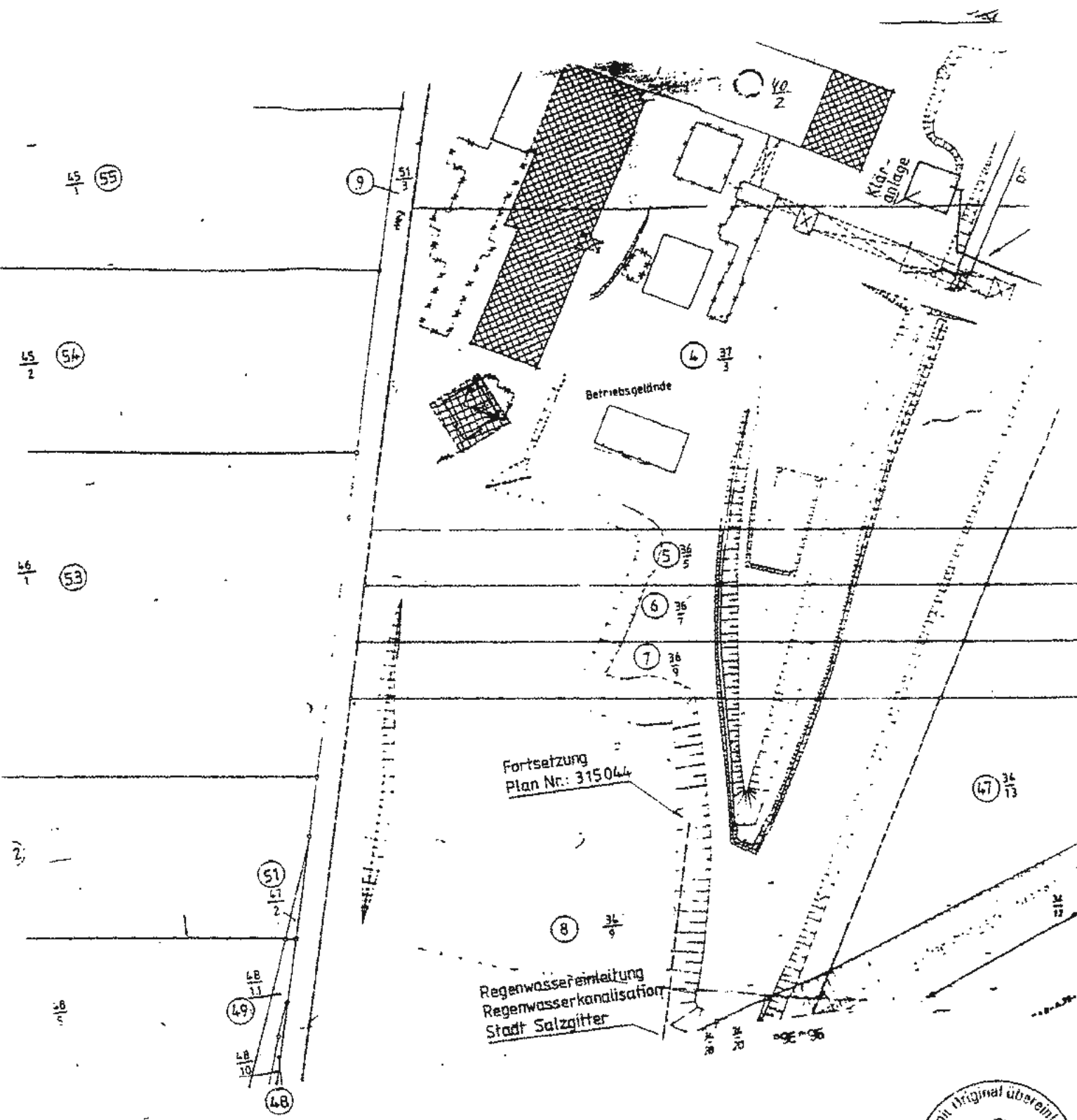
010

Anlage 1:
Lageplan Schachtanlage Konrad 1



011

42
1



Fortsetzung
Plan Nr.: 315044

Regenwassereinführung
Regenwasserkanalisation
Stadt Salzgitter

Anlage Nr. 1

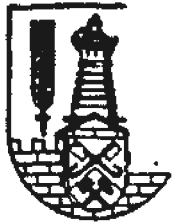


012

Anlage 2:

Amtsblatt der Stadt Salzgitter vom 11. 09. 1987





8
~~Salzgitter AG~~ 01 A
 RWB / Archiv
 GV

013

Amtsblatt

für die Stadt Salzgitter

Nummer 24

Salzgitter, den 11. September 1987

14. Jahrgang

Inhalt

Nr.	Amtl. Bekanntmachungen	Seite	Nr.	Amtl. Bekanntmachungen	Seite
177	5. Nachtrag zum Anhang der Satzung der AOK Salzgitter	157		Öffentliche Zustellung	
			180	für Herrn Harry Surek	161
178	Einziehung der Zufahrtsstraße zu Schacht Konrad	157	181	für Herrn Matthijs Lam	161
179	Bekanntmachung von freigegebenen Bauten ...	159		Nr. Nichtamtl. Bekanntmachungen	Seite
			182	Nachruf für Herrn Alois Brinschwitz	162

Amtl. Bekanntmachungen

177

5. Nachtrag zum Anhang der Satzung der AOK Salzgitter

Die Bezirksregierung Braunschweig - Oberversicherungsamt - hat den von der Vertreterversammlung - LFZG am 15.06.1987 verabschiedeten 5. Nachtrag zum Anhang der Satzung der AOK Salzgitter am 20. Juli 1987 genehmigt.

Die Änderungen des Anhanges zur Satzung mit einem 5. Nachtrag betreffen die §§ 7 Abs. 1 und 9 Abs. 1 Nr. 1.

Der Umlagesatz in der Lohnfortzahlungsversicherung (U1) wurde mit 2,7% dem Finanzbedarf angepaßt. Der Erstattungssatz beträgt i. V. m. § 9 Abs. 1 Nr. 4 nun maximal 70%.

Die Änderungen treten ab 1. August 1987 in Kraft.

Die Satzung mit Anhang kann bei nachstehenden Dienst-/Geschäftsstellen während der Öffnungszeiten eingesehen werden:

Stadt Salzgitter
 Versicherungsamt
 Lichtenberger Straße 2a
 3320 Salzgitter 1

AOK Salzgitter
 Hauptgeschäftsstelle
 Kaiserstraße 8
 3320 Salzgitter 51

AOK Salzgitter
 Geschäftsstelle
 Alb.-Schweitzer-Str. 1
 3320 Salzgitter 1.

22. Sep. 1987

178

Einziehung

In der Gemarkung Salzgitter-Bleckenstedt, Regierungsbezirk Braunschweig, wird die Zufahrtsstraße zu Schacht Konrad (Flur 3, Flurstücke 37/6, 36/13, 36/18, 36/22, 34/12, 34/19, 34/20, 34/21, 34/28 und 34/29) als Gemeindestraße mit Wirkung vom 1. Juli 1986 gem. § 8 Niedersächsisches Straßengesetz eingezogen.

Die Einziehung dieser Straßenfläche als Gemeindestraße hat der Rat der Stadt Salzgitter in seiner Sitzung am 26. August 1987 beschlossen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die Verfügung ist der Rechtsbehelf des Widerspruchs gegeben. Der Widerspruch ist innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung der Verfügung im „Amtsblatt für die Stadt Salzgitter“ schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Salzgitter, Tiefbauamt - Verwaltungsabteilung - in Salzgitter-Lebenstedt, Rathaus, Joachim-Campe-Straße 2-8, zu erheben.

Das Widerspruchsverfahren ist nach der Satzung der Stadt Salzgitter über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) vom 10. Dezember 1975 („Amtsblatt für die Stadt Salzgitter“ S. 160) kostenpflichtig, falls der Widerspruch ganz oder teilweise abgewiesen wird.

Stadt Salzgitter
 - als Träger der Straßenbaulast -

Anlage Nr. 2/1 Plan siehe nächste Seite.



Gegen die Viehweide

Rollenkamp

Schacht
Konrad

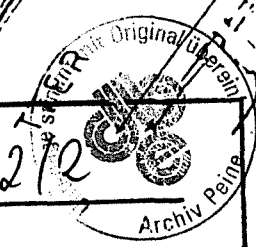
Zufahrt v. d. K 12
zum Schacht Konrad 1

SALZG-
BLECKENSTEDT



IB K 36

IA K 14



Anlage Nr. 272

015

Anlage 3:

Eintragungsbewilligung für Grundbuch Blatt 149



Eintragungsbewilligung

016

117

Die Stadt Salzgitter räumt als Eigentümerin der im Grundbuch von Bleckenstedt Band 6 Blatt 145 eingetragenen Grundstücke

Gemarkung	Flur	Flurstück	lfd. Nr. BVZ
Bleckenstedt	3	34/29	93 ✓
Bleckenstedt	3	34/28	92 ✓
Bleckenstedt	3	34/21	85 ✓
Bleckenstedt	3	34/20	84 ✓
Bleckenstedt	3	34/19	83 ✓
Bleckenstedt	3	34/12	241 ✓
Bleckenstedt	3	36/22	251 ✓
Bleckenstedt	3	36/18	247 ✓
Bleckenstedt	3	36/13	230 ✓
Bleckenstedt	3	37/6	233 ✓
Bleckenstedt	3	37/4	231 ✓

- im nachstehenden "dienendes Grundstück" genannt -
den jeweiligen Eigentümern der Grundstücke

Gemarkung	Flur	Flurstück	Grundbuch von	Band	Blatt	BVZ
Bleckenstedt	3	34/9	Bleckenstedt	6	149	14 ✓
Bleckenstedt	3	36/5	Bleckenstedt	6	149	5 ✓
Bleckenstedt	3	36/7	Bleckenstedt	6	149	8 ✓
Bleckenstedt	3	36/9	Bleckenstedt	6	149	7 ✓
Bleckenstedt	3	37/3	Bleckenstedt	6	149	4 ✓
Bleckenstedt	3	39/6	Bleckenstedt	6	149	16 ✓
Bleckenstedt	3	40/2	Bleckenstedt	6	149	6 ✓
Bleckenstedt	3	42/1	Bleckenstedt	6	149	10 ✓

- im nachstehenden "herrschende Grundstücke" genannt -
folgendes Recht ein:

Der jeweilige Eigentümer der herrschenden Grundstücke darf das dienende Grundstück jederzeit zum Gehen und Fahren mit Fahrzeugen und Kraftfahrzeugen, mit denen eine öffentliche Straße befahren werden darf, für den Verkehr von und zu den herrschenden Grundstücken benutzen.

Der jeweilige Eigentümer der herrschenden Grundstücke darf seinem Personal und anderen Personen das Gehen und Fahren über das dienende Grundstück mit vorgenannten Fahrzeugen gestatten, um auf die herrschenden Grundstücke zu gelangen.

Die Stadt Salzgitter bewilligt und beantragt hiermit die Eintragung der von ihr vorstehend eingeräumten Grunddienstbarkeiten im Grundbuch. Der Wert der Grunddienstbarkeit wird mit DM 1.000,- angegeben.

Salzgitter, den 27.9.1990
Stadt Salzgitter



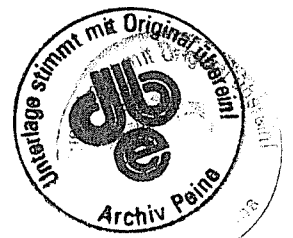
Anlage Nr. 3

35



017

Anlage 4:
Eintragungsbewilligung für Grundbuch Blatt 170



Die Stadt Salzgitter räumt als Eigentümerin der im Grundbuch von Bleckenstedt Band 6 Blatt 145 eingetragenen Grundstücke

Gemarkung	Flur	Flurstück	lfd. Nr. BVZ
Bleckenstedt	3	34/29	93 ✓
Bleckenstedt	3	34/28	92 ✓
Bleckenstedt	3	34/21	85 ✓
Bleckenstedt	3	34/20	84 ✓
Bleckenstedt	3	34/19	83 ✓
Bleckenstedt	3	34/12	241 ✓
Bleckenstedt	3	36/22	251 ✓
Bleckenstedt	3	36/18	247 ✓
Bleckenstedt	3	36/13	230 ✓
Bleckenstedt	3	37/6	233 ✓
Bleckenstedt	3	37/4	231 ✓

- im nachstehenden "dienendes Grundstück" genannt -
den jeweiligen Eigentümern der Grundstücke

Gemarkung	Flur	Flurstück	Grundbuch von	Band	Blatt	BVZ
Bleckenstedt	3	51/2	Bleckenstedt		170	6 54
Bleckenstedt	3	51/3	Bleckenstedt		170	

- im nachstehenden "herrschende Grundstücke" genannt -
folgendes Recht ein:

Der jeweilige Eigentümer der herrschenden Grundstücke darf das dienende Grundstück jederzeit zum Gehen und Fahren mit Fahrzeugen und Kraftfahrzeugen, mit denen eine öffentliche Straße befahren werden darf, für den Verkehr von und zu den herrschenden Grundstücken benutzen.

Der jeweilige Eigentümer der herrschenden Grundstücke darf seinem Personal und anderen Personen das Gehen und Fahren über das dienende Grundstück mit vorgenannten Fahrzeugen gestatten, um auf die herrschenden Grundstücke zu gelangen.

Die Stadt Salzgitter bewilligt und beantragt hiermit die Eintragung der von ihr vorstehend eingeräumten Grunddienstbarkeiten im Grundbuch. Der Wert der Grunddienstbarkeit wird mit DM 1.000,-- angegeben.

Salzgitter, den 17.9.1990

Stadt Salzgitter

Der Oberstadtdirektor



Anlage Nr. 4

35



019

Anlage 5:
Eintragungsantrag der Stadt Salzgitter vom 23. 10.1990



STADT SALZGITTER
DER OBERSTADTDIREKTOR



199

Postanschrift: Stadt Salzgitter · Postfach 100680 · 3320 Salzgitter 1

020

Amtsgericht Salzgitter
Grundbuchamt

Amtsgericht Salzgitter
Anf. fach Bd.Akt
Eins 24. OKT. 1990 Uhr
DM KostM./Scheck/GKST.
H.M. Anf. P. Oberst. A

Dienststelle	
Liegenschaftsamt	
Auskunft erteilt	Zimmer
[Redacted]	408

3320 Salzgitter

Datum und Zeichen Ihres Schreibens
04.10.90

Mein Zeichen



Datum
23. Okt. 1990

Grundbuch von Salzgitter-Bleckenstedt Band 6 Blatt 145

Sehr geehrte Damen und Herren!

In der o.a. Grundbuchsache beantrage ich gem. § 1 (1) 2 Nieders. Gebührenbefreiungsgesetzes Gebührenbefreiung.

Der vorletzte Absatz der eingereichten Dienstbarkeitsbewilligung vom 17.09.1990 hat nur schuldrechtlichen Charakter und soll nicht als Inhalt der Dienstbarkeit eingetragen werden.

Die in der Eintragungsbewilligung genannten Berechtigten sollen als Gesamtberechtigte gem. § 428 BGB eingetragen werden.



Anlage Nr. 51A



BANKKONTEN DER STADTKASSE SALZGITTER:

Nordd. Landesbank, Salzgitter-Lebenstedt, (BLZ 250 500 00) Kto.-Nr. 3 603 806
Sparkasse des Landkreises Goslar in Salzgitter-Bad, (BLZ 268 516 20) Kto.-Nr. 918
Deutsche Bank AG, Salzgitter-Lebenstedt, (BLZ 270 727 36) Kto.-Nr. 3157021 00
Volksbank Salzgitter, (BLZ 270 900 77) Kto.-Nr. 504 043

Bank für Gemeinwirtschaft AG, Salzgitter, (BLZ 270-101 11) Kto.-Nr. 10 93 00 24 00
Dresdner Bank AG, Salzgitter-Lebenstedt, (BLZ 270 600 60) Kto.-Nr. 06 004 891 00
Postgrosbank Hannover, (BLZ 250 100 30) Kto.-Nr. 60 13-300

115

STADT SALZGITTER
DER OBERSTADTDIREKTOR



021

Kurzmitteilung

Postanschrift Stadt Salzgitter Postfach 10 06 80 3320 Salzgitter I

*Amtsgericht Salzgitter
- Grundbuchamt -*

3320 Salzgitter

Dienststelle
Gemeinschaftsamt

Amtsgericht Salzgitter
Ant. fach Bd.A
Eing. 1 9. SEP. 1990
.....DM KostM./Scheck/GKS
.....Heft Amtsz. Nr. Ober...
2

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Datum
28.9.90

Betr.: *Grundbuch von SZ-Bleckenstedt Bl. 745*

Beim Empfänger
eingegangen am
14 Uhr 30
Anlagen

Die beigefügten Unterlagen übersende ich mit der Bitte um

- Kenntnisnahme
- Auswertung
- Ausfüllung
- weitere Veranlassung
- Prüfung
- Stellungnahme
-

Die beigefügten Unterlagen

- sende ich zurück
- übersende ich zum Verbleib

weitere Mitteilungen: *Unter Bezugnahme auf die beigefügten
Eintragungsbewilligungen beantrage ich die Eintragung
der Grundbuchanteile in das o.g. Grundbuch.*

Anlage Nr. 512

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



0-Nr. 35

Anlage 6:
Grundbuchauszug Abt. II für Blatt 145

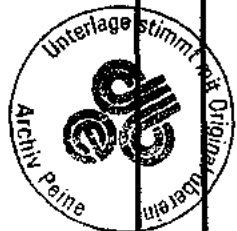


Amtsgericht **Salzgitter** Grundbuch von **Sz-Bleckenstedt** Band **6** Blatt **145** Zweite Abteilung

Laufende Nummer der Eintragungen	Laufende Nummer der betroffenen Grundstücke im Bestandsverzeichnis	Lasten und Beschränkungen
1	2	3
61	169	Beschränkte persönliche Dienstbarkeit (Recht zur Überspannung mit einer Hochspannungsfreileitung und zur Aufstellung von Masten mit Bau- und Anpflanzungsbeschränkung im Freileitungsbereich) für die Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke AG mit dem Sitz in Helmstedt. Unter Bezugnahme auf die Bewilligung vom 20. August 1986 eingetragen am 4. September 1986.
62	288,289	Leitungsrecht für den jeweiligen Eigentümer des Flurstücks 52/2 der Flur 3 der Gemarkung Hallendorf. Unter Bezugnahme auf das Ersuchen der Flurbereinigungsbehörde vom 9. Juli 1986 eingetragen am 20. Februar 1987.
63	83,84,85, 92,93,230, 231,233, 241,247, 251	Geh- und Fahrrecht für den jeweiligen Eigentümer des Grundstücks Gemarkung Bleckenstedt Flurstücke 51/2 und 51/3 der Flur 3, eingetragen im Grundbuch von Salzgitter-Bleckenstedt Blatt 170. Gemäß Bewilligung vom 17. September/23. Oktober 1990 im gleichen Range mit dem Recht Abt. II Nr. 64 eingetragen am 31. Oktober 1990.
64	83,84,85, 92,93,230, 231,233, 241,247, 251	Geh- und Fahrrecht für den jeweiligen Eigentümer der Grundstücke Gemarkung Bleckenstedt Flur 3 Flurstücke 34/9, 36/5, 36/7, 36/9, 37/3, 39/6, 40/2, 42/1 (eingetragen im Grundbuch von Bleckenstedt Blatt 149), als Gesamtberechtigte gemäß § 428 BGB. Gemäß Bewilligung vom 17. September/23. Oktober 1990 im gleichen Range mit dem Recht Abt. II Nr. 63 eingetragen am 31. Oktober 1990.
65	295,296	Pflicht zur Duldung von Einwirkungen auf das belastete Grundstück und Verzicht auf Schadenersatz für die Salzgitter Erzbergbau AG in Salzgitter-Bad. Unter Bezugnahme auf die Bewilligung vom 19. November 1965 im gleichen Range mit den Rechten Abteilung II Nr. 66 und 67 eingetragen am 01. März 1966 und von Blatt 258 hierher zur Mithaft übertragen am 21. April 1992.

Antage Nr. _____

6



024

Anlage 7:
Text des Rezeß von Bleckenstedt in deutscher Schrift



025

*Brouillon Charte
von der im herzogl. Amte Salder
belegenen Feldmark
Bleckenstedt*

*vermessen und chartiert
im Jahre 1845
durch den L. O. Conducteur*

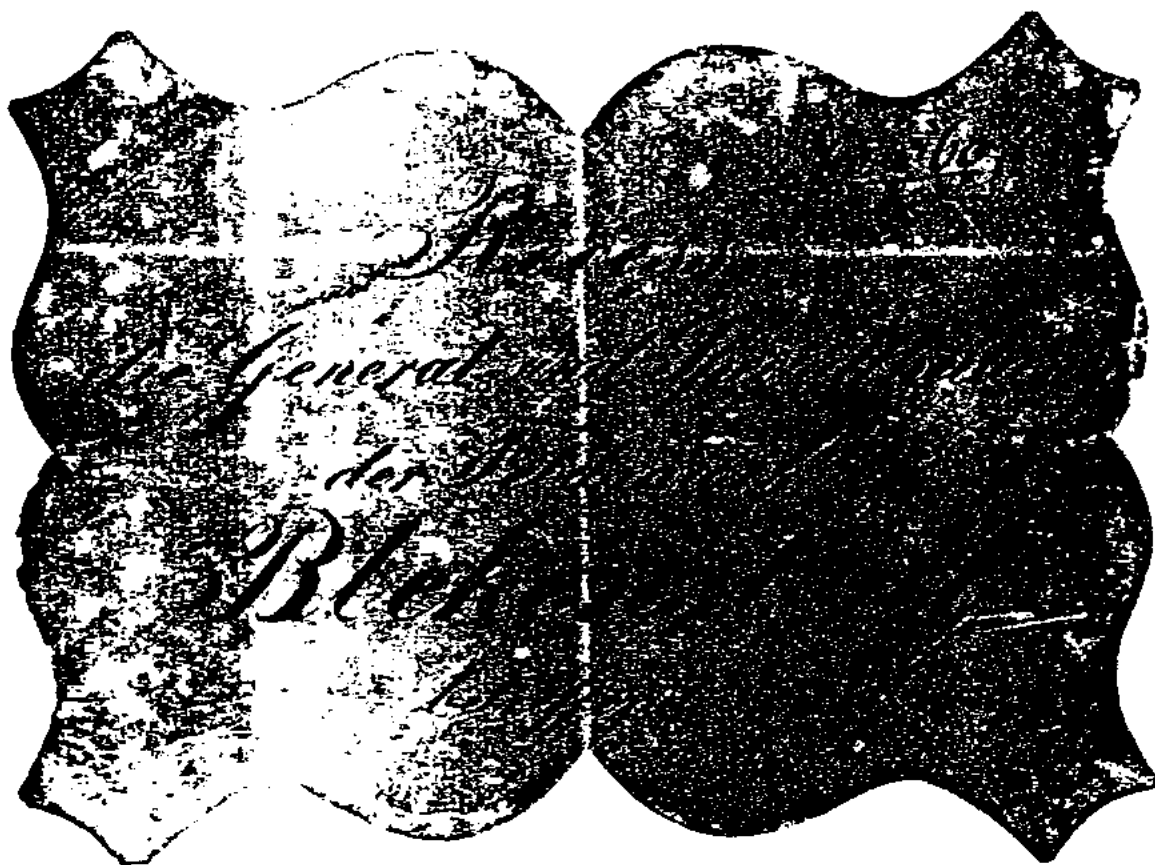
Anlage Nr. 711

*revidiert in Bezug auf die Plantheilung
und richtig befunden*

Helmstedt, 16. April 1860

Der Landes-Oeconomie - Conducteur





Anlage Nr. 7/2



Rechnung

der

General- und Specialrechnung über
Sachsen

Blekenstedt

be treffend.

Anlage Nr. 7/3



S.S.

R. K. P. -

028

Anlage Nr. 714

100

	Einleitung.	1
1	Zustand der Kolonialverwaltung.	8
2	Landwirtschaft im Distrikt Blekenstedt.	9
3	Erziehung im Distrikt Blekenstedt und Communion. Aufsicht, nächst, wie für die Kolonialverwaltung bestanden.	9
4	Rechtsprechung und Verwaltung.	13
5	Abrechnung der Verwaltung.	13
6	Kolonialverwaltung unter der Generalverwaltung.	14
7	Bestimmungen der Verwaltungsmassnahmen und der Verwaltungsmassnahmen in Bezug auf die Civil. Regu- lationen.	15
8	Bestimmungen der Verwaltungsmassnahmen, welche auf die Verwaltungsmassnahmen und die Vollstreckung sich beziehen sind.	21
9	Bestimmung der Verwaltungsmassnahmen.	23
10	Bestimmungen der Verwaltungsmassnahmen.	27
11	Bestimmung der Vollstreckung der Verwaltungsmassnahmen.	27
12	Bestimmung der Verwaltungsmassnahmen.	32
13	Bestimmung der Verwaltungsmassnahmen.	33
14	Bestimmung der Verwaltungsmassnahmen.	92
15	Bestimmung der Verwaltungsmassnahmen.	96
16	Bestimmung der Verwaltungsmassnahmen.	100
17	Bestimmung der Verwaltungsmassnahmen.	



	Abgaben	103 ²
18	Bestimmung der neuen Abgaben	104
19	Einfluss der Gemeindefrage	107 ²
20	Bestimmung der p. z. Pfand und der Pfandbesitzer Grundstücke in Form der Willensmeinung	108 ²
21	Bestimmungsqualität der Abfindungen	109
22	Bestimmungen der Beschlüsse	109
23	Einfindung der Abfindungen	109
24	Bestimmung der Pfand	109 ²
25	Bestimmung der Kapitalrückstellungen der Gemeinde, Konten	110
26	Bestimmung im Falle der Pfandrückstellung	111 ²
27	Bestimmung der Pfandrückstellung	113 ²
28	Bestimmung der Rückstellung	115 ²
29	Bestimmung hinsichtlich der Pfandrückstellung	115 ²
30	Bestimmung der Rückstellung	115 ²
31	Bestimmung der Rückstellung	116
32	Bestimmung der Rückstellung	116
33	Bestimmung der Rückstellung	116 ²
34	Bestimmung der Rückstellung	117 ²
	Bestimmung	120

Anlage Nr. 715




nachfolgenden Princ. Theilung. Jahresgaben
H. zu Plekerstedt:

- 1, der Kirche,
- 2, der Pfarre,
- 3, dem Pfarrmitbruderkamm. K. afs. 3,
- 4, der Pfarre K. afs. 4,
 unter Vorbehalt der Pfarre Pauligen Beer-
 dinger,
 legitimirt durch Vollmacht d. d. 27. Februar
 1843.
- 5, dem Obermann Johann Heinrich Ludwig
 Temme,
 als nachweislicher Inhaber der Oberpfote
 K. afs. 27,
 legitimirt durch Vollmacht d. d. 27. Februar
 1846.
- 6, dem Obermann Karl Heinrich Schwedtfeger,
 unter Zustimmung seiner Ehefrau, Gemalin
 geb. Eppers,
 als nachweislicher Inhaber der Oberpfote
 K. afs. 43,
 legitimirt durch Vollmacht d. d. 27. November
 1857, Archiv. Beine
 am 5. Februar 1858.




- 7, dem Galtzammer Joseph Ludwig Hirslein Stücke
allmähliges Gesuch:
- das Galtzammergesetz N. afs. 1,
 - das Kellgesetz N. afs. 50,
 - das Galtzammergesetz Kellgesetz N. afs. 2,
 - das Galtzammergesetz Kellgesetz N. afs. 2,
- legitimirt durch Verfügung vom 12. Novem.
1830 und Patent vom 5. Januar 1837;
- 8, dem Galtzammer Carl Wasmus, unter Joseph
meyer'schem Namen, Louis geboren Lüddecke,
allmähliges Gesuch des Galtzammer
gesetz N. afs. 10,
legitimirt durch Verfügung vom 15. October 18.
- 9, dem Galtzammer Simon Heil,
allmähliges Gesuch des Galtzammergesetz
N. afs. 14 und des Kellgesetz N. afs. 45,
legitimirt durch Verfügung und Gesuchbuch
Eintrag vom 23. Mai, eingetragen am 1. September
1856, wegen des Gesetz N. afs. 14 im Galtzammer
gesetz N. afs. 14, Simon geb. Oppermann,
- 10, dem Galtzammer Joseph Simon Heil,
allmähliges Gesuch des Galtzammergesetz N. afs. 14
legitimirt durch Gesuchbuch vom 1. September
vom 10. October 1856;




11, dem Kellner 

als auswärtiger Faktor des Kellners 1.
ap. 6 und der Leinwandhändler Kap. 39,
legitimiert durch Offizialung des Hofrats
von Landmann 17. November 1849.

12, dem Kellner ^{29. Mai 1852} 


als auswärtiger Faktor des Kellners Kap. 40,
Fund 40,

legitimiert durch Hofratsbescheid vom
14. Januar 1849, und vom 13. Mai 1852,
eingetragen am 4. October 1853;
(cfr. S. 8 ad N. 6)

13, dem Kellner 

als auswärtiger Faktor des Kellners Kap. 11.
ap. 12;

legitimiert durch Hofratsbescheid
und Offizialung vom 3. November 1837,
eingetragen am 24. December 1857;

14, dem Fabrikanten 

in Polze, albi




Gefässigkeit und Talente; im Hinblick auf die genannten
Wahrheiten hinsichtlich der oben erwähnten Person
man, Kaffischer Tange Kap. 28, zu Plekersted
legitimiert:

a, allernachlässigste Inspektion des Kaffischer A.
Kap. 15 und 36,

in dem Briefe des Hauptleutnants Claus
Günther Falder vom 15. September 1853,

b, im Zusammenhang mit dem

Inspektionsbericht vom 22. November 1851

15, dem Kaffischer



allernachlässigste Inspektion

a, des Kaffischer Kap. 18,

b, im Zusammenhang mit dem
Briefe des Hauptleutnants Claus
Falder, des Kaffischer Kap. 42,

legitimiert durch die Inspektion
vom 23. Juli 1840, sowie vom 17. Juni 1842, ad

Inspektionsbericht vom 14. Juni, in dem
hinzugefügt ist vom 13. Oktober 1842

16, dem Kaffischer



allernachlässigste Inspektion des Kaffischer Kap. 19,

Original

Archiv

legitimiert durch Befehlsgabe vom
20^{ten} October 1827

17, dem Kuffpfeil [redacted]
als unrichtige Befehlsgabe des Kuffpfeils
N^o 20,

legitimiert durch Befehlsgabe vom 27^{ten} Febr.
1828, [redacted]

15, dem Kuffpfeil [redacted]
als unrichtige Befehlsgabe des Kuffpfeils N^o 22
legitimiert durch Befehlsgabe vom 24^{ten}
September 1828

19, dem [redacted]
[redacted] und dem
Pfeil [redacted]
[redacted]

als unrichtige Befehlsgabe des Kuffpfeils N^o
23,
legitimiert durch Befehlsgabe vom 10^{ten} Januar
1828, und Befehlsgabe vom 5^{ten} Januar 1836;

20, dem Kuffpfeil [redacted]
[redacted] [redacted]
[redacted] [redacted]
[redacted] [redacted]
[redacted] [redacted]



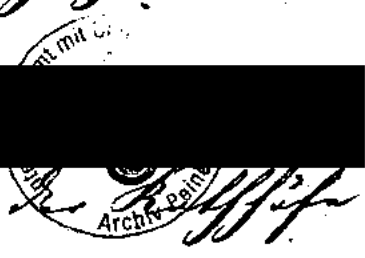
legitimiert durch Befehlsurtheil und Sub
 folgenurtheil vom 26 December 1844,
 21, dem Kellner [redacted]
 als dienstmännlicher Führer des Kellners
 Kap. 25,

legitimiert durch Befehlsurtheil vom 26 Juni
 1836.
 22, dem Kellner [redacted]

als dienstmännlicher Führer des Kellners
 Kap. 26 und 51,
 legitimiert durch Befehlsurtheil und Sub
 folgenurtheil vom 1. November 1849, beyde datirt am 28. März
 1850 und Befehlsurtheil vom 12. Juni 1855, die Sub
 folgenurtheile 813, 35113. in der s. g. Sauringer
 Waise bekräftigt.

23, dem Kellner [redacted] Kellner
 meine Sub
 als dienstmännlicher Führer des Kellners Kap. 28 und
 legitimiert durch Befehlsurtheil vom 2. Februar
 1832, und Subsequenzurtheil in der s. g. Thaler
 Waise, vom 30. Juli 1846.

24, dem Kellner [redacted]
 als dienstmännlicher Führer des Kellners



037

Anlage Nr. 7113

K. a. S. 36 und 48,

legitimiert durch Verfügung vom 3. Novem-
ber 1835, k. k. Reichs-Rat vom 4. Januar 1836.

25, dem K. a. S. [redacted]

als nachfolgender Inhaber des k. k. Reichs-Rats,
legitimiert durch Verfügung vom 31. Juli 1812,
eingetragen im k. k. Reichs-Rat K. a. S. 37 in Zustimmung
seiner Offiziere [redacted]

26, dem K. a. S. [redacted]

als nachfolgender Inhaber des k. k. Reichs-Rats
K. a. S. 32 und des k. k. Reichs-Rats K. a. S. 29^a,

legitimiert durch k. k. Reichs-Rat vom 4. Januar 1856, eingetragen am
27. März 1857;

27, dem K. a. S. [redacted]

[redacted] in Zustimmung seiner Offiziere,

[redacted]

als nachfolgender Inhaber des k. k. Reichs-Rats K. a. S. 33,
legitimiert durch Verfügung vom 29. August 1849,
bestätigt am 29. August 1849.



28, dem K. a. S. [redacted]

als nachfolgender Inhaber des k. k. Reichs-Rats

N^o afs. 34,

legitimiert durch Kaufcontract vom 24 August 1847, bekräftigt am 11 Februar 1848

29, dem Kuffner [redacted] als nachmündiger Inhaber des Kuffner N^o afs. 35,

legitimiert durch Gesellsch. Contract vom 8 März, bekräftigt am 4 September 1841

30, dem Kuffner [redacted] als Inhaber des Kuffner N^o afs. 36,

legitimiert durch Gesellsch. Contract vom 12 Juli 1848

31, dem Kuffner [redacted] als nachmündiger Inhaber des Kuffner N^o afs. 41, legitimiert durch Off. Bestätigung vom 13 November 1841, bekräftigt am 30 Juni 1842

32, dem Kuffner [redacted] als Inhaber des Kuffner N^o afs. 46,

legitimiert durch Off. Bestätigung vom 6 September 1841



039

Anlage Nr. 7115

33, dem Kuffler

als Kaufmannslehrling Kaufmann des Kuffler
N. 49,

legitimiert durch Kaufmann vom 3. März 1854

34, dem Kuffler

als Kaufmannslehrling Kaufmann des Kuffler
N. 52,

legitimiert durch Kaufmannslehrling
Christoph Salder vom 1. August 1859,

35, dem Leinpfleger

unter Zustimmung des
1850:

als Kaufmannslehrling Kaufmann des Leinpfleger
N. 2,





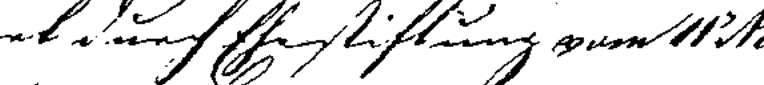


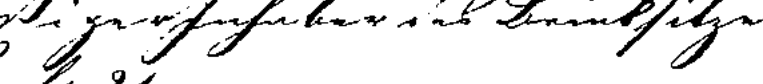
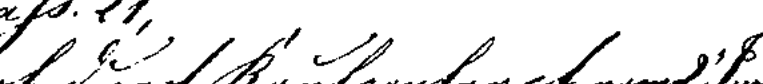
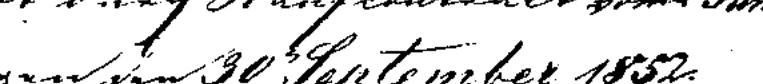



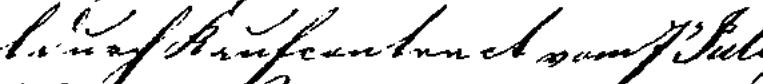


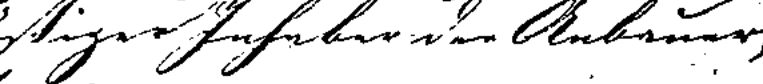

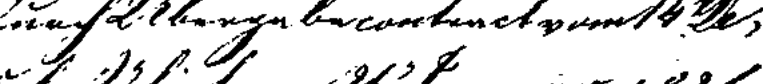




legitimiert durch Kaufmannslehrling
vom 22. Juli 1856.



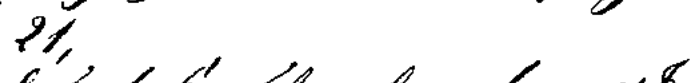
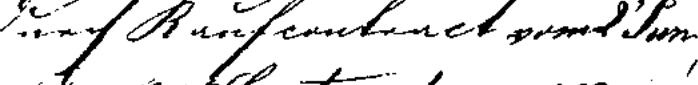


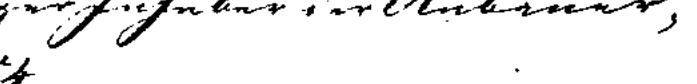

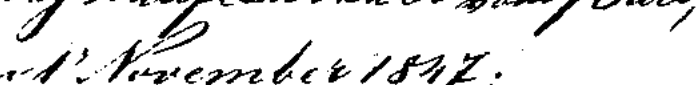

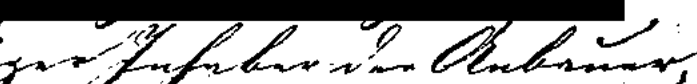

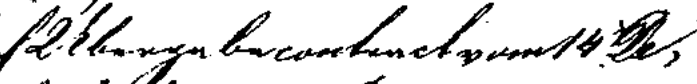

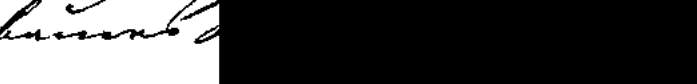



36, dem Leinpfleger

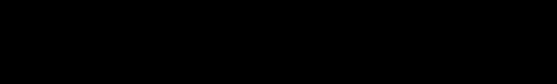
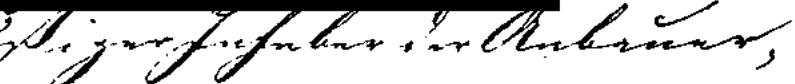
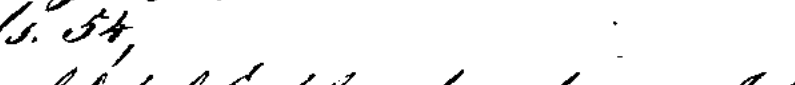
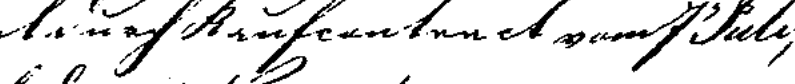


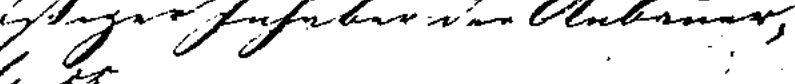
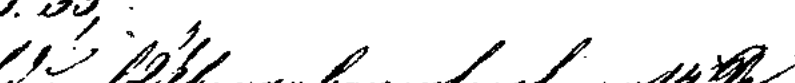
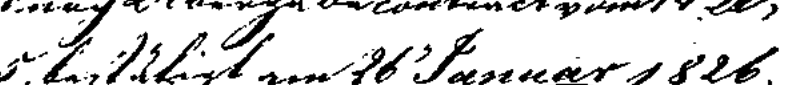





als Kaufmannslehrling Kaufmann des Leinpfleger
N. 16.


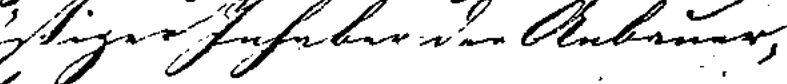

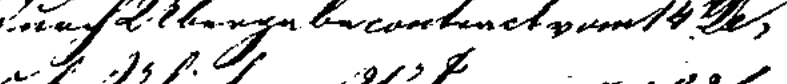


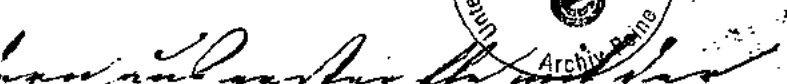


legitimiert durch Kaufmann
vom 21. Juli 1856, eingetragene
25. April 1857.


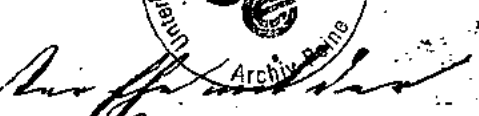



37, dem Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 

38, dem Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 

39, dem Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 

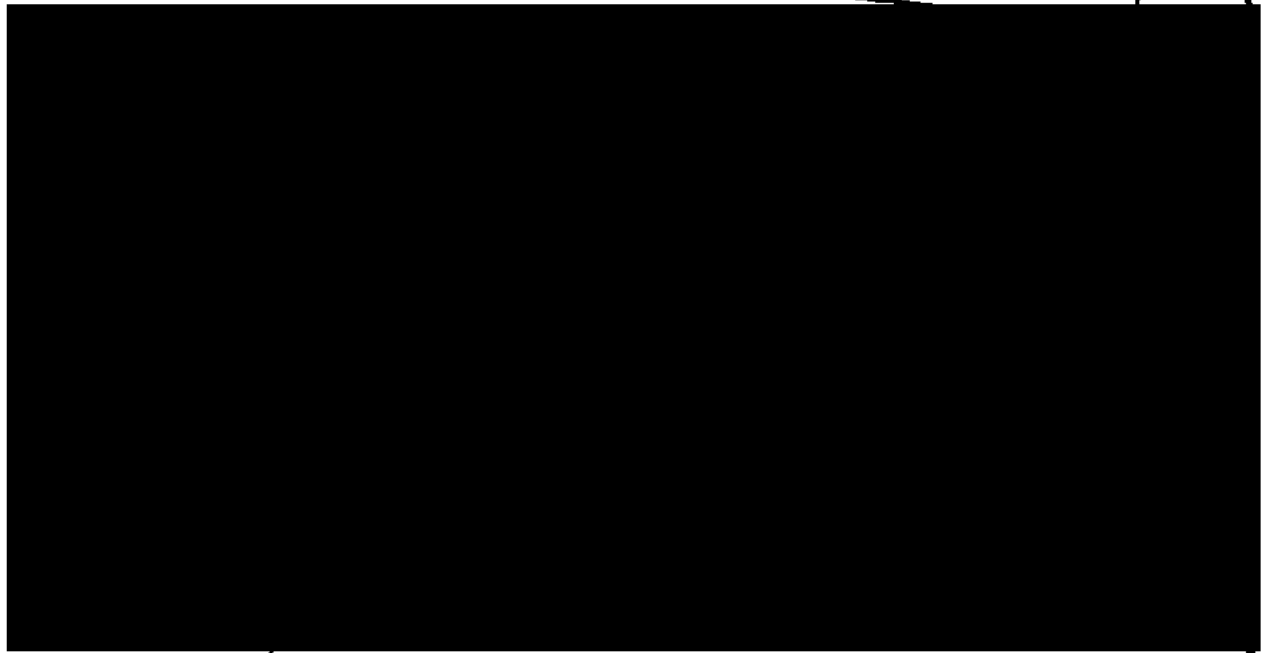
40, dem Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 

41, dem Leinpfizer 
 als Leinpfizer 
 als Leinpfizer 



041

Anlage Nr. 717



als nachträgliche Zusätze zu der Actenvertheilung Kap. 56
legitimiert durch Abt. d. d. Fürstbischöflichen
Commiss. v. G. Falder, vom 14. September 1859;

12, dem Actenvertheilung v. [redacted] in Zustimmung
seiner Officiare [redacted]

als nachträgliche Zusätze zu der Actenvertheilung,
Stelle N.º 48, Kap. 57,
legitimiert durch Abt. d. d. Fürstbischöflichen Com.
v. G. Falder, vom 7. März 1854.

13, dem Actenvertheilung v. [redacted] in Zustimmung
seiner Officiare [redacted]

als nachträgliche Zusätze zu der Actenvertheilung,
Stelle N.º 49, Kap. 59,
legitimiert durch Abt. d. d. Fürstbischöflichen Com.
v. G. Falder, vom 18. Mai 1858.

14, dem minderschützlichen [redacted]



C. zur Lauingerer:

48, dem Kauf [redacted] Kaufs. 8,
all Pflanzungsbesitzes Kaufs von 35 Mk. zum
gegenwärtigen Kaufpreis in
Bleherstedter Feld,

legitimiert durch Kaufbrief vom 2. November 1842;

49, dem Kauf [redacted]
all Pflanzungsbesitzes Kaufs von 2. Nov. 11 Mk. zum
gegenwärtigen Kaufpreis in Bleher-
stedter Feld,

legitimiert durch Kaufbrief vom 13. Juli 1849;

in dem ord. 5 bis 9 Kaufpreis für den Kauf von
den beiden Kaufstücken und der Kaufpreis
auf dem Grundstück:



legitimiert durch Kaufbrief vom 29. Mai
1843 und Kaufbrief vom 24. Aug. 1858.

III, dem gegenwärtigen Kaufpreis für
A, der Gemeinfit Beddingen
auf dem Grundstück:



[Redacted]

... als ein Kaufmann Hermann
... Carl Julius von Kover,

ber 1857,

als Kaufmänniger Joseph Carl Albert von Kover
No. 60,

legitimiert durch gerichtliches Urtheil vom
10. November 1857,

45, Die Gemeindevorstände, unterhalb hiesiger Ort,
... unter Zustimmung der Gemeindevorstände,

46, dem Kaufmann [Redacted]

... Beddingen,

als Kaufmann, Joseph Carl Albert von Kover,
... Blekenstedt,

legitimiert durch Gesetzwahl und Offener
... 8. December 1846, angehängt
... 22. Februar 1859,

Joseph Beddingen:

47, dem Kaufmann [Redacted]

No. 41, unter Zustimmung seiner Ehefrau,

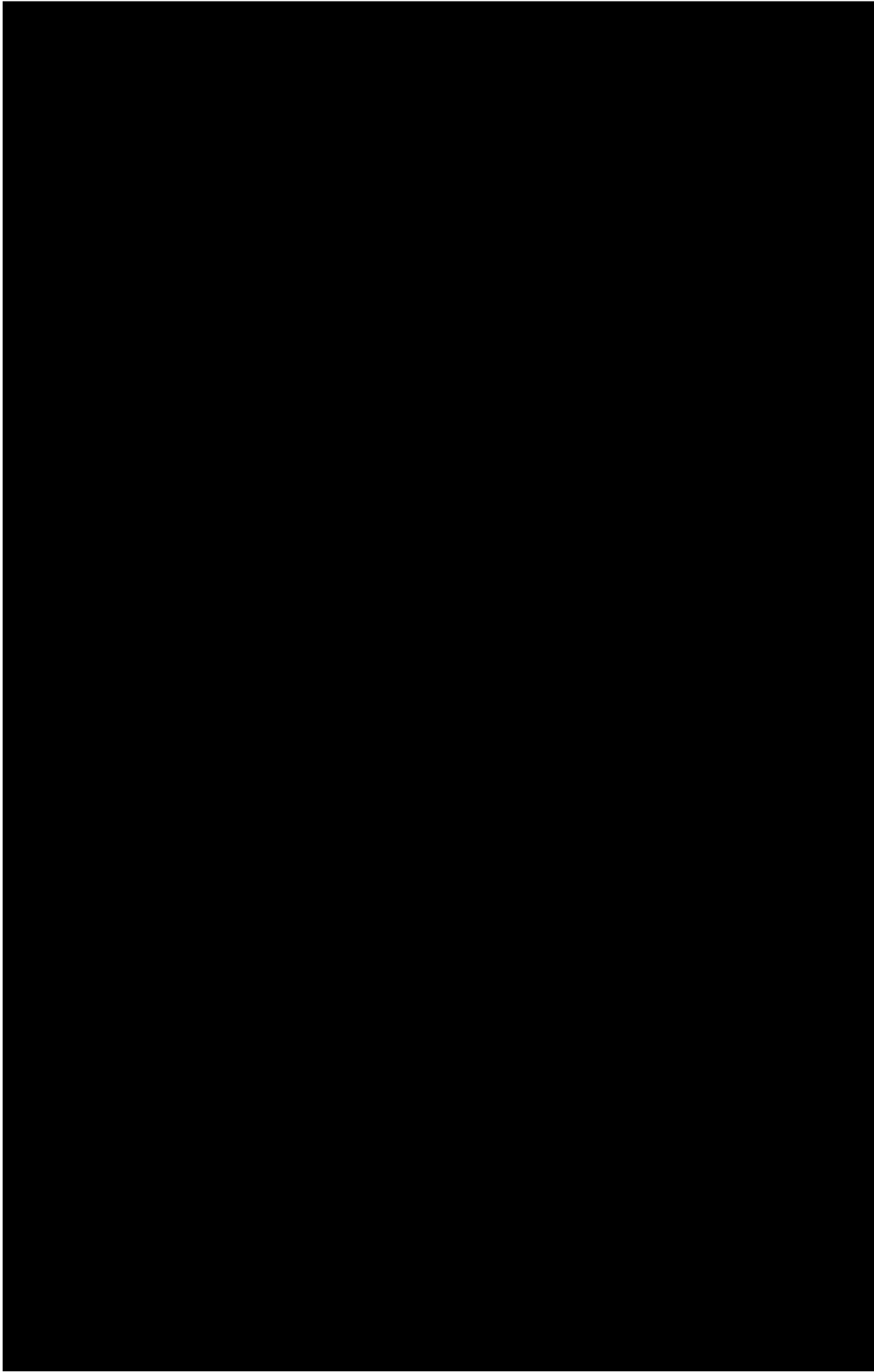
[Redacted]

als Kaufmänniger Joseph Carl Albert von Kover,
... Blekenstedt
legitimiert durch Offentliche Urtheil vom 2. November 1857,



044

Anlage Nr. 7/20



046

Anlage Nr. 7122

Gemeinschaften, in Aufspaltung ihrer gemeinsamen
Waldverhältnisse, die Teilung der Reichswälder in
die Aufstellung der Stellen und Dammverhältnisse
untereinander mit einer Regulierung der Grenzen
gegen die benachbarten Familien von Be-
dingen, Watenstedt, Hallendorf, Engelstedt
und Sauringer.

S. 2.

Lehrstuhl für den Bauwesen
Blekenstedt.

Das im Reichs Wolfenbüttel, im Amte Bismarck
bezirkte Felder belegen Dorf Blekenstedt aus-
fällt:

- eine Acker,
- eine Wiese,
- ein Herrensitzhaus, Kap. 3,
- eine Mühle Kap. 4,
- zwei Oberräucher Kap. 27 und 43,
- eine Hallenbaukapelle Kap. 1, 10, 14 und 44,
- eine kleine Kapelle Kap. 6, 7, 11, 12, 13, 18, 19,
20, 22, 23, 24, 25, 26, 28, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 37, 38, 40,
41, 42, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51 und 52, und ein
Kap. 29 ab und in der Aufteilung ab N. II 46 aufgeführt



die fidei, Pfandkammer, für die in der Pfand-
kammer.

Das für die Pfandkammer von maniglichen Lämmern
und Füllhörnern, das diese Halber pflichtig sind,
pflichtlich zu sein, von der Pfandkammer der Pfandkammer
und in der Pfandkammer zu abgeben und Lamm
abzugeben ist:

- 1, der Pfandkammer in jedem Oktober 9 Füllhörner,
 - 2, in jedem Füllhörner 6 Lamm,
 - 3, in jedem der abgebenen Füllhörner und in dem abgebenen
den Füllhörner Kopf 3 Lamm jährlich abzugeben.
- Dagegen sollen die Halber pflichtig in dem Pfand-
licht in dem Pfandkammer 8 Pfund für jede Füll-
pflicht zu abgeben und für je 10 Stück in dem
Pfandkammer Pfandkammer zu abgeben.

Demnach soll in dem Pfandkammer von jeder der
Füllhörner die Füllhörner Kopf 32 und die Füllhörner
Kopf 29^a begeben. (s. S. 26 unten.)

Die Lieferung der Pfandkammer ist, nach
dem Pfandkammer bei jedem Jahr, in der Pfand-
kammer von 30 Pfund und die 10 Pfund,
jüngere, welche am 1. Mai 1771
gefallen sind, abgeben in dem Pfandkammer
und abgeben begeben.



052

langen; dagegen empfing die alte von dem
früheren Gutsbesitzer Josef 10 Hina
Kuchen von dem Marktstande in Wien.

E. Hinzufügung.

Zur Befestigung des Waidwiesens wurden
11 Pfund, 1 Kesself, 1 Kalkstein, 1 Stein
und 1 Stein gefallene, welche für die
Befestigung im Jahr 1850, für die Waidwiese
und Gleywiese bei dem Waidwiesens
Kuchen und für den 10. Teil empfingen.

Dieser wichtige Punkt ist für den
zum Hinzufügen des Waidwiesens
F. Hinzufügung.

Das Recht, Waidwiesens auf dem
Waidwiesens zu pflanzen und zu bebauen, von
Waidwiesens bei Wien, nur für die
die Waidwiesens bei Wien, nur für die
den Waidwiesens bei Wien, nur für die

G. Waidwiesens bei Wien, nur für die
die Waidwiesens bei Wien, nur für die
die Waidwiesens bei Wien, nur für die
die Waidwiesens bei Wien, nur für die
die Waidwiesens bei Wien, nur für die



gleichmässig erfüllt.

H. Hölzinger, als der Kinsfuzungsfürer
des Pfarrers in der Pfarre St. Michael zu Bleckenstedt
gegen die Erben des verstorbenen

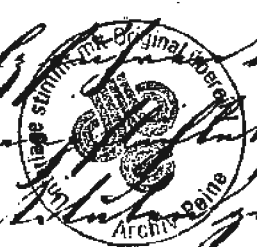
1. Der Kinsfuzungsfürer, Herr
H. Hölzinger, als der Kinsfuzungsfürer
des Pfarrers in der Pfarre St. Michael zu Bleckenstedt
gegen die Erben des verstorbenen
Herrn ...

2. Der Kinsfuzungsfürer, Herr
H. Hölzinger, als der Kinsfuzungsfürer
des Pfarrers in der Pfarre St. Michael zu Bleckenstedt
gegen die Erben des verstorbenen
Herrn ...

3. Der Kinsfuzungsfürer, Herr
H. Hölzinger, als der Kinsfuzungsfürer
des Pfarrers in der Pfarre St. Michael zu Bleckenstedt
gegen die Erben des verstorbenen
Herrn ...

4. Der Kinsfuzungsfürer, Herr
H. Hölzinger, als der Kinsfuzungsfürer
des Pfarrers in der Pfarre St. Michael zu Bleckenstedt
gegen die Erben des verstorbenen
Herrn ...

Handwritten notes in the left margin, possibly indicating page numbers or document status.



ger, als dem Abschieds- und Familienbuch
Familienbuch, zu fassen und zu
in dem Falle, dass die Abschieds- und Familienbuch
Lieferung nicht angestrichelt sind.

(S. 4.)

Personen und Familienbuch

1. Die Personen und Familienbuch ist die
 Familienbuch in der Bleibendort im Jahr 1874:
 des Familienbuches

1, Personen und Familienbuch	15. Mg.	61. Mg.
2, Personen und Familienbuch	46	48
3, Personen	1664	46
4, Personen	129	34
5, Personen	132	20
6, Personen:		
a, im Dorf	10	90
b, " Feld	48	119
7, Personen:		
a, im Dorf	1	28
b, " Feld		19
8, Personen		37

Summe 2517 Mg. 22. Mg.



2, in Ermahnung der Fiktion der Kirche.
 Die Pflicht der Dauslag ist durch die landes-
 herrlichen Pausen in der Provinz
 und Schöppenstein und Abrahammann
 Schliestedt anzugehen, welche von Ober-
 klassen, die Klassen sind und der Augen-
 Klassen angeordnet sind.
 Die Dauslag sind in alle Klassen aus-
 der Teilhaftigkeit klassifiziert.
 Die Fiktionen, persönlich der Fiktion
 gegenwärtig, sind als Ober angeordnet
 S. 5.

Ausgleichungsgewinn

Die Dauslag sind in der Provinz
 von der Provinzverwaltung der Teilhaftigkeit
 bewilligt, sind pro Klassen angeordnet
an der Ober:

1' Klasse	3,287
2' "	6,90
3' "	
4' "	
5' "	
6' "	



056

Anlage Nr. 7132

Der in dem bei dem Tisch befindlichen Kasten befindet sich
für alle Stageskugeln je 100 Stück pro Menge von 2
0,22 F.

Größen der Kugeln und Klappen:

1" Klappen	6,81 F
2" "	6,72,
3" "	5,44,
4" "	4,08,
5" "	2,72,
6" "	2,04,
7" "	1,36,
8" "	1,02,
9" "	0,68,
10" "	0,34,

Die in dem Kasten, welche für die Klappen
der Kugeln bestimmt sind, sind:
a) für die Klappen 0,680 Teile für die Klappen
und 0,320 Teile für die Klappen,
b) für die Klappen 0,938 Teile für die Klappen
und 0,062 Teile für die Klappen
Obige Klappen sind in dem Kasten
mit 10 Klappen und die 10 Klappen
in dem Kasten sind die 10 Klappen
Stageskugeln.



S. 6.

Abrechnung der Aufzucht der
der Gemeindefischerei.

1. Die Gemeindefischerei Blekerstedt hat in
dem Besonderen der Fischerei die
gemeindefischereische Fischerei im
Kauf des Kaufs der Fischerei
Fischerei abgekauft und
für die Fischerei Kauf 11 auf 53, 79
diese und für die Gemeindefischerei auf 25, 87
diese einmalt und anders.

Weswegen von der Localcommission
Abrechnung der Gemeindefischerei
Kauf des Kaufs der Gemeindefischerei
die Abrechnung der Gemeindefischerei
und die Abrechnung der Gemeindefischerei

a für den Besonderen der Fischerei
Kauf des Kaufs der Fischerei
b für die Gemeindefischerei
Summa 1770, 1487



061

Anlage Nr. 7137a. vom Oktober:

1 ^{te} Klasse zu	6,48 Etr.
2 ^{te} " "	5,76 "
3 ^{te} " "	5,10 "
4 ^{te} " "	4,05 "
5 ^{te} " "	3,00 "
6 ^{te} " "	2,39 "

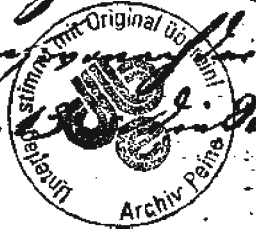
b. vom den Waisen und Orphanenunter Quarantänepflichtigen Personen

1 ^{te} Klasse zu	20,00 Etr.
2 ^{te} " "	15,00 "
3 ^{te} " "	10,00 "
4 ^{te} " "	12,00 "
5 ^{te} " "	8,00 "
6 ^{te} " "	6,00 "
7 ^{te} " "	4,00 "
8 ^{te} " "	3,00 "
9 ^{te} " "	2,00 "
10 ^{te} " "	1,00 "

Abgesehen von dem in der Tabelle, sind die Opfer
 zu einer anderen Kategorie von 5,21 Etr. zu setzen.
 und die auf die vorherige Tabelle von 10,00 Etr. zu setzen.
 der Klasse 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

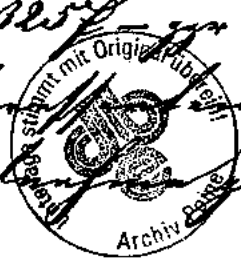


3, Kupf. Claviermacherhänge des Klaviermacher
 handwerks der Stadtgasthause, im Laubhause
 Pfaffen. Verkaufswert, (s. oben S. 3. litt. C)
 ist angenommen, dass
 A, der Klaviermacher:
 a, die Drogenverbindung von 360 Pfaffen der
 Stadtgasthause, wofür 27 Hefen im Jahre
 und 11 Hefen im Jahre, sowie von 60 Linnern
 wofür 46 Hefen, und im Jahre von 100
 Pfaffen
 b, die Drogenverbindung für jede Hefen von 8 Zyl,
 c, für die Drogenverbindung von 33, 1 Pfaffen
 à 16 Zyl = 227 Zyl 75,
 beziffert, wobei die Hefenverbindung von 100 Pfaffen
 zu 4 Zyl, die Hefenverbindung von 100 Pfaffen zu 3 Zyl
 und die Hefenverbindung von 100 Pfaffen zu 1 Zyl
 B, die Stadtgasthause
 die Drogenverbindung von 100 Pfaffen der Stadt,
 handwerk und von 360 Hefen in 107 Hefen
 und von 235 Hefen in 46 Hefen anfallen.
 C, die Hefen der Pfaffenverbindung pro rata der
 Anteil der Stadtgasthause zum Laubhause von 41 Zyl
 - 33 Zyl der Hefenverbindung zum Laubhause von 11 Zyl
 handwerk im Laubhause von 41 Zyl 33 Zyl
 gästlichen zum Laubhause.



Die Aufhebung der Leibeigenschaft, welche
 nach dieser Aufhebung dem Dingem von
 Pfaffen, soweit solches dem Halberstädter
 gebührt, beziffert, in die demselben zu
 werden gegen Leistungen stillen Aufw.
 für die Grundnutzung, stillen Aufw. und
 Einkommen mit allen Aufwendungen
 steht unter Anweisung der obigen
 und die von der Local-Commission zu
 Aufeinanderbringung. Einsetzung
 1833/1936/103 zu stellen und zu empfangen in
 6. Die Aufhebung der Leibeigenschaft, welche
 Oelmann [redacted] Kap. 43 für die
 Aufhebung seiner Halberstädter zum Falle
 der Leibeigenschaft und Kämpen zu übertragen
 (s. oben S. 3. littr. D.) ist mit Leibeigenschaftigen
 der Grundleistungen festgesetzt,
 a, wegen der Leibeigenschaft auf 3027 2/3
 b, , Kämpen, 22, 22,

überführt 3027 2/3
 Capital unter die Leibeigenschaft
 Maßgabe der Leibeigenschaft
 guthaben ist.



064

gegen das Feld und die Anlegung einer
 Graben im Draufgelde haben vorerst
 zu schaffen von dem folgenden die
 benannten Hüften abgeleitet und in
 demselben die Anlegung von
 Lichter, welche 30 M. und mehr ab
 auf das Feld von Beddingen be
 Gemeindeführung im Jahre, die
 welche weniger als 30 M. ab
 Gemeindeführung auf Bleckstedter
 verpflichtet werden sollen.

Die selben Hüften in demselben
 der abgeleitet von gleichen Hüften



Die Felder zu den aufgefundenen
 Ländern sind verpflichtet:



065

Anlage Nr. 7141

Transp. 9,113 f
an, Leinwäpfer Kractet N. 21, für 0,500 0,007,
an, Die Gemeinde-Cassa , 63, = 1,143,

Summa 10,263 f

In Folge dieser Sanctionierung sind in der
Abrechnung von den Sanctionirten Abgaben
Anzahl von S. M. 109,112. zum Betrag von 22,440 f. zu
die der Gemeinde-Cassa Sanctionirung über
sind, und welche durch die unter sub. N. 8 ad tit.
bezeichneten Subventionen aufzubringen:

8, zu den neuen Reglement-Abgaben
Subventionen:

a, zu den Abgaben nach Gebäu und dem die
positiven Grund, die sämtlichen Subventionen

b, zu den übrigen gemeindefälligen Abgaben
(s. S. 15 sub B. 1 lit 5) die Befähigung zu Polte
stedt, mit Rücksicht der Höhe, Pfaffen
Gemeinde-Cassa,

c, zu den Subventionen der Gemeinde-Cassa und zu den
Befähigung Reglement der Sanctionirten von
Stücken, die ad b) zu stellen Subventionen

aus dem Gemeindefälligen, auf die
aus dem Gemeindefälligen auf zu stellen
nicht, zu den Subventionen, welche aus dem



beide Anstalt, mit der Hauptzinsen, sagt die
 Leihpfänder und Anleihen für sich im Be-
 zug der Anleihe für die gesamte Anleihe
 zu den Anleihen und die Leihpfänder
 zugehörig zu sein.

9. Die Pfänder der Pfänder Nr. 8
 sind, zu 71 1/2, an die Pfänder abzugeben
 und sind dafür zum Anleihe der I. Klasse
 mit 4, 769 Pfund pflichtig, welche durch
 den Pfänder der Pfänder abgeht.

10. Folgende Pfänder sind zu ihrem Pfänder
 und sind mit in die Pfänder abzugeben
 zum Anleihe der II. Klasse abzugeben, welche
 durch ihren Pfänder abgeht.

Nr. 26, - 3172, umfasst in dem Bezirk des II. Bezirksamtes - 9,143 f
ausgeführt anfallt.

12. Zu einem Grundbesitz ist die folgende
Pflanzung, zum Anbau von 50,628 f angesetzt
und als eine Substanz dem Pflanzbesitzer
Gemeindeamt zur Verfügung steht.
S. 8.

Bestimmte Regeln
über den Zubehörsbau,
welche auf die Teilungsmasse
und die Pflanzung angesetzt sind.

A. Bestimmungen, welche die Teilungsmasse
betrifft:

a, die Grenzen der Feldmark Blekerstedt
sind mit dem benachbarten Feldmarken
abständig begrenzt, in der Weise

- | | | | |
|----------------|-------|---|-----------|
| 1, Beddingen | 4, 36 | = | 19, 283 f |
| 2, Waterstedt | 7, 14 | = | 0, 171 |
| 3, Hallersdorf | 8, 25 | = | 2, 788 |
| 4, Engetstedt | 4, 54 | = | 14, 170 |
| 5, Lauingen | 4, 29 | = | 13, 170 |

in Summa 14. 11. 38 172 = 19, 815 f



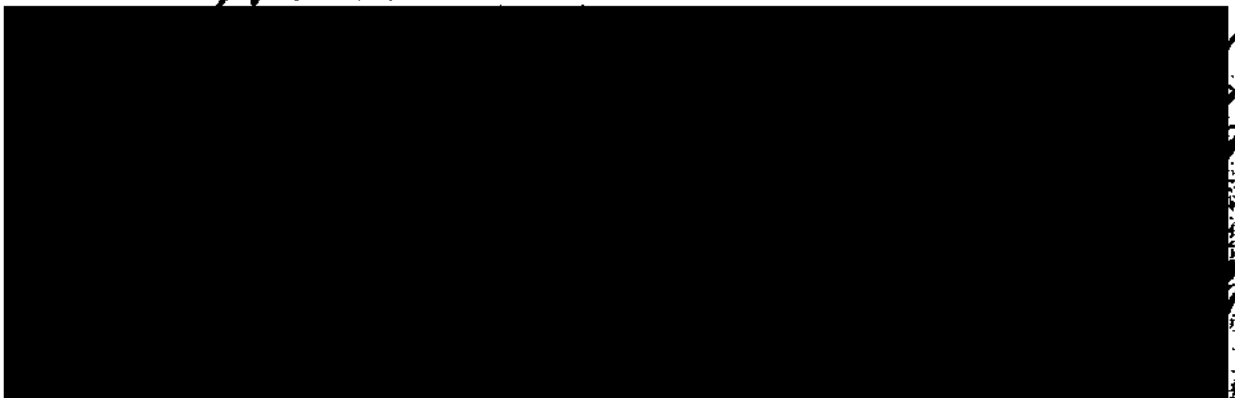
abzugeben, der Feldmark Plekenstedt aber an

- 1, Beddingers 4 M. 36 M. = 17,316 \mathcal{L} .
 - 2, Watenstedt - , 14 , = 0,237 ,
 - 3, Hallendorf 1 , 25 , = 3,080 ,
 - 4, Engelstedt 4 , 27 , = 10,190 ,
 - 5, Lauingers 3 , 105 , = 10,608 ,
- in Summa 13 M. 87 M. = 43,431 \mathcal{L}

einander zugelegt werden.

b. ferner Angehörigen der Kirchen von Plekenstedt und Hallendorf festzugeben, daß dem Weg Nr. 30 am Straßfuß, bei der Pappmühle aufgenommene Felder als ganz unbearbeitbar gelte, abzuflassend auf dem zur Hälfte in Gefahr. Die Eigentümer müssen sich auf die Länge von 25 M. nicht bemühen zu kümmern.

P.B. Regulierungen, welche die Pflanzarbeiten betreffen.



abgegeben werden jedoch nur 1,021 \mathcal{L} angegeben, da 0,992 \mathcal{L} zu einem auf



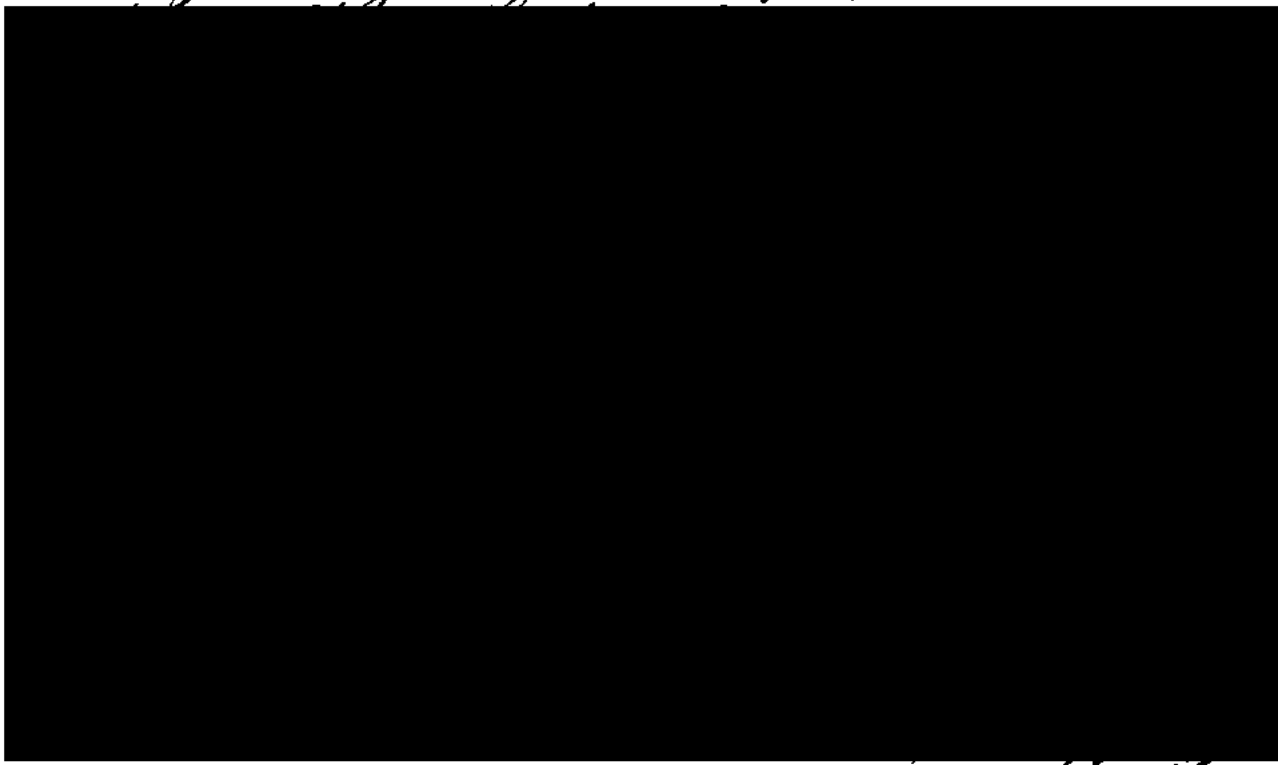
Lotus 2,456 \mathcal{L}

Anlage Nr. 7146

070

Transport 2,456 F

Kassens befandem Auftragsaufgaben
Begründung des Antrags, wie die
für den 17.11.1941 mit dem Auftrags, zum
Wortlaut des 0241 F. über die
...



2. Quittung der Klümmen der Kellerei
[redacted] Kap. 15 und der Kellerei [redacted]
Kap. 34, für eine Anzahl von [redacted]
von, wie es sich in der Klümmen der Kellerei
am 0, 853 F. zeigt, in dem Wortlaut
Befehlens befindet. Ist dies der Befehl
Befehlens, in dem Befehl
für den 17.11.1941 über die
3. des Kellerei [redacted] Kap. 34, für
ad 026 des Befehls für die Klümmen



Documente des Gutsbesizers N. afs. 8 ausser
 und ist demselben die Flur N. 66 mit ein
 Flur von 94 M., wovon 22 M. künftlich sein
 und einen Antheil von 0,791 Pfund, zugeht.
 Dieser Antheil ist bei obigen Gutsbesizer
 Pollstaben in Zuzugung und bei der Gemeinde
 in Abzug zu bringen.

4. Dem Antheil N. afs. 59 ist
 zum Antheil für ein Pfund von Gutsbesizer
 N. afs. 4 zum Gutsbesizer zugeht die Flur
 Pollstaben N. afs. 59, ein Pfund zugeht,
 dasselbe ein Pfund von Gutsbesizer II. Flur
 = 0,184 Pfund zugeht, ihm aber mussen die
 Flur in bester Qualität zum Antheil
 2,593 Pfund in Disposition funde
 erwerbe, wovon sich ein Pfund von
 zugeht.

5. Der Gemeinde. Flur ist der obigen
 obigen Flur die Disposition funde
 8,891 Pfund zugeht, wovon ein Pfund
 zugeht.

6. Der Antheil N. afs. 60
 am 10 April 1856, am
 am 3 Januar 1857, ein Pfund



072
Anlage Nr. 7148

und dem Kaufvertrag
Kauf, jedoch nicht mit folgenden Grundstücken
3 Mungen vom Flur N. 77 - 20,700 P
2 " " " " " 117 - 9,299,
1 " " " " " 172 - 2,403,

Summe 32,402 P.

und sind die einzigen Pignoratium zugunsten
übrigen Zuckersammlungen des Flur N. 40
im Verkauf von 95,899 P dem
Kauf N. 40. 7 beigelegt.

7. Der Kaufvertrag
vertracht vom 12 Juni 1855, von dem Kauf
zu Lauingen

dem Flur N. 30, in dem Lauinger Wiesen, 9,781 P
Kauf N. 26 beigelegt.

8. zu Folge der Eintragung eines Grund
des Flur N. 95 sind dem
den Verkauf N. 43 zum Flur N. 7
des Flur N. 48 1/2, mit einem Verkauf
1,480 P beigelegt, welcher zugunsten
des Flur N. 37, dem Verkauf
beigelegt.



Anlage Nr. 7150

S. D.

Klassifizierung der Güterklasse
Klasse

074

Die Güterklasse sind, mit Rücksicht
auf die in dem vorstehenden S. D. gegen
Kann für Übertragungen auf Klügel und
infolgt angeordnet.

S. 10.

Demnach zu gemessenen,
weisen Anlagen:

075

Demnach gemessene öffentliche
Anlagen an Tagen, Gärten etc.
in dem ansehnlichen:

- 64. Mg. 5324. Auf zum Aufstehen 287,00
- 9, 43, Wasser, , , 33,00
- 44, 69, Augen, , , 76,00
- 18, 36, Entland und
- 10, 98, nicht benutzte Terrain

147. Mg. 10912. Summa 398,10

Demnach ist zur I. Klasse
angewiesen worden durch die
Styrische Landes- und
zum Mg. 6900, welche den
zur Nutzung überlassen ist mit. 4,28.

Summa 398,81

S. 11.

Verweisung der Pfl.

Anlage Nr. 7153

S. 126

Plan der Flammversicherung

Für die im vorigen S. aufgeführten 10
 Jahre sind jährlich zweimal die Grundstücke
 zu versichern. Die Versicherungsbefehle
 sind die des Regiments und die des selben in
 Ansehung der Leutnants des Oberfeldmarschalls
 des Feldmarschalls Nr. 44, des Regiments
 Nr. 41, 46, 51, 28, 40, und des Regiments
 Nr. 29^{a b}, welche jährlich zweimal
 stattfinden. In der k. k. Landes- und
 Commission zum 5. April 1850, 4. Juli 1851, 3. Juli
 1854, 30. November 1855 und 24. Mai 1859, in
 der k. k. Landes- und Ministerial-Commission
 vom 26. November 1850 und 29. August 1851 zum
 ersten Mal durch den k. k. Landes- und
 Ministerial-Commissar, aus dem.

Diese Pläne der einzelnen Jahre sind
 sind im Falle der Grundstücke von einem
 Jahre zum andern auf der Karte die Grenzen
 mit demselben Traktat und den Grenzen, die
 selbst über mit fortlaufenden Nummern
 zusammen nummeriert, und ist in jedem Pläne

Die Kap. in der oben genannten Sache und die
bezüglichen Jahresberichte beizulegen. Die
Sache in der Folge einfallig zu prüfen

(S. 13.)

Tabellarische Aufstellung
der Pflanz.

Die Pflanzensache in der Pflanzl. der Pflanzl.
in tabellarischer Form zusammen
gestellt.

Anlage Nr. 7154

Alt. Pflanz...

Nr.
an
Runde

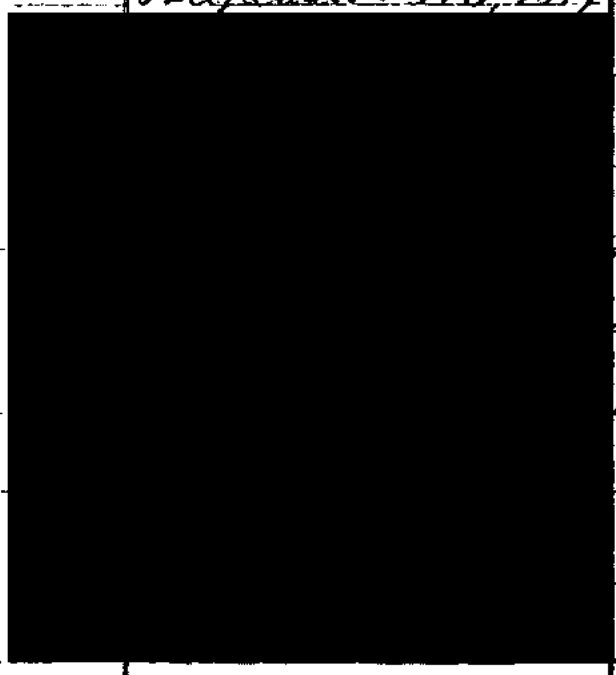
Anlage Nr. 7155

Summa
tot
in
Fläche
M. B.

Summa
in
Fläche
M. B.

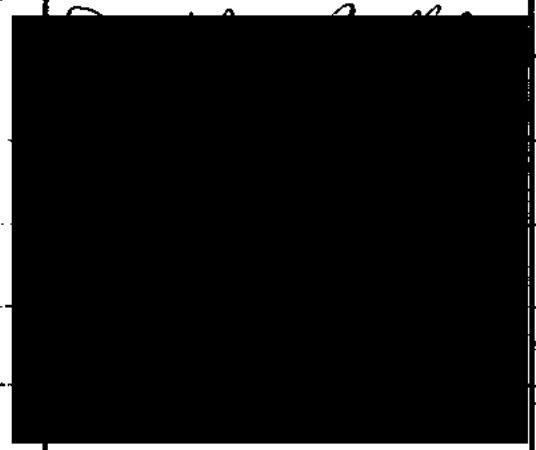
079		Lila					
		I	II	III	IV	V	
		in M.					
M.	B.	M.	B.	M.	B.	M.	B.
6,51	6,12	5,44	4,03	2,72			

B. von Kollfunder
und Pflanzarbeiten
verpflichtete Leistung
Städtische Pflanzl.
Dollfuhren: 313,4817



5	4	4	100	2	18	84	1118
32	108						
36	51						
24	76						
32	86						
1	75						
	35						

Summa 153,75 4 100 2 18 84 1118



to Johann Sieck

57.
080

VII	VIII	IX	X	XI	XII
	1,02	0,68	0,34		
	M. R.	M. R.	M. R.	M. R.	M. R.

Summa
Handl. Jhr
Gae. 100

Wahl
Mehrs
M. R.

Summa
tot
in?
Handl. Jhr
Gae. 100

21 109	11	21 896
	41	204 356
		223 815
		129 439
	46	233 520
	97	
	35	
21 109	98 112	813 118

Anlage Nr. 756

0,53
813 118

083

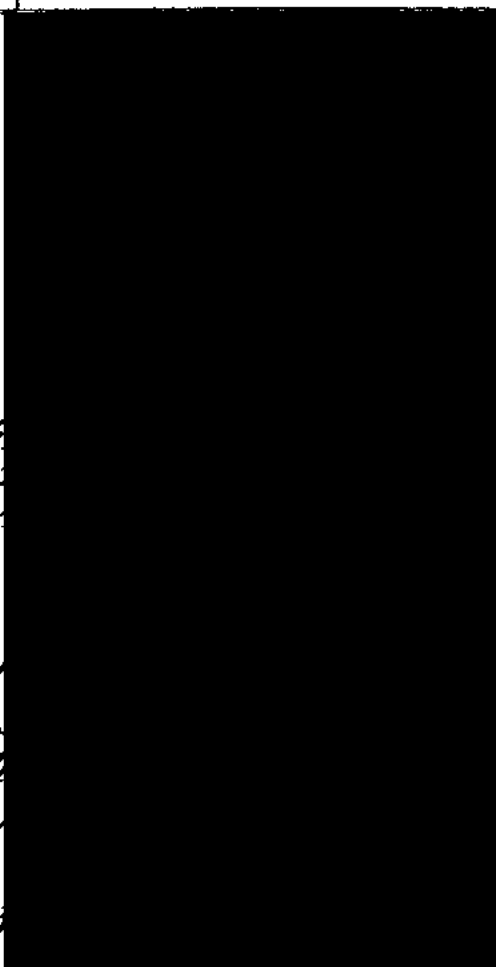
Handwritten: <i>Handwritten</i>						Summa	Handwritten: <i>Handwritten</i>	Summa	Handwritten: <i>Handwritten</i>
VI	VII	IX	X	XI	XII	Summa	Handwritten: <i>Handwritten</i>	tot.	Handwritten: <i>Handwritten</i>
Handwritten: <i>Handwritten</i>						Handwritten: <i>Handwritten</i>	Handwritten: <i>Handwritten</i>	Handwritten: <i>Handwritten</i>	Handwritten: <i>Handwritten</i>
M. R.	M. R.	M. R.	M. R.	M. R.	M. R.	Gze. 100.	M. R.	Gze. 100.	M. R.
436	1,02	0,68							
						0 487	. 11	21 896	
							. 41	204 356	
								223 815	
		26				0 074		129 439	
3 49		50				232 522	46	233 522	
								. 97	
								. 35	
3 49		100				234 083	. 98	1 12	813 118
									0 453
									813 118

Anlage Nr. 7159

Anlage Nr.	Summa		Lof.		Summa		I		II		III	
	tot		Lose		Lose						a 1/2	
	M	R	M	R	M	R	M	R	M	R	M	R
17												
18												
19												
20												
21												
22												
23												
24												
25												
26												
27												
28												
29												
30												
31												
32												
33												
34												
35												
36												
37												
38												
39												
40												
41												
42												
43												
44												
45												
46												
47												
48												
49												
50												
51												
52												
53												
54												
55												
56												
57												
58												
59												
60												
61												
62												
63												
64												
65												
66												
67												
68												
69												
70												
71												
72												
73												
74												
75												
76												
77												
78												
79												
80												
81												
82												
83												
84												
85												
86												
87												
88												
89												
90												
91												
92												
93												
94												
95												
96												
97												
98												
99												
100												
Summa	3838		41307					3862527				

17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Anlage Nr. 7160



.50
20
9116
286
470
76 41
20
9116
11
3751641
8106
11
Summa 3838 41307 3862527

St. J. Maria, Lichte

II VII VIII IX

Summa
Mondly
Jhr

Wolens

Wijff
Lind

Summa
tot
Lind
Wijff
Jhr

53.
087

0,70
0,59

Gsc. 100

M. R.

M. R.

Gsc. 100

Anlage Nr. 7163

25 3

503

5

5078

88 483

88 483

179 846

83

179 846

2 106

53 942

54 025

30 905

11

2 106

322 273

91 11

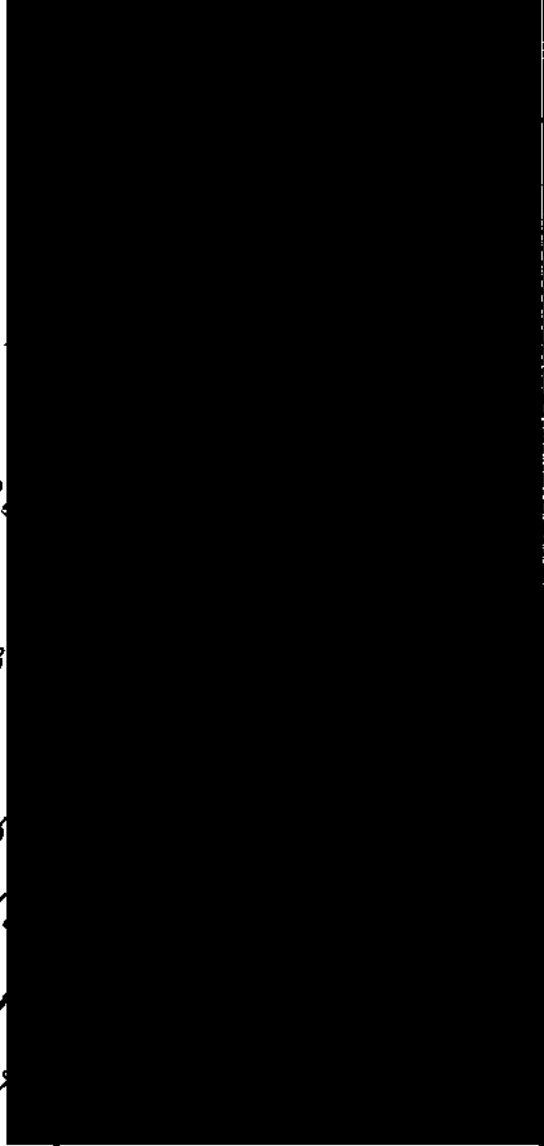
363 975

0 06

Nr an Runde	Summa		Ljof.		Alt. Akten							
	tot	sax	Ljof.	Ljof.	Summa	088			à P.			
						I	II	III				
M	R	M	R	M	R	M	R	M	R			
						8,28		6,90		5,66		
3												
		4			4			170	2	46		
5		455			477					3	111	
18		154										
22		28										
26		15										
32		39		22								
Summa		12111		22	877			170	6	40		

Anlage Nr. 768

Anlage Nr.	Summa	L. j. j.	Ali Acton					
			I		II		III	
7166			90					
			5,28		6,90		5,66	
			M	R	M	R	M	R



1								
2								
3								
4								
5								
6								
7								
8								
9								
10								
11								
12								
13								
14								
15								
16								
17								
18								
19								
20								
21								
22								
23								
24								
25								
26								
27								
28								
29								
30								
31								
32								
33								
34								
35								
36								
37								
38								
39								
40								
41								
42								
43								
44								
45								
46								
47								
48								
49								
50								
51								
52								
53								
54								
55								
56								
57								
58								
59								
60								
61								
62								
63								
64								
65								
66								
67								
68								
69								
70								
71								
72								
73								
74								
75								
76								
77								
78								
79								
80								
81								
82								
83								
84								
85								
86								
87								
88								
89								
90								

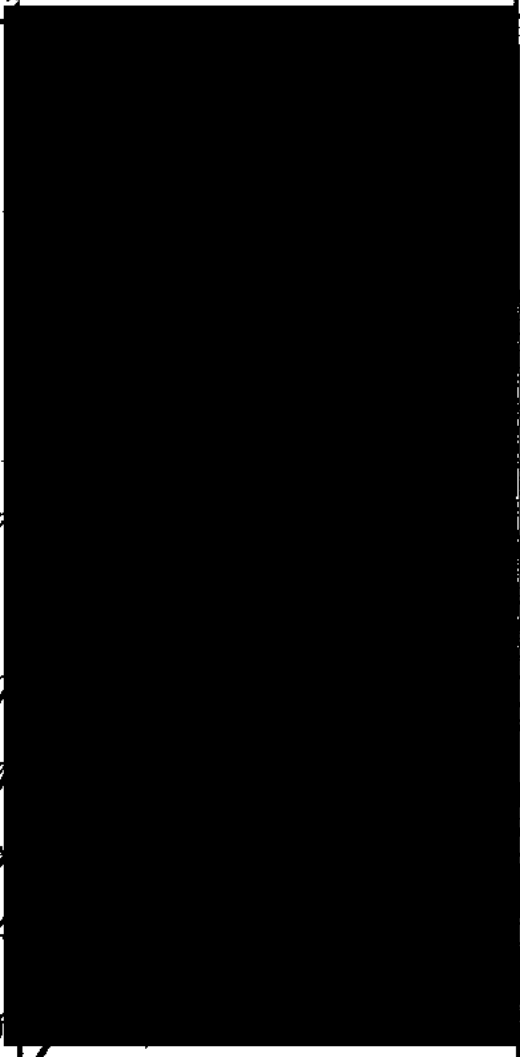
Summa 3166 . 282558 . 40 4561925 1
 D. J. D. D. D. D. D.
 J. J. J. J. J. J. J.
 D. D. D. D. D. D. D.
 N. 25 - 10. 11. 12. 13. 14.
 per. D. D. D. D. D.

Anlage Nr. 7174

Summa
Lof.
tot.
Lass.
Hofje
Hofje

Summa
Hofje

I	II	III	IV
8,28	6,90	5,66	0,
M.R.	M.R.	M.R.	M.



37
19
39
179
216
285

9	9	2 19	6 100
7 62	7 62		7 62
50	51	44	6
1 92			
2 71			
43	25		

Summa 21 78 . 25 16 112 . 44 2 25 14 42

S. 14.

Recapitulation

Ans.

Alfingburg.

Anlage Nr. 7176

S. B.

Kaufbescheinigung der
meinen Anlagen.

Die durch den Kaufausfertigungsgl.
überfallenen und unregelmäßig
geführten und sonstigen Anlagen, bezogen, für
unfundamental, die vornehmlich für die
Tabelle der Kaufbescheinigung vollführt, sind
da:

Anlage Nr. 7/77

<u>H. Drey.</u>				
1	Vermittlung auf Hallesdorf	2,75	7	11.
2	ditto auf Egerstedt	2,75	11	30
3	, , Borsstedt	2,75	12	8
4	, , Lauingen	2,75	2	6.
5	, , Wolfenbüttel	ditto	1	70
6	Drey auf der Werra, in Klief der Pläne N ^o 158 bis 163, 167, 168 u. 183, 186 bis 197	2,50 2,25	3	6.
7	Drey in der neuen Werra, in Klief der Pläne N ^o 267 bis 275	1,5	.	40
8	ditto auf der Gipsinsel und im Kiefling, in Klief der Pläne N ^o 199 bis 231, 250 und der Klief aus dem	2,20 2,00	7	47
9	ditto in der oberen Werra, in Klief der Pläne N ^o 168 und in Klief der Pläne N ^o 169 bis 184	1,5	2	26
10	Drey über dem Döring, in Klief der Pläne N ^o 126, 128 bis 137	1,5	3	64
11	Zugungsbau zum Steinberg, in Klief der Pläne N ^o 108	1,7	.	87
12	Drey am Steinberg, in Klief und in Klief d. Plänen	1,0	.	51
13	, auf dem Steinberg, in Klief d. Pläne N ^o 104	2,6	.	14

Latus

No. Ord. Nr.		Lini, L	Blatt M. n.
	Transport		569
14 15	Ordnung an der öffentlichen Reichs- und Provinzial-Verwaltung, folgend dem Plan Nr. 125 und 127,	2,25	4 3
15 16	dito an der Provinzial- und Kreisverwaltung folgend,	2,25	4 4
16 17	dito in der Provinzialverwaltung, wörtlich der Plan Nr. 122 und 123 ^a ,	1,5	4 5
17 18	dito in der Provinzialverwaltung, wörtlich der Plan Nr. 107 bis 113,	1,5	4 6
18 19	dito nach Ergänzungsbestimmungen, wörtlich der Plan Nr. 95 bis 99, 107 und 108,	2,2	4 7
19 20	Für die Provinzialverwaltung, wörtlich der Plan Nr. 54 und 55,	2,5	4 8
20 21	Ordnung an der Provinzialverwaltung, wörtlich der Plan Nr. 88 bis 94,	1,5	4 9
21 22	dito an der Provinzialverwaltung, wörtlich der Plan Nr. 83 bis 86,	1,5	4 10
22 23	dito an der Provinzialverwaltung, wörtlich der Plan Nr. 43 bis 48,	1,5	4 11
23 24	dito nach Zusatz, wörtlich der Zusatzplan Nr. 56 bis 70,	2,0	4 12
	Satus		11

Anlage Nr. 7180

104

98
Lini
W
Stuf
Pflanz
M. 02

		Transport	77	81
24	25	Weg über den Gumblysdorf, südlich der Planz N. 33 ^a ,	2,0	40
25	26	Weg in den Sävinger. Wäldern, westlich der Planz N. 23 bis 30,	1,55	1 26
26	27	Erhebung auf Beddingen, in den Säv- inger. Wäldern, westlich der Planz und N. 25,	0,4	9
27	28	Weg, südlich der Planz N. 20 und 21	1,5	9
28	29	Weg im Dorf, incl. Pflanz, Gärten		10 34
29	30	Weg südlich d. Planz N. 328 (zur Hälfte)	0,5	25

Summe 91 30

B. Gärten.

1	1	Der Acker, von der Sävinger. Grenze bis zum Weg N. 5, zur Hälfte	2,85	1 64
1	2	Erhebung im Wald bis zum Planz N. 25, zur Hälfte	0,65	9
1	3	Gartenbau an der Feldmarken Dritte und Beddingen in der Planz		

Satus 2 3

C. Pausige gemeinschaftliche
Abgaben.

1 1 Das Leyenbüchlein, an der neuen,
in Klaffen Buch der Planung
N. 158.

2 2 Das Pflanzbuch, an der Pflanz
der Planung N. 251.

3 3 Das Buch der neuen, an der Hauptseite
der Planung N. 199.

4 4 Das Buch der neuen, an Planung N. 198
an der Hallendorfer Grenze.

5 5 Das Buch der neuen, an der neuen,
an der Hauptseite der Planung
N. 95.

6 198 Das Buch der neuen, an der neuen,
an der neuen.

Summa 257
Luz. St. Luz. 91
und P. Luz. 31

Summa Sum. 147

No. 2
L
L

Stuf.

11. 11.

D. Lember und Familie gg.

- 1 1 Hinne von K. K. in der Waga N. 1
im D. u. f.
- 2 2 dito in der Waga, über den Graben
N. 21.
- 3 3 dito in der Waga N. 2, vor dem
L. in der Waga N. 14.
- 4 4 dito in der Waga N. 3, am
D. u. f. N. 56.
- 5 5 dito in der Waga N. 4, vor dem
D. u. f. N. 57.
- 6 6 dito in der Waga, vor dem
D. u. f. N. 25.
- 7 7 dito in der Waga N. 6, vor dem
D. u. f. N. 19.
- 8 8 dito in der Waga, vor dem
D. u. f. N. 20.
- 9 9 dito in der Waga, vor dem
D. u. f. N. 32.
- 10 10 Hinne von Lember in der Waga N. 5
über den Graben N. 18.

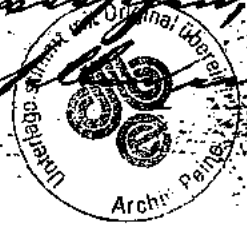


erlasse hierfür anzugeben werden, und stellt
die angeführte Seite des Originals vor
finden die Zeichnungen und Stellen in
dem mit beigef.

S. 16

Zeugbesserung.

Die Aussagen der einzelnen Abfindungsstücke
sind in der diesem Briefe anvertrauten, zum
Voraussetzung. [redacted] angefer-
tigten Zeugbesserung, welche von dem
Jahre 1800 ab richtig und als ein in jeder
mancher Hinsicht dieses Briefes ausdrücklich an-
zuerkennen ist, speziell bezeichnen und die ihnen
diesbezüglichen mit denselben Nummern, welche
erlassen sind im S. 13 angeführt sind, ange-
geben werden. Auf diese Weise sind die
die im S. 15 bezeichneten Aufzeichnungen
jemand mit der Karte auf.
Die Bezeichnungen der Zeugbesserung sind mit
den Nummern Nummern versehen,
die Karte beigefügt und ist demselben
Oberste Karte beigefügt.



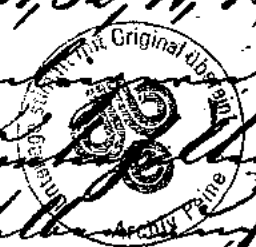
Anlage Nr. 7185

(S. 17.)

Letzte Justizverfassung und
Königliche Dekretfassung der
unsern Anlagen.

a, Die Kopie der ersten Justizverfassung d.
im S. 15 genannten unsern Anlagen wurde
von dem Justizminister auf Wahrung seiner Ver-
pflichtung im S. 33 gedachten Dekret
aufgebracht.

b, Die königliche Dekretfassung der Summe
hierher, einschließlich der Bestimmungen,
Lenten und Anale, sind demnach auf Grund
des Beschlusses der Regierung vom 11. Mai 1840 und der
Gesetze vom 4. Januar 1851 bewirkt, und die
die Anweisung und dem beizugehören Geist
in gleicher Zeit gleichzeitige. Darüber
von dem Regiments. Justizminister und
dem Justizminister, die gewisse
Pläne hinsichtlich der Ab- und Zulassung der
N. 8 bis 12, 14 bis 16, 22, 23, 27, 28, 31, 32, 41, 43, 54,
und 56 über den Plan und die
pflichtig und zu gleichen Teilen unterhalten
auf selbstem Dekret. Die Dekretfassung der



Die übrigen Wege sind uns als Eigentümern
zu den Abfindungen zu bezeichnen und sind
mit dem Kaufvertrag aus dem hervorgeht
worden, wenn es sich auf den Plan, zur
Benutzung des darauf vorhandenen Grund
oder besitz der Grundstücke zu beziehen
soll.

Wenn die Wege, insbesondere für eigentüm-
liche, eine Abfindung durch Kauf
zurück zu kommen, sind die Eigentümer
berechtigt und verpflichtet, auf letzteren Grund
zu verkaufen, und stellt die Kaufsumme
der Gemeinde. Tasse zu.

2. Die Grundstücke, welche zur
Gewinnung der Grundstücke, oder zur Begründung
der Gewinne sind die Nutzung der
Grundstücke ist es offenbar, dass die
unzulässigen überlassen, welche
besitzt sind, die Grundstücke der
zu kaufen, damit von demselben die
nicht befreit ist, und an.

3. Das Eigentümern an der Pfaffen
die Leistungen und dem
der Gemeinde Tasse überlassen.



Die Pflichten sind dem Landbesitzer
 der Kirche zu.
 Die Pflichten. Aus dem sind ihrem Zweck
 gemäß bestimmt, und sollen die Besitzer der
 dem Gemeinwesen Pflichten im Lande zum 15
 Pfaffen für ein Pfaffen Amt Pfaffen oder gewissem
 Amt Pfaffen Landes in die Gemeinwesen, in
 welche aus dem Lande, welche Landes in
 Pfaffen Pfaffen unterhalten, sowie die Pfaffen
 unterhalten, am Landbesitzer Pfaffen Pfaffen
 so lange dieselbe nicht eingezogen ist, fließen
 4. Pfaffen sind jedem Jahre Pfaffen auf
 dessen Lande in der aus Section 16 der Gemein-
 weise verpflichtet, in der Pfaffen in
 unterhalten und für die Gemeinwesen ist die
 Gemeinwesen eine Gemeinwesen Pfaffen
 verpflichtet zu sein.
 In dem unvollständigen Pfaffen ist die Pfaffen
 folgen der Pfaffen, die Gemeinwesen Pfaffen
 sowie der Pfaffen die Pfaffen und Pfaffen Pfaffen
 unterhalten.



und B. N. 53, 57. Wiesen und
 C, in der Frucht vom Landfrucht.
 Durch die Regulierung ist in letzterem Be-
 zirkung nicht zu ändern.
 Die auf Wiederkauf abgetragenen Aktenstücke
 N. 196 über den Klinge, N. 228 auf dem Dufren,
 zusammen B. N. 54. sind gegen Bestätigung der
 Kaufurtheile von dem Landfruchtmeister und Hellemann
 zurückgegeben, und in der obigen Klasse mit ein-
 geführt. Außerdem sollen die Gemeinderäte
 in früherer Zeit die Akten, N. 121 im Zusammenhang
 und N. 198, die Rodelände, wieder einfließen
 zu lassen.

Für die der Regulierung sind der Gemeinderäte
 welche beauftragt die Regulierung in die Handlung
 mit einem Kluge von B. N. 62. (Plan. N. 183), für
 auf S. 7 pos. 7 mit der bei Regulierung der Frucht,
 gezogenen Kaufurtheile und die Fruchtfrucht,
 Pfeilthum B. N. 109. und auf S. 8 pos. P. 5 mit
 dem Plan der Rodelände. Dabei ist, die in S. 1
 pos. 60. angeführten Abfindungen zugetheilt,
 und die selben auf dem auf S. 18 die Abfindung
 von dem Rodelände. Die Rodelände von dem Rodelände
 gemeinlich zu gemeinschaftlichen Plätzen abzugeben.

Zur den Abfindung der Gemeindecasse ist von
 Aufficht befinden, laut Bescheid Herzoglich
 Rheinl. Direction Wolfersbüttel vom 3. März
 1858 die Genehmigung und will.

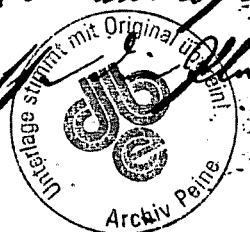
(S. 20.)

Landung des p. g. Elfen,
Land und des Elfen will,
ausführung und Rechte will,
und des Elfen will.

1, Für die im S. 3 sub H 1 erwähnte p. g. Elfen
 Land sind die Kaufverträge N. 85 von d. N. 85^{te}
 und 244^a von 60^{te} zu berücksichtigen, deren
 Nutzung, insofern eine Grundbesitz
 vorhanden ist, dieser Nutzung, nachzu-
 gesehen soll über einen Zeitraum in
 Blekenstedt zu geschehen.

2, Von den Abfindungen der Elfen will
 Elfen haben auf zugewiesene Landung
 insofern dieser Nutzung zu benutzen.
 (cf. S. 3, lettr. H sub 2.)

a, der Grundbesitz die Elfen N. 75, 220^b und 273^b
 b, die Elfen willbauerschaft
 N. 220^a und 280.



Anlage Nr. 7192

S. 21.

Veräußerung der Güter der
Abfindungen.

Die obige besitzene Blekerstedt ferner be-
stehend, wofür die auf S. 13 dieser Urkunde
genannte Pfandbesitzung zu demselben in der That,
wenn vorhanden haben sollen, selbst, wenn nicht
denfallsenen Besitzungen u. z. flüssiger Güter,
hinreichend besunden haben sollen.

S. 22.

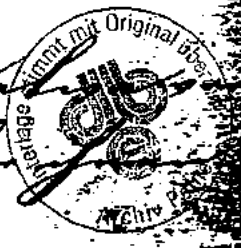
Veräußerung von Privatgütern.

Die obigen Sachen haben vorab, dass in
Zukunft Niemand auf die Erfüllung gegen
einen anderen Bezugsfähigkeit in der
ländliche Privatgüter auf der Feldmark Ble-
kerstedt soll vorhaben können.

S. 23.

Veräußerung der Ab-
findungen.

Die obigen Sachen haben, wenn
zusammenzufinden sind.

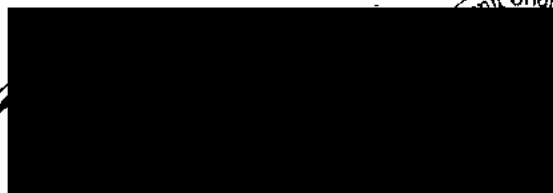


Abflussung von dem ebenfalls liegenden Grund
 stücken gesammelt oder gesammelt wird.
 In demselben Jahre 1871 ist der Kauf der
 Jubelwälder Bleichensteck der füngstlichen
 Gemarkung, Direction der Domainenverwaltung
 die Abflussung übernommen, auf welche die
 Gemarkung übergegangen, dass die im demselben
 Jahre der füngstlichen Wälder Wälder
 steck auf demselben Felder abfließen die
 Domainenverwaltung nicht angesehener Ab-
 zug in demselben Jahre 1871, und ist, um die
 zu nötigen Gefälle zu erlangen, die im dem-
 selben Jahre Jubelwälder füngstlichen Wälder
 steck 80 Kuben von der Wäldersteck-Ge-
 meinde in der Regel der füngstlichen Wälder
 die gleiche Richtung, demnach, dass die
 alleinige Verantwortung der Jubel-
 wälder Bleichensteck abhängt.

S. 25.

Gendarm Regiments,
 füngstlichen Wälder,
 Wäldersteck.

1. Der Kauf...



Anlage Nr. 7195

Beddingen, welche in einem unbeschädigten Blech
steht, besichtigt und für denselben eine Bedienung
in Anspruch nehmen, es fällt dafür im Wege
des Anschließens eine digitale Hauptrechnung von
55 Gulden (s. p. 3. ad 2.)

2, Die Gemeinde Sauringen ersucht, bezüglich
auf die zum Aufgeben eines Klammern an einer
einigen Grund und auf dem Grund der Klammern
an der alten Hildesheimer Haupt eine digitale
entpflichtung von 1/2.

3, Dem K. K. [redacted] in
entpflichtung von dem Kauf der Klammern
auf dem Gebiet der Klammern eine digitale
14 1/2. Die 8' Anzuehler im Gebirge von
27 2/3 53 zugerechnet.

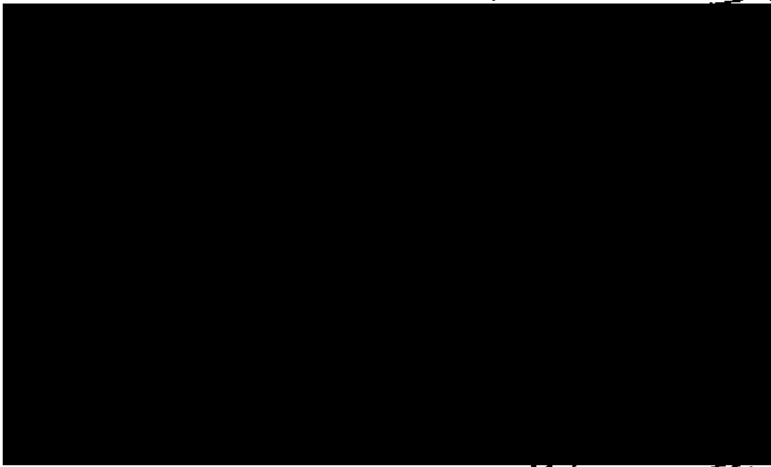
4. Wegen unbeschädigter Klammern
von den Klammern zu fordern:

[redacted]

er. Kopf 43-5 1/2
, 10-25, 12,
, 19-2, 23,
, 45-7, 12,
41, 23,
16,
L. 91/110

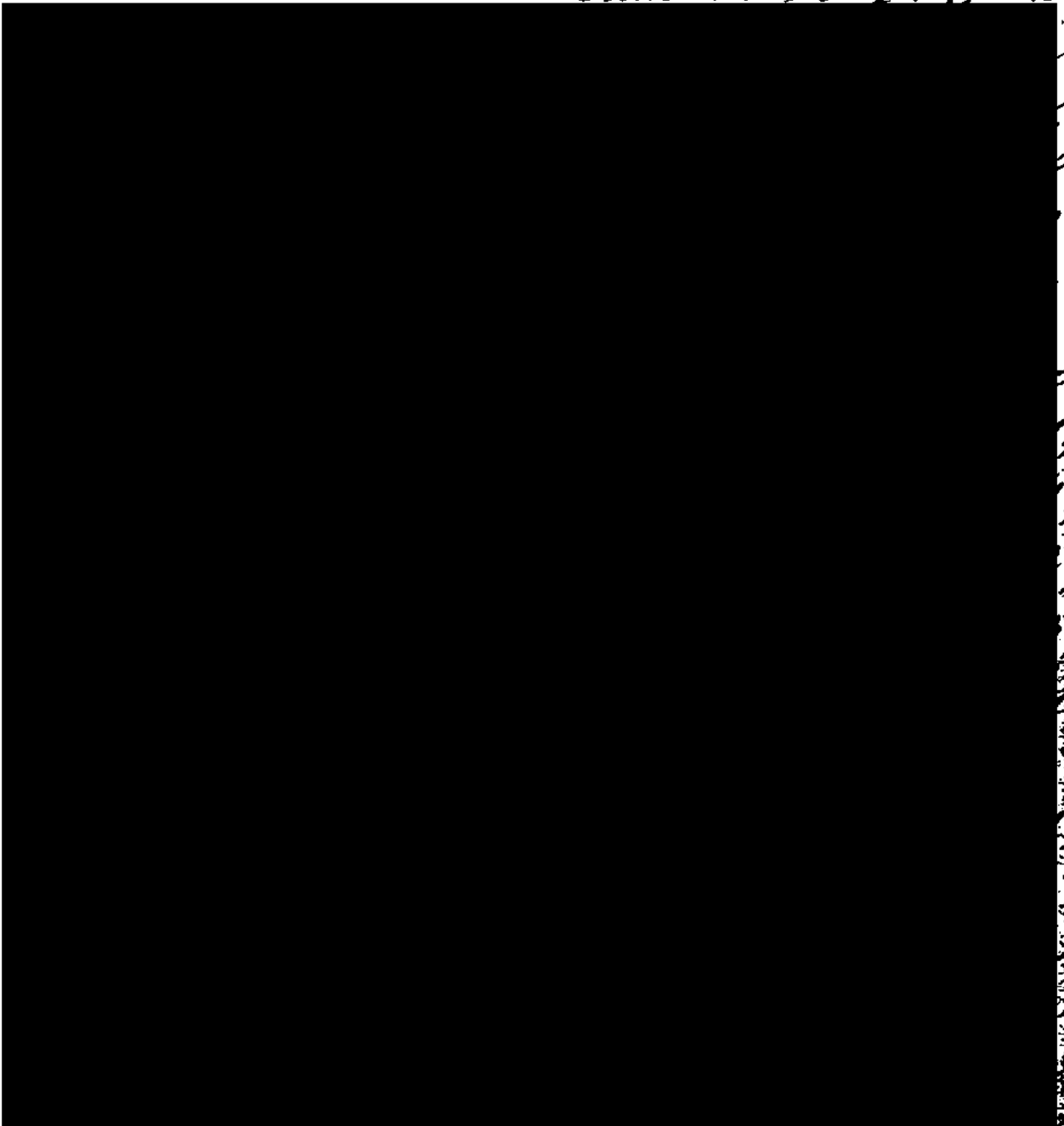


Anlage Nr. 7196



Transport 97/177 53
 261 = 1, 21, 7,
 28 = 40, 13, 9,
 38 = 12, 13, 10,
 46 = 2, 18, 8,
 52 = 32, 12, -

Summe 188 1/2 35



Dünzger hat im vorerwähnten Briefe
 hingewiesen auf die Tatsache, dass
 die Liquidation der Gesellschaft
 am 31. März 1908, wie aus dem
 am 2. März 1908 datierten Bescheid
 der Finanzverwaltung hervorgeht,
 gleichsam abgeschlossen ist.
 Hiermit stellt sich die Abgrenzung folgender
 Verhältnisse dar:

Anlage Nr. 7/98



N^o

123

Rechnung

Sp. afs.

empfangen zufl.

		F. 1913		F. 1912	
		855	84	918	17
43 46		.	.	7	4
44 49		45	2	.	.
45 52		33	96	.	.
46 2		.	.	4	18
47 21		.	.	0	4
	Summa	933	1910	933	19

(S. 27)

Überführung im Buch
Luft des Bauern,
Einfallung.

Anlage Nr. 7199

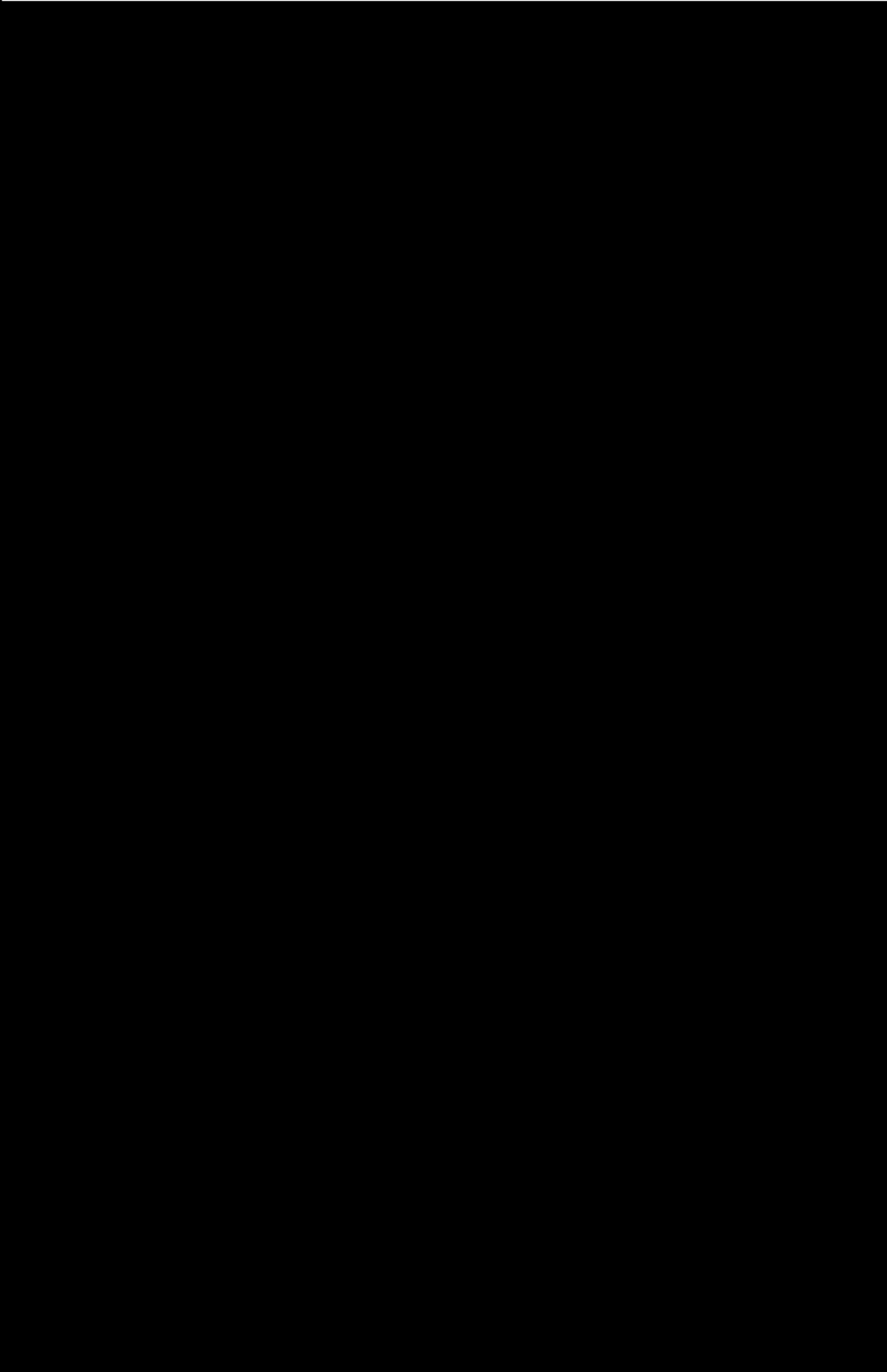
Hierbei wird auf S. 7 sub 6 mit 325 F.
zu zustandener Überführungsb. Gegen
Konten wegen der dem Landwirt
des Oberaufseher K. afs. 43 abzugeben,
wie Bauern einfallung aufstellen
auf der unbrauchbaren Begründung
aufstellen.



Anlage Nr. 71100

Anzahl
Primärsch
Abblümpung
Signatur
F. 10 3

1
2
3
4 4
5 27
6 43
7 13
8 50
9 29
10 10
11 14
12 45
13 44
14 6
15 39
16 7
17 11
18 12
19 15
20 36
21 18
22 42



7 6
8 10 9
2 13 8
2 11 2
18 9 11
23 1 8
16 22 9
6 22 4
1 5 8
17 1 5
12 5
8 7 9
15 22 5
6 12 6

1 19 3
4 5 6
18 14
5 20 11
9 22 2
3 13 3
5 12 1



Latus 19522

Anlage Nr. 71101

S. 28.

Darlegung d. Abzählung.

Auf die Darstellung des im vorigen Briefe
Anlass verfahrenen Darlegung, wird für die
übrigen Punkte auf nicht gebräuchlich, daher
zuerst, darüber gegenständig zu erklären.

S. 29.

Regulierung hinsichtlich
des Pfandes

In dem Punkte der künftigen Abklärung der
Zustimmung für die Pfandnahme, ist es
klar, ist festzustellen, dass die Pfandnahme auf die
anderen Punkte und die neuen Bestimmungen
zustimmend festhalten, wenn die Pfandnahme
274 und 273. und zwar für den Fall der Abklärung,
zustimmung der Pfandnahme sein soll.

In dem Punkte der künftigen Abklärung,
wird nicht sein.

S. 30.

Abklärung von Niedergelassen.

Das im S. 7. und 8. gedruckte für die
Abklärung



von Wainzeln ausgestellt zu sein, zu dem in Anbetracht der Zustände, in welche die Republik verfallen ist, zu lassen.
(S. 31.)

Publication des Officiers
ausg. Plan.

Die Publication des Officiersplan ist am 24 August 1858 auf Verordn. des S. S. 202 und folgend der Gemeinlich Officiersplan Ordnung gegeben, und sind in diesem Sinne wieder dieses unbekannt geblieben Officiersplan, auf dem Auftrage der Landesregierung zu sein.

(S. 32.)

Verordnung des S. S.
ausg. Plan.

Die Verordnung des S. S. 202 und folgend der Gemeinlich Officiersplan Ordnung gegeben, und sind in diesem Sinne wieder dieses unbekannt geblieben Officiersplan, auf dem Auftrage der Landesregierung zu sein.
für die Ordnung des S. S. 202 und folgend der Gemeinlich Officiersplan Ordnung gegeben, und sind in diesem Sinne wieder dieses unbekannt geblieben Officiersplan, auf dem Auftrage der Landesregierung zu sein.
ausg. Plan.



- a, mit Waterstedt im J. 1847,
 - b, „ Beddingen „ „ 1849,
 - c, „ Sauringen im Hallerendorf im J. 1849 und 1851,
 - d, „ Engelstedt im J. 1852
- zur Aufzeichnung gekommen.

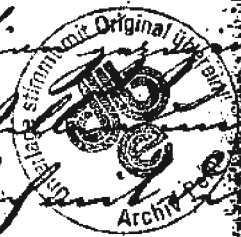
(D. 34.)

Kostenzähl.

Die Kosten der Bauarbeiten an der
Herstellung der neuen Kluge an der
Kluge an der neuen Kluge an der
Kluge an der neuen Kluge an der
Kluge an der neuen Kluge an der

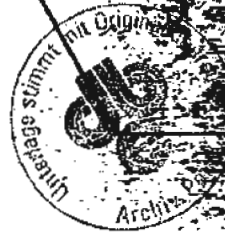
a, die Kosten der Bauarbeiten an der
Herstellung der neuen Kluge an der
Kluge an der neuen Kluge an der
Kluge an der neuen Kluge an der
Kluge an der neuen Kluge an der

b, die Kosten der Bauarbeiten an der
Herstellung der neuen Kluge an der
Kluge an der neuen Kluge an der
Kluge an der neuen Kluge an der
Kluge an der neuen Kluge an der



Manifestation, dass die feingelieferte Gewand, die
 in dem Jahr der Domination, wegen der Krankheit
 Wasserstedt zu dem Kasten der Gewandhaltung
 in dem Jahre 1790 durch die Gewandhaltung von
 1307, die Gewand der Gewandhaltung von
 aber zu dem Kasten der in P. 24 gedachten
 Domination der Gewandhaltung von 1790 geliefert
 ist, ist die Gewand der Gewandhaltung
 für sich selbst zu dem Kasten der Gewandhaltung
 für sich (s. P. 15 sub B) zu dem Kasten der Gewand
 der Gewandhaltung der Gewandhaltung zu
 dem Kasten der Gewandhaltung.

Anlage Nr. 71106



Anlage Nr. 71107Pflanzl.

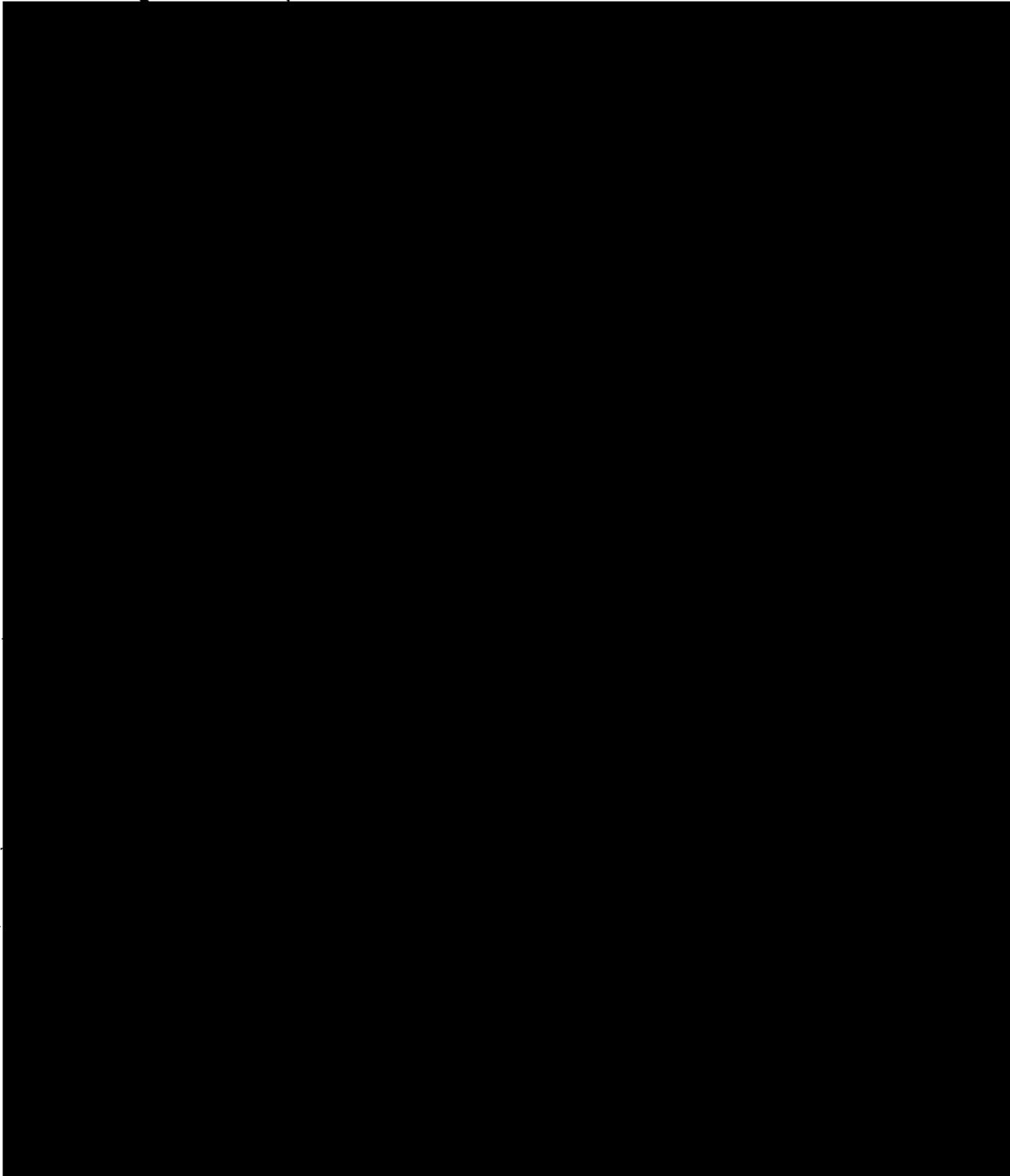
Lieber

Gebenswunsch genussigen und angenehmen
 Besuchs in allen Punkten und ist dieselbe
 zur Bekundung des in den nächsten Tagen
 vollzogen einfolgt:

Blekenstedt, den 6. Januar 1862.

132

Anlage Nr. 7108



133

Das vorstehende General- und
Special-Verzeichnis der
Kassen, welche in dem
Königreich Preußen der
Königlichen Regierung
unterstellt sind, ist
hiermit bestätigt.

Berlin, den 18. Februar 1862.
Königliche Commission.
Präsident: Commission.

Anlage Nr. 71109

Nachtrag.

Die Lagebezeichnung des Grabens Nr. 40 im § 15 Abschnitt B lfd.Nr. 39 "Grenzgraben an den Plänen Nr. 113 und 106^a und ^b zur Hälfte" ist insofern unrichtig, als der - ursprünglich geplante - Grabenteil am Plane Nr. 113 im Laufe des Separationsverfahrens aufgehoben ist.

Es sind daher in der Lagebeschreibung die Worte "113 und" gestrichen.

Die Streichung ist in roter Tinte erfolgt und mit einem Hinweis auf diesen Nachtrag versehen worden.

Braunschweig, den 4. November 1939.

Landeskultur- und -vermessungsamt

Abteilung I



Anlage Nr. 71110



Abdruck

J. Hoffmann

135

Blekenstedt, im Wassusdorfer Gasse,
früher, am 6. Januar 1862.

Gegenwärtig:

Herrn Landrath Oeconomist

Anlage Nr. 7/1111

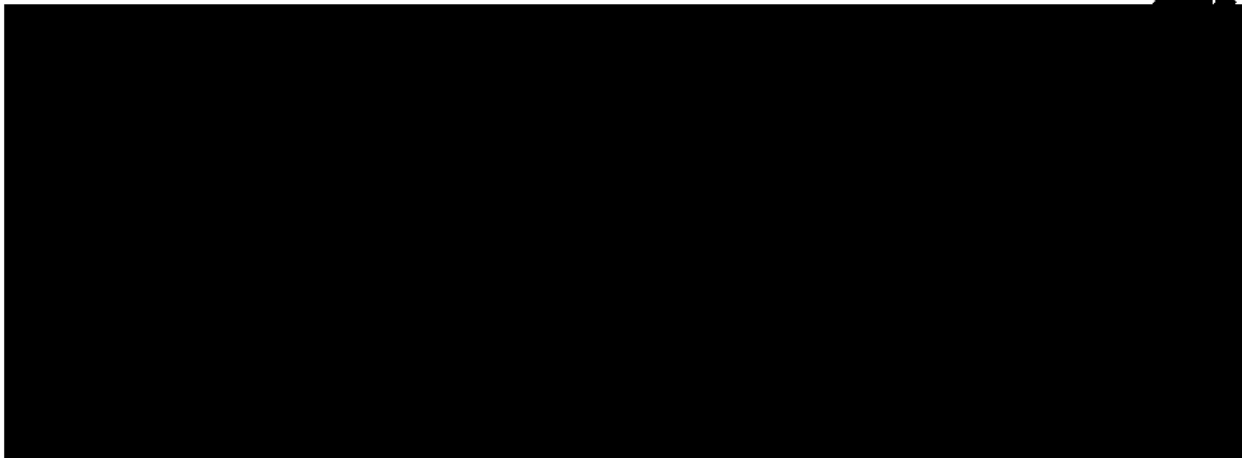
Herrn Landrath Oeconomist

Zur Belieferung des Blekenstedt, im
General- und Speciallieferung in der
Feldmark Blekenstedt belantheand,
Poststraße des Dorfes die neuzugewonnenen
Kautschungarten bestimmet zu werden
und ferner die zu diesem Zweck
finden.

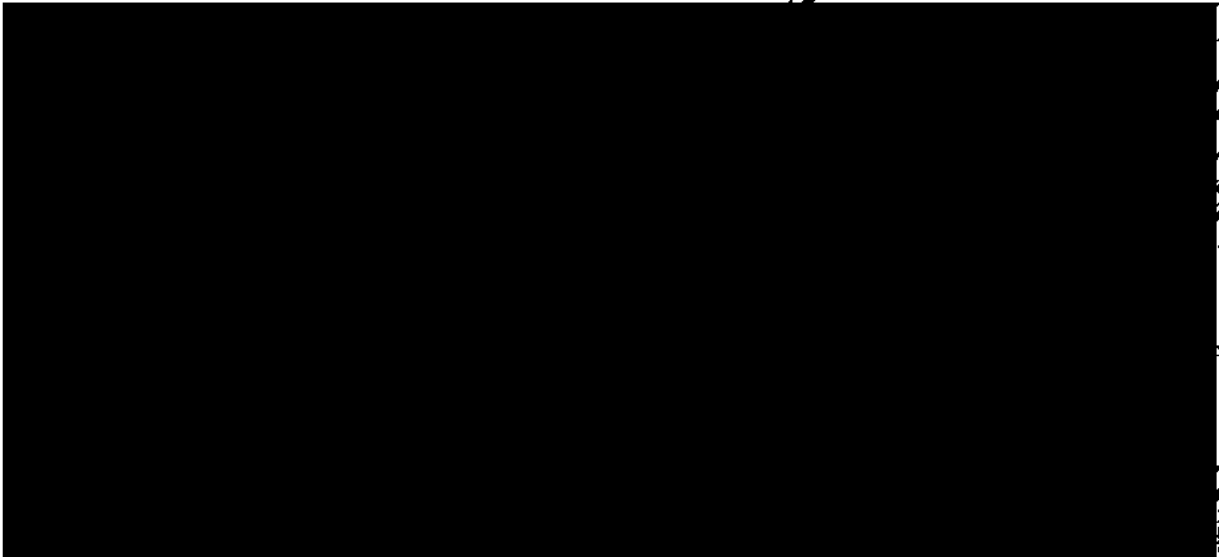
A. aus Blekenstedt.



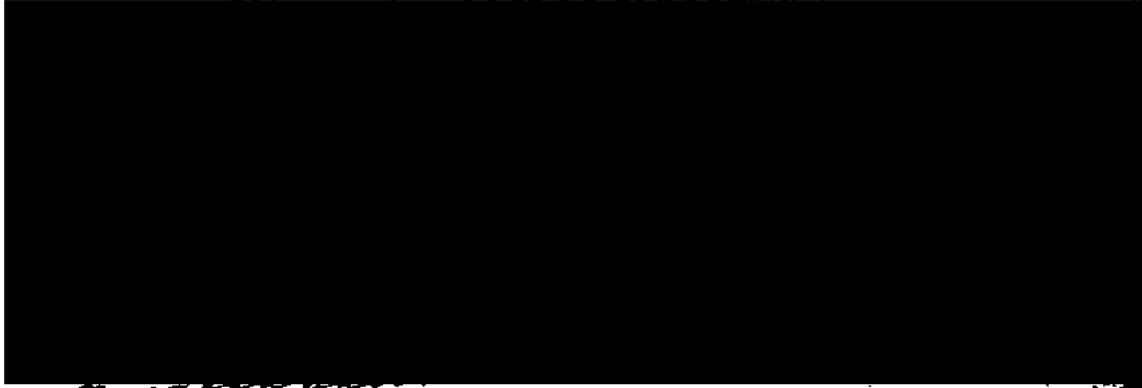
Anlage Nr. 71112



1000000
B. im Beddingen:

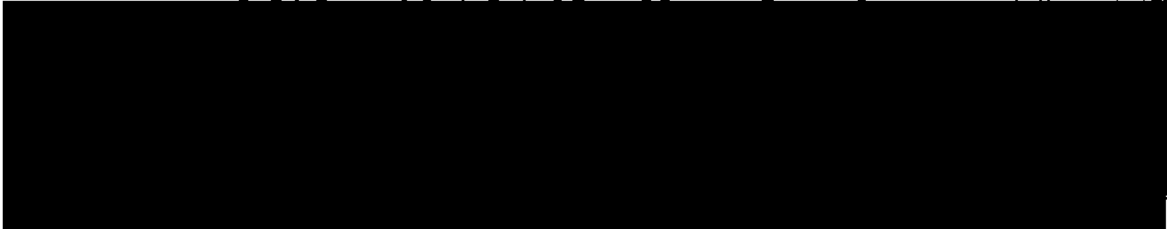


ausw.
C. P. Westerstede:



ausw.
D. P. Westerstede:

mit Original



Grenzbeschreibung

von

Bleichenstedt.

Anlage Nr. 71115

Zweite Ausfertigung.
Angefertigt im Jahre 1853
durch den L. O. Conducteur



Prüfung und richtig befunden.

Welmstedt den 16 April 1860.

Landes--



Grenzbeschreibung

von

Bleichenstedt.

Anlage Nr. 71116

Zweite Ausfertigung.

Angefertigt im Jahre 1853

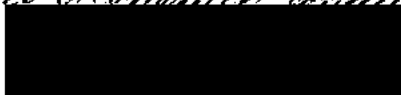
durch den L. O. Conducateur



Revidiert und richtig befunden.

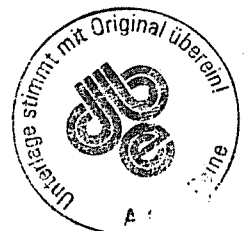
Bleichenstedt den 10. April 1860.

Landes-Oeconomus-Conducateur



Anlage 8:

Text des Rezeß von Bleckenstedt in lateinischer Schrift



Deckblatt

142

Anlage Nr. 8/1



Leseabschrift

143

No. 360

Recess;
die General- und Spezialtheilung
der Feldmark
BLEKENSTEDT
betreffend

Anlage Nr. 8/2



Rotulus
(Inhaltsverzeichnis)
§§ 1 - 17 für Seiten 1- 103

144

Anlage Nr. 813



Rotulus
§§ 18 - Schluß für Seiten 103R - 120

145

Anlage Nr. 814



Zu

wissen sei hiermit,
dass

nachdem die von der **Gemeinheit BLEKENSTEDT** unterm 29. März 1843 beantragte **General- und Spezialauseinandersetzung** unter kommissarischer Leitung des **Landes-Oeconomie Commissarius** [REDACTED] zu Braunschweig ausgeführt wurden, hierüber auf Grund der gepflogenen Verhandlungen der nachstehende

Rezeß

zwischen

I, dem Schäfereiberechtigten [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber des Kothhofes No. ass. 11 und der dazugehörigen Schäfereiberechtigung, legitimiert durch Hofverlaß- und Ehecontract vom 6. Januar, eingetragen am 11. Februar 1853.

II, der **Gemeinheit BLEKENSTEDT**, bestehend aus

Anlage Nr. 815



11. dem Kothsassen [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber des Kothhofes No. ass. 6 und der Brinksitzerstelle No. ass. 39,
legitimiert durch Ehestiftung und Hofverlaßcontract vom 1. November 1849/ 29. März 1850;
12. dem Kothsassen [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber der Kothhöfe No. ass. 7 und 40,
legitimiert durch Hofverlaßcontracte vom 2./4. Januar 1849 und 13. Mai 1852, eingetragen am 4. October 1855 (cfr § 8 ad No. 6)
13. dem Kothsassen [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber des Kothhofes No. ass. 12, legitimiert durch Hofabtretungscontract und Ehevertrag vom 3 November 1857, eingetragen am 24. Dezember 1857,
14. den Erben des Kothsassen [REDACTED], als
[REDACTED]

Anlage Nr. 816



legitimiert.

a. als rechtmäßige Inhaber der Kothhöfe No. ass. 15 und 36, durch Attest des herzoglichen Amtsgerichts SALDER vom 15. September 1859,

b. der Vormund als solcher durch Tutorium vom 22. November 1851,

15. dem Kothsassen [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber

a. des Kothhofes No. ass. 18

b. in väterlicher Gewalt seines Sohnes [REDACTED] des Kothhofes No. ass. 42,

legitimiert ad a durch Hofverlaßcontract vom 23. Juli 1840, conf. den 17 Juni

1842, ad b. durch Kaufvertrag vom 6./14 Juni, eingetragen am 3. Oktober

1856;

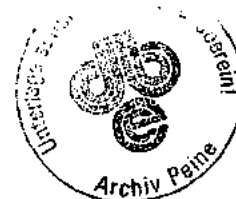
16. dem Kothsassen [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber des Kothhofes No. ass. 19,

Anlage Nr. 817



- legitimiert durch Hofübergabecontract vom 18./20 October 1817;
17. dem Kothsassen [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber des Kothhofes No. ass. 20;
legitimiert durch Ehestiftung vom 27. Januar, bestätigt am 16. Februar 1845
18. dem Kothsassen [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber des Kothhofes No. ass. 22,
legitimiert durch Ehevertrag vom 24./25. September 1820;
19. der Withwe des Kothsassen [REDACTED]
und dem Sohne desselben, [REDACTED] als rechtmäßige Inhaber des Kothhofes No. ass. 23,
legitimiert durch Lehnsbrief vom 10. Januar 1828, und durch Ehestiftung vom 5. Januar 1836;
20. dem Kothsassen [REDACTED] unter Zustimmung seiner Ehefrau [REDACTED] Inhaber des Kothhofes No. ass. 24,

Anlage Nr. 818



- legitimiert durch Hofübergabe und Erbfolgevertrag vom 16./26. Dezember 1844,
21. dem Kothsassen [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber des Kothhofes
No. ass. 25,
legitimiert durch Ehestiftung vom 21./26. Juni 1836,
22. dem Kothsassen [REDACTED] geborene
[REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber der Kothhöfe No. ass. 26 und 51,
legitimiert durch Hofverlaß- und Ehecontract vom 1. November 1849, bestätigt am 28.
März 1850 und Kaufcontract vom 12. Juni/7. Juli 1855 das Wiesenstück No. 813 = 35
Qr (= Quadratruten) in der s.g. Sauinger Wiese betreffend;
23. dem Kothsassen [REDACTED] unter Zustimmung des Hoferben [REDACTED] als
rechtmäßiger Inhaber der Kothhöfe No. ass. 28 und 47,
legitimiert durch Ehestiftung vom 2. Februar 1832 und Protokoll des herzoglichen
Amtes SALDER vom 30 Juli 1846;
24. dem Kothsassen [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber der Kothhöfe

Anlage Nr. 819

No. ass. 30 und 48,

legitimiert durch Ehestiftung vom 3. November 1835, bestätigt am 4. Januar 1836;

25. dem Kothsassen [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber der Höfe

No. ass. 31 und 37,

legitimiert durch Ehevertrag vom 31. Juli 1812, wegen des Hofes No. ass. 37 in

Zustimmung seiner Ehefrau, [REDACTED]

26. dem Kothsassen [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber des Kothhofes No. ass. 32 und der Hälfte des wüsten Kothhofes No. ass. 29a,

legitimiert durch Hofabtretungscontract vom 4. Januar 1856, eingetragen den 27. März 1857;

27. dem Kothsassen [REDACTED] in Zustimmung seiner Ehefrau

[REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber des Kothhofes No. ass. 33,

legitimiert durch Ehecontract vom 1. März, bestätigt am 29. August 1849;

28. dem Kothsassen [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber des Kothhofes

Anlage Nr. 8/10



No. ass. 34,

legitimiert durch Kaufcontract vom 24. August 1847, bestätigt am 11. Februar 1848;

29. dem Kothsasser [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber des Kothhofes No. ass.

35,

legitimiert durch Hofverlaßcontract vom 8. März, bestätigt am 4. September 1841,

30. dem Kothsasser [REDACTED] in Zustimmung seiner Ehe-
frau [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber des Kothhofes No. ass.

38,

legitimiert durch Ehe- und Hofverlaßcontract vom 1./2. Juli 1848;

31. dem Kothsasser [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber des Kothhofes No. ass. 41,

legitimiert durch Ehestiftung vom 13. November 1841, bestätigt am 30. Juni 1842

32. der Withwe des Kothsassen [REDACTED]

[REDACTED] als rechtmäßige Inhaberin des Kothhofes No. ass. 46,

legitimiert durch Attest des herzoglichen Amtes SALDER vom 6. September 1854;

Anlage Nr. 8111



33. dem Kothsasse [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber des Kothhofes No. ass. 49,

legitimiert durch Ehevertrag vom 8. März 1827;

34. der Withwe des Kothsassen [REDACTED]
[REDACTED] als rechtmäßige Inhaberin des Kothhofes No. ass. 52,

legitimiert durch Attest des herzoglichen Amtsgericht SALDER vom 1. August 1859;

35. dem Brinksitzer und Interimswirt [REDACTED] No. ass. 2, unter Zustimmung des Vormundes des minderjährigen [REDACTED] Schmiedemeisters [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber des Brinksitzerwesens No. ass. 2,

legitimiert durch Interimswirtschaftscontract vom 22. Juli 1856;

36. dem Brinksitzer [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber der Brinksitzerstelle No. ass. 16,

legitimiert durch Kaufcontract vom 21. Juli 1856, eingetragen am 25. April 1857;

Anlage Nr. 8/12



37. dem Brinksitzer [REDACTED] in Zustimmung seiner Ehefrau, [REDACTED]
[REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber der Brinksitzerstelle No. ass. 17,
legitimiert durch Ehestiftung vom 11. November 1854;
38. dem Brinksitzer [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber des Brinksitzerwesens No.
ass. 21,
legitimiert durch Kaufcontract vom 2. Juni, eingetragen am 30. September 1852;
39. dem Anbauer [REDACTED], als rechtmäßiger Inhaber der Anbauernstelle No. ass.
54,
legitimiert durch Kaufcontract vom 7. Juli, bestätigt den 1. November 1847;
40. dem Anbauer [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber der Anbauernstelle No.
ass. 55,
legitimiert durch Übergabecontract vom 14. Dezember 1825, bestätigt am 26. Januar
1826;
41. den Erben des Anbauers [REDACTED] als
I. dessen Kindern aus erster Ehe mit der

Anlage Nr. 8113



[REDACTED] des Anbauers

legitimiert durch Attest des herzoglichen Amtsgericht SALDER vom 14.
September 1859;

42. dem Anbauer [REDACTED] unter Zustimmung seiner Ehefrau [REDACTED]
[REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber der Anbauernstelle No. ass. 57,

legitimiert durch Attest des herzoglichen Amtsgerichts SALDER vom 7. März 1854;

43. dem Anbauer [REDACTED] in Zustimmung seiner Ehefrau [REDACTED]
[REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber der Anbauernstelle No. ass. 59,

legitimiert durch Abtretungs- und Ehecontract vom 7./8. Mai 1858;

44. dem minderjährigen [REDACTED]

Anlage Nr. 8114



vertreten durch seinen Vormund [REDACTED] laut Tutorie vom 6. November 1857, als rechtmäßiger Inhaber des Anbauernhauses No. ass. 60,

legitimiert durch gerichtliches Attest vom 10. November 1857;

45. der Gemeindekasse, vertreten bei den Verhandlungen durch den zeitigen Gemeindevorsteher unter Zustimmung des Gemeinderates;

46. dem Kothsassen [REDACTED] wohnhaft zu Beddingen, als rechtmäßiger Inhaber einer wüsten Hofstelle in dem Dorfe BLEKENSTEDT,

legitimiert durch Hofverlaß und Ehecontract vom 8. Dezember 1846, eingetragen am 22. Februar 1859;

B zu Beddingen

47. dem Halbkothsassen [REDACTED] No. ass. 41, unter Zustimmung seiner Ehefrau [REDACTED] als rechtmäßiger Inhaber von 47 Quadratruhen zu obigem Hofe gehörigen Ackerlandes im BLEKENSTEDTer Felde,

legitimiert durch Ehestiftung vom 2. November 1812;

Anlage Nr. 8115



C zu Sauringen:

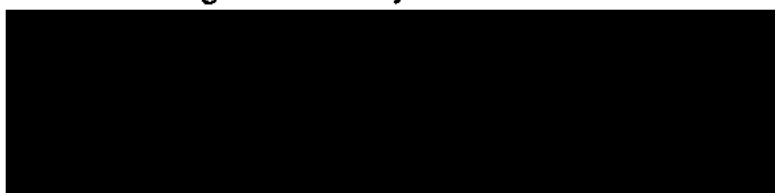
48. dem Kothsassen [REDACTED] No. ass. 8, als rechtmäßiger Inhaber von 35 Quadratruten zum genannten Hofe gehörigen Wiesen im BLEKENSTEDTer Felde;

legitimiert durch Ehestiftung vom 2. November 1812;

49. dem Kothsassen [REDACTED] No. ass. 10, als rechtmäßiger Inhaber von 2 Morgen 11 Quadratruten zu diesem Hof gehörigen Ackerlandes im BLEKENSTEDTer Felde,

legitimiert durch Ehe- und Hofverlaßcontract von 2./3. Juli 1849;

die oben unter No. 5 bis 49 aufgeführten Interessenten vertreten bei den Verhandlungen und der Rezeßvollziehung durch deren Syndiken:



legitimiert durch Syndikat vom 29. Mai 1843 und Protokoll vom 24. August 1858

III. den wegen Grenzregulierung beteiligten Interessenten

A, der Gemeinheit Beddingen, vertreten durch deren Syndiken:

Anlage Nr. 8/16



[REDACTED]

laut Protokollvollmacht vom 8. Oktober 1856;

B, der Gemeinde Watenstedt, vertreten durch deren Syndiken:

C, der Gemeinde Hallendorf

D, der Gemeinde Engelnstedt

Anlage Nr. 8/17



E, der Gemeinde Sauringen

errichtet und abgeschlossen ist.

§ 1 Zweck der Auseinandersetzung

Die vorliegende Separation bezweckt:

- A, eine General-Separation, nämlich die Aufhebung der dem Kothsassen [REDACTED] zu BLEKENSTEDT zustehenden Schäferei- und Stabberechtigung über die Schafe der Gemeinheitsmitglieder,
- B, die Spezialauseinandersetzung der

Anlage Nr. 8/18



Gemeinheitsgenossen in Ansehung ihrer sämtlichen Weideverhältnisse, die Theilung der Reiheweisen und die Aufhebung der Hirten- und Samenviehhaltung verbunden mit einer Regulierung der Grenzen gegen die benachbarten Feldmarken von Beddingen, Watenstedt, Hallendorf, Engelnstedt und Sauingen.

§ 2. Bestandtheile des Dorfes BLEKENSTEDT

Das im Kreise Wolfenbüttel, im Amtsgerichtsbezirk SALDER belegene Dorf BLEKENSTEDT enthält:

- eine Kirche
- eine Pfarre
- ein Pfarrwithwenhaus No. ass. 3
- eine Schule No. ass. 4
- zwei Ackerhöfe No. ass. 27 und 43
- vier Halbspännerhöfe No. ass. 1, 10, 14, 44
- vierunddreißig Kothhöfe No. ass. 6, 7.....51 und 52 außer den oben No. ass. 29 a,b und in der Einleitung ad No. II 46 aufgeführten

Anlage Nr. 8/19



wüsten Höfen
sechs Brinksitzerstellen No. ass. 2, 13, 16, 17, 21 und 39,
wovon No. ass. 13 nicht bebaut ist
sechs Anbauernhäuser No. ass. 54, 55, 56, 57, 59, 60
ein Backhaus No. ass. 9
ein Hirtenhaus No. ass. 8 (cfr. § 8 ad B 3) und
ein Armenhaus No. ass. 61

**§ 3. Bezeichnung der Feldmarks- und Kommunion-Verhältnisse wie sie vor der Ausein-
andersezung bestanden**

A. Grenzen der Feldmark

Die Feldmark BLEKENSTEDT grenzt:
im Osten mit den Feldmarken DRÜTTE und Beddingen
im Süden mit Immendorf, Watenstedt und Hallendorf
im Westen mit Engelnstedt und
im Norden mit Sauingen

B. Hudeberechtigungen

I. Die Gärten waren mit der Weideservitut nicht belastet.

Anlage Nr. 8120



II. Die Äcker wurden nach den Regeln des Dreifeldersystems bewirtschaftet und zu offenen Zeiten von sämtlichen Viehherden zu BLEKENSTEDT behütet. Die Zehntberechtigung, welche darauf haftete, ist bereits zur westfälischen Zeit abgelöst worden.

III. Auf den Wiesen wurde die Hütung mit sämtlichen Viehherden des Ortes, Schweinen jedoch ausgeschlossen, zu offenen Zeiten ausgeübt und zwar

1. auf den zweijährigen, vom 1. Oktober bis Ende April und
2. auf den einjährigen, vom 1. August bis alten Maitag.

IV. Die Anger wurden lediglich zur Hude benutzt und zwar:

- a. des Kuhbruch von Mitte April bis Martini nur Rindvieh und Pferden und in der übrigen Zeit von den Schafen,
- b. der Kälberanger vom 1. Mai bis Jacobi ausschließlich von den Kälbern, in der übrigen Zeit von allen Viehherden,
- c. alle übrigen Anger von sämtlichen Vieharten, von den Gänsen hinsichtlich der Hofwiese, jedoch nur deren westliche Hälfte.

V. Holzung. Die auf der Feldmark BLEKENSTEDT

Anlage Nr. 8121



belegenen Holzungen des sogenannten Oberholz und das Streitholz, welche nur behuf der Begradigung der Grenzen mit ins Verfahren gezogen wurden, sind weidefrei und besitzen die geistlichendie Ackerleute, Halbspänner und Kothsassen in denselben gewisse Holzblenke, welche nicht versteint sondern durch sogenannte Schneidebüsche auf den Grenzen bezeichnet sind. Die auf der Feldmark Beddingen belegene Gemeindeholzung im sogenannten Hause kommt für in der unten § 7 erwähnten Beziehung in Frage.

VI. Auswärtige Interessenten sind auf der Feldmark BLEKENSTEDT nicht mehr zur Hude berechtigt und ebensowenig hat die Interessentschaft BLEKENSTEDT auf anderen Feldmarken ein Weiderecht.

C. Schäferverhältnisse

Die Schäferistabberechtigung stand dem Kothsassen [REDACTED] zu. Die sämtlichen Schafe zu BLEKENSTEDT bildeten eine Herde, von welcher in der Zeit vom 10. Mai bis Johannis die Lämmer zu einem besonderen Haufen abgesondert und mit dem Fetthaufen des Berechtigten vereinigt wurden. Die Hudezeit währte überhaupt vom 1. Mai bis Martini jeden Jahres und lag dem Berechtigten allein die Stallung und Unterhaltung

Anlage Nr. 8/22



der Hirten, Schäferkarren, Hürden und der Schafböcke ab.

Der Hürdeschlag vom vereinigten Lämmer- und Fetthaufen stand dem Stabberechtigten ausschließlich zu, vom Hürdeschlage der Schafherde und der damit zeitweilig verbundenen Lämmer aber hatte er:

1. der Pfarre und jedem Ackerhofe 9 Hürdenächte
2. jedem Halbspännerhofe 6 dergleichen
3. jedem der bebauten Kothhöfe und dem unbebauten Kothhofe No. ass. 29 3 dergleichen jährlich abzugeben. Dagegen hatten die Stabpflichtigen dem Berechtigten ein Düngegeld von 8 Groschen(ggf?) für jede Hürdenacht zu entrichten und für je 10 Stück ihrer Schafe ein Schaf durchzuwintern.

Von solchem Düngegelde war jedoch der Inhaber des Kothhofes No. ass. 32 und des halben Kothhofes No. ass. 29 a befreit (cfr. § 26 unten).

Die Löhnung des Schäferknechts hat neben freier Station bei seinem Herren, in der Durchwinterung von 50 Schafen und die des Schafjungen, welcher vom 1. Mai bis Michaelis gehalten wurde, ebenfalls in freier Station und 6 (????) bestanden.

Anlage Nr. 8123



Häufig ist auf Michaelis noch ein sogenannter Fetthaufen zusammengeworfen, von welchem der Berechtigte den Dünger empfing, jedoch hatten diejenigen, die Löhnung des Hirten zu beschaffen, welche ihre Schafe in den Fetthaufen gaben.

D. Samenviehhaltung

Für das Vieh der Weideinteressenten wurden gemeinschaftlich ein Bulle und ein Kempe gehalten und lag die Verpflichtung zur Stallung und Unterhaltung dieser Samentiere dem Besitzer des Ackerhofes No. ass. 43 b.

Hinsichtlich des Bullen hatte indessen die Gemeinheit ein Risiko in der Weise zu tragen, als solche denselben, falls er zwischen Fastnacht und Martini kreperte oder sonst beim Bedecken der Kühe Schaden nahm, zu den alljährlich um Fastnacht abgeschätzten Werte anzunehmen auf die Körkosten des Tierarztes für die in derselben Zeit vorkommenden Krankheitsfälle zu zahlen verpflichtet war.

Übrigens war für jede zu bedeckende Kuh eine Vergütung von 5 Mariengroschen seitens des Eigentümers zu zahlen.

Hinsichtlich des Kempen hatte der Verpflichtete die Anschaffung und das Risiko selbst zu

Anlage Nr. 8124



tragen, dagegen empfing derselbe von den früheren Zuhutpflichtigen jährlich 10 oder den Marktpreis dafür

E. Hirtenhaltung

F.anpflanzungspflicht

G. Gemeinschaftlich benutzte Grundstücke

Anlage Nr. 8125



gleichmäßig verteilt.

H. Nutzung des der Kirche zugehörigen sogenannten Olfenlandes und des Pfarrwithenthumsgrundstücke während der Vakanz

1. Das der Kirche zugehörige Olfenland No. 36 der V-Wanne Brachfeld und No. 25 der IV Wanne Winterfeldes zu 2 Morgen 88 Quadratruten wurde bei Vorhandenseins einer Predigerwithwe von für, übrigens aber zum Besten armer Waisen aus BLEKENSTEDT genutzt.

2. Von den Pfarrwithenthumsgrundstücken nutzten während der Withwe-Vakanz:

- a. die Kirche: die Ackerstücke No. 230 und 612 der neuen Karte
- b. die Pfarrwithwenhauskasse das Haus mit Ausschluß der vorderen Stube an der Sonnenseite, welche für den Prediger reserviert war, und
- c. alle übrigen Grundstücke der Prediger.

I. Die bespannten Hofswirte zu BLEKENSTEDT haben der dortigen Pfarre und dem Pfarrwithenthum Haus und Holzfuhrn in der Art zu leisten, daß erstere verpflichtet sind das von diesen geistlichen Instituten geerntete Heu und Holz von BLEKENSTEDT nach

Anlage Nr. 8126



Beddingen , als dem Wohnort des Predigers und der Predigerwithwe, zu fahren und zwar das Heu in dem Falle, daß die Wiesen der gedachten geistlichen Institute nicht verpachtet sind.

§ 4 Vermessung und Bonitierung.

1. Behuf der vorliegenden Separation ist die Feldmark und das Dorf BLEKENSTEDT im Jahre 1844 durch den Landes-Oeconomie-Condukteur [REDACTED] vermessen und kartiert, wonach dieselben enthalten:

1. Hof- und Gebäuderäume	15 Mg 61 Qr
2. Dorf- und Feldgärten	46 Mg 48 Qr
3. Acker	1664 Mg 46 Qr
4. Wiesen	129 Mg 34 Qr
5. Anger	432 Mg 20 Qr
6. Wege	
a. im Dorfe	10 Mg 90 Qr
b im Felde	48 Mg 119 Qr
7 Gräben	
a. im Dorfe	1 Mg 28 Qr
b. im Felde	15 Mg 19 Qr
8. Holzungen	153 Mg 37 Qr
Summe	2517 Mg 22 Qr.

Anlage Nr. 8127



2. Die Bonitierung der Theilungs-Objekte im Anschluß der Dorflage ist durch die landwirtschaftlichen Sachverständigen Amtmann [REDACTED] aus Schöppenstedt und Ackermann [REDACTED] aus Schliestedt ausgeführt, welche den Acker in sechs Klassen, die Wiesen in 10 und die Anger in 9 Klassen geschätzt haben.

Die Dorfgärten sind als Wiesen von den Beteiligten selbst classifiziert.

Die Holzungen , soweit sie zur Theilungsmessung zugezogen wurden, sind als Acker eingeschätzt.

§ 5. Ausgleichungsgrundsätze

Die Werte der verschiedenen Grundstücke wonach die Auseinandersetzung der Beteiligten bewirkt ist, sind pro Morgen wie folgt festgestellt:

a. der Äcker

1. Klasse	8,28 Pfennige (P)
2. Klasse	6,90
3. Klasse	5,66
4. Klasse	3,70
5. Klasse	1,70
6. Klasse	0,59

Anlage Nr. 8128



Der darunter befindliche Weidewerth beträgt für alle Flecken gleichmäßig pro Morgen 5 ggf 2
S = 0,22 P

b. die Wiesen und Anger

1. Klasse 6,81 Pfennige

10. Klasse 0,34 Pfennige

Von diesen Werthen, wobei hinsichtlich der Wiesen, deren gänzliche Schonung vorausgesetzt ist, sind:

- a. bei den Hauswiesen 0,680 Theile für die Ernte und 0,320 Theile für die Weidenutzung,
- b. bei den Grummetwiesen 0,932 Theile für die Ernte und 0,068 Theile für die Weidenutzung gerechnet.

Übrigens kommen in den Wiesen nur die 1. bis 7. und die 10. Klasse und in den Angern nur die 2. bis 10. Klasse vor.

Anlage Nr. 8/29



171

§ 6. Auseinandersetzung unter den Generalinteressenten

1. Die Gemeinde BLEKENSTEDT hat mit dem Schäferberechtigten die Theilung der gemeinschaftlichen Weide dahin vereinbart, daß dieser als solcher und zugleich für seinen Kothhof No. ass. 11 nach Maßgabe des gehaltenen Viehbestandes abgefunden werden soll, welcher für [redacted] No. ass. 11 auf 58,79 Weidekühe und für die Gemeinde auf 285,87 Weidekühe ermittelt worden ist.

Nach einer von der Lokalkommission zugelegten Weidetheilungsberechnung, wobei auf den Umstand Rücksicht genommen ist, daß die den 6 Brinksitzern und Anbauern vergleichsweise zugebilligte Weideabfindung von den zu teilenden Weidemasse vorab zu entnehmen war, ist sodann die Weideabfindung:

a. für den Schäferberechtigten und dessen Kothhof No. ass. 11 auf	288,820 P
b. für die Gemeinde auf	1481,328 P
Summa	1770,148 P

Anlage Nr. 8130



festgestellt worden.

2. Die Abfindung des Schäfereiberechtigten für seinen Grundbesitz erfolgt nach Maßgabe der in dem folgenden § ad 1 angegebenen Grundsätze, und was dessen Beiträge zu den Separationsanlagen, sowie der Auseinandersetzung wegen der Schäfereiberechtigung betrifft, so wird gleichfalls auf den § 7 verwiesen.

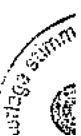
§ 7. Feststellung der Theilnahmeverhältnisse und der Theilungsgrundsätze in Beziehung auf die Spezialseparation

1. In Ansehung der Gärten, Äcker und Wiesen wird das Theilnahmerecht jedes einzelnen Interessenten im Allgemeinen durch seinen Besitzstand vor der Separation gebildet und der Wert nach dem geschätzten Reinertrag berechnet, von welchen bei den weidebelasteten Grundstücken der Weidewert abgezogen wird.

Von den Reihewiesen erhält jeder Interessent den oben in § 3 litter G angegebenen Antheil.

Die Hirtenwiesen werden der

Anlage Nr. 8/31



Gemeindekasse zugeteilt.

2. Ein Theilnahmerecht an der gemeinschaftlichen Weide steht:

der Pfarre, dem Pfarrwithwentum und der Schule

den 2 Ackerhöfen

den 4 Halbspännerhöfen,

den 34 Kothhöfen incl. des Hofes No. ass. 29 ab und excl. des im vorigen § erwähnten Hofes No. ass. 11,

den 4 Brinksitzerstellen No. ass. 2, 13, 21 und 39

zu.

Jeder der 6 Brinksitzer und Anbauernstellen No. ass. 16, 17, 54, 55, 56 und 57, welche gegen Zahlungen von Weidegeld Vieh auf die gemeinschaftlichen Weiden gebracht haben ist im Wege des Vergleiches jedem der Werth von 90 Qr Anger, II. Klasse 0 4,590 P als Weideabfindung zugebilligt und der Kothsasse [REDACTED] zu Beddingen hat, wegen seines wüsten Kothhofes zu BLEKENSTEDT für das beanspruchte Weiderecht eine Kapitalabfindung von 55 P aus der Separationskasse gezahlt erhalten, wogegen der Kothsasse [REDACTED] No. ass. 35 in Betreff des angeblich ihm zugehörigen wüsten Kothhofes, sowie die Inhaber der Anbauernstellen No. ass. 59 und 60 auf

Anlage Nr. 8132



das anfangs behauptete Weidetheilnahmerecht Verzicht geleistet haben, indem von ihnen der Rechtsweg nicht betreten ist auf welchen sie behufs Geltendmachung ihrer Ansprüche durch die Separationsbehörde verwiesen waren.

3. Das Maß der Weidetheilnahme ist durch rechtsbeständige Willenserklärung, Statute oder frühere Judikate nicht normiert und daher in Gemäßheit des § 66 der Gemeinheitstheilungs-Ordnung nach Haushaltsbedarf und Durchwinterungsmitteln festzustellen, wonach bei der Annahme eines Viehbestandes von 285,87 Weidekühen jeder der ad 2 aufgeführten 47 Berechtigten an dem auf den Haushaltsbedarf entfallenden Antheile für 70,5 Weidekühe gleichmäßig partizipiert, und die auf den übrig bleibenden Viehstamm zu rechnende Weide nach Verhältnis des Winterfuttermittels unter sie zur Verteilung gebracht wird.

4. Behuf der Ausmittelung der Durchwinterungskräfte, wobei weder Abfälle aus Gewerbsbetrieben noch gezogene Zehnten in Betracht kommen, sind nachfolgende Heuerträge pro Morgen festgestellt:

Anlage Nr. 8133



a. vom Acker

1. Klasse zu...

6. Klasse zu..

b. von den Wiesen und Gärten unter Voraussetzung gänzlicher Schonung

1. Klasse zu

10. Klasse zu

Außerdem kommen in Betracht, die der Schule zu präsentierenden Markgarben 5,21 Ztr. Heu jährlich und die auf auswärtigen Feldmarken von den Inhabern der Höfe No. ass. 10, 1 und 25 genutzten Äcker, welche durchschnittlich zur III. Klasse veranschlagt sind.

Anlage Nr. 8134



5. Behuf der Auseinandersetzung des Markberechtigten und der Stabpflichtigen, in Betreff des Schäfereiverhältnisses, (cfr oben § 3 litter C) ist angenommen, daß:

A. der Stabberechtigte:

- a. die Düngernutzung von 361 Schafen der Stabpflichtigen, während 27 Nächte im Felde und 11 Nächten im Stalle, sowie von 60 Lämmern während 46 Nächte, und den Stalldünger vom Fetthaufen,
- b. ein Düngegeld für jede Hürdenacht von 8 ggf,
- c. für die Durchwinterung von 33,1 Schafen a 16 ggf = 22 P 1 ggf 7 S, bezieht, wobei die Hürdenacht von 100 Schafen zu 4 ggf, der Stalldünger von 100 Schafen zu 3 ggf und vom Fetthaufen zu 1 P veranschlagt ist.

B. die Stabpflichtigen

die Düngernutzung von den Schafen des Stabberechtigten und zwar von 360 Stück in 107 Nächten und von 235 Stück in 46 Nächten erhalten.

C. die Kosten der Schäfereihaltung pro rata des Viehes der Stabpflichtigen zum Betrage von 41 P 0 ggf 9 S den Beteiligten zur Last fallen, wonach der Stabberechtigte ein Kapital von 641 P 18 ggf 1 S an die Stabpflichtigen zu vergüten hat.

Anlage Nr. 8135



Die Ausgleichung der Letzteren, welche außer dieser Entschädigung den Dünger von ihren Schafen, soweit solcher dem Stabberechtigten ... gebührt, beziehen, und die denselben zu wenden Gegenleistungen theils nach Verhältnis ihrer Herdenutzung, theils nach ihren Durchwinterungsmitteln aufzubringen haben, geschieht unter Anwendung der obigen Wertsätze und die von der Local-Kommission zugelegten Auseinandersetzungsberechnung ergibt, daß comp. compensandis eine Summe von 933 P 19 ggf 10 S zu zahlen und zu empfangen ist.

6. Das Entschädigungs-Kapital, welches der Ackermann [REDACTED] No. ass. 43 für die Aufhebung seiner Verbindlichkeit zur Haltung des Bullens und Kempen zu übernehmen hat (cfr. oben § 3 litter D), ist mit Berücksichtigung der Gegenleistung festgesetzt,

a. wegen des Bullen auf 302 P 02 ggf und

b. wegen den Kempen auf 22 P 22 ggf

überhaupt 325 P 0 ggf welches

Kapital unter die Weideinteressenten nach Maßgabe ihrer Weidetheilnahme zu repartieren (?) ist.

7. Bei Regulierung der Forstgrenzen

Anlage Nr. 8136



gegen das Feld und behuf Anlegung eines Grabens im Oberholze haben verschiedene Interessenten von ihren Holzbleken die unten bemerkten Flächen abgetreten und ist hinsichtlich deren Entschädigung verabredet, daß die Beteiligten, welche 30 Qr und mehr abtreten aus den auf der Feldmark Beddingen belegenen Gemeindeholzungen im Hause, diejenigen aber, welche weniger als 30 Qr abtreten, durch andere Grundstücke auf BLEKENSTEDT'ser Feldmark entschädigt werden sollen.

Eine solche Forstabfindung im Hause und zwar ein der abgetretenen gleichen Fläche haben

■

■
■
■
■
■

Durch Feldgrundstücke zu den nachstehenden Bonitätswerthen sind entschädigt:

■	■
■	■
■	■
■	■
■	■

Anlage Nr. 8137



179

Seite 18R



Anlage Nr. 8138



af. die Gemeindekasse

In Folge dieser Forstregulierung sind in das Oberholz von den angrenzenden Äckern und Aengern 8 Morgen 109 Qr zum Werthe von 22,440 P gefällt, die der Gemeindekasse zur Nutzung überwiesen sind, und welchen Werth die unten sub No. 8 ad litter c bezeichneten Interessenten aufbringen.

8. Zu den neuen Separationsanlagen haben beigetragen:

- a. zu den Wegen und Gräben und dem Dispositionsfonds, die sämtlichen Interessenten,
- b. zu den übrigen gemeinschaftlichen Anlagen (cfr. § 15 sub B 1 bis 5) die Beteiligten zu BLEKENSTEDT, mit Ausnahme der Kirche, Pfarre und Gemeindekasse,
- c. zur Dotation der Gemeindekasse und zu der behuf Regulierung der Forstgrenzen verwendeten Flächen, die ad b gedachten Interessenten nach ihrem Gesamtsohlhaben, ausschließlich des nach dem Weidesohlhaben aufgebrauchten Terrains, zum Begräbnisplätzen und zur Schafs-

Anlage Nr. 8139



badeanstalt, mit der Maßgabe, daß die 6 Brinksitzer und Anbauern für ihre im Wege des Vergleichs festgestellte Weideforderung zu den Anlagen ad a und b keinen Beitrag geleistet haben.

9. Die Pfarre hat den Pfarrgarten No. 8 der Karte zu 71 Qr, an die Schule abgetreten und wird dafür zum Werthe der I. Ackerklasse mit 4,769 P entschädigt, welcher Werth dem Sollhaben der Schule abgeht.

10. Folgenden Interessenten sind zu ihrer Hofstellen aus der nicht mit in die Theilungsberechnung gezogenen Dorflage die nachbenannten Flächen zum Werth der IV. Wiesenklasse abgetreten, welcher Werth ihrem Sollhaben abgeht:

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

11. Zur Verbreiterung der Dorfstraße haben abgetreten:

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Anlage Nr. 8/40



No. 26 = 3 Qr, wofür er den Werth der II. Wiesenklasse = 0,173 P vergütet erhält.

12. zu einem Häuslingsfelde ist der sogenannte Pfarrcamp zum Werthe von 50,628 P reserviert und als eine Dotation dem Sollhaben der Gemeindekasse hinzugesetzt.

§ 8 Besondere Regulierungen unter den Interessenten, welche auf die Theilungsmasse und das Sollhaben von Einfluß sind

A. Regulierungen, welche die Theilungsmasse betreffen:

a. die Grenzen der Feldmark BLEKENSTEDT sind mit den benachbarten Feldmarken, soweit als thunlich begradigt, wodurch an

1. Beddingen
2. Watenstedt
3. Hallendorf
4. Engelnstedt
5. Sauingen

Anlage Nr. 8141



abgetreten, der Feldmark BLEKENSTEDT aber von

1. Beddingen
2. Watenstedt
3. Hallendorf
4. Engelnstedt
5. Sauingen

wieder zugelegt wurden.

b. Eine Vergleichung der Karten von BLEKENSTEDT und Hallendorf hat ergeben, daß der Weg No. 30 am Streitholze bei der Separation erstgenannter Feldmark ganz unberücksichtigt geblieben, obwohl er derselben zur Hälfte angehört. Die Theilungsmasse vergrößert sich dadurch um 25 Qr nicht bonitiertes Terrain.

B Regulierungen, die das Sollhaben betreffen:

1. Zu Wegen und Gräben haben nachträglich gegen Kapitalentschädigung, welche in dem 25-fachen Werthbetrag besteht, abgetreten

████████████████████
████████████████████

Letzterem wurden jedoch nur 1,021 P vergütet, da 0,992 P zu einer auf

Anlage Nr. 8142



besonderen Antrag erfolgten Wegeanlage verwandt, außerdem ihm aber 17 Qr aus der Dorflage, zum Werthe von 0,241 P überwiesen sind

2. Zwischen den Plänen der Kothsassen No. ass. 15 und des Kothsassen No. ass. 32 hat eine Veränderung stattgefunden, nach welcher die Pläne des letzteren einen um 0,853 P größeren Werth gegen sein Sollhaben besitzen. Es ist dieser Werth seinem Sollhaben hinzu-, dem Sollhaben der genannten Erben aber abzusetzen.

3. Der Kothsasse No. ass. 32 hat, laut des ad No. 26 der Rezeß-Einleitung angeführten

Anlage Nr. 8143



Documents das Hirtenhaus No. ass. 8 erworben und ist demselben der Plan No. 66 mit einer Fläche von 94 Qr, wovon 22 Qr bonitiert sind und einen Werth von 0,791 P haben, zugelegt. Dieser Werth ist bei obigem Hause als Sollhaben in Zugang und bei der Gemeindekasse in Absatz zu bringen.

4. Dem Anbaue [REDACTED] No. ass. 59 ist wegen Vertauschung seines früheren Hauses No. ass. 4 zum Schulhause gegen das alte Schulgebäude No. ass. 59, eine Entschädigung zum Werth eines halben Morgens VI. Klasse = 0,184 P gewährt, ihm aber nachher, diese Fläche in besserer Qualität zum Werthe von 2,593 P aus dem Dispositionsfonds überwiesen, wodurch sich sein Sollhaben um 2,409 vergrößert.

5. Der Gemeindekasse ist der übriggebliebene Theil des Dispositionsfonds von 8,891 P überwiesen, welcher ihrem Sollhaben hinzugeht.

6. Der Kothsasse [REDACTED] hat, laut Kaufcontract vom 10. April 1856, eingetragen am 5. Januar 1857, seinen Hof No. ass. 40

Anlage Nr. 8/44



an den Kothsasse [REDACTED] verkauft, jedoch nur mit folgenden Grundstücken

3 Morgen vom Plan No. 77

2 Morgen vom Plan No. 117

1 Morgen vom Plan No. 172

und sind die zur Separation zugezogenen übrigen Zubehörungen des Hofes No. ass. 40 im Werthe von 95,899 P dem [REDACTED] Kothhofe No. ass. 7 beigelegt.

7. Der Kothsasse [REDACTED] hat, laut Kaufcontract vom 12. Juni 1855, von dem Kothsassen [REDACTED] zu Sauingen den Plan No. 30, in den Sauinger Wiesen, = 0,781 P käuflich erstanden und denselben seinem Kothhofe No. ass. 26 beigelegt.

8. In Folge der Einziehung einer Strecke des Weges No. 15 sind dem [REDACTED] Ackerhofe No. ass. 43 zum Plane No. 125 der Karte = 48 Qr, mit einem Werthe von 1,480 P zugelegt, welcher gegen Kapital-Entschädigung von 37 P dem Sollhaben des [REDACTED] zugeht.

Anlage Nr. 8145



9. Der Graben No. 22 im Plane des Kothsassen [REDACTED] No. ass. 38 ist nachträglich eingezogen und dessen Fläche von 18 Qr, mit einem Werthe von 0,593 P dem Plan No. 161 zugelegt, wodurch sich das Sollhaben des genannten [REDACTED] gegen Zahlung einer Kapitalentschädigung von 14 P 24ggf 8 S um jenen Werth vermehrt.

10. Vom Plane No. 154 des Kothsassen [REDACTED] No. ass. 38 sind 2 Qr an den Plan der Withwe [REDACTED] No. ass. 46 mit 0,138 P Werthe abgetreten, wofür diese an jenen 6 P 20 ggf zu vergüten hat, und wodurch sich das Sollhaben des genannten [REDACTED] zu Gunsten der Withwe [REDACTED] um jenen Bonitätswerth vermindert.

11. Die Abfindung des Kothsassen [REDACTED] zu Sauingen, = 2 Morgen 94 Qr, mit einem Werthe von 11,379 P ist bei der Separation von Sauingen wieder zum Austausch gekommen und fällt dem benannten Interessent deshalb in der Sollhaben Berechnung, § 11 hinweg.

Anlage Nr. 8146



§ 9 Nachweisung der Theilungsmasse

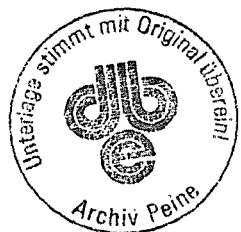
Die Theilungsmasse wird, mit Rücksicht auf die in den vorstehenden §§ gegebenen Erörterungen nach Flächen und Werthen wie folgt nachgewiesen.

Anlage Nr. 8147



Seiten 23R bis 27 enthalten die Listen des § 9 auf deren abschreiben verzichtet worden ist.

Anlage Nr. 8148



§ 10 Terrain zu gemeinschaftlichen Anlagen

Die neuen gemeinschaftlichen Anlagen an Wegen, Gräben pp. haben an Terrain erfordert:

64 Morgen 83 Qr. Acker zum Werthe von 287,080
09 Morgen 43 Qr. Wiesen zum Werthe von 035,04?
44 Morgen 69 Qr. Anger zum Werthe von 076,04?
18 Morgen 56 Qr. Unland und
10 Morgen 98 Qr. nicht bonitiertes Terrain

Davon ab der zur V. Wiesenklasse angenommene Werth des neuen Flußbettes der Aue, Nr. 1 der Karte, zu 1 Morgen 69 Qr., welche den Plananliegern zur Nutzung überwiesen ist mit 4,285 P.

§ 11. Nachweisung des Sollhabens der Interessenten

Anlage Nr. 8149



Nach Vorschrift der Theilungs-Ordnung und der in den vorstehenden §§ erörterten Grundsätze ist eine Theilungsberechnung zugelegt, welche von herzoglicher Landes-Oeconomie-Commission geprüft und von den Interessenten als richtig anerkannt ist. Das Resultat derselben wird wie folgt nachgewiesen:

Anlage Nr. 8150



Die Seiten 28R bis 32 enthalten die Listen nach § 11, die nicht abgeschrieben wurden.

Anlage Nr. 8151



§ 12. Von der Plananweisung

Für das im vorigen §§ nachgewiesene Sollhaben sind Interessenten durch Grundstücke nach deren vollen Reinertrag befriedigt und ist der Separationsplan von denselben mit Ausnahme der Besitzer des Ackerhofes No. ass. ??, des Halbspännerhofes No. ass. 44, der Kothhöfe No. ass. 18, 41, 46, 26/51, 28, 40, und des wüsten Kothhofes No. ass. 29 a-b, welche jedoch durch die Entscheidungen der herzoglichen Landes-Oeconomie-Commission vom 5. April 1850, 4. Juli 1851, 5. August 1854, 30 November 1855 und 24 Mai 1859 ???? des herzoglichen Staatsministerium vom 26 November 1850 und 29 August 1851 zur Annahme des Planes rechtskräftig verurteilt wurden, anerkannt.

Diese Pläne der einzelnen Interessenten sind im Felde durch Grenzsteine von einander getrennt und auf der Karte die Grenzen mit grauen Farbstrichen ausgezogen, die Pläne selbst aber mit fortlaufenden roten arabischen Zahlen numeriert, auch ist in jedem Planstück

Anlage Nr. 8152



die No. ass. des betreffenden Hofes und der diesbezüglichen Interessenten beigelegten Buchstaben, sowie der Flächeninhalt schwarz eingeschrieben.

§ 13. Tabellarische Aufstellung des Plans

Nachstehend ist das Resultat des Planes in tabellarischer Form zusammengestellt:

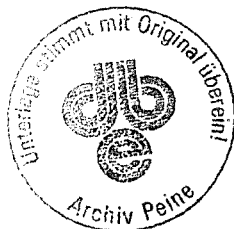
Anlage Nr. 8153



195

Es folgen für jeden Hof die Übersichten seines Plansollhabens mit Zu- und Abschreibungen und den Wertfeststellungen auf den Seiten 33 R bis 91; 91 R ist unbeschrieben.

Anlage Nr. 8154



§ 14. Recapitulation der Abfindungen

Listen von Seite 92R bis 96

Anlage Nr. 8155



§ 15. Nähere Bezeichnung der neuen Anlagen

Die durch den Auseinandersetzungsplan vorbehaltenen und neu angelegten Wege, Gräben und sonstigen Anlagen, wozu , sowie es erforderlich, das vormalige herzogliche Amt SALDER die Genehmigung erteilt hat, sind folgende:

Anlage Nr. 8156



A. Wege

lfd	No.	Text	Breite	Fläche	Fläche
Nr	Karte		Mrg	Qr	
1	1	Kommunikationsweg nach Hallendorf	2,75	7	115
2	2	dito nach Engelnstedt	2,75	11	30
3	3	dito nach Broistedt	2,75	12	8
4	4	dito nach Sauingen	2,75	2	64
5	5	dito nach Wolfenbüttel	dito	1	78
20	21	Weg an der anderen Wanne östlich der Pläne 88-94	1,5	1	5
22	23	DITO AN DER MÜHLENWANNE ÖSTLICH DER PLÄNE 43 BIS 48	1,5	1	??
29	30	Weg südlich des Planes 328 (zur Hälfte)	0,5		25

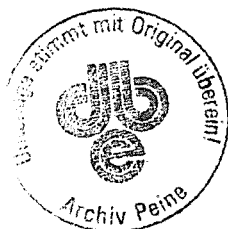
Anlage Nr. 8157

199

B. Gräben

1. Der Auebach von der Sauinger Grenze bis zum Wege No. 5 zur Hälfte
2. Fortsetzung desselben bis zum Plan No. 251 zur Hälfte
3. Grenzgraben an den Feldmarken DRÜTTE und Beddingen an den Plänen

Anlage Nr. 8158



Die Seiten 98R bis 101 enthalten die weitere ²⁰⁰Aufzählung der Gräben

Anlage Nr. 8159



C. Sonstige gemeinschaftliche Anlagen

201

1. Der Begräbnisplatz
2. Die Schafbadestelle
3. Die Flußbetten.....
4. Die Lehmkuhle
5. Der Steinbruch
6. Die Schweine- und Gänseweide

Anlage Nr. 8160



D. Brücken und Kanäle pp.

1.

202

24.

Alle Anlagen sind auf der Karte mit den gleichen Nummern bezeichnet,

Anlage Nr. 8/61



welche vorhin angegeben wurden, und faßt die angeführte Breite der Wege die vorhandenen Seitengräben und Stallwiesen mit in sich.

§ 16. Grenzbeschreibung

203

Die Grenzen der einzelnen Abfindungsstücke sind in der diesem Rezesse annektierten, vom Vermessungsrevisor [REDACTED] angefertigten Grenzbeschreibung, welche von den Interessenten als richtig und als ein integrierender Theil dieses Rezesses ausdrücklich anerkannt ist, speziell beschrieben und die Pläne daselbst mit denselben Nummern, unter welchen sie in § 13 aufgeführt sind, angegeben wurden. Auch weisen diese Zeichnungen die in § 15 bezeichneten Anlagen übereinstimmend mit der Karte nach.

Die Sektion der Grenzbeschreibung sind mit roten römischen Nummern versehen, wie die Karte gezeichnet und ist derselben eine Übersichtskarte beigelegt.

Anlage Nr. 8162



§ 17: Erste Instandsetzung und Unterhaltung der neuen Anlagen

a. Die Kosten der ersten Instandsetzung der in § 15 genannten neuen Anlagen werden von den Interessenten nach Maßgabe ihres Sollhabens in dem in § 35 gedachten Verhältnis aufgebracht.

204

b. Die künftige Unterhaltung der Communicationswege, einschließlich der Seitengräben, Brücken und Kanäle, wird demnächst nach der Vorschrift der Wegeordnung vom 11. März 1840 und des Gesetzes vom 4. Januar 1851 bewirkt, wogegen die Wannenwege und daran belegene Gräben imgleichen die Hauptentwässerungsgräben von den Separationsinteressenten nach deren Gesamtsollhaben, die zwischen den Plänen befindlichen Ab- und Zuleitungsgräben No. 8 bis 12, 14 bis 16, 22, 23, 27, 28, 31, 32, 41, 43, 54, 55 und 56 aber von den Plananliegern ausschließlich und zu gleichen Theilen unterhalten werden, nach welchem Verhältnisse denselben auch der

Anlage Nr. 8/63



Grabenauswurf zukommt.

c. Dem Inhaber des Ackerhofes No. ass.43 liegt die Verpflichtung ob, über den Graben, zwischen dem [REDACTED] Hofe No. ass. 39 und dem [REDACTED] Hofe No. ass.57 einendauerhaften Weg für Fußgänger herzustellen und für immer in gutem Stande zu erhalten.

d. Die Unterhaltung der Feldmark-Grenzgräben, (cfr. § 15 sub B) ohne Unterschied, ob solche ganz oder zur Hälfte der Feldmark BLEKENSTEDT angehören, liegt den benachbarten Feldmarkinteressenten zur einen und der Interessentschaft BLEKENSTEDT zur anderen Hälfte, letzteren nach Maßgabe des Gesamtsollhabens ob.

205

§ 18. Benutzung der neuen Anlagen

1. was die in der Feldmark BLEKENSTEDT vorhandenen Communicationswege im Sinne der Wegeordnung betrifft, so dienen dieselben zur öffentlichen Benutzung nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen

Anlage Nr. 8164



Die übrigen Wege sind nur als Zugänge zu den Abfindungen zu betrachten und dürfen mit dem Weidevieh nur dann betrieben werden, wenn dasselbe nach den Plänen, zur Nutzung der darauf vorhandenen Weide, oder behuf der Hürdendüngung geführt werden soll.

Wenn die Wege, unbeschadet ihres eigentlichen Zweckes, eine Nebennutzung durch Verpachtung gewähren können, so ist der Gemeindevorstand berechtigt und verpflichtet, auf letzteren Bedacht zu nehmen, und fließt das Aufkommen der Gemeindekasse zu.

206

2. Die Gräben dienen entweder zur Entwässerung der Grundstücke, oder zur Bezeichnung der Grenzen und ist die Nutzung des an den Grabenrändern wachsenden Grases den Räumungspflichtigen überlassen, welche jedoch nicht befugt sind, das Gras durch das Vieh abhüten zu lassen, damit von demselben die Gräben nicht beschädigt werden.

3. das Eigenthum an der Schafbadeanstalt, der Lehmgrube und dem Steinbruche ist der Gemeindekasse überwiesen dagegen steht

Anlage Nr. 8165



das Eigentum an dem Begräbnisplatze der Kirche zu.

Die Schafbadeanstalt wird ihrem Zwecke gemäß benutzt, und zahlen die Besitzer der darin gebadeten Schafe ein Badegeld von 15 Groschen für einhundert Stück Schafe oder zweihundert Stück Lämmer in die Gemeindekasse, in welche auch das Badegeld, welches auswärtige Schäferibesitzer entrichten, sowie die Nebenaufkünfte vom Begräbnisplatze No. 1 der Karte, solange derselbe nicht eingeweiht ist, fließen.

207

4. Flachsrotten sind jedem Interessenten nach dessen Bedürfnis in der aus Sektion 16 der Grenzzeichnung ersichtlichen Lage, in der Hofwiese ausgewiesen und für die Häuslinge ist der Gemeindekasse eine genügend große Flachsrotte zugeteilt worden.

In dem nachfolgenden Verzeichnis ist die Reihenfolge der Flachsrotten, die Größe derselben, sowie der Name des Besitzers und dessen ass. No. nachgewiesen:

Anlage Nr. 8166



Aufzählung der Flachsrotten Nr. 1 bis 57 auf den Seiten 105R bis 106R

208

Anlage Nr. 8/67



Das Eigenthum an den Flachsrotten-Terrain steht den Interessenten, insofern sie dazu nach § 7 ad 8 beigetragen haben, nach Maßgabe ihres Gesamtsohlhabens zu.

5. An der Schweine- und Gänseweide, Plan No. 198 auf der Hofwiese = 17 Mrg. 32 Qr. sind nachstehende Interessenten mit folgenden Antheilen beteiligt:

1. bis 16

209

Anlage Nr. 8/68



§ 19. Einkünfte der Gemeindekasse

- 210

Anlage Nr. 8/69



§ 20 Benutzung des sogenannten Oifenlandes und der Pfarrwithwenthumsgrundstücke während der Withwenvacanz

§ 21,qualität der Abfindungen

§ 22, Erwerbung von Servituten

§ 23, Einfriedigung der Abfindungen

— 211

§ 24, Befestigung der Vorfluth

§ 25, Bestand von Kapitalentschädigungen der Interessenten pp.

§ 26, Ausgleichung in Betracht der Schäfereiaufhebung

§ 27, Ausgleichung in Betracht der Samenviehhaltung

§ 28, Düngungsausgleichung

§ 29, Regulierung hinsichtlich der Pfarrdienste

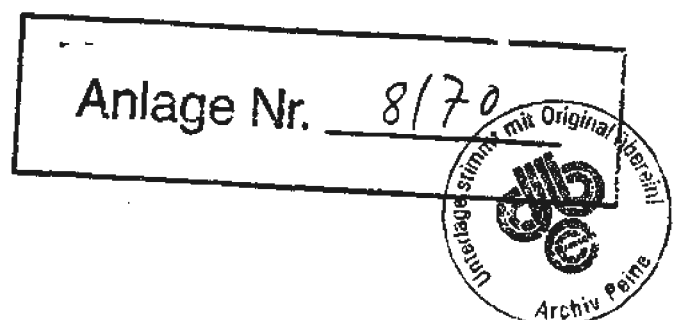
§ 30. Ablösung von Weidegeldern

§ 31, Publication des Theilungsplanes

§ 32, Feststellung des Feldmarkenverbundes

§ 33, Ausführungstermin

§ 34



Schluß

Die Interessentengenehmigung des vorstehenden Rezesses in allen Punkten und ist derselbe zur Urkunde dessen von ihren Vertretern vollzogen worden:

Bleckenstedt, den 6 Januar 1862

gezeichnet



212

Anlage Nr. 8171





213

unterkreuzt haben, wird hierdurch, unter Bezugnahme auf das Recessvollziehungs-Protokoll vom heutigen Tage von der Local-Kommission bescheinigt.

BLEKENSTEDT, den 6. Januar 1862
Der Landes-Oeconomie-Commissarius



Anlage Nr. 8172



Der vorstehende General und Spezialtheilungs-Rezess wird mit dem Bemerken, daß die Rechte der dabei beteiligten Minderjährigen gehörig gewährt gefunden sind, damit bestätigt.

Braunschweig, den 18. Februar 1862

Herzoglich Braunschweig. Lüneb. Landes. Oeconomie-Commission

Unterschrift

— 214

Anlage Nr. 8173



Nachtrag von 1939

215

Anlage Nr. 8174



Abschrift

Geschehen

zu

BLEKENSTEDT, im WASMUSschen Gast-
hause, am 6. Januar 1862

Gegenwärtig:

..... der Landes-Oeconomie-Commissarius

und

der Herr Landes-Oeconomie-.....

216

Zur Vollziehung des Recesses, die General- und Specialtheilung in der Feldmark
BLEKENSTEDT betreffen d, steht heute der durch die ergangenen Vorladungen bestimmte
Termin an und hatten sich zur selben Zeit eingefunden:

A. aus BLEKENSTEDT

Anlage Nr. 8175



resp. der General-Interessenschaft BLEKENSTEDT:



B. aus Beddingen

C. aus Watenstedt

D. aus Hallendorf

217

Anlage Nr. 8176



E. aus Engelnstedt

E. aus Sauingen

Nach Eröffnung des Termins hat Commission den Anwesenden den vorerwähnten Separationsrezeß langsam und deutlich vorgelesen, nachdem war es nothwendig erschien oder gewünscht wurde, weitere Erklärung hinzugefügt.

Dabei ist auf § 10 des Gesetzes No. 2 vom 20 Dezember 1834 Bezug genommen woselbst bestimmt worden ist:

Daß Interessenten auf Vollziehung des Recesses nicht nur mit keine Einwendungen wegen der darin bemerkten Gegenstände, sondern auch mit keinen Nachforderungen auf Rechte, welche ihnen behuf der Auseinander-

218

Anlage Nr. 8177

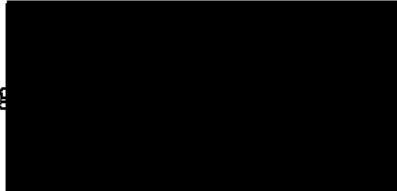


setzung zuständig gewesen wären und daher übergangen sind, weiter geführt werden können.

Die Anwesenden erklärten hierauf sie hätten sich überzeugt, das der ihnen heute eröffnete Recess in allen Punkten deutlich und bestimmt, den früheren Vereinbarungen gemäß, sei abgefaßt worden und wären sie deshalb zur Recessvollziehung bereit.

Diese hat sodann, nachdem auch zuvor die hiesigen Syndiken um Ausfertigung einer beglaubigten Recess-Abschrift und einer Karten-Kopie ersucht hatten, durch Untersetzung der eigenhändigen Namensunterschriften der anwesenden Mandatare resp. Interessenten stattgefunden und hiernächst ist auch dieses Vollziehungs-Protokoll, nach geschehener Veranlassung genehmigt und wie folgt unterschrieben worden

219



Anlage Nr. 8/78



Es folgen die weiteren Unterschriften und die Karten als Anlagen

220

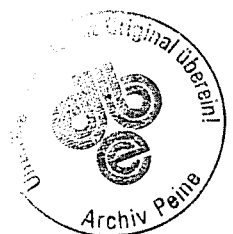
Anlage Nr. 8179



221

Anlage 9:

Foto der Brillon-Charte der Gemeinheit Bleckenstedt



223

Anlage 10:

Fotoausschnitt der Dorflage Bleckenstedt

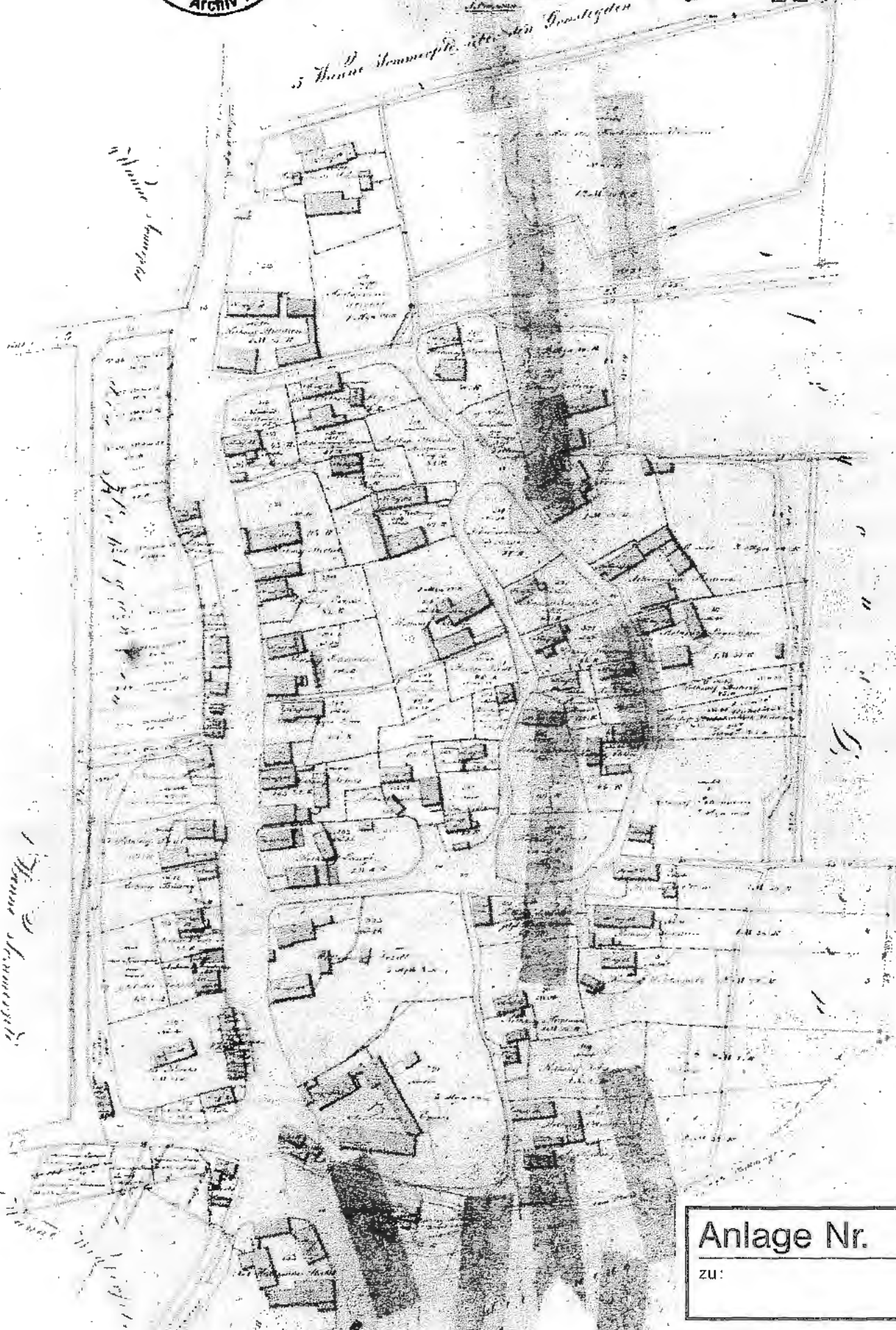


Salder, beleghenen Dorfe Bleekersteed

Geodan
D. 1700-1800

224

5 Thunne Stammesplan, alter der Grundtügen



Anlage Nr. 10
zu:

225

Anlage 11:
Fotoausschnitt des heutigen Schachtgeländes



Sammlung

h. e. i. l.



Anlage Nr. *11*
ZU:

Anlage 12:

Wegeordnung Braunschweig von 1840

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 14.

228

Braunschweig, den 2. Juni 1840.

Reichsgraf v. S. 1840 (S. 395) S. 1426 u. 1846 (S. 195)
Königlicher Hofrath v. S. 1840 (S. 395) S. 1426 u. 1846 (S. 195)
(25.) Wege-Ordnung für das Herzogthum Braunschweig.

d. d. 11. Mai 1840.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc. etc.

Da die in der Wege-Ordnung vom 10. März 1704 enthaltenen Bestimmungen den jetzigen Verhältnissen des Landes nicht mehr angemessen sind, und die Nothwendigkeit neuer gesetzlicher Vorschriften über diesen Gegenstand schon im Art. 67. des Landtagsabschiedes vom 11. Juli 1823 anerkannt ist, so haben Wir, nach zuvor angehörttem Gutachten und Rath Unserer getreuen Stände und, so weit es erforderlich, mit deren Zustimmung, das nachstehende Gesetz erlassen.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Umfang des Gesetzes.

Das gegenwärtige Gesetz umfasst alle innerhalb Unseres Herzogthums belegenen Straßen und Wege, jedoch mit Ausnahme der durch die Verordnung vom heutigen Tage näher bezeichneten Heerstraßen, deren Unterhaltung, sei es unter Mitwirkung einzelner Gemeinden, oder ohne solche, auf Kosten des Staats bewerkstelligt wird.

Anlage Nr. 1911



157 154

Auf die innerhalb des Gemeindebezirks der Stadt Braunschweig belegenen Straßen und Wege, deren Herstellung und Erhaltung, insbesondere durch das unter dem 24. April 1830 bestätigte und unter dem 12. Mai desselben Jahres publicirte Statut bereits angeordnet ist, soll dasselbe nur hinsichtlich der Bestimmungen des 3ten, 4ten, 5ten und 6ten Abschnitts zur Anwendung gebracht werden.

§. 2.

Einteilung der Straßen und Wege.

Die unter diesem Gesetze begriffenen Straßen und Wege sind, ihrer Natur nach,

- a) Landstraßen, welche zum allgemeinen Verkehr in einzelnen Landestheilen, oder zu deren Verbindung mit anderen Staaten dienen;
- b) Communicationswege, welche zur Verbindung der Ortschaften untereinander, oder mit den Land- und Heerstraßen bestimmt sind;
- c) Straßen und Wege in Städten, Flecken und Dörfern;
- d) Feld- und Bannewege;
- e) Privatwege und
- f) Fußwege.

§. 3.

Veränderungen in der Eigenschaft der Wege.

Eintretende Zweifel über die Eigenschaft einzelner Wege, mit Ausnahme derjenigen Wege, welche sich im Privateigenthume befinden, wird Unser Herzogl. Staats-Ministerium entscheiden, auch hat dasselbe, unter Berücksichtigung der in den Handelsverbindungen und sonstigen Verhältnissen künftig etwa eintretenden Veränderungen, darüber zu bestimmen, ob ein Communicationsweg in eine Landstraße, oder umgekehrt, eine Landstraße wiederum in einen Communicationsweg verwandelt werden solle, in

welchem Falle die in der besonderen Eigenschaft des Weges als Landstraße oder als Communicationsweg begründeten Rechte und Verbindlichkeiten ohne Weiteres hinwegfallen, und diejenigen Rechtsverhältnisse an deren Stelle treten, welche für die neu angeordnete Qualität des Weges bestehen.

Gleichergestalt soll die Entscheidung darüber: ob ein Weg, welcher nicht unter die Classe der Privatwege gehört, entbehlich geworden sei, lediglich Unserm Herzogl. Staats-Ministerio zustehen, und gegen das darauf gegründete Verbot der Benutzung desselben ein Rechtsverfahren unzulässig sein.

Auch hat Unser Herzogl. Staats-Ministerium allein darüber zu entscheiden, ob die veränderten Verhältnisse es räthlich machen, eine Heerstraße, als solche, aufzugeben und dieselbe künftig als Landstraße oder Communicationsweg zu betrachten, in welchem Falle die Gemeinden die ihnen nach diesem Gesetze obliegenden Verbindlichkeiten hinsichtlich der Instandsetzung und Erhaltung dieses Weges wieder zu erfüllen haben, insofern nicht durch rechtskräftige Erkenntnisse oder ausdrückliche Verträge ein anderes Rechtsverhältniß über diesen Gegenstand festgestellt sein sollte.

§. 4.

Mitwirkende Behörden.

Die Anordnung wegen Herstellung und Erhaltung, so wie die Beaufsichtigung sämmtlicher den Gegenstand des gegenwärtigen Gesetzes bildenden Straßen und Wege steht in den Städten und deren Gemeindebezirken zunächst den städtischen Verwaltungsbehörden, auf dem Lande aber den Herzogl. Aemtern, unter Zuziehung der betreffenden Polizeibeamten, zu; und die Herzogl. Kreisdirectionen haben darauf zu halten, daß die Localbehörden hierunter ihrer Pflicht gehörig nachkommen.

ANFANG N.

1212

Urkunde stimmt mit Original überein

229

Auch sind die Herzogl. Kreisdirectionen befugt, den Umständen nach besondere Wegecommissarien zur Hülfe der Herzogl.ämter zu bestellen.

§. 5.

Verfahren.

Bei den Verhandlungen, welche sich auf die Anlage neuer und den Umbau und die Veränderung bestehender Wege beziehen, werden die betheiligten Cammer- und Klostergüter durch die betreffende Direction der Herzogl. Cammer oder einen Bevollmächtigten derselben, die Rittergüter durch die Besitzer derselben oder deren Bevollmächtigten, die Städte durch ihre Magistrate, und die Landgemeinden durch ihre gesetzlichen Vorstände (§. 55. der neuen Landschaftsordnung) vertreten.

Bei wichtigen Wegebetterungen soll es den Gemeinden gestattet werden, statt der Ortsgeschwornen sich durch zwei besondere Deputirte vertreten zu lassen, von denen der eine, so weit thunlich, aus den bespannten, der andere aber aus den unbespannten Einwohnern des Orts zu wählen ist.

§. 6.

Fortsetzung.

Bei einer jeden wichtigen Wegebetterung soll den Interessenten oder deren Vertretern der vollständige Plan nebst dem Kostenanschlage zur Abgabe ihrer Erklärung vorgelegt werden. Glauben dieselben sich damit nicht einverstanden erklären zu können, so haben sie ihre Gründe innerhalb einer zu setzenden angemessenen Frist ausführlich vorzutragen, und wenn die betreffenden Behörden auch hiernach von dem früheren Plane abzuweichen bedenklich finden, so soll den Umständen nach der Plan von anderen Sachverständigen nochmals geprüft und begutachtet werden, hiernächst aber eine definitive Entscheidung

Zweiter Abschnitt.

Von der Verbindlichkeit zur Herstellung und Unterhaltung der Straßen und Wege.

I. Von den Interessentenschaften, welchen die Verpflichtung obliegt.

§. 7.

Allgemeiner Grundsatz.

Zur Herstellung und Unterhaltung der einzelnen Straßen und Wege sind die Interessenten der selbige einschließenden oder berührenden Ortschaften und Feldmarken, so wie die Eigenthümer der nicht zu einer Feldmark gehörenden Holzungen, insbesondere auch die Cammer- und Kloster-, Ritter- und andern Güter, nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen, verpflichtet.

Gehört eine Holzung zu einer Feldmark, so werden die Eigenthümer, dieses Grundbesitzes wegen, als Feldmark-Interessenten mit herangezogen.

Sollten Zweifel darüber entstehen, ob ein Forstort oder eine Holzung zu einer Gemeinde-Feldmark gehöre, oder als für sich bestehend, zu betrachten sei, so ist darüber lediglich im administrativen Wege zu entscheiden.

§. 8.

Beschränkung bisheriger Verbindlichkeiten.

a) des Staates.

Die vom Staate in Folge früherer, jetzt nicht mehr bestehender Verhältnisse übernommene, durch das gegenwärtige Gesetz nicht begründete Verpflichtung zur Herstellung und Erhaltung einzelner, nicht zu den Heerstraßen gehörender Wege wird damit aufgehoben.

Beruhet die Verpflichtung jedoch auf ausdrücklichen Verträgen oder rechtskräftigen Erkenntnissen, so ist dieselbe in dem, diesen Verträgen und Erkenntnissen entspre-

Anlage Nr.

1213



henden Umfange auch ferner zu erfüllen. Entstehen über das Vorhandensein und den Umfang solcher Verpflichtungen Streitigkeiten, so haben die Gerichte darüber zu entscheiden.

§. 9.

b) der Gemeinden und Grundbesitzer.

Die zur Zeit noch bestehende Verbindlichkeit einzelner Gemeinden und Grundbesitzer zur gänzlichen oder theilweisen Herstellung und Unterhaltung der außerhalb ihrer Feldmarken belegenen Straßen und Wege soll ferner nicht in Anwendung kommen, insofern dieselben nicht auf ausdrücklichen Verträgen oder rechtskräftigen Erkenntnissen beruhen, bei denen die im §. 8. gegebenen Bestimmungen gleichfalls Anwendung finden.

Liegt jedoch die Verbindlichkeit zu Wegeverbesserungen auf fremden Feldmarken, Gemeinden oder Grundbesitzern benachbarter Staaten ob, so soll dieselbe einstweilen bestehen bleiben.

§. 10.

Ablösung bisheriger Verbindlichkeiten.

Die nach den Bestimmungen der §§. 8. und 9. fort dauernden Verbindlichkeiten können auf den Antrag des einen oder andern Theils gegen Entschädigung aufgehoben werden, und zwar nach folgenden Grundsätzen:

- 1) Wenn für dieselben eine Gegenleistung entrichtet worden ist, oder noch gegenwärtig entrichtet wird, so ist dieselbe zurückzugeben, oder auf die fernere Entrichtung zu verzichten.
- 2) Ist eine Gegenleistung nicht entrichtet, so ist von dem betreffenden Herzogl. Amte, unter Zuziehung der Theilhaftigen, zu ermitteln, was von dem Verpflichteten innerhalb der letzten zehn Jahre auf die Verbesserung des Weges verwandt ist, der Werth dieser Leistung durch drei Sachverständige, von denen

jeder Theil einen, und das Herzogl. Amt den dritten wählt, abzuschätzen, danach der durchschnittliche Jahresbetrag dieser Leistungen zu berechnen, und dann der 25fache Betrag dieser Summe von dem Verpflichteten als Entschädigung zu erlegen.

§. 11.

Umfang der Wegeverbesserungs-Verbindlichkeit.

Die im §. 7. erwähnte Verbindlichkeit umfasst nicht allein die Straßen und Wege, sondern auch sämtliche Zubehörungen derselben, nämlich die darin befindlichen Brücken, Kanäle, Durchpflasterungen, Durchlässe und die Seitengräben, so wie die Anschaffung und Anfuhr des erforderlichen Materials. Liegt jedoch die Instandhaltung der Brücken und Kanäle nicht der betreffenden Gemeinde, sondern einer anderen Interessentschaft privatrechtlich ob, oder sind die Brücken oder Kanäle in Folge einer rechtlichen Verpflichtung bisher auf Staatskosten erbauet und erhalten worden, so sollen diese Bauwerke von dem Verpflichteten auch ferner im gehörigen Zustande in dem bisherigen Maße erhalten werden.

§. 12.

Mitwirkung benachbarter Gemeinden und Grundbesitzer.

In solchen Fällen, wo die Instandsetzung oder Unterhaltung einer Landstraße oder eines Communicationsweges rücksichtlich der örtlichen Schwierigkeiten oder der Ausdehnung oder der häufigen Benutzung durch fremde Gemeinden mit so erheblichen Anstrengungen verknüpft sein würde, daß selbige von den Orts-Einwohnern und Feldmarks-Interessenten allein nicht wohl zu beschaffen steht, oder wo der zu bessernde Weg für die Feldmarks-Interessenten nur von geringem Interesse ist, sollen benachbarte, nicht über eine Meile von der Straße entlegene Interessentschaften, insofern sie sich derselben regelmäßig mit bedienen, nach Maßgabe der von der zuständigen

Anlage Nr.

1214



231

Herzogl. Kreisdirection in jedem einzelnen Falle zu betreffenden Bestimmung, zur Mitwirkung herangezogen werden.

Solche Interessensschaften sind jedoch berechtigt, statt der ihnen zugetheilten Fuhrn und Handarbeiten den bei der Reparition derselben angenommenen Geldwerth zu erlegen. (§. 28.)

§. 13.

Beihilfe des Staats.

Bei der Herstellung und Unterhaltung der Landstraßen, Communicationswege und Dorfstraßen soll den verpflichteten Gemeinden und Grundbesitzern eine Beihilfe vom Staate geleistet werden, und zwar

- 1) Bei Landstraßen,
 - a) durch unentgeltliche Untersuchung, Veranschlagung und Leitung der Wegebauten von Seiten der Herrschaftlichen Baubedienten;
 - b) durch Uebernahme der baaren Baukosten, mit Ausnahme derer für die Fuhrn und derjenigen Handarbeiten, welche durch Tagelöhner verrichtet werden können; zu diesen Baukosten gehört namentlich der Brecherlohn für die zu den Straßen erforderlichen Bruchsteine;
 - c) durch Ersatz der für Grundabtretungen zu leistenden Entschädigungen in dem §. 73. erwähnten Falle.
 - 2) Bei Communicationswegen und Dorfstraßen in unentgeltlicher Verrichtung der ad I. a. aufgeführten Leistungen der Herrschaftlichen Baubedienten.
- Verursacht die Instandsetzung eines wichtigen Communicationsweges bedeutende baare Kosten, und sind die Interessenten nicht wohl im Stande, solche allein aufzubringen, so soll, den Umständen nach, eine Beihilfe aus der Amtswegebesserungs-Casse bewilligt werden.



Sollte auch diese dazu außer Stande sein, so wird Unser Herzogl. Staats-Ministerium durch Bewilligung von Forstkrasarbeitstagen und Geldzuschüssen thunlichst zu Hilfe kommen.

§. 14.

Straßenpflaster in den Städten und Flecken.

Rücksichtlich der Herstellung und Unterhaltung des Straßenpflasters, so wie der Brücken und Kanäle in den Städten und Flecken, soll es bei dem bisherigen Herkommen und den bestehenden Verbindlichkeiten sein Bewenden behalten, es sei denn, daß eine den örtlichen Verhältnissen mehr entsprechende Einrichtung auf gehörige Weise von den Ortsbehörden in Vorschlag gebracht wird, und die erforderliche Genehmigung Unseres Herzogl. Staats-Ministeriums erhält.

Insbesondere soll aber in denjenigen Städten und Flecken, die im Zuge von Heer- und Handelsstraßen belegen sind, die Fahrbahn der als Fortsetzung solcher Wege zu betrachtenden Straßen, insofern solche bisher auf Kosten des Staats gebaut und unterhalten wurde, auch ferner auf Herrschaftliche Kosten im Stande erhalten werden.

§. 15.

Straßen und Wege in den Dörfern.

Zur Herstellung und Unterhaltung der Straßen und Wege in den Dörfern concurriren sämtliche Einwohner und Feldmarks-Interessenten, jedoch mit Ausnahme der auswärtigen Feldmarks-Interessenten. Sind diese Dorfstraßen in dem Zuge von Landstraßen belegen, so wird die im §. 13. erwähnte Beihilfe von dem Staate geleistet, und nur die Fuhrn und Handarbeiten sind von den vorstehend bezeichneten Verpflichteten zu übernehmen.

In denjenigen Dörfern, durch welche die Heerstraßen ziehen, werden die als Fortsetzung derselben zu betrach-

ANLAGE NR.

1215

232

tenden Dorfstraßen auf Kosten des Staats in eben dem Maße hergestellt und unterhalten, als solches nach §. 1. dieses Gesetzes bei den Heerstraßen selbst geschieht.

Diejenigen Wege endlich, welche von den Dorfstraßen ab, nach einzelnen Häusern und Grundstücken führen, müssen von den betreffenden Haus- und Grundbesitzern gebessert werden.

§. 16.

Feld- und Wannenwege.

Feld- und Wannenwege, welche in einzelne Theile der Feldmark führen, werden von denjenigen Grundbesitzern und Pächtern erhalten, welche Grundstücke in diesen Theilen der Feldmark cultiviren und benutzen, und sich in der Regel der gedachten Wege bedienen, insofern ein anderes Beitrags-Verhältniß vertragmäßig, judicatmäßig oder herkömmlich nicht feststeht, oder die Festsetzung eines solchen durch die Behörde, den Umständen nach, nicht für erforderlich erachtet würde.

§. 17.

Privat- und Fußwege.

Bei Privatwegen, sowie bei Fußwegen, zu deren Benutzung nur eine gewisse Anzahl von Einwohnern berechtigt ist, findet dasselbe Verhältniß statt.

§. 18.

Beitrags-Verhältniß ungetheilter Gemeinde-Grundstücke.

Bei Landstraßen, Communications- und anderen Wegen, welche über Koppel- oder Gemeinde-Klengen oder sonstige Gemeinde-Grundstücke führen, deren Benutzung mehreren Gütern oder Gemeinden zusteht, und welche nicht unbestritten zu einer bestimmten Feldmark gehören, soll, bis diese gemeinschaftlichen Grundstücke getheilt, und gewissen Feldmarken beigelegt worden, das Verhältniß des Beitrags jedes Guts oder jeder Gemeinde, nach Maßgabe des bisherigen Antheils an der

Nutzung, unter Berücksichtigung der Grundsätze der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung vom 20. Decbr. 1834, durch die Herzogl. Kreisdirectionen ansgemittelt, und im Falle des Widerspruchs von Seiten der Interessenten gegen diese Festsetzung darüber von Unserm Herzogl. Staats-Ministerio definitiv entschieden werden.

§. 19.

Verpflichtung der Forsteigenthümer.

Die Eigenthümer der außerhalb der Feldmark belegenen Forsten müssen die Communicationswege durch ihre Forsten in einem für landübliches Fuhrwerk zu allen Jahreszeiten passibaren Stande erhalten, auch zur Instandsetzung und Unterhaltung der durchziehenden Landstraßen in demselben Maße concurriren, wie solches den Feldmarks-Interessenten innerhalb ihrer Feldmarken obliegt.

Diejenigen Personen, Corporationen oder Güter, welchen in einer fremden Forst Berechtigungen zustehen, für welche dieselben bei deren Ablösung nach den Bestimmungen der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung vom 20. Decbr. 1834 mit Grund und Boden abgefunden werden müssen, sind verpflichtet, zur Besserung der durch diesen Forstort führenden Landstraßen und Communicationswege in einem, von der betreffenden Behörde nach Verhältniß des ungefähren Betrages der gegenseitigen Nutzungen zu bestimmenden Maße beizutragen.

Falls aber solche Last der Forsteigenthümer mit den für sie daraus entspringenden Vortheilen in einem offenen Mißverhältnisse stehen würde, sollen ihnen die bei Instandsetzung und Unterhaltung jener Wege zunächst Beteiligten dabei thunlichst und nach einer von der zuständigen Verwaltungsbehörde zu treffenden Bestimmung des Maßes ihrer Concurrenz zu Hülfe kommen.

Anlage N.

12/16



233

§. 20.

Fortdauer der Verbindlichkeit bei Verwandlung des Weges in eine Heerstraße.

Wird ein Communicationsweg oder eine Landstraße von der Herzogl. Landesregierung für eine Heerstraße erklärt, so hat die bisher zu der Instandhaltung verpflichtet gewesene Interessentschaft zu dessen Instandsetzung und Unterhaltung so viel beizutragen, als von ihr erfordert sein würde, um den Weg als Landstraße in Stand zu setzen und zu erhalten.

Dieser Beitrag wird nach dem Gutachten dreier Begebauverständigen bestimmt, von denen der eine von Herzogl. Bau-Direction, der andere von der Interessentschaft und der dritte von dem zuständigen Herzogl. Amte oder Stadtgerichte erwählt wird.

Ein solches Verfahren soll, falls die Interessenten es wünschen, auch in denjenigen Fällen eintreten, wo über Verpflichtungen dieser Art jetzt noch Prozesse geführt werden.

II. Von der Repartition der Wegeverbesserungslast in der verpflichteten Interessentschaft.

§. 21.

Allgemeine Regel.

Alle Grundbesitzer, deren Grundstücke innerhalb einer Feldmark belegen sind, so wie alle in der Gemeinde wohnhafte selbstständige Inquilinen und Häuslinge, müssen zu der Wegeverbesserung nach einer in jedem Orte festzusetzenden Umfolge (turnus) und zwar in dem nachstehenden Verhältnisse beitragen:

Die Grundbesitzer leisten in Einer Umfolge für jedes Haus oder Gehöfte:

- a) wenn dazu Weiderechtigung gehört 1 Simplum,



Anlage Nr. 1217

- b) wenn Zugvieh darauf gehalten wird 2 Simpla,
 - c) wenn keine Weiderechtigung und kein Zugvieh dabei befindlich ist 1/2 Simplum,
 - 2) für jeden Morgen Acker, Garten und Wiese, ohne Anrechnung der überschießenden Ruthenzahl:
 - a) bis zu dem Gesamtbetrage von 250 Morgen 1/4 Simplum,
 - b) über den Gesamtbetrag von 250 Morgen 1/6 Simplum,
 - 3) für jeden Waldmorgen innerhalb der Feldmark belegener Holzung, halb so viel, wie für 1 Morgen Acker, mit- hin resp. 1/3 und 1/12 Simplum,
 - Inquilinen, welche Zugvieh halten, haben 1 Simplum,
 - alle übrigen männlichen Inquilinen und Häuslinge aber 1/2 Simplum,
- zu den Naturalleistungen beizutragen.

Bei der Berechnung der nach den Bestimmungen unter 2. und 3. zu leistenden Beiträge ist jedes Gut oder Gehöft als ein für sich bestehendes Ganzes zu betrachten, und die Vereinigung mehrerer selbstständiger Gehöfte in der Hand eines Besitzers begründet keinen Anspruch auf Herabsetzung der Beiträge.

Sind die Grundstücke in derselben Feldmark von so verschiedener Güte, daß durch obige Veranlagung nach der Morgenzahl eine ganz unverhältnismäßige Concurrenz einzelner Pflichtigen herbeigeführt werden würde, so soll von der betreffenden Verwaltungsbehörde dieserhalb eine billige Ausgleichung vorgenommen werden.

Teiche, Kenger und Weiden werden nicht in Anrechnung gebracht.

234

Gewerbliche Establishments, insofern deren Betreibung die Benützung der Wege in einem höheren Grade erforderlich macht, z. B. Ziegeleien, Glashütten, Mühlen, Steinbrüche, Hüttenwerke u. s. w. sind in dieser Hinsicht zu besonderen, durch die zuständigen Verwaltungsbehörden zu bestimmenden Beiträgen zur Wegeverbesserung verpflichtet.

Die hier festgestellten Grundsätze sollen jedoch bis auf Weiteres auf das Herzogl. Amt Thedinghausen keine Anwendung finden. *ausgegeben am 7. 2. 1840*
S. 22.

Ausnahme.

Sollte jedoch unter den Verpflichteten in derselben Gemarkung in Betreff der Instandsetzung und Unterhaltung sämtlicher öffentlicher Straßen und Wege eine ausbrüchliche Uebereinkunft dahin getroffen sein, daß einem oder einzelnen Verpflichteten statt der Concurrenz zu der Befreiung sämtlicher Straßen und Wege ein Theil derselben zur Bestandsführung auf alleinige Kosten überwiesen worden, so ist es bei dieser vertragsmäßigen Ausdehnung der gemeinschaftlichen Wegeverbesserungslast kein Verbleiben haben, und jeder Theil bis dahin, bis diese Uebereinkunft unter gegenseitiger Zustimmung wieder aufgehoben worden, gehalten sein, die ihm zugewiesenen Straßen und Wege in gehörigen Stand zu setzen und darin zu erhalten.

Wärde indes die Anlegung neuer öffentlicher Wege für erforderlich erachtet, so sollen sämtliche Verpflichtete nach den Bestimmungen dieses Gesetzes sowohl zur Instandsetzung als auch zur Unterhaltung derselben beizutragen verpflichtet sein. Wird die dem einen oder anderen Theile obliegende besondere Wegeverbesserungslast durch die Anlegung des neuen Weges erleichtert, so hat derselbe Theil einen verhältnismäßigen Theil der zur Instandsetzung

und Unterhaltung des neuen Weges erforderlichen Leistungen allein zu übernehmen.

Liegt dagegen einzelnen Verpflichteten in derselben Gemarkung eine besondere Wegeverbesserungslast der einzelnen öffentlichen Wege ob, und ist dafür eine Gegenseitigung entrichtet, z. B. ein Grundstück oder eine Gudeberechtigung eingeräumt, so sind die übrigen Gemarkungsbesitzer zur Aufhebung des Vertrages und zur Zurücknahme der Gegenseitigung berechtigt.

S. 23. Befreiungen.

- Drei von der Concurrenz zur Wegeverbesserung sind
- 1) die Militärpersonen aller Grade im activen Dienste;
 - 2) die Prediger, Pfarrer, Schullehrer und Pfarrwifwen;
 - 3) Staatsdiener zweiter Classe, Gemeindediener, und die diesen gleich zu achtenden in Privatdiensten thätigen Hörer;
 - 4) diejenigen, welche aus den Leihkassen-Cassen regelmäßig Almosen oder Unterstützung erhalten;
 - 5) die Official-Grundstücke der Prediger, Pfarrer, Schullehrer und Pfarrwifwen, insofern selbige nicht bisher schon zu den Gemeinde-Abgaben beitragen;
 - 6) die Grundstücke der Kirchen, Armen- und Wohlfährigkeits-Anstalten;
 - 7) die Ortsvorsteher und Geschwornen, insofern solche bei den Wegeverbesserungen die Aufsicht in Person führen, und zwar in dem Maße, daß ein Tag Aufschlag für 2 Tage Handarbeit gerechnet und der Betrag dieser Tage von der Anzahl der von ihnen zu leistenden Handarbeits- oder Spandiensttage abgesetzt wird. Sollte andern verpflichteten Einwohnern die Aufsicht übertragen werden, so ist ihnen dieselbe Begünstigung zuzugestehen.

Anlage Nr. 1218

Die Befreiung der unter den *N* 1., 2. und 3. aufgeführten Personen erstreckt sich nicht auf die denselben eigenthümlich zustehenden Grundstücke. Auch ist die Befreiung der unter *N* 5. und 6. erwähnten Personen und Corporationen nicht auf Feld- oder Wannewege, auf Privatwege und auf die durch Forstörter außerhalb einer Feldmark führenden Wege zu erstrecken.

Die auf ausdrücklichen Verträgen oder rechtskräftigen Erkenntnissen beruhenden Befreiungen werden in dem diesen Verträgen und Erkenntnissen entsprechenden Umfange aufrecht erhalten, und haben darüber bei entstehenden Streitigkeiten die Gerichte zu entscheiden. Alle übrigen Befreiungen werden damit aufgehoben.

§. 21.

Fortsetzung.

Die nach dem Vorstehenden fortdauernden Befreiungen können auf den Antrag des einen oder andern Theils gegen Entschädigung aufgehoben werden, und zwar nach folgenden Grundsätzen:

- 1) Wenn für dieselben eine Gegenleistung entrichtet worden ist, oder noch gegenwärtig entrichtet wird, so ist dieselbe zurückzugeben, oder auf deren fernere Entrichtung zu verzichten.
- 2) Ist eine Gegenleistung nicht entrichtet, so ist von dem betreffenden Herzogl. Amte, unter Zuziehung der Betheiligten, zu ermitteln, was von einem im gleichen Verhältnisse stehenden Verpflichteten im Laufe der letzten zehn Jahre bei den Wegeverbesserungen geleistet ist, der Werth dieser Leistung durch drei Sachverständige, von denen jeder Theil einen, und das Herzogl. Amt den dritten wählt, abzuschätzen, danach der durchschnittliche Jahrsbetrag dieser Leistungen zu berechnen, und der 25fache Betrag dieser Summe dem Befreiten für die Auf-

hebung der bisherigen Befreiung als Entschädigung zu bezahlen.

§. 25.

Verfahren bei der Repartition.

Behuf der zu bildenden Umsolge ist in jedem Orte eine Rolle über die Beiträge, welcher jeder Pflichtige zu leisten hat, nach einem besondern Schema aufzustellen, und das Simplum darin zu dem Gelbbetrage von 4 *gr* in Ansatz zu bringen.

Durch eine Vergleichung dieser Rolle mit dem Umschlage, in welchem Handarbeiten und Fuhren zu einem den Local-Verhältnissen entsprechenden Gelbbetrage in Ansatz zu bringen sind, ergibt sich, wie viele Simpla zur Ausführung der Arbeit erforderlich sind.

§. 26.

a) der baaren Kosten.

Die baaren Kosten sind von den sämmtlichen Verpflichteten, mit Ausnahme der Inquilinen und Händlinge, nach Maßgabe ihrer Verpflichtung, in baarem Gelde aufzubringen, und zwar so, daß der Beitrag für jedes 1/10 Simplum unter Berechnung der Bruchtheile zu voll, mit ganzen Pfennigen abschließt. Der dadurch entstehende Ueberschuß fließt in die Gemeindecasse.

Ist der in baarem Gelde zu leistende Beitrag so gering, daß er für jedes Simplum weniger als 4 *R* beträgt, so können die baaren Kosten auf die Gemeindecasse angewiesen werden.

§. 27.

b) der Fuhren und Handarbeiten.

Die Fuhren und Handarbeiten sind gleichfalls von den sämmtlichen Pflichtigen nach Maßgabe ihrer Verpflichtung zu übernehmen, jedoch dergestalt, daß die Bespannten ihren in Gelde berechneten Beitrag vorzugsweise durch Fuhren, die Unbespannten aber ihren in Gelde be-

Anlage Nr.

1219

236



rechneten Beitrag vorzugsweise durch Handarbeiten abzu-
leisten haben, und es wird dabei nicht auf die Arbeitszeit,
sondern allein auf den Umfang der zu beschaffenden Ar-
beit und deren Werth gesehen.

§. 28.

Fortsetzung.

Wenn kein Anschlag angefertigt ist, oder keine andere
Bestimmung der Localbehörde erfolgt, so soll ein Tag
Handarbeit zu 4 \mathcal{R} , ein Tag Fuhrarbeit, einschließlich
des Auf- und Abladens der Materialien bei 4 Pferden
und 2 Führern, zu 2 \mathcal{S} , bei 3 Pferden und 2 Führern
zu 1 \mathcal{S} 14 \mathcal{R} , und mit einem Führer zu 1 \mathcal{S} 10 \mathcal{R} ,
mit 2 Pferden zu 1 \mathcal{S} und mit 1 Pferde zu 14 \mathcal{R}
gerechnet, dabei aber angenommen werden, daß täglich
10 Stunden mit der Hand oder dem Gespanne zu ar-
beiten ist.

§. 29.

Fortsetzung.

Die Fuhrn und Handarbeiten sind dergestalt zu
repariren, daß der Geldwerth der von den einzelnen
Pflichtigen für jedes $\frac{1}{4}$ Simplum zu leistenden Arbeit mit
Gutengroschen aufgeht. Der Pflichtige, bei welchem die
letzte Repartition stehen geblieben ist, hat bei der näch-
sten Wegebesserung wiederum den Anfang zu machen.

§. 30.

Besondere Verpflichtung der Bespannten.

Ist der Beitrag der Bespannten nicht so groß, um
damit die sämmtlichen zu der Wegebesserung erforderlichen
Fuhrn zu bestreiten, so sind sie verpflichtet, auch die
übrigen Fuhrn auf Verlangen der Unbespannten zu dem
im Anschlage angenommenen, oder in dessen Ermangelung
zu den §. 28. angegebenen Preisen zu leisten. Auch kön-
nen in dem gedachten Falle die Cammer-, Kloster- und
Rittergüter, auf denen, weil die dazu gehörende Länderei

einzelnen verpachtet ist, keine Pferde gehalten werden, sowie
alle Besitzer von Reichshöfen mit mehr als 30 Morgen
Land, welche selbige verpachtet haben, zur Leistung der
Fuhrn herangezogen werden.

§. 31.

Besondere Regeln bei den Handarbeiten.

Bei den Handarbeiten gelten insbesondere folgende
Regeln:

- a) Jeder Pflichtige ist, wenn er die auf ihn fallende
Anzahl von Arbeitstagen, wegen persönlichen Un-
vermögens oder sonstiger Behinderung, nicht leistet,
verbunden, dieselben durch tüchtige Stellvertreter
verrichten zu lassen.
- b) Gesellen und Gehülfen, wenn sie nicht einen beson-
deren Haushalt führen, imgleichen Lehrlinge, Dienst-
boten und Deputatisten, insofern sie in Dienstboten-
Verhältnissen stehen, werden nicht besonders heran-
gezogen.
- c) Personen unter 18 Jahren und Arbeitsunfähige,
auch Frauenzimmer, insofern selbige nicht in Folge
eigener Verpflichtung eintreten, sollen nicht ang-
nommen werden.

§. 32.

Behinderung und Reutens der Pflichtigen.

Krankheit, Abwesenheit und sonstige Behinderungen
der Verpflichteten, welche nur auf eine gewisse Zeit die
Mitwirkung unthunlich machen, befreien nicht davon, und
es müssen zwar die ausfallenden Arbeitstage, insofern
solche nicht durch einen Stellvertreter abgeleistet werden
von den übrigen Pflichtigen mit verrichtet, jedoch die
schuldig gebliebenen Arbeitstage in den nächsten Unsolgen
nachgeleistet werden.

Im Fall aber die zu den Wegebesserungen Verpflich-
teten ohne aus einem dieser Gründe eine zeitige Zurück-

Anlage Nr.

12110

237

rechneten Beitrag vorzugsweise durch Handarbeiten abzu-
leisten haben, und es wird dabei nicht auf die Arbeitszeit,
sondern allein auf den Umfang der zu beschaffenden Ar-
beit und deren Werth gesehen.

§. 28.

Fortsetzung.

Wenn kein Anschlag angefertigt ist, oder keine andere
Bestimmung der Localbehörde erfolgt, so soll ein Tag
Handarbeit zu 4 \mathcal{R} , ein Tag Fuhrarbeit, einschließlich
des Auf- und Abladens der Materialien bei 4 Pferden
und 2 Führern, zu 2 \mathcal{S} , bei 3 Pferden und 2 Führern
zu 1 \mathcal{S} 14 \mathcal{R} , und mit einem Führer zu 1 \mathcal{S} 10 \mathcal{R} ,
mit 2 Pferden zu 1 \mathcal{S} und mit 1 Pferde zu 14 \mathcal{R}
gerechnet, dabei aber angenommen werden, daß täglich
10 Stunden mit der Hand oder dem Gespanne zu ar-
beiten ist.

§. 29.

Fortsetzung.

Die Fuhrn und Handarbeiten sind dergestalt zu
repartiren, daß der Geldwerth der von den einzelnen
Pflichtigen für jedes $\frac{1}{4}$ Simplum zu leistenden Arbeit mit
Gutengroschen aufgeht. Der Pflichtige, bei welchem die
letzte Repartition stehen geblieben ist, hat bei der näch-
sten Begebesserung wiederum den Anfang zu machen.

§. 30.

Besondere Verpflichtung der Gespannten.

Ist der Beitrag der Gespannten nicht so groß, um-
damit die sämmtlichen zu der Begebesserung erforderlichen
Fuhrn zu bestreiten, so sind sie verpflichtet, auch die
übrigen Fuhrn auf Verlangen der Unbespannten zu dem
im Anschlage angenommenen, oder in dessen Ermangelung
zu den §. 28. angegebenen Preisen zu leisten. Auch kön-
nen in dem gedachten Falle die Cammer-, Kloster- und
Mittlergüter, auf denen, weil die dazu gehörende Ländereien

einzelu verpachtet ist, keine Pferde gehalten werden, sowie
alle Besitzer von Reichshöfen mit mehr als 30 Morgen
Land, welche selbige verpachtet haben, zur Leistung der
Fuhrn herangezogen werden.

§. 31.

Besondere Regeln bei den Handarbeiten.

Bei den Handarbeiten gelten insbesondere folgende
Regeln:

- a) Jeder Pflichtige ist, wenn er die auf ihn fallende
Anzahl von Arbeitstagen, wegen persönlichen Un-
vermögens oder sonstiger Behinderung, nicht leistet,
verbunden, dieselben durch tüchtige Stellvertreter
verrichten zu lassen.
- b) Gesellen und Gehülfen, wenn sie nicht einen beson-
deren Haushalt führen, imgleichen Lehrlinge, Dienst-
boten und Deputatisten, insofern sie in Dienstboten-
Verhältnissen stehen, werden nicht besonders heran-
gezogen.
- c) Personen unter 18 Jahren und Arbeitsunfähig,
auch Frauenzimmer, insofern selbige nicht in Folge
eigener Verpflichtung eintreten, sollen nicht ange-
nommen werden.

§. 32.

Verhinderung und Reuizung der Pflichtigen.

Krankheit, Abwesenheit und sonstige Verhinderungen
der Verpflichteten, welche nur auf eine gewisse Zeit die
Mitwirkung unthunlich machen, befreien nicht davon, und
es müssen zwar die ausfallenden Arbeitstage, insofern
solche nicht durch einen Stellvertreter abgeleistet werden,
von den übrigen Pflichtigen mit verrichtet, jedoch die
schuldig gebliebenen Arbeitstage in den nächsten Umsolgen
nachgeleistet werden.

Im Fall aber die zu den Begebesserungen Verpflich-
teten ohne aus einem dieser Gründe eine zeitige Zurück-

Anlage Nr.

12/11



setzung verlangen zu können, die ihnen zur Last fallenden Fuhrn und Handarbeiten auf die an sie erlassene Aufforderung nicht leisten, und auch nicht durch geeignete Stellvertreter leisten lassen, sind die betreffenden Behörden berechtigt, jene Arbeiten für Lohn verrichten zu lassen, und werden die dadurch entstehenden Kosten von den Rententen durch die competenten Gerichtsbehörden auf desfallsige Anzeige, gleich den öffentlichen Steuern, sofort executivisch eingezogen. Besitzen die widerspenstigen Verpflichteten notorisch keine Zahlungsmittel, so daß eine demnächst zu versuchende Wiedereinziehung der gemachten Auslagen voraussichtlich ohne Resultat bleiben würde, so steht den die Wegeverbesserung leitenden Behörden die Befugniß zu, dieselben auf gleiche Art, wie widerspenstige Forstrevler, zur Ableistung der schuldigen Arbeiten hinführen zu lassen.

§. 33.

Verbindung der Arbeiten an den Mindestfordernden.

Hierneben steht es den Feldmark-Interessenten frei, durch Mehrheit der Stimmen festzusetzen, daß zur Beschaffung der erforderlichen Fuhrn und Handarbeiten die desfallsigen Leistungen an den Mindestfordernden verbunden werden sollen, in welchem Falle die Bestimmungen in den §§. 27. bis 31. Anwendung nicht finden, und soll die Stimmenzahl nach dem Umfange der pflichtigen Grundstücke und zwar nach den im §. 21. angenommenen Beträgsverhältnissen berechnet werden.

Diejenigen Pflichtigen, welche die ihnen obliegenden Leistungen selbst übernehmen wollen, haben solches vor dem Licitationstermine zu erklären, und es wird dann nur der übrige Theil der Fuhrn und Handarbeiten dem Mindestfordernden überlassen.

Dritter Abschnitt.

Von der Herstellung und Einrichtung der Straßen und Wege.

§. 34.

Allgemeine Bestimmung.

Die Instandsetzung der Straßen und Wege soll auf die den Umständen nach zweckmäßigste und dauerhafteste Art geschehen, jedoch von den Interessenten ein Mehreres, als die Vertilichkeit und das Bedürfniß erfordert; dabei nicht verlangt werden. Insbesondere soll mit den am schlechtesten beschaffenen, und am meisten benutzten Straßen und Wegen der Anfang gemacht, und die Wegeverbesserung nach diesem Grundsatz bis zur Vollendung sämtlicher Wege fortgesetzt werden.

§. 35.

Besserung mit Holz.

Die Besserung der Wege mit Holz soll ferner überall nicht anders Statt finden, als wenn der Baubediente oder Wege-Commissarius die Nothwendigkeit der Verwendung des Holzes zum Behuf eiliger, vorläufiger Reparaturen oder zur Befestigung des Grundes, der Böschungen, Gräben, Ueberfälle u. s. w. bescheinigt hat.

§. 36.

Breite der Landstraßen.

Die Landstraßen, welche auch für schweres Fuhrwerk zu allen Zeiten fahrbar sein müssen, erhalten eine Breite nach den Umständen von mindestens 30 und höchstens 40 Fuß hiesigen Werkmaßes, ausschließlich der Seitengräben.

§. 37.

Einrichtung der Communicationswege.

Die Communicationswege müssen fortwährend in einem solchen Zustande erhalten werden, daß das land-

Anlage Nr. 12112

239



übliche Fuhrwerk darauf jederzeit passiren kann. Sie müssen, wenn sie mit Seitengräben versehen sind, ausschließlich dieser Gräben, mindestens 20 und höchstens 30 Fuß breit sein. Ist die Anlegung von Seitengräben nicht erforderlich, und der nöthige Raum zum Ausweichen der Fuhrwerke vorhanden, so reicht für selbige die Breite von 16 bis 20 Fuß hin.

Bei Gebirgswegen, oder wo wegen anderer örtlicher Verhältnisse auch eine solche Breite ohne die größten Schwierigkeiten nicht zu erreichen ist, muß wenigstens für geeignete Ausweichplätze gesorgt werden.

§. 38.

Breite der Orts- und Feldwege.

Die Breite der Orts- und Feldwege richtet sich nach den Umständen, jedoch ist in jedem Falle dahin zu sehen und nöthigenfalls von der Verwaltungsbehörde solche Bestimmung zu treffen, daß die Einschränkung derselben auf eine zu geringe Breite den Gebrauch derselben nicht verhindert oder erschwert.

§. 39.

Größere Breite der Wege.

Wo die Straßen und Wege mit beträchtlichen Viehheerden regelmäßig betrieben werden, ist den Umständen nach auf eine größere als die bestimmte Breite Bedacht zu nehmen.

§. 40.

Herstellung der ursprünglichen Breite.

Da die Grenzen der Wege von den anliegenden Grundbesitzern durch Vorrücken der Befriedigungen, Einräumungen in die Wege und durch sonstige Vorrückungen häufig überschritten worden sind, so soll die ursprüngliche Breite derselben, so weit es von den Behörden für erforderlich erachtet wird, unverzüglich wieder hergestellt

werden, und dabei das im §. 75. vorgeschriebene Verfahren eintreten.

§. 41.

Seitengräben.

Die Seitengräben an den Straßen und Wegen sind in einer von den Behörden nach den Umständen zu bestimmenden Breite anzulegen, und die Ueberfahrten über selbige von den angrenzenden Grundbesitzern auf eigene Kosten zu beschaffen und zu erhalten.

§. 42.

Brücken, Canäle und Durchlässe.

Brücken, Canäle und Durchlässe in den Straßen und Wegen sollen in der Regel durch die Breite des ganzen Weges reichen. Wo es in einzelnen Fällen nach den Umständen unbedenklich gefunden wird, selbige schmaler anzulegen, sollen sie zur Sicherung der Ueberfahrt entweder mit Schutzmauern oder hölzernen Geländern, und wenigstens mit Abweispfählen, die Fußstege über Bäche und Gräben aber, wo es erforderlich, mit Handlehnen versehen werden,

§. 43.

Sicherheits-Maßregeln.

Gefährliche Wegestellen an Bergen, Gewässern, Gräben u. s. w. sollen gleichfalls durch Schutzmauern, Geländer, Pfähle oder Baumpflanzungen befriedigt, und alle übrige, die Sicherheit der Wege gefährdende Gegenstände entfernt oder beseitigt werden.

§. 44.

Instandhaltung der Bäche.

Das Bett solcher Bäche, welche längs den Wegen, oder unter selbigen durchfließen, soll beständig von den dazu Verpflichteten so tief erhalten werden, daß die Wege weder überschwemmt werden, noch die gehörige Entwässerung derselben gehindert wird. Gleichergestalt soll auch

Anlage Nr.

12193

240



daß Zulanden solcher Bäche nicht geduldet, sondern darauf gehalten werden, daß denselben die nöthigenfalls unter Zuziehung eines Baubedienten zu bestimmende Breite gegeben werde.

§. 45.

und Abflußgräben.

Abflußgräben, welche das Wasser von den Wegen abwärts führen, sind von den Besitzern der Grundstücke, durch welche sie ihren Lauf haben, fortwährend in der nöthigen Breite und Tiefe zu erhalten und zu diesem Zwecke jederzeit aufzuräumen, wenn es Behuf Entwässerung der Wege nöthig gefunden wird.

Haben jedoch die zur Wegeverbesserung Verpflichteten nach der bisherigen Observanz die Abflußgräben aufzuräumen müssen, so soll es dabei ferner sein. Ferner haben.

Die Grundbesitzer müssen, jedoch gegen Entschädigung, gestatten, daß dergleichen Abzugsgräben, wenn es nothwendig gefunden wird, neu angelegt werden. In diesem Falle haben die zur Wegeverbesserung Verpflichteten die Abflußgräben aufzuräumen, wenn nicht bei Anlegung derselben sogleich ein Anderes verabredet worden ist.

§. 46.

Verlegung der Hohlwege.

Hohle Wege, deren Ausfüllung bis zur Höhe der daneben belegenen Grundstücke mit unverhältnismäßigen Anstrengungen verknüpft und deren Beibehaltung in sonstiger Hinsicht nicht rätlich sein würde, sollen thunlichst verlassen und statt derselben neue Wege angelegt werden.

§. 47.

Wegschaffung der Erhöhungen.

Erhöhungen neben den Wegen, welche durch den Graben-Auswurf, durch den Abraum von den Wegen oder auf sonstige Weise entstanden sind, sollen, wenn selbige

von schädlichem Einflusse auf den Weg sind, fernerhin nicht geduldet, vielmehr weggeschafft werden.

§. 48.

Veränderung der Krümmungen.

Solche Wege, welche durch Krümmungen unnöthiger Weise verlängert werden, sollen, wenn es zur wesentlichen Verbesserung derselben oder zu erheblichen Ersparungen an Kosten und Arbeiten gereicht, verlegt und gerade gezogen werden.

§. 49.

Verlegung der auf ungünstigem Grunde belegenen Wege.

Auf gleiche Weise sollen die Wege von solchen Stellen verlegt werden, wo der Grund und Boden, seiner ungünstigen Beschaffenheit wegen, die Instandsetzung und Unterhaltung derselben verhindert oder beträchtlich erschwert.

§. 50.

Anpflanzungen.

Regelmäßige Anpflanzungen von Obst- und andern nützlichen Bäumen an den Wegen innerhalb und außerhalb der Orte werden dagegen in allen dazu geeigneten Fällen nicht allein gestattet, sondern auch befördert werden.

§. 51.

Wegräumung des Holzes.

Wenn die Wege, besonders die Landstraßen und Communicationswege, durch Waldungen, Holzungen und Gebüsche führen, so sollen, nach Maßgabe der örtlichen Umstände, nach vorgängiger, unter Zuziehung der Betheiligten vorzunehmenden Untersuchung, die Nester der Bäume und Gebüsche, welche über den Wegen und Seitengräben hängen, weggeschafft und das zu nahe stehende Holz weggeräumt werden.

Anlage Nr.

121/14

241

§. 52.
Wegweiser.

Auf allen Punkten an Landstraßen und Communicationswegen, wo die Wege sich durchkreuzen oder scheiden, sollen Wegweiser von Steinen oder Holz, mit einer lesbaren Inschrift mit deutschen Buchstaben versehen, auf Kosten derjenigen Gemeinde, in deren Feldmark die Wegweiser aufgerichtet werden, vorgerichtet und unterhalten werden.

Vierter Abschnitt.

Von der Wege-Polizei und den Contraventionen gegen dieselbe.

§. 53.

Verbot der Beengung und Verunreinigung der Wege.

Das ohne vorgängige Erlaubniß geschehene Anhäufen, nicht schon das Auf- und Abladen, von Holz, Dünger und anderen Gegenständen auf den Wegen, wodurch selbige beengt und verunreinigt werden, ist bei einer Strafe von 12 π bis 2 fl verboten.

§. 54.

Fortsetzung.

Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher die Wege und Gräben durch Aufwerfen und Ausfüllen von Unrath und sonstigen Gegenständen aller Art beschädigt und verunreinigt. Auch ist derselbe daneben zur Erstattung des Schadens und der Kosten verpflichtet. Insbesondere sollen die Miststätten so viel als thunlich von dem Wege entfernt gehalten, auch soll der Abfluß von Unreinigkeiten in die Wege und Seitengräben möglichst vermieden werden.



§. 55.

Wegschaffung des Schnees und Eises.

Zur Winterzeit sollen die Wege und Gräben, so oft es nöthig, auf Verfügung der Polizeibehörde durch die Ortsbewohner vom Schnee und Eise gereinigt werden. Für dringende Fälle bleibt das Aufgebot zur Landfolge vorbehalten.

§. 56.

Verbotene Beschädigung der Seitengräben.

Niemand darf die Seitengräben durch Fahren, Reiten oder auf andere Art beschädigen, auch selbige ohne Erlaubniß der Localpolizeibehörde weder niederstoßen noch ausfüllen, bei Vermeidung einer Strafe von 12 π bis 2 fl für jeden Fall, außer dem Schadenersatz.

§. 57.

Begrümmung der Bäume, Büsche u.

Bäume, Büsche und dergleichen, welche auf der äußeren Grabenkante sich befinden, sollen auf Erfordern weggeräumt, lebendige Hecken aber, mit denen die angrenzenden Grundstücke befriedigt sind, dergestalt im Schnitte gehalten werden, daß sie außerhalb der Ortschaften nicht über vier Fuß, in den Ortschaften aber nicht über fünf Fuß hoch sind, und nicht über die Grabenkante hinaus wachsen, bei Vermeidung einer Strafe von 8 π bis 1 fl .

§. 58.

Entfernung der Windmühlen.

Windmühlen, welche noch nicht vorhanden waren, oder deren Verlegung auf eine andere Stelle beabsichtigt wird, sollen, insofern die Umstände es irgend gestatten, künftig nur in einer, wenigstens 30 Ruthen betragenden Entfernung von den Landstraßen erbauet werden.

Auch dürfen Bienenstände im Freien nur in einer wenigstens gleichen Entfernung von den Landstraßen gehalten werden; stehen sie aber in Gärten oder geschlossenen

Anlage Nr. 12/15

242

nen Räumen, so muß die Entfernung wenigstens 30 Schritt vom Wege betragen.

§. 59.

Strafe auf Beschädigung der Wegweiser.

Beschädigungen an den Wegweisern, Meilensteinen, Latzstafeln, Schlagbäumen, Warnungspfählen, Brücken, Befriedigungen und allen anderen auf den Wegen befindlichen und zu deren Nutzen abzweckenden Gegenständen sollen, außer dem Schadenersatz, mit einer Strafe von 1 bis 5 \mathfrak{R} geahndet werden.

§. 60.

und der Materialien.

Wer die vorräthigen Materialien auf den Wegen auseinanderwirft oder verdirbt, soll mit einer Strafe von 8 \mathfrak{R} bis 1 \mathfrak{S} , außer dem Schadenersatz, belegt werden.

§. 61.

Strafe für Abbrechen und Abschütteln des Obstes von den Bäumen an den Wegen.

Wer von den an den Wegen stehenden Bäumen Obst abbricht oder abschüttelt, er mag dasselbe entwenden, oder unter den Bäumen liegen lassen, verwirft für jeden Baum eine Strafe von 8 \mathfrak{R} bis 1 \mathfrak{S} , vorbehaltlich der in der Verordnung vom 15. October 1816 auf die Beschädigung öffentlicher Anpflanzungen gesetzten Strafen.

§. 62.

Ausweichen.

Auf den Landstraßen soll alles unbeladene Fuhrwerk dem beladenen Fuhrwerke, wohin auch Reisewagen mit Personen und Koffern gehören, an der rechten Seite ganz ausweichen, das beladene Fuhrwerk hingegen einander auf der rechten Seite halb ausweichen, bei Vermeidung einer Strafe von 1 \mathfrak{S} auf erhabene Befehrwerte.

§. 63.

Kortsetzung.

Auf allen übrigen Wegen soll alles einander begegnende Fuhrwerk sich auf der rechten Seite zur Hälfte ausweichen, bei Vermeidung einer gleichen Strafe.

§. 64.

Kortsetzung.

Nach soll auf allen Wegen ohne Unterschied den Herzoglichen Equipagen, imgleichen den Posten, wie solches im §. 46. der Postordnung vom 13. August 1832 näher bestimmt worden, ausgewichen werden, und zwar gleichfalls bei einer Strafe von 1 \mathfrak{S} .

§. 65.

Sicherheitsmaßregeln gegen Contraincidenten.

Alle Contraincidenten gegen die in den §§. 56., 59. bis 61. enthaltenen Bestimmungen sollen, wenn sie entweder Ausländer oder unbekannt sind, nöthigenfalls mit Hilfe der Landdragoner und Jäger, Begearbeiter u. s. w. der nächsten Ortsbehörde vorgeführt werden. Durch Entscheidung der gegläubigen Strafe und der erwanigen, nach dem Ermessen der Behörde zu bestimmenden Entschädigungssumme können dieselben einem weiteren gerichtlichen Verfahren vorbeugen. Sollen dieselben jedoch die Sache nicht auf diese Art sofort definitiv erledigen, so ist die Strafe nach dem höchsten Satze, und die Entschädigungssumme in Ermangelung einer andern Sicherstellung, von ihnen vorläufig zu erlegen, und es steht ihnen sodann frei, binnen einer peremptorischen Frist von drei Wochen durch Anzeige bei dem betreffenden Herzogl. Amte oder Stadtgerichte fernere Untersuchung und Entscheidung zu erwirken. Nach Ablauf jener Frist ist keine Berufung weiter zulässig.

Erländer hingegen, wenn sie bekannt, oder über ihren Namen, Wohnort und Gewerbe sich gehörig aus-

Anlage Nr. 12116

Hofräumen und Gärten bei den Wohnhäusern gefordert wird; verpflichtet ist, zuvor die Entscheidung Unseres Herzoglichen Staatsministerii einzuholen.

§ 77. 81. a. u. g. l.
 22. 4. 19. 67.

§. 77.

Güte-Versuch.

Nach erfolgter Genehmigung des Antrages hat das Herzogliche Amt oder der Stadtmagistrat zu versuchen, eine gütliche Uebereinkunft zwischen der Gemeinde und dem einzelnen Grundbesitzer, rücksichtlich der Entschädigung des letztern, zu Stande zu bringen.

§. 78.

Amtliches Verfahren.

Wenn indessen die Sache im Wege der Güte nicht zu vergleichen steht, so hat das Herzogl. Amt solche durch eine anzuordnende Abschätzung in dem Maße zu reguliren, daß dabei zuerst auf eine Entschädigung aus dem alten Wege, falls davon etwas unbenutzt liegen bleiben sollte, sonst aber aus Gemeindeängern oder Grundstücken, vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 75., und wenn auch dazu keine Gelegenheit vorhanden ist, durch Vergütung in baarem Gelde Rücksicht genommen werden muß.

§. 79.

Fortsetzung.

Ueberhaupt sollen, wenn keine gütliche Vereinbarung zu Stande gekommen ist, Entschädigungen für abzutretende geringe Flächenräume, für Grundstücke, welche nicht auf beständig, sondern nur für gewisse Zeit der Benutzung des Eigenthümers entzogen werden, für Wasserableitungen, für Versetzung von Befriedigungen, für Wegnahme von Bäumen und Büschen, Verluste von Meliorationen u. s. w. in baarem Gelde ausgeglichen werden.

§. 80.

Fortsetzung.

Das Herzogl. Amt hat alle in Folge der Bestim-



mungen der §§. 78. und 79. vorfallende Abschätzungen durch drei beeidigte Sachverständige, deren einer von dem abtretenden Grundeigenthümer, der zweite von dem Erwerber, und der dritte von dem Herzogl. Amte zu erwählen, und deren Instruction und Anweisung im Beisein der Betheiligten vorzunehmen ist, bewerkstelligen zu lassen. Der Durchschnittsbetrag der Schätzungen sämmtlicher drei Taxatoren ergibt den Maßstab für die zu leistende Entschädigung. Sollte eine von den Parteien durch das Resultat der Abschätzung sich für beschwert erachten, so bleibt derselben unbenommen, binnen einer Präjudicialfrist von 14 Tagen auf eine anderweite Taxation anzutragen, bei deren Ausfalle es sodann sein Bewenden hat.

Alle solche Abschätzungen sollen im administrativen Wege ohne weitere Kosten, als die Remuneration der Taxatoren, erledigt werden.

Die Kosten der zweiten Abschätzung trägt der unterliegende Theil, die der ersten Abschätzung aber der abtretende Grundeigenthümer nur in dem Falle, wenn die ihm definitiv zugesprochene Entschädigung den Betrag der ihm vergleichsweise angebotenen Vergütung nicht übersteigt.

§. 81.

Abfindung der Realberechtigten.

Vor Berichtigung des Kaufpreises für das abzutretende Grundstück hat das Herzogliche Amt auf Kosten des Erwerbers die bekannten und nicht bekannten Realberechtigten edictaliter zu citiren, die im Termine nicht erschienenen mit ihren Ansprüchen zu präcludiren, mit den Anwesenden aber eine gütliche Uebereinkunft zu versuchen. Der Widerspruch eines Realberechtigten kann die freie Ueberlassung des Grundstücks nicht verhindern, wohl aber die Deposition der Gegenleistung, falls sie in Gelde festgesetzt ist, bewirken, und die gerichtliche Entscheidung

Anlage Nr. 12/112

kann nur die Feststellung der Ansprüche der Realberechtigten an der für das abgetretene Grundstück erfolgenden Gegenleistung zum Gegenstande haben.

§. 82.

Entschädigung der Pächter.

Pächter, welche einen Theil der verpachteten Grundstücke abzutreten genöthigt werden, und die Benutzung der statt des abgetretenen Grund und Bodens dem Eigenthümer etwa überwiesenen Grundstücke nicht für angemessen finden, können von ihrem Verpächter nur einen verhältnismäßigen Erlaß am Pachtgelde, aber keine Entschädigung wegen entbehrten Gewinnes verlangen.

§. 83.

Verlassenes Wege-Terrain.

Das Eigenthum eines verlassenen Weges, insofern darüber nicht zur Entschädigung einzelner Grundbesitzer verfügt worden, fällt demjenigen zu, welcher die Entschädigung für das zum neuen Wege abgetretene neue Terrain geleistet hat. Sonstige zu dem Wege bisher gehörig gewesene, bei der Regulirung desselben aber entbehrlich werdende Plätze sind der Gemeinde und außerhalb der Gemeindefeldmark demjenigen zu überweisen, aus dessen Eigenthume der Weg genommen war.

Sechster Abschnitt.

Von den Wegeverbesserungs-Abgaben und Weggeldern.

§. 84.

Erhebung und Verwendung der Wegeverbesserungs-Abgaben.

Die Abgaben zur Wegeverbesserung aus Testamenten, Contracten, Schenkungen u. s. w. sollen ferner bei den Herzoglichen Kämtern und Stadtkämmereien erhoben und

zur Wegeverbesserung im Interesse der Gemeinden verwandt werden.

§. 85.

Weggeld auf Landstraßen und Communicationswegen.

Auf den in einen dauerhaften, fahrbaren Zustand gesetzten Landstraßen darf mit Genehmigung Unseres Herzogl. Staatsministerium ein Weggeld erhoben werden. Auf den Communicationswegen dagegen soll, wenn nicht ganz besondere Umstände in einzelnen Fällen davon eine Ausnahme räthlich oder zulässig machen, worüber sodann auf das Gutachten der Behörden Unser Herzogl. Staatsministerium entscheiden wird, eine Weggeld-Erhebung nicht Statt finden.

Rücksichtlich der Erhebung dieser Weggelder, der Sicherung der Zahlung derselben u. s. w. kommen die in dem Befehle vom 8. Mai 1835, die Chausséegeld-Erhebung, den Gebrauch der Chausséen und die Wegepolizei betreffend, (N. 81.) gegebenen Vorschriften zur Anwendung.

§. 86.

Befreiung der Feldmarks-Interessenten.

Ob und in welchem Maße die Befreiung von Erhebung eines Weggeldes den Interessenten einer Feldmark oder den Einwohnern eines Orts über ihre Feldmark hinaus in Hinsicht auf ihre Mitwirkung zum Wegbau zuzugestehen ist, soll von den Herzogl. Kreisdirectionen erwogen und von Unserm Herzoglichen Staatsministerium nach den Umständen bestimmt werden.

§. 87.

Pflaster-Wege und Brückengeld.

Für Rechnung von Städten, Flecken, Dörfern oder Privatpersonen soll eine Abgabe von den Straßen und Wegen unter der Benennung von Pflaster-, Wege- oder Brückengelde in der Regel nicht erhoben werden, wobei

Anlage Nr. 12/18

248

246

jedoch Unserm Herzoglichen Staatsministerio vorbehalten bleibt, über die Fortdauer der schon bestehenden Abgaben nach den Umständen Bestimmung zu treffen.

§. 88.

Aufhebung älterer Verordnungen.

Alle älteren auf den Gegenstand dieses Gesetzes bezüglichen Verordnungen, Rescripte u. s. w., welche in diesem Gesetze nicht ausdrücklich bestätigt sind, werden hienit aufgehoben, und finden namentlich die in dem Gesetze vom 18. Mai 1835, die Chausséegebühren = Erhebung, den Gebrauch der Chaussees und die Wegepolizei betreffend, enthaltenen Bestimmungen und Strafandrohungen, rücksichtlich der Wegepolizei, auf diejenige Wege, auf welche sich dieses Gesetz bezieht, keine Anwendung.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheime = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 14. Mai 1840.

Wilhelm, Herzog. (L. S.)

K. Schulz.

Anlage Nr. 12119



von
zu
fener
legener
zung
des
so hat
niß de
wird
es an
1
heime
Graf

247

**Anlage 13:
Änderung der Wegeordnung von 1851**



Gesetz- und Verordnungs-Sammlung. 1311

Nr. 4. Anlage Nr.

248

Braunschweig, den 25. Januar 1851.

Königlichen niederrheinischen Provinzial-Verordnung vom 11. Mai 1840 (Landes-Verordnung).

Gesetz, die Änderungen und Ergänzungen verschiedener Bestimmungen der Wegeordnung vom 11. Mai 1840 betreffend.

d. d. Braunschweig, den 4. Januar 1851.

Von Gottes Gnaden, Wir **Wilhelm**, Herzog
zu Braunschweig und Lüneburg etc. etc.

Da einzelne Bestimmungen der Wegeordnung vom 11. Mai 1840 in Folge der neuern Gesetzgebung einer Aenderung bedürfen, so erlassen Wir mit Zustimmung der Abgeordneten des Landes das nachfolgende Gesetz.

§. 1.

Bevor von dem Herzogl. Staatsministerium nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 3 der Wegeordnung über die Veränderung in der Eigenschaft der Wege, sowie über Aufhebung von Wegen entschieden wird, sollen die betreffenden Gemeinde-Organe und Amtsräthe mit ihrem Gutachten gehört werden, doch kann kein Communicationsweg ohne Zustimmung des Gemeinderaths oder der Stadtverordneten derjenigen Gemeinden aufgehoben werden, innerhalb deren Feldmark solches geschehen soll.

Die Entscheidung über das Aufheben von nicht unter die Classe der Privatwege gehörigen Feld- und Wäldern



wegen und Fußwegen, bei welchen mehre Gemeinden nicht theilhaftig sind, steht den betreffenden Gemeindebehörden, mit Vorbehalt des Recurses an den Amtsrath, beziehungsweise an die vereinigte Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten zu, und soll von diesen Entscheidungen binnen 4 Wochen ein Recurs an Herzogl. Staatsministerium gelangen können.

§. 2.

(Art. 59. 4. 6 und 6ber Wegeord. nung.)

Die Anordnung wegen Herstellung und Erhaltung der Communicationswege, der Straßen und Wege in Städten, Flecken und Dörfern, der Feld- und Wannenwege, der öffentlichen Fußwege und der damit in Verbindung stehenden Anlagen, sowie auch die Beaufsichtigung derselben, steht zunächst den Gemeindebehörden und Vertretern von Gemarkungen (§. 3) zu.

Die Kreisdirectionen haben darauf zu halten, daß auf die Unterhaltung der Straßen und Wege und der damit in Verbindung stehenden Anlagen die nöthige Sorgfalt verwandt werde und neue Wege dem Bedürfnisse und den Vorschriften der Wegeordnung gemäß hergestellt werden. Insbesondere haben sie die Verpflichtung, falls die Gemeindebehörden ihren Obliegenheiten nicht nachkommen, namentlich wenn die im §. 6 erwähnten Etats nicht zeitig eingehen, die wegen Erhaltung und Herstellung der Wege und Anlagen erforderlichen Anordnungen zu treffen (§. 17 des Gesetzes über die Organisation der Landesverwaltungsbehörden).

§. 3.

Hat eine Gemeinde mit anderen Gemeinden oder Interessenten oder mit Behörden über Wegebauarbeiten zu verhandeln, so wird sie dabel durch den Magistrat oder den Gemeindevorsteher vertreten. Ob in den Gemeinden Leitung und Ausführung der Wegebauten besonders



Ordnungen gebildet werden, hängt von dem Ermessen der Gemeinde-Organe ab.

Die Interessenten einer abgesonderten Gemarkung sind verpflichtet, zur Beforgung der Wegebauarbeiten besondere Vertreter zu bestimmen, deren Zahl jedoch nicht mehr als drei betragen soll. — Die Wahl derselben geschieht nach den Bestimmungen im §. 126 der Landesgemeindeordnung; es kann jedoch ein Interessent nie mehr als einen Vertreter ernennen. Streitigkeiten über die Wahl sind mit Berücksichtigung der theilhaftigen Flächen in Verwaltungswege zu entscheiden.

§. 4.

Ist ein wichtiger Wegebau an einem Communicationswege, bei welchem mehre Gemeinden oder Gemarkungen theilhaftig sind, oder eine Landstraße auszuführen oder ist die Veränderung oder Verlegung eines Wege (§§. 46, 48 und 49 der Wegeordnung) in Frage gestellt, so hat die Herzogl. Kreisdirection nach vorgängiger Berathung mit dem Amtsrathe einen Plan und erforderlichen Falls einen Kostenschlag durch den Kreisbaubeamten ausarbeiten zu lassen und solchen den Vertretern der verpflichteten Gemeinden oder Interessentenschaften zur Abgabe ihrer Erklärung vorzulegen. Werden Erinnerungen dagegen erhoben, deren Erledigung der Verwaltungsbehörde nicht gelingt, so ist nach den Bestimmungen des §. 13 des Gesetzes über die Organisation der Landesverwaltungsbehörden zu verfahren.

§. 5.

Für die Landstraßen sind die die Herstellung, Erhaltung und Beaufsichtigung derselben betreffenden Geschäfte von dem Kreisbaubeamten zu besorgen und hat derselben Vertretern der zur Leistung von Fuhr- und Handarbeiten verpflichteten Gemeinden und Interessentenschaften spätestens im Monate Juni eines jeden Jahres einen

Anlage Nr. 1312
249

Anschlag der im folgenden Jahre zu leistenden Fuhrn und Handarbeiten zu übergeben.

Sind die Vertreter der verpflichteten Gemeinden und Interessenschaften der Ansicht, daß dabei zu große oder unnöthige Leistungen von ihnen in Anspruch genommen werden, so haben sie solches binnen 14 Tagen nach der Aufforderung des Kreisbaubeamten der Herzoglichen Kreisdirection zu erklären und ist von dieser dann, nach vorgängiger Communication mit Herzoglicher Baudirection nach Vorschrift des §. 13. des Gesetzes über die Organisation der Landesverwaltungsbehörden zu verfahren. Gegen die von Herzogl. Kreisdirection getroffene oder bewirkte Entscheidung steht der Herzoglichen Baudirection eine Vorstellung an Herzogliches Staatsministerium zu.

Für jeden Gemeindebezirk ist jährlich im Monate September von dem Gemeindevorstande ein Verzeichniß und den Umständen nach ein Voranschlag der im folgenden Jahre vorzunehmenden Wegebauten aufzustellen, welcher den Stadtverordneten, oder dem Gemeinderathe zur Genehmigung vorzulegen und darauf mit dem Voranschlage über den Gemeindehaushalt der Herzoglichen Kreisdirection zur Bestätigung einzusenden ist.

Dieses hat bei der Prüfung und Bestätigung des Verzeichnisses oder Voranschlags der vorzunehmenden Wegebauten nach den hinsichtlich der Voranschläge über den Gemeindehaushalt bestehenden gesetzlichen Vorschriften zu verfahren (§. 79 der Landgemeindeordnung, §§. 134 und 135 der provisorischen Städteordnung und §. 13 des Gesetzes über die Organisation der Landesverwaltungsbehörden).



Wird die Veranschlagung oder Leitung eines Wegebaues durch den Kreisbaubeamten von Seiten einer Gemeinde oder Interessenschaft gewünscht, so ist bei der

Herzoglichen Kreisdirection darauf anzutragen und wird diese den Umständen nach den Kreisbaubeamten mit weiterer Anweisung versehen.

Die Gemeinden haben übrigens Wegewärter zu bestellen, welche den Baubeamten untergeordnet sind. Kommen die Gemeinden dieser Verpflichtung nicht nach, so wird solches auf Kosten derselben von Herzoglicher Kreisdirection geschehen.

§. 7.

Zur Herstellung und Unterhaltung der einzelnen Straßen und Wege sind die selbstige einschließenden oder berührenden Gemeindebezirke und Gemarkungen nach den Bestimmungen der Wegeordnung und des gegenwärtigen Gesetzes verpflichtet.

(Statt §. 7 der Wegeordnung.)

Bis zur endlichen Feststellung der Gemeindebezirke und Gemarkungen hat es bei dem bisherigen Bestände sein Bewenden. Ist der Bestände zweifelhaft, so wird darüber von Herzoglicher Kreisdirection entschieden.

§. 8.

Die Herzoglichen Kreisdirectionen haben vor Abgabe von Entscheidungen über Beiträge der Gemeinden und Gemarkungen zu Straßen und Wegen außerhalb ihres Gemeindebezirks (§§. 12. und 19. der Wegeordnung) das Gutachten der Stadtverordneten, beziehungsweise des Amtsraths, zu hören und sind die von einzelnen Gemeinden oder Interessenschaften erhobenen Erinnerungen nach Vorschrift des §. 13. des Gesetzes über die Organisation der Landesverwaltungsbehörden zu erledigen.

(zu §§. 12 und 19 der Wegeordnung.)

§. 9.

Die Bestimmungen im §. 15 der Wegeordnung, daß auswärtige Feldmarkinteressenten zur Herstellung und Unterhaltung der Straßen und Wege in den Dörfern nicht beizutragen haben, wird aufgehoben.

(zu §. 15 der Wegeordnung.)

Sollte die Bestimmung im letzten Satze des gedach-

ANFANG NR. 1313

250

ten: §. In einzelnen Fällen zu Zweifeln und Streitigkeiten Veranlassung geben, so ist darüber von dem Amtsrathe Entscheidung zu treffen, bei welcher es sein Verwenden behält.

§. 10.

(zu §. 10 und 17 der Wegeordnung.)

Ueber das Beitragsverhältniß bei Feld- und Wannenwegen und öffentlichen nicht in das Gebiet der Communicationen fallenden Fußwegen haben die Gemeinderäthe, beziehungsweise die Stadtverordneten, mit Vorbehalt des Recurses an den Amtsrath oder die vereinigte Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten, zu entscheiden.

Letztere Entscheidung ist endgültig.

§. 11.

(zu §. 10 der Wegeordnung.)

Die im §. 10 der Wegeordnung gegebenen Vorschriften sollen künftig auf alle abgeforderte Bemerkungen Anwendung finden.

§. 12.

(zu §. 21 der Wegeordnung.)

Die Grundbesitzer leisten in einer Umfolge,

- 1) für jedes Gehöft, bei welchem mehr als 30 Morgen Acker, Gärten und Wiesen bewirtschaftet werden, 2 Simpla
 - 2) für jedes andere Gehöft, mit welchem eine Weidenutzung verbunden ist, 1 Simplum
 - 3) für jedes Wohnhaus oder Gehöft ohne Weidenutzung, 1/2
 - 4) für jeden Morgen Acker, Gärten oder Wiesen oder Privatweidengrundstücke ohne Anrechnung der überschüssenden Ruthenzahl, 1/4
 - 5) für jeden Waldboden-Forstgrund innerhalb der Feldmark ohne Anrechnung der überschüssenden Ruthenzahl, 1/8
- Die Ermäßigung der Beiträge, welche im §. 21



der Wegeordnung für die den Gesamtbetrag von 250 Morgen übersteigende Fläche nachgelassen ist, fällt künftig weg.

Wegen Heranziehung der Zuquillnen und Häuflinge zur Wegebaulast behält es bei den Bestimmungen des §. 21 der Wegeordnung sein Verwenden.

Sind einzelne bewohnte Besitzungen und deren Zubehörungen in wesentlicher Entfernung von den übrigen Wohnungen oder sind Grundstücke in der Feldmark von so verschiedener Güte, daß durch die obige Veranlagung nach der Morgenzahl eine ganz unverhältnißmäßige Concurrenz einzelner Pflichtiger herbeigeführt werden würde, so soll künftig eine Feststellung und Ausgleichung durch die Gemeinderäthe, beziehungsweise die Stadtverordneten, mit Vorbehalt eines Recurses an den Amtsrath und die vereinigte Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten, geschehen. Gegen diese Entscheidungen bleibt der binnen 4 Wochen zu verfolgende Recurs an Herzogl. Staatsministerium vorbehalten.

Gewerbliche Etablissements, insofern deren Betreibung die Benutzung der Wege in einem höheren Grade erforderlich macht, z. B. Biergeleien, Glashütten, Mühlen, Steinbrüche, Hüttenwerke u. s. w. sind in dieser Hinsicht zu besondern Beiträgen verpflichtet, und wird mit deren Feststellung eben so, wie bei den entfernten oder in der Qualität verschiedenen Grundstücken bestimmt worden, verfahren. Welche, ungetheilte Acker- und Weidenflächen werden, so lange sie eine von diesen Eigenschaften behalten, nicht in Anrechnung gebracht.

§. 13.

Nach Einführung der neu veranlagten Landesgrundsteuer geschieht die Vertheilung des auf dem Grundbesitz ruhenden Theiles der Wegebaulast nicht mehr nach dem Vertheilungsfuße des §. 12, sondern nach dem Verhält-

Anlage Nr. 257

nisse des Grundsteuer-Capitals der Pflichtigen und es wird dann die im §. 25 des Gesetzes vom 11. Mai 1840 vorgeschriebene Rolle dergestalt gebildet, daß für jeden Thaler des Grundsteuer-Capitals ein Simplum von 8 R in Ansatz gebracht wird.

Die Heranziehung der Inquilinen und Häußlinge zur Wegebaulast bleibt alsdann der statutarischen Feststellung jeder Gemeinde überlassen.

Die Bestimmungen wegen Feststellung der Beiträge für entfernt belegene bewohnte Besitzungen und wegen Heranziehung der gewerblichen Etablissements zu besondern Beiträgen bleiben unverändert.

§. 14.

Vereinbarungen, welche seit Erlass der Wegeordnung vom 11. Mai 1840 über die Vertheilung der Wegebaulast innerhalb eines Gemeindebezirks oder einer Gemarkung mit einem Interessenten abgeschlossen sind, welcher mehr als 250 Morgen besitzt, können für die Zukunft aufgerufen werden. Die dahin zielenden Anträge sind binnen Jahresfrist von Publication dieses Gesetzes an bei Strafe des Ausschusses bei der betreffenden Herzoglichen Kreisdirection zu machen.

Diese Behörde hat die Feststellung und Ausgleichung der von den Interessenten auf Grundlage der geschlossenen Vereinbarung bereits beschafften Leistungen vorzunehmen und dabei die bisherige gesetzliche Beitragspflicht zum Grunde zu legen, auch wenn keine anderweite Vereinbarung gellingend sollte, die zur Ausgleichung erforderliche Naturalleistung oder Geldentschädigung vorbehaltlich des Rechtsweges festzustellen. Die Betretung des Rechtsweges hindert jedoch die vorläufige Ausführung der von der Herzoglichen Kreisdirection getroffenen Feststellung nicht.

Sind insbesondere den Interessenten durch solche Vereinbarungen besondere Wegestrecken zum Ausbau und zur

(Zu §. 22 der Wegeordnung.)



Unterhaltung überwiesen und kommt über diese Strecken eine anderweite Auseinandersetzung nicht zu Stande, so müssen die bereits vollendeten Strecken in untadelhaftem Zustande in die Gemeinschaft zurückgegeben werden und ist erforderlichen Falls von dem Kreisbaubeamten darüber zu entscheiden, was in dieser Hinsicht noch zu beschaffen ist.

Ist dagegen der Ausbau solcher Wegestrecken noch nicht vollendet und hat jeder Interessent einen dem bisherigen Beitragsverhältnisse entsprechenden Theil derselben in Stand gesetzt, so hat es dabei sein Bewenden.

Hat endlich der Interessent, welcher für mehr als 250 Morgen beizutragen hat, einen verhältnismäßig größeren Theil der fraglichen Wegestrecken ausgebauet und haben die andern Interessenten nach einer von der Kreiscommission abzugebenden Entscheidung nicht so viel geleistet, als nach ihren Kräften und Verhältnissen verlangt werden konnte, so haben sie die danach rückständige Leistung nach Maßgabe der frühern Beitragsverhältnisse zu beschaffen, die Ausgleichung wegen des übrigen Theils der bisher beschafften Wegebauten geschieht dagegen unter Berücksichtigung des durch das gegenwärtige Gesetz festgesetzten Beitragsverhältnisses.

§. 15.

In Beziehung auf die rückständigen Beiträge zu den Wegebauten, denen auch die Kosten gleichzusetzen sind, welche dadurch entstehen, daß für rentente Pflichtige die Arbeiten für Lohn verrichtet sind (§. 82 der Wegeordnung), finden die Bestimmungen des §. 102 der Landgemeindeordnung Anwendung.

§. 16.

Der Beschluß darüber, ob die Fuhrten und Handarbeiten wirklich geleistet oder an den Mindestfordernden vergeben werden sollen, hängt, so weit es sich nicht um Feld- und Wannenwege, Privat- oder Fußwege handelt,

Anlage Nr.

1315

(Zu §. 22 der Wegeordnung.)

(Zu §. 23 der Wegeordnung.)

252

von den Gemeinde-Organen und bei abgeforderten Gemar-
lungen von den gewählten Vertretern ab.

Bei den Feld- und Wannenwegen, den Privat- und
Fußwegen, bleiben die Bestimmungen des §. 33 der Be-
geordnung in Gültigkeit.

§. 17.

Die Abgaben zur Wegeverbesserung aus Testamenten,
Contracten, Schenkungen etc. sollen ferner, wie solches im
§. 84 der Wegeordnung vorgeschrieben ist, von den Be-
amten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und von den Nota-
ren erhoben werden.

In den Städten werden selbige an die Stadtkäm-
merlei abgeliefert, dürfen aber nur zur Wegeverbesserung ver-
wandt werden. Auf dem Lande fließen dieselben in eine
von den Herzogl. Kreisdirectionen für jeden Amtsbezirk
besonders zu verwaltende Cassen, deren Einkünfte zu Wege-
verbesserungen im Interesse der Gemeinden des Amtsbezirks
verwandt werden müssen.

Die im §. 67 der Wegeordnung erwähnten Straf-
gelder fließen ebenfalls diesen Cassen zu. Die Denun-
tianten-Antheile an den Strafgeldern werden aufgehoben.

Die Rechnung über die Amts-Wegeverbesserungscassen
wird von den Kreisdirectionen geführt und dem Amtsrathe
jährlich zur Einsicht mitgetheilt.

§. 18.

Die in der Wegeordnung vom 11. Mai 1840 den
Herzoglichen Aemtern für die Landgemeinden überwiesenen
Functionen (§. §. 76 u. 77 der Wegeordnung) gehen auf
die Gemeinde-Vorstände über; die übrigen in Wegbau-
sachen vorkommenden, in dem gedachten Gesetze den Her-
zoglichen Aemtern und Kreisdirectionen übertragenen Ge-
schäfte werden künftig von den Kreisdirectionen besorgt.

Die im §. 81 des gedachten Gesetzes vorgeschriebe-
nen Edictalladungen sind bei den betreffenden Herzoglichen

Amts- und Stadtgerichten zu beantragen und von diesen
zu erlassen.

§. 19.

Die dem Inhalte dieses Gesetzes widersprechenden Be-
stimmungen, namentlich die §. §. 4, 5, 6 und 7 der Be-
geordnung vom 11. Mai 1840 sind aufgehoben.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu richten.
Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Her-
zoglichen Geheim- = Kanzlei- = Siegels.

Braunschweig, den 4. Januar 1851.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Geyso.

Langerfeldt.

Anlage Nr.

13/116

253

254

Anlage 14:
Gesetz über das Separationsverfahren von 1887



Lfd Nr 1

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten

255

— Nr. 12. —

Inhalt: Gesetz, betreffend die durch ein Auseinandersehungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten, S. 108. — Allerhöchster Erlaß, betreffend den Bau und demnächstigen Betrieb der durch das Gesetz vom 1. April 1887 zur Ausführung genehmigten Eisenbahnen, S. 109. — Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Dorum, Northeim und Osten, S. 111. — Bekanntmachung des nach dem Gesetz vom 10. April 1872 durch die Regierungs-Amtsblätter publizierten landesherrlichen Erlasse, Urkunden etc., S. 112.

(Nr. 9187.) Gesetz, betreffend die durch ein Auseinandersehungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten. Vom 2. April 1887.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc.
verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, was folgt:

§. 1.

Für gemeinschaftliche, durch ein Auseinandersehungsverfahren begründete Angelegenheiten, als Wege, Tristen, Gräben, Trankstätten, Lehm-, Sand-, Kalk- und Mergelgruben, Kalk- oder andere Steinbrüche und Ähnliches, kann die Vertretung der Gesamtheit der Beteiligten Dritten gegenüber, sowie die Verwaltung auch nach beendigtem Auseinandersehungsverfahren von der Auseinandersehungsbehörde nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen geregelt werden.

Die Regelung erfolgt auf Antrag.

Sie unterbleibt insbesondere, wenn

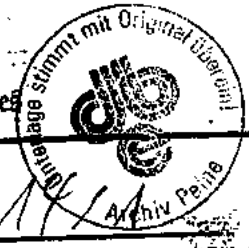
- 1) die Vertretung oder Verwaltung anderweitig geregelt ist, oder
- 2) die Zuziehung der einzelnen Beteiligten selbst oder ihrer Vertreter ohne unverhältnismäßigen Zeit- oder Kostenaufwand erfolgen kann.

§. 2.

Die Vertretung und Verwaltung ist vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 9 dem Gemeindevorstande zu übertragen.

Ges. Samml. 1887. (Nr. 9187.)

Ausgegeben zu Berlin den 16. April 1887.



19
Anlage Nr.

Die Gesamtheit der Beteiligten, welcher in Gemäßheit dieses Gesetzes eine Vertretung bestellt ist, kann als solche klagen und verklagt werden.

§. 3.

Ergiebt die Prüfung ohne Weiteres die Unzulässigkeit des Antrages, so hat die Auseinandersetzungsbehörde denselben zurückzuweisen.

Andernfalls ist vor der Entscheidung der Antrag in geeigneter Weise bekannt zu machen. Es genügt die auf ortsübliche Weise zu bewirkende, öffentliche Bekanntmachung in der betreffenden Gemeinde oder die einmalige Einrückung in ein zu öffentlichen Bekanntmachungen für den betreffenden Bezirk benutztes Blatt.

Die Bekanntmachung erfolgt mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche bei der Auseinandersetzungsbehörde innerhalb einer von dieser zu bestimmenden Frist anzubringen.

Nach Ablauf der Frist sind die beteiligten Gemeindevorstände zur Erklärung über die etwa erhobenen Einsprüche aufzufordern. Die Auseinandersetzungsbehörde hat die Einsprüche zu prüfen und kann, auch wenn solche nicht vorliegen, die ihr erforderlich erscheinenden Erörterungen bewirken.

§. 4.

Der bestellte Vertreter ist befugt, mit Genehmigung der Auseinandersetzungsbehörde, über die Substanz des durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten, gemeinschaftlichen Vermögens zu verfügen.

Die Auseinandersetzungsbehörde kann, wenn die nach §. 3 erfolgte Bekanntmachung sich nicht schon auf die beabsichtigte Substanzverfügung erstreckt hat, letztere den Beteiligten bekannt machen. Es finden dann die im §. 3 gegebenen Vorschriften entsprechende Anwendung.

Ueber die Genehmigung ist unter Verwerfung unbegründeter Einsprüche zu entscheiden. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die Verfügung im Landes- oder ortspolizeilichen Interesse oder im Interesse der Beteiligten selbst nicht zulässig oder unzumutbar erscheint, oder wenn Rechte Dritter entgegenstehen.

§. 5.

Ist zufolge einer Verfügung über die Substanz eine Geldentschädigung festgestellt, so hat die Auseinandersetzungsbehörde nicht bloß die im Interesse der eingetragenen Gläubiger und sonstigen Realberechtigten erforderliche Verwendung, sondern auch die Vertheilung der Geldentschädigung zu reguliren.

Die Vertheilung kann ausgeschlossen werden, wenn dieselbe wegen unhältnißmäßiger Kosten oder aus anderen Gründen unzumutbar erscheint. In diesem Falle kann eine anderweitige Verwendung im Interesse sämtlicher Beteiligten angeordnet oder die Entschädigung dem bestellten Vertreter zur Verwaltung im Interesse der Beteiligten, namentlich zur Bestreitung ihnen obliegender gemeinschaftlicher Ausgaben übertragen werden.

Anlage Nr. 14/2



§. 6.

Ist dem Gemeindevorstande die Vertretung übertragen, so untersteht derselbe in dieser Beziehung der Kommunalaufsichtsbehörde. Insofern ihm die Verwaltung übertragen ist, finden die Vorschriften, welche für Gemeindeangelegenheiten bezüglich der Verwaltung, der Aufsicht des Staats und der den Mitgliedern zustehenden Rechtsmittel gelten, sinngemäße Anwendung.

Der Verwalter hat insbesondere für die Ausführung der zur ordnungsmäßigen Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen erforderlichen Arbeiten durch die Verpflichteten zu sorgen.

Ist im Auseinanderetzungsverfahren ein Beitragsverhältniß für die Verteilung der aufzuwendenden Kosten nicht festgesetzt, so liegt die Unterhaltung den Beteiligten nach Verhältniß ihrer Theilnahmerechte ob. Soweit letztere aus dem Rezeß nicht klar hervorgehen, haben die Beteiligten nach Verhältniß des Grundsteuerreinertrages ihrer bei der Auseineretzung ausgewiesenen Landabfindungen beizutragen. Nach demselben Verhältniß ist der auf eine zerstückelte Landabfindung fallende Beitrag von den Besitzern der Trennstücke aufzubringen.

Ist die Unterhaltung von den Beteiligten gemeinschaftlich oder in der Weise zu bewirken, daß jeder Beteiligte die an seine Grundstücke anstoßenden oder sonst bestimmte Theile der Anlagen zu unterhalten hat, so bedarf es einer Aufforderung an den einzelnen Beteiligten, seiner Unterhaltungspflicht nachzukommen, nicht. Es genügt eine in ortsüblicher Weise bekannt zu machende öffentliche Aufforderung.

§. 7.

Die Entscheidungen der Auseinanderetzungsbehörde erfolgen in den Fällen des §. 1 in Verbindung mit §. 3 Absatz 2, des §. 4 Absatz 3 und des §. 5 Absatz 2 durch Beschluß.

Der Beschluß, durch welchen die Vertretung und Verwaltung übertragen wird, hat die Angabe des bestellten Vertreters oder Verwalters der beteiligten Grundstücke und der Besitzer derselben nach Maßgabe des Rezeßes, sowie der gemeinschaftlichen Angelegenheiten, auf welche die Vertretung oder die Verwaltung sich erstrecken soll, zu enthalten.

Der Beschluß, durch welchen die Genehmigung zur Verfügung über die Substanz erteilt wird, hat die genaue Bezeichnung der genehmigten Verfügung und des Gegenstandes derselben, sowie, wenn es sich um ein gemeinschaftliches Grundstück handelt, die Bezeichnung desselben nach dem Rezeß und der Grundsteuerrollenrolle zu enthalten. In dem Beschluß ist zugleich darüber Bestimmung zu treffen, ob und an wen eine den Beteiligten zu gewährende Entschädigung auszuhändigen, oder ob eine Geldentschädigung zu hinterlegen ist.

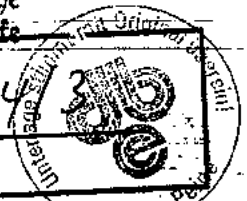
§. 8.

Hat ein gemeinschaftliches Grundstück kein besonderes Blatt im Grundbuche und ist das Antheilsrecht auf den Grundbuchblättern der beteiligten Grundstücke

(Nr. 9187.)

19*

Anlage Nr. 14



nicht vermerkt, so erfolgt im Falle der Auflassung die Anlegung eines Grundbuchblattes für den Erwerber, ohne daß es eines Vermerks auf den Blättern der beteiligten Grundstücke bedarf.

Die Auflassung kann erst erfolgen, wenn von der Auseinandersetzungsbehörde bescheinigt ist, daß die Veräußerung oder der Tausch für die Realinteressenten unschädlich, oder daß die Verwendung der Geldentschädigung (§. 5) erfolgt ist.

§. 9.

Liegen die gemeinschaftlichen Grundstücke in verschiedenen Gemeindebezirken oder in verschiedenen Gemeinde- und Gutsbezirken, so kann die Vertretung und Verwaltung in Gemäßheit der vorstehenden Bestimmungen einem der beteiligten Gemeindevorstände oder Gutsvorsteher übertragen werden.

Wenn das Interesse der zu vertretenden Gesamtheit (§. 1) dem Interesse der Gemeinde (des Gutsbezirks) oder des Gemeindevorstandes (des Gutsvorstehers) entgegensteht, oder wenn die Interessen verschiedener, besonders zu vertretender Gesamtheiten einander entgegenstehen, oder wenn aus anderen Gründen die Bestellung eines besonderen Vertreters oder Verwalters zweckmäßig erscheint, so kann die Auseinandersetzungsbehörde im Einvernehmen mit der Kommunalaufsichtsbehörde statt des Gemeindevorstandes (Gutsvorstehers) mit dessen Rechten einen besonderen Vertreter oder Verwalter bestellen.

§. 10.

Gegen die Beschlüsse der Auseinandersetzungsbehörde (§. 7) findet nur die Beschwerde an das Oberlandeskulturgericht statt.

Sofern die Zustellung des Beschlusses an die Beteiligten erfolgt ist, steht diesen die Beschwerde nur innerhalb zwei Wochen nach der Zustellung zu. In diesem Falle hat die Beschwerde aufschiebende Wirkung.

§. 11.

Dem Vertreter oder Verwalter kann von der Auseinandersetzungsbehörde neben dem Ersatz der baaren Auslagen eine der Mühwaltung entsprechende Entschädigung festgesetzt werden.

§. 12.

Die durch das Verfahren entstehenden Kosten fallen, sofern es nach beendigter Auseinandersetzung stattfindet, den Beteiligten nach dem im §. 6 angegebenen Beitragsmaßstab zur Last. Ausgenommen sind:

- 1) die durch zurückgewiesene Anträge, Einsprüche oder Beschwerden einzelner Beteiligter entstandenen Kosten, welche von diesen allein zu tragen sind;
- 2) die durch zurückgewiesene oder sonst erfolglose Anträge der nach diesem Gesetz beteiligten, öffentlichen Behörden entstandenen Kosten, welche außer Ansatz bleiben.

Anlage Nr. 14/4

Die Auseinanderetzungsbehörde kann, wenn nicht der Antrag einer Behörde vorliegt, die Einleitung des Verfahrens von der Einzahlung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig machen.

§. 13.

Soweit dieses Gesetz nicht besondere Bestimmungen trifft, finden in Ansehung der Rechte dritter Personen, des Verfahrens und des Kostenwesens, sowie der Zuständigkeit der Auseinanderetzungsbehörde auf die nach diesem Gesetze zu bewirkenden Verhandlungen die für das Auseinanderetzungsverfahren geltenden Vorschriften Anwendung.

§. 14.

Dieses Gesetz findet auch bezüglich der bereits vor seinem Inkrafttreten beendigten Auseinandersetzungen Anwendung.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 2. April 1887.

(L. S.) Wilhelm.

Kürst v. Bismarck. v. Puttkamer. Maybach. Lucius. Friedberg.
v. Boetticher. v. Gögler. v. Scholz. Bronsart v. Schellendorff.

(Nr. 9188.) Allerhöchster Erlaß vom 6. April 1887, betreffend den Bau und demnächstigen Betrieb der durch das Gesetz vom 1. April 1887 zur Ausführung genehmigten Eisenbahnen.

Auf Ihren Bericht vom 2. April d. J. bestimme Ich, daß bei demnächstiger Ausführung der in dem Gesetz vom 1. April d. J., betreffend die weitere Herstellung neuer Eisenbahnlinien für Rechnung des Staates und sonstige Bauausführungen auf den Staatseisenbahnen, sowie betreffend Veräußerungen in der Staatseisenbahnverwaltung, vorgesehenen Eisenbahnlinien die Leitung des Baues und demnächst auch des Betriebes derselben, und zwar:

1) der Bahnen:

- a) von Lilsit nach Stallupönen,
- b) von Lerespol nach Schwes,
- c) von Montoy nach Kruschwitz,

der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

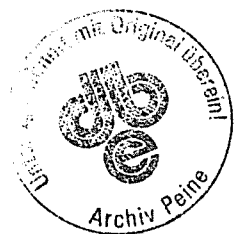
(Nr. 9187—9188.)

Anlage Nr. 1415



260

Anlage 15:
Urteil des OLG Braunschweig vom 16.03.1896



werden konnten, auf sich beruhen bleiben; es mag nur darauf hingewiesen werden, daß noch durch das Landesfürstl. Rescript vom 23. Juli 1819 zur Beseitigung von Zweifeln über die Berechnung der Sterbe-Quartale von den Besoldungen der geistlichen Dienerschaft bestimmt ist, daß unter solchem Quartal das betreffende Kalender-Quartal mit dem Schluß am Ende März, Juni, September, December zu verstehen sei (Bege l. c. III. S. 259). Im vorliegenden Fall kommt auf die Berechnung der Zeit nichts mehr an, nachdem festgestellt ist, daß der Kläger auf das Sterbe-Quartal keinen Anspruch hat“.

Urtheil des 2. Senats des h. Oberlandesgerichts zu Braunschweig v. 7. Juli 1896, in S. Kuhn c. das Herzogl. Conflitorium zu Wolfenbüttel, w. Pfarr-Intraden.

Zeitschrift f. Rechtspflege Bd 43 Jhg 1896 Seite 122 ff

Verweigerung der ehelichen Pflicht.

„Der vorige Richter geht von dem Grundsatz aus, daß bei der Scheidungsklage wegen Verweigerung der ehelichen Pflicht eine Hinfälligkeit des Klageanspruches in dem Falle anzunehmen ist, daß die Beklagte, wengleich erst im Laufe des Processus, sich entschließt, dem Kläger das bisher ihm vorenthaltene Recht zu gewähren. Die Revision richtet sich gegen diesen Ausgangspunkt. Dieselbe ist begründet.

Nach gemeinem protestantischen Eherechte, wird für den unschuldigen Theil der Anspruch auf Scheidung begründet, wenn der andere Theil die eheliche Pflicht andauernd ohne Grund verweigert hat, und psychologische Zwangsmittel entweder erfolglos geblieben sind, oder nach den Verhältnissen angenommen werden muß, daß sie im Falle der Anwendung erfolglos geblieben sein würden. Daß der schuldige Theil seine Weigerung auch noch im Laufe des Processus festhalte, ist kein Theil des Klagsfundamentes, und ebensowenig kann einer im Laufe des Processus ausgesprochenen Bereitwilligkeit die Wirkung der Aufhebung des erhobenen Anspruches beigegeben werden. Das Zurücktreten des beklagten Theils von seiner bisherigen Weigerung kann es unter Umständen zweifelhaft erscheinen lassen, ob in der That eine hartnäckige Weigerung der Pflicht vorliegt, ergeben sich aber aus diesem Gesichtspunkte keine Bedenken, und muß eine schon vor der Klageerhebung vorhandene hartnäckige Verweigerung der ehelichen Pflicht angenommen werden, so kann dem im Prozesse erfolgten Erbieten nicht die Wirkung der Wiederaufhebung des erworbenen Scheidungsanspruches beigegeben werden. Ein gemeines Gewohnheitsrecht dieses Inhaltes ist nicht nachweisbar, und andere Gründe für die Annahme eines solchen Satzes sind nicht vorhanden. Die unmittelbare Anwendung der für die malitiosa desertio geltenden Rechtsgrundsätze verbietet sich von selbst und für die analoge Anwendung des Rechts-

satzes, daß der Desertor durch Rückkehr die wegen bösslicher Verlassung erhobene Klage beseitigt, fehlt bei der grundsätzlichen Verschiedenheit des Scheidungsgrundes wegen bösslicher Verlassung und des Scheidungsgrundes wegen Verweigerung der Pflicht die Gleichheit des Grundes. Die preussische Rechtsprechung, für welche die Vorschrift im Preuss. Allg. Landrecht Theil II. Tit. 1. §. 694 Besonderheiten gegenüber dem gemeinen Rechte nicht enthält, ist zu einem ähnlichen Ergebnisse gelangt (vgl. Förster u. Eccius Preuss. P. R. Bd. 4. §. 212. Ziff. 3. Not. 24).

Hiernach mußte das angefochtene Urtheil aufgehoben werden, und, da die Sache noch nicht spruchreif, deren Zurückweisung in die vorige Instanz erfolgen“.

Urtheil des Reichsgerichts (3. Sen.) v. 7. December 1894, in S. K. c. uxor., w. Ehescheidung.

Rechtliche Natur der Feld- und Wannewege überhaupt und der Interessentenwege in der Stadt-Braunschweigischen Feldmark insbesondere. — Der §. 55. der neuen Wegeordnung vom 5. Juni 1891 ist auch auf die letzteren anwendbar.

„Der Streit der Parteien dreht sich darum, ob §. 55 der N. Wegeordnung vom 5. Juni 1871, No. 37. auf den vorliegenden Fall Anwendung leide. Die Beklagte verneint dies, weil die Wendenmaschwege ein Privatweg sei, jener Paragraph aber nur öffentliche Wege im Auge habe. Wichtig ist, daß derselbe auf die im §. 2. f. der N. W. O. aufgeführten Privatwege sich nicht bezieht; §. 55 steht im vierten Abschnitte, der von der Abtretung von Grundstücken zu Wegen und von der dafür zu leistenden Entschädigung handelt. Für die Anlegung von Privatwegen kann aber eine solche Abtretung nicht gefordert werden; eine Enteignung findet vielmehr grundsätzlich nur für wesentliche Zwecke des Staats oder einer Gemeinde statt (§. 33 der N. L. O. vom 12. October 1832. No. 18), und auch im §. 51 der N. W. O. wird nur von Entschädigungen gesprochen, welche für die Abtretung von Grundstücken zu Staatsstraßen, Communicationswegen und sonstigen öffentlichen Wegen zu leisten sind. Zu Wegebau-, wie zu sonstigen Zwecken kann ferner die Ueberlassung von Grundeigenthum nur gegen Entschädigung verlangt werden (§. 48 der N. W. O., §. 33 der N. L. O.). Der Eigentümer eines Privatweges ist daher nicht verpflichtet, den von letzterem eingenommenen Grund und Boden unentgeltlich an denjenigen abzutreten, welcher eine unter dem öffentlichen Rechte stehende Wegeanlage macht (Parey Rechtsgrundsätze des Preuss. Oberverwaltungsgerichts S. 473; zweite Reihe S. 123; Schuck zum Preuss. Recredit S. 89). Um so weniger kann

Anlage Nr. 151/1

261



es die Absicht gewesen sein, dem Letzteren ohne Weiteres das Eigenthum an dem zu dem neuen Wege nicht vollständig verwandten Terrain des früheren Privatweges zuzuwenden.

Die hiesige Praxis hat mehrfach Feld- und Wannenwege, auch wenn sie nicht im Eigenthume der politischen Gemeinde, sondern der Feldmarksinteressentenschaft stehen, als öffentliche Wege angesehen (Zeitschr. für Rechtsplf. Bd. 12. S. 40 und die dort angeführten Entscheidungen). Ob diese Eigenschaft im vollen Umfange des technischen Begriffs: der auf öffentlichem Recht beruhenden Bestimmung eines Weges zum freien Verkehre für Jedermann (Meyer Lehrb. des Verwaltungsrechts 2. Aufl. Th. 1. S. 519; Bering die Rechte an öffentl. Wegen S. 1 ff. 12. 17. 20. 22; Germershausen Preuss. Wege-recht Bd. 1. S. 4 ff. 12; Pary Rechtsgrundsätze 2. Reihe S. 103. 107. 113. 122) ihnen beizulegen sei, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hat die Wegegesetzgebung jene Wege, im Gegensatz zu den Privatwegen, dem öffentlichen Rechte unterstellt, sie gleich den zweifellos öffentlichen Wegen behandelt und auch mehrfach sie als solche bezeichnet. Die Wegebaulast ist bei ihnen öffentlich-rechtlich geregelt (Art. 3 des Ges. Nr. 21 vom 31. Mai 1890, vgl. mit §. 16 der N. W. D.), rückständige Beiträge werden wie Gemeindeabgaben beigetrieben (§. 28 der N. W. D.); sie stehen unter der Wegepolizei, ihre Herstellung und Unterhaltung kommt zwar zunächst den Interessentenschafts-Vertretern zu, jedoch haben die Kreisdirectionen darauf zu halten, daß auf die Unterhaltung die nöthige Sorgfalt verwandt, und neue Wege dem Bedürfnisse und den Vorschriften der Wegeordnung gemäß hergestellt werden (§. 7 a. a. D.); ihnen kann durch einen Verwaltungsact die Eigenschaft von Straßen und Wegen in den Ortschaften oder eines anderen öffentlichen Weges beigelegt werden (Art. 1 und 2 des Ges. Nr. 21 von 1890; Ges. Nr. 14 vom 19. Februar 1895); ihre Aufhebung endlich steht nicht im Belieben der Interessenten (§. 4 der N. W. D.).

Werden sie so, wie Communications- und andere öffentliche Wege, von Normen des öffentlichen Rechts beherrscht, auch mehrfach als öffentliche Wege bezeichnet (§§. 7. 51 der N. W. D., Ges. Nr. 14 von 1895), so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß auch auf sie der vierte Abschnitt der N. W. D. zur Anwendung gebracht werden muß. So ist denn auch gerade in diesem Abschnitte an mehreren Stellen (§§. 51. 55), außer der Gemeinden und Gemarkungen, der Interessentenschaften als der Baupflichtigen gedacht. Mit dieser Behandlung der Feld- und Wannenwege steht die Regelung, welche ihnen bezüglich der hiesigen Wegeordnung zu Theil geworden ist, in Uebereinstimmung. Der §. 1 der N. W. D. hat die Ordnung, welche durch das städtische Statut vom 20. November 1851 wegen Herstellung und Erhaltung der innerhalb des Gemeindebezirks der hiesigen Stadt belegenen Communications-, Feld-, Wannen- und öffentlichen

Fußwege getroffen... ist, bestätigt und nur die Bestimmungen des 3. 4. und 5. Abschnitts, also auch desjenigen, der hier in Frage steht, für anwendbar erklärt. —

Durch das gedachte Statut sind sämmtliche auf der hiesigen Feldmark belegene Wege in Communalwege und in Interessentenwege eingetheilt (§. 1). Erstere gelten als Communicationswege im Sinne der N. W. D. (§. 21). Ihre Instandsetzung und Unterhaltung ist Sache des Stadtmagistrats, die Kosten werden aus der städtischen Wegebaulast bestritten und, soweit nicht andere Einnahmen (§. 16) ausreichen, von der Gesamtheit der städtischen Feldmarks-Interessenten aufgebracht (§. 3). Die Instandsetzung und Unterhaltung der Interessentenwege ist Sache der einzelnen Verwaltungsdeputationen, und die Kosten werden von der Interessentenschaft einer jeden der sechs Feldmarken getragen (§. 4).

Diese Wege sind, im Gegensatz zu den Privatwegen, dem öffentlichen Recht unterstellt. Die Baulast ist durch letzteres geregelt (§. 7), die Beiträge werden gleich Communallasten beigetrieben (§. 20). Sie stehen unter der Wegepolizei, der Stadtmagistrat hat die Aufsicht über sie und kann die Verwaltungsdeputationen anhalten, die im öffentlichen Interesse für erforderlich erachtete Herstellung oder Besserung eines schlechten Weges vorzunehmen (§. 14). Ueber ihre Aufhebung hat der Stadtmagistrat zu entscheiden (§. 6).

Schon hiernach ist es zweifellos, daß §. 55 der N. W. D. auf die Interessentenwege Anwendung findet. Außerdem bestimmt §. 21 des Statuts ausdrücklich, daß in Bezug auf die Art und Weise der Herstellung und Einrichtung der Straßen und Wege, sowie hinsichtlich der Wegepolizei und Contraventionen gegen dieselbe, der nöthigen Abtretung von Grundstücken zu Wegen und der dafür zu leistenden Entschädigung es bei den Bestimmungen des 3., 4. und 5. Abschnitts der Wegeordnung vom 11. Mai 1840 sein Bewenden habe. Der 5. Abschnitt enthält nun aber im §. 83 eine mit dem §. 55 der N. W. D. im Wesentlichen übereinstimmende Vorschrift.

Daß die Wannenmaschwege, welche im Eigenthume der beklagten Interessentenschaft steht, als ein Interessentenweg im Sinne jenes Statuts angesehen werden muß, ist zweifellos. Nach §. 4 gehören zu solchen Wegen alle Feld- und Wannenwege und Fußwege, sofern dieselben nicht etwa Privatwege sind. Dieser Vorbehalt, der im §. 14 in der Fassung wiederkehrt, „soweit dieselben nicht wirkliche Privatwege sind“, bezweckt, die einzelnen Grundbesitzern gehörigen Wege von der Klasse der Interessentenwege auszunehmen. Dem Gegensatz zu den Privatwegen bilden nicht die öffentlichen Wege, sodas, um zu erfahren, ob ein Weg ein Interessentenweg sei, jedesmal noch geprüft werden müßte, ob er wirklich zum allgemeinen Verkehre bestimmt sei; vielmehr sind jene Wege den im Eigenthume der Interessentenschaft als solcher stehenden Wegen

Anlage Nr. 1512

262

entgegengestellt. Das geht aus der ganzen Anordnung, außerdem aber auch aus §. 15 hervor, wonach die Verwaltungsdeputation gegenüber dem Verlangen des Stadtmagistrats, einen Weg herstellen zu lassen, zwar den Einwand, der Weg stehe im Eigenthume eines bestimmten Privaten, erheben, nicht aber vorbringen kann, der Weg sei, obwohl er im Eigenthume der Interessentschaft sich befinde, doch kein öffentlicher, der Aussicht des Stadtmagistrats unterstellter Weg.

So ergibt denn auch die Acte des Stadtmagistrats über die Wendemaschtwete, daß derselbe — was ja nur bei wirklichen Interessentwegen vorkommen konnte — verschiedentlich Auflagen an die Verwaltungsdeputation wegen Herstellung der Twete erlassen hat; so ist ferner in dem Verzeichnisse derjenigen Straßen, auf welche die §§. 7—12 des Ortsbaustatuts Anwendung finden, unter der Rubrik der Interessentwege, auf welche das Statut später für anwendbar zu erklären sein werde, auch die Wendemaschtwete aufgeführt. Köme ihr die Eigenschaft eines Privatweges zu, so würde überhaupt die Stadt gar nicht berechtigt gewesen sein, sie ohne Weiteres als Ortsstraße auszubauen (Ges. Nr. 21 vom 31. Mai 1890 Art. 2).

Steht somit die Eigenschaft der Wendemaschtwete der Anwendung des §. 55 der N. W. D. nicht entgegen, so sind auch dessen übrigen Voraussetzungen gegeben. Sein erster Satz weist das Eigenthum eines verlassenen Weges, insofern darüber nicht zur Entschädigung einzelner Grundbesitzer verfügt worden, demjenigen zu, welcher die Entschädigung für das zum neuen Wege abgetretene Terrain geleistet hat. Ähnliche Bestimmungen finden sich in anderen Wegegesetzen. So fällt nach der Hannöverschen Wegeordnung vom 28. Juni 1851 §. 60, der Wegeordnung für die Provinz Sachsen vom 11. Juli 1891 §. 13 und den verschiedenen Entwürfen zu einer Preussischen Wegeordnung das verlassene Wegeterrain demjenigen zu, auf dessen Kosten die neue Wegeanlage erfolgt (Vermerzhause n a. a. D. Bd. 1. S. 99. 506; Bd. 2. S. 160; Ergänzungsheft S. 24; Vering a. a. D. S. 106 ff.). Diese Bestimmung ist bei dem Preussischen Entwürfe von 1865 damit begründet, daß der frühere Baupflichtige von einer Verbindlichkeit frei werde, auch für ihn im Vergleich zu dem bisherigen factischen Zustande kein eigentlicher Nachtheil eintrete, da er bei Fortdauer jener Verbindlichkeit den Wegetheil doch nicht wesentlich hätte können (Vermerzhause n Bd. 1. S. 99. 102; Vering

ähnlichen Erwägung wird der erste Satz des §. 55 der N. W. D. sein. Derselbe trifft jedoch, abweichend von jenen Gesetzen, nicht schon dann zu, wenn ein Dritter die Kosten der neuen Wegeanlage bestritten hat, setzt vielmehr voraus, daß von demselben die Entschädigung für das neue Terrain geleistet ist. Diese Voraussetzung ist hier gegeben. Wie der

Grundplan un. die vorgelegte Karte ersehen lassen, ist die Wendemaschtwete bei dem bisherigen Ausbau als Ortsstraße erheblich verbreitert, und das Gleiche wird auch bei dem weiteren Ausbau stattfinden. Daß die Stadt das hierfür erforderliche Terrain im Wege der Enteignung erworben hat, bezw. wird erwerben müssen, ist ohne Weiteres anzunehmen. Uebrigens würde auch eine etwaige Verwendung eigenen Arealis die Voraussetzung des §. 55 dem unterliegenden Zweckgedanken gemäß erfüllen.

Den Umstand, daß die Stadt die Kosten der Straßenanlage, insbesondere die Kosten für die Erwerbung der zu der Straße nothwendigen Grundflächen wieder von den Anliegern einzieht, vermag die Beklagte nicht zu ihren Gunsten zu verwerthen. Das kann die Stadt veranlassen, wie sie es nach der Behauptung des Beklagten auch thut, die durch den Anfall des verlassenen Wegeterrains erlangten Vortheile von den den Anliegern zu berechnenden Kosten in Absatz zu bringen; allein die Anwendung des §. 55 wird dadurch nicht berührt. Denn abgesehen davon, daß die Stadt die Unterhaltungskosten selbst trägt, so ist jene Regelung eine lediglich sie und die Anlieger betreffende Angelegenheit, und die Stadt bleibt trotzdem diejenige, welche die Aufwendung für das neue Areal macht, und welcher daher das verlassene Wegeterrain zufallen muß.

Der Einwand, daß die Realgemeinde, nicht die politische Gemeinde, die Berechtigte sei, würde, da nach dem ersten Satze des §. 55 der Anspruch demjenigen zusteht, welcher die Aufwendung für das neue Terrain macht, diese aber hier von der politischen Gemeinde beschafft ist, nur in Betracht kommen, wenn es sich um die Anwendung des zweiten Satzes des §. 55 handelte. Danach sind sonstige zu dem Wege bisher gehörig gewesen, bei der Regulirung desselben aber entbehrlich werdende Plätze der Gemeinde oder Gemarkung zu überweisen oder außerhalb deren Bezirke anderweit zum Nutzen der Wegebau-Interessentschaft zu verwenden. Die „sonstigen Plätze“ sind ersichtlich dem im ersten Satze erwähnten Wegeterrain entgegengesetzt. Als solche werden z. B. in der Hannöverschen Wegeordnung Wegebaumaterial-Lagerungsplätze und Baumschulen bezeichnet (Vering a. a. D. S. 29).

Da es sich nun aber, wie der Grundplan bezüglich des in der Klage beanspruchten und die im Thatbestande vermerkte Erklärung der Parteien hinsichtlich dieses und des den Gegenstand der Widerklage bildenden Arealis ergiebt, im gegenwärtigen Rechtsstreite nur um eigentliches Wegeterrain, nicht um dergleichen Plätze handelt, so kann der gedachte Einwand ebenso dahingestellt bleiben, wie die sonstigen aus Satz zwei sich ergebenden Zweifel auf sich beruhen können, insbesondere der, ob nicht im vorliegenden Falle, bei der räumlichen Abgränzung des Bezirks der Feldmark-Interessentschaft von dem eigentlichen

Anlage-Nr.

15-13

263



Stadtgebiete, etwa vorhandene, zur Wendenmaschwele gehörige Plätze als außerhalb des Gemeindebezirks liegend angesehen und daher der Feldmarks-
interessentenschaft als der Wegebauinteressentenschaft zukommen müssen.

Gemäß Satz 1 des §. 55 hat sich der Uebergang des Eigentums an dem verlassenen Wegeterrain kraft Gesetzes vollzogen; einer Auflassung bedurfte er daher nicht (Mansfeld Grundbuchges. 2. Aufl. S. 23). Aus diesen Gründen hat H. Landgericht mit Recht neben der Feststellung, daß das Eigentum an dem in der Klage gedachten Terrain auf die Stadt übergegangen sei, die Beklagte verurtheilt, in die Umschreibung desselben auf den Namen der Stadt zu willigen, die Widerklage aber, welche auf die Feststellung abzielt, daß bei der nahe bevorstehenden Verlegung des im Thatbestande erwähnten Theils der Wendenmaschwele das entbehrlich werdende Wegeterrain nicht ohne Weiteres dem Kläger zufalle, als unbegründet zurückgewiesen.

Urtheil des ersten Senats des H. Oberlandesgerichts zu Braunschweig vom 16. März 1896, in S. des Stadtmagistrats zu Braunschweig c. die Feldmarks-Interessentenschaft Hagen daselbst, w. Eigentums.

Ueber die Verpflichtung zur Reinerhaltung öffentlicher Gewässer nach Braunschweigischem Landesrechte.

„Unhaltbar ist die Ansicht der Kläger, daß der Beklagte die in dem Gutachten berührten Hemmnisse im Flußbette zu beseitigen verpflichtet gewesen sei. Der Vorbesitzer der Mühle des Beklagten hat laut §. 6 des Kaufvertrages vom 16. September 1833, durch welchen derselbe von der H. Cammer die dem hiesigen Klosterfonds gehörige bei Heiligendorf an der Schunter belegene Mühle käuflich erworben hat, von seinem Verkäufer die Verpflichtung übernommen, die oberhalb der Mühle befindliche Schunter, welche bis an die sog. schmalen Wiesen, etwa 320 Ruthen lang, in einem erhöhten Flußbette läuft, dergestalt in Stand zu setzen und zu erhalten, daß den angränzenden Wiesen der diesseitigen Uferthänen durch Ueberschwemmung keine Nachteile verursacht werden. Zu den Glentorfer Separationsacten, insbesondere zum Prot. des betr. Commissarius vom 24. Juni 1844 ist sodann die laut §. 6 des eben erwähnten Vertrages übernommene Verpflichtung, wie im Thatbestande unter V angegeben, von dem Rechtsvorgänger des Beklagten anerkannt. Auch enthält der unter dem 1. Juni 1853 bestätigte Glentorfer Separations-Recess fol. 78 die Bemerkung: Die ohnweit Heiligendorf belegene sog. Schwinkermühle ist verpflichtet, die Schunter oberhalb der gen. Mühle auszukrauten und deren Ufer so im Stande

zu erhalten, daß den angränzenden Wiesenbesitzern kein Nachtheil durch Ueberschwemmungen erwachsen kann. Durch den Kaufvertrag hat der Rechtsvorgänger des Beklagten lediglich seinem Verkäufer gegenüber die diesem als Eigenthümer der Mühle obliegende Verpflichtung zur Instandsetzung und Instanderhaltung einer bestimmten Strecke der Schunter oberhalb der Mühle übernommen, auch nur diese Verpflichtung zu dem Protokolle vom 24. Juni 1844 anerkannt. Daraus kann ein privatrechtlicher Anspruch auf Erfüllung der übernommenen Verpflichtung nur von dem Verkäufer der Mühle hergeleitet werden. Daran wird auch durch die Aufnahme der gedachten Bemerkung in dem Glentorfer Recces nichts geändert, indem hierdurch selbstverständlich eine privatrechtliche Verpflichtung der Schwinkermühle, bezw. deren Eigenthümers zur Krautung des Flusses und Instanderhaltung seiner Ufer gegenüber der Separations-Interessentenschaft oder einzelner Mitglieder derselben nicht hat begründet werden können, umsoweniger als der Eigenthümer der Schwinkermühle an der Glentorfer Separation s. B. überall nicht theilgenommen hat. Zutreffend ist an der erwähnten Stelle des Recces hinzugefügt, daß hinsichtlich dieser Verbindlichkeit (der Schwinkermühle) durch die stattgehabte Auseinandersetzung nichts geändert werde. Wohl aber ist eine Aenderung in der öffentlich rechtlichen Verpflichtung zur Instanderhaltung des Flußbettes bezüglich des oberen Laufes der Schunter herbeigeführt durch das mit der damaligen Königl. Hannoverischen Regierung vereinbarte, als Gesetz für das hiesige Land publicirte Polizei-Reglement für die Oberschunter. Dieses Reglement unterstellt die Oberschunter einer von den beiden Uferstaaten gemeinschaftlich durch eine Schunter-Polizei-Commission und Schunter-Geschworene auszuübenden Aufsicht und macht diesen Aufsichtsorganen u. A. zur Pflicht, darauf zu sehen, daß die Normalbreite und Tiefe der Profil- und Flußstrecken erhalten und die Profile der beibehaltenen alten Strecke nach und nach auf gleiche Dimensionen erweitert, auch alle Versandungen, sobald sich dergleichen zeigen, weggeschafft werden, sowie ferner, daß jährlich mindestens zwei Mal im Monat Mai und in der ersten Hälfte des September, und, falls erforderlich, öfter, das in dem Flusse und an den Ufern wachsende Kraut und Schilf mit der Wurzel herausgezogen oder doch mit dem Spaten auf der Wurzel abgestochen werde. Im §. 6 unter Nr. 4 ist sodann bestimmt, daß behuf des Auskrautens und überhaupt der Reinerhaltung des Flußbettes der Fluß eingetheilt, und jeder der interessirten Gemeinden nach dem Verhältnisse ihrer Wiesenfläche eine zusammenhängende Strecke, soweit es geschehen könne, innerhalb ihrer Feldmark zur Instandsetzung überwiesen werden solle, das Auskrauten der Mühlengräben von der Ausmündung bis zur Einmündung der Frei-gräben aber von den Mühlenbesitzern selbst oder auf deren Kosten beschafft werden müsse. Es kann hiernach nicht zweifelhaft sein, daß die Auskrautung und Reinigung des Flußbettes Sache der interessirten Gemeinden und von diesen auszuführen ist.

Anlage Nr.

1514

264



Anlage 16:
Wegeordnung Braunschweig von 1899

— 265



246 liegen oder zur Verbindung von Privatländereien dienen, in der Regel von den Besitzern des Privatweges oder der Ländereien unterhalten.

§ 2

Jede Sielacht, auch die neugebildete (Art. 24), übernimmt alle diejenigen Brücken und Sichter, welche bisher von Sielachtsgenossen als solchen unterhalten sind. Letzteres soll von allen in öffentlichen Wegen oder Binnen-deichen vorhandenen, über Sieltiefe oder Zuggräben führenden Brücken und Sichern angenommen werden, welche gegenwärtig von Sielachtsgenossen zu unterhalten sind, wenn auch die Unterhaltung gewissen, der Sielacht als solcher (renden Bezirken (z. B. Kirchspielen, Bauerschaften oder Rotten) obliegt.

Die bestehenden Verpflichtungen Dritter, Brücken und Sichter in der Sielacht zu unterhalten, werden durch vorstehende Bestimmung ebenso wenig geändert, wie die Verpflichtungen der besonderen Sielgenossenschaften (Art. 311 ff.) hinsichtlich der zu ihren besonderen Zwecken angelegten Brücken oder Sichter.

§ 3

Bei künftigen Umliegungen von Kanälen oder öffentlichen Wegen sind Ausnahmen von der Regel des § 1, soweit tunlich, zu vermeiden und daher die Sielacht oder die einzelnen Interessenten, welchen die Unterhaltung nach jener Regel zufällt, ohne daß sie dazu verpflichtet sind, für die Übernahme der Last zu entschädigen.

§ 4

Die über Sieltiefe und Zuggräben führenden Stege sind der Regel nach von den zur Unterhaltung des Fußweges Verpflichteten anzulegen und zu unterhalten.

Art. 298

§ 1

Die Unterhaltung der Brücken und Sichter der Sielacht geschieht entweder in Communion aus der Sielkasse, oder ist nach Bezirken verteilt.

§ 2

Wenn im letzteren Falle Überlastungen vorkommen, muß durch eine andere Einrichtung die Überlastung abgestellt werden.



Landstraßen und öffentliche Wege in den früher zu Braunschweig gehörenden Landesteilen

25

Wegeordnung

251

Vom 29. Juni 1899 (Braunsch. GuVS S. 529) in der Fassung des Gesetzes vom 14. Dezember 1908 (Braunsch. GuVS S. 551)

Erster Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Umfang des Gesetzes

Das gegenwärtige Gesetz umfaßt alle innerhalb des Herzogtums belegenen Straßen und Wege.

Auf die innerhalb des Gemeindebezirks der Stadt Braunschweig belegenen Kommunikations-, Feld-, Wanne- und öffentlichen Fußwege, deren Herstellung und Erhaltung durch das unter dem 1. Juli 1851 bestätigte und unter dem 20. November desselben Jahres veröffentlichte Statut bereits geordnet ist, soll dieses Gesetz, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes angeordnet worden ist, nur hinsichtlich der Bestimmungen des dritten, vierten und fünften Abschnitts zur Anwendung gebracht werden.

§ 2

Einteilung der Straßen und Wege

Die unter diesem Gesetze begriffenen Straßen und Wege sind:

- a) Staatsstraßen¹, welche zum allgemeinen Verkehr in einzelnen Landesteilen oder zu deren Verbindung mit den Nachbarstaaten dienen. Zu denselben gehören diejenigen Wege, welche bisher zu Heer- und Landstraßen ausdrücklich erklärt oder doch als solche behandelt worden sind, und welche in Zukunft zu Staatsstraßen auf die vorgeschriebene Weise (§ 3) werden erklärt werden;
- b) Kommunikationswege², welche zur Verbindung der Ortschaften und Gemarkungen untereinander, oder mit den Staatsstraßen und Eisenbahnen bestimmt sind;
- c) Straßen und Wege in Städten, Flecken und Dörfern³;
- d) öffentliche Fußwege;
- e) Feld- und Wannewege und
- f) Privatwege.

¹ Jetzt Bundesfernstraßen und Landstraßen 1. Ordnung, vgl. §§ 1, 25 FStrG -Teil A Nr. 232- und §§ 1, 6 StrRegG -Teil A Nr. 223-.

² Soweit die früheren Kommunikationswege (Verbindungswege) Landstraßen 11. Ordnung geworden sind (vgl. § 1 StrRegG), wie es im allgemeinen der Fall war, finden jetzt für sie die einschlägigen Vorschriften des StrRegG und der StrRegDV -s. Teil A Nr. 221 u. 2211- Anwendung und nur ergänzend die Vorschriften der WegeO.

³ Das sind die öffentlichen Fahrwege innerhalb der Ortschaft.

Anlage Nr. 1619

266

251 Eintretende Zweifel über die Eigenschaft einzelner Wege, mit Ausnahme der im Privateigentume befindlichen Wege, entscheidet das Herzogliche Staatsministerium⁴.

§ 3

Veränderungen in der Eigenschaft der Wege

Die Bestimmung darüber, ob eine Veränderung in der Eigenschaft eines öffentlichen Weges (§ 2 a bis e) eintreten soll, wird, wenn dabei eine Staatsstraße in Frage kommt, im Verordnungswege⁵, in allen anderen Fällen von dem Herzoglichen Staatsministerium im Verwaltungswege⁶ getroffen.

Vor Erlass der Bestimmung sind die Organe derjenigen Gemeinden, Gemarkungen und Kreise, deren Gebiet ein in Frage kommender Weg berührt, gutachtlich zu hören.

Mit Bekanntmachung der getroffenen Bestimmung fallen die in der bisherigen Eigenschaft des Weges begründeten Rechte und Verbindlichkeiten hinweg und treten diejenigen Rechtsverhältnisse an deren Stelle, welche für die neue Eigenschaft des Weges bestehen.

Die vorstehenden Vorschriften dieses Paragraphen beziehen sich auf das ganze Gebiet des Herzogtums.

Hinsichtlich der Feld- und Wannewege gelten die in § 13 Abs. 5 und § 15 Abs. 1 getroffenen Bestimmungen.

Wird eine der durch Verordnung bekannt gemachten jetzigen Staatsstraßen in einen Kommunikationsweg verwandelt, so erhält der Kreis-Kommunalverband, welcher in Folge dieser Umwandlung die Unterhaltung des Weges künftig zu übernehmen hat, als Vergütung für diese Last den zwanzigfachen Betrag derjenigen Summe, welche nach dem Durchschnitte der letzten 5 Jahre auf die ordnungsmäßige Unterhaltung des Weges jährlich verwandt ist. Geht die Unterhaltung des Weges auf mehrere Kreis-Kommunalverbände über, so wird die zu zahlende Entschädigung unter dieselben nach der Länge der Wegestrecke verteilt, welche auf jeden Kommunalverband fällt, vorbehaltlich der gegebenenfalls vom Herzoglichen Staatsministerium festzustellenden Ausgleichung, wenn einer der beteiligten Kommunalverbände eine besondere Last, z. B. Unterhaltung einer Brücke, an dem Wege zu übernehmen hat⁷.

4 Abs. 2 ist im Hinblick auf § 2 Abs. 2 StRegDV und § 1 Abs. 4 n. 5 FStG nur noch von Bedeutung für die nicht klassifizierten Straßen. Zuständig ist jetzt der Präsident des Nds. Verw. bezirks Braunschweig.

5 Siehe jetzt für die Bundesfernstraßen § 2 Abs. 1 n. 4 FStG, für die Landstraßen I. u. II. O. §§ 2, 4, 5 StRegDV. Zuständig ist in allen Fällen der Nds. Minister für Wirtschaft und Verkehr als oberste Landesstraßenbaubehörde.

6 Es kommt nur noch der Fall in Betracht, daß ein noch bestehender Kommunikationsweg die rechtliche Eigenschaft einer Gemeindefraße erhalten soll. Dies wird jetzt vom Präsi. d. Nds. Verw. bezirks Braunschweig angeordnet. Im übrigen s. § 3 Abs. 5 i. Vhdg. mit § 13 Abs. 5 u. § 15 Abs. 1.

7 Abs. 2 ist obsol. S. jetzt §§ 4, 5 StRegDV (vgl. oben Anm. 5). Gegen die Entscheidung des Minister für Wirtschaft und Verkehr ist der Verwaltungsbeschweg nach Maßgabe der MRVO 165 (BIMG 5. 799) gegeben.



§ 4

Aufhebung von Wegen

Über das Aufhören von Ortsstraßen, Feld-, Waune- und Fußwegen, welche nicht unter die Klasse von Privatwegen gehören, und bei welchen nicht mehrere Gemeinden oder Gemarkungen beteiligt sind, entscheiden die betreffenden Gemeindebehörden, beziehungsweise Vertreter der Gemarkungen mit Vorbehalt der Beschwerde an den Kreisausschuß, gegen dessen Entscheidung binnen 4 Wochen eine Beschwerde an das Herzogliche Staatsministerium verfolgt werden kann⁸.

Im übrigen steht die Entscheidung darüber, ob ein nicht in die Klasse der Privatwege gehöriger Weg als entbehrlich aufgehoben werden soll, dem Herzoglichen Staatsministerium zu, welches jedoch vor Abgabe der Entscheidung das Gutachten der betreffenden Gemeinde- und Kreis-Organe einholen wird⁹.

Kommunikationswege sollen ohne Zustimmung des Gemeinderats oder der Stadtverordneten beziehungsweise derjenigen Gemeinden oder Gemarkungen, innerhalb deren Bezirke die Aufhebung geschehen soll, nicht aufgehoben werden.

Bevor zur Einziehung eines Weges geschritten werden kann, ist die desfallsige Absicht bekannt zu machen, und dabei jedermann aufzufordern, etwaige Einwendungen binnen einer Ausschußfrist von 4 Wochen geltend zu machen. Über erfolgende Widersprüche hat die Verwaltungsbehörde zu entscheiden.

Gegen das auf die Aufhebung eines Weges gegründete Verbot der Benutzung desselben ist ein Rechtsverfahren unzulässig.

§ 5

Ausführende Behörden

a) für die Staatsstraßen

Die Herstellung, Erhaltung und Beaufsichtigung der Staatsstraßen erfolgt auf Anordnung sowie unter Leitung und Aufsicht der Herzoglichen Bau- direktion durch die Kreisbaubeamten¹⁰.

8 Jetzt gilt § 19 Abs. 1 i. Vhdg. mit § 36 MRVO 165. Die weitere Beschwerde erfüllt (vgl. FdL d. RdM v. 26. 1. 1950 [ABl. Nds. S. 66] unter 1 b), dafür ist die Möglichkeit der Klage nach Maßgabe der §§ 27 ff., 48 ff. MRVO 165 gegeben.

9 Vgl. Anm. 5. Der jetzt zuständige Präsi. d. Nds. Verw. bezirks Braunschweig entscheidet nur noch wenn der aufzuhobende Feld-, Waune- und Fußweg mehrere Gemeinden oder Gemarkungen berührt oder wenn es sich um die Aufhebung eines nicht zur I. II. O. gewordenen Kommunikationsweges handelt.

10 Siehe Anm. 5. Obere Straßenbaubehörde ist das Nds. Landesverwaltungsamt, dem die sich auf das Gebiet mehrerer Kreise erstreckenden Straßenbauämter unterstellt sind.

Anlage Nr. 1612

267

b) für die Kommunikationswege¹¹

Die Herstellung, Unterhaltung und Beaufsichtigung der Kommunikationswege einschließlich derjenigen Fahrbahnen in den Städten und Flecken und derjenigen Dorfstraßen, welche als Fortsetzung von Kommunikationswegen zu betrachten sind, oder die Verbindung von Kommunikationswegen bilden, liegt innerhalb eines jeden Kreises den Kreisbaubeamten unter Mitwirkung der Herzoglichen Kreisdirektion und der Kreisorgane ob.

Der Kreisbaubeamte hat im Juli jeden Jahres der Herzoglichen Kreisdirektion ein Verzeichnis der im folgenden Jahre in dem Kreise notwendigen Neubauten und Reparaturen mit allgemeiner Angabe der Kosten jeder einzelnen Baulichkeit zu überreichen.

Nachdem das Verzeichnis durch die Herzogliche Kreisdirektion, nach Anhörung des Kreisausschusses vorläufig festgestellt sein wird, sind von dem Kreisbaubeamten die darnach erforderlichen Kostenanschläge aufzustellen und der Herzoglichen Kreisdirektion zur Prüfung zu übergeben, welche dieselben mit den für nötig erachteten Erinnerungen und Bemerkungen dem Kreisausschusse zur Aufstellung des von der Kreisversammlung festzustellenden Wegebau-Etats für das folgende Jahr mitzuteilen hat.

Hält die Herzogliche Kreisdirektion durch den aufgestellten Etat das öffentliche Interesse verletzt, so ist sie befugt, insoweit dessen Ausführung bis zu der ungesäumt zu beantragenden Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums zu beanstanden.

Der genehmigte und festgestellte Etat ist unter Leitung und Aufsicht des Kreisbaubeamten zur Ausführung zu bringen.

§ 7

c) für die sonstigen öffentlichen Wege

Die Anordnung wegen Herstellung und Unterhaltung der Straßen und Wege in den Städten, Flecken und Dörfern, soweit nicht darüber durch den § 6, Abs. 1 ein Anderes bestimmt ist, ferner der Feld- und Wannege, der Abfuhrwege in den Forsten, der öffentlichen Fußwege und der damit in Verbindung stehenden Anlagen, sowie auch die Beaufsichtigung derselben steht zunächst den Gemeindebehörden, Interessenschafts- und Gemarkungs-Vertretern zu.

Die Herzoglichen Kreisdirektionen haben jedoch darauf zu halten, daß auf die Unterhaltung dieser Straßen und Wege und der damit in Verbindung stehenden Anlagen die nötige Sorgfalt verwandt und neue Wege nach den Bedürfnissen und den Vorschriften dieses Gesetzes gemäß hergestellt werden; auch haben sie nötigenfalls die in diesen Hinsichten erforderlichen

Maßnahmen abzuwickeln, da die meisten Kommunikationswege Landstraßen H.O. sind, vgl. oben Anm. 2. Wegen der Ortsdurchfahrten s. § 16 StrRegDV v. Vhdg. mit 2 NachrG.



Anordnungen in Gemäßheit des § 17 des Gesetzes über die Organisation der Landesverwaltungsbehörden vom 19. März 1850 Nr. 26 zu treffen¹².

§ 8

Fortsetzung

Bei Verhandlungen über Wegebau sachen werden die Gemeinden durch den Magistrat, bezw. Gemeindevorsteher¹³, die Interessenschaften durch die nach Statut bezw. Herkommen zur Vertretung berufenen Organe¹⁴, die Gemarkungen durch den für dieselben zufolge § 152 der Landgemeinde-Ordnung vom 18. Juni 1892 bestellten Gemarkungs Polizeibeamten¹⁵ vertreten.

§ 9

Fortsetzung

Für jeden Gemeindebezirk ist jährlich im Monate September von dem Gemeindevorstande ein Verzeichnis der im folgenden Jahre an den Gemeindegewegen mit Ausschluß der Feld- und Wannege vorzunehmenden Bauten aufzustellen, welches nebst einem Voranschlage den Stadtverordneten bezw. dem Gemeinderate zur Genehmigung vorzulegen und darauf mit dem Voranschlage für den Gemeindehaushalt der Herzoglichen Kreisdirektion zur Bestätigung einzusenden ist.

Diese hat bei der Prüfung und Bestätigung des Verzeichnisses und Voranschlags der vorzunehmenden Wegebauten nach den Vorschriften über die Voranschläge zum Gemeindehaushalte zu verfahren (§ 91 der Landgemeinde-Ordnung, §§ 144 bis 146 der Städteordnung vom 18. Juni 1892, § 13 des Gesetzes über die Organisation der Landesverwaltungsbehörden, vom 29. März 1850 Nr. 26 und § 58 Nr. 9 der Kreisordnung vom 5. Juni 1871)¹⁶.

Wird die Veranschlagung oder Leitung eines Wegebauwerks durch den Kreisbaubeamten von einer Gemeinde-Interessenschaft oder Gemarkung gewünscht, so ist bei der Herzoglichen Kreisdirektion darauf anzutragen. Diese wird den Umständen nach den Kreisbaubeamten mit Auftrag versehen, hat aber sodann darauf zu halten, daß dessen Anordnungen in Gemäßheit solchen Auftrags Folge geleistet wird.

¹² Die Verwaltung der Gemeindestraßen gehört zu den Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden (§ 4 Nds. GemeindeO v. oben Nr. 121); diese unterliegen insoweit der Kommunalaufsicht (vgl. §§ 12, 127 ff. Nds. GemeindeO -Nr. 124-).

¹³ Siehe jetzt §§ 62, 71 Nds. GemeindeO.

¹⁴ Vgl. hierzu das Ges. betr. die Realgenossenschaften v. 26. 5. 1896 (Braunsch. GVVS S. 185).

¹⁵ Neu geregelt durch Abschnitt V d. Braunsch. ÜberleitungsVO zur Deutschen GemeindeO v. 30. 3. 1915 (Braunsch. GVVS S. 89). Für die gemeindefreien Grundstücke s. jetzt § 16 Abs. 3 Nds. GemeindeO und die VO über die Verwaltung gemeindefreier Gebiete v. 15. 7. 1958 (Nds. GVVB S. 152).

¹⁶ Die hier genannten Vorschriften sind obsolet. Für die Haushaltsführung der Gemeinden s. §§ 105 ff. Nds. GemeindeO.

Anlage Nr.

1613

268

§ 10

Wegewärter

Für die Kommunikationswege innerhalb eines Kreises sind so viele Wegewärter zu bestellen, als zur ordnungsmäßigen Beaufsichtigung solcher Straßen und Wege erforderlich sind ¹⁷.

Über die Zahl der anzustellenden Wegewärter bestimmt die Kreisversammlung nach Anhörung des Kreisbaubeamten, setzt auch deren Besoldung fest, insofern dieselben einen festen Gehalt beziehen.

Die Annahme der Wegewärter erfolgt durch den betreffenden Kreisbaubeamten, dessen Anordnungen dieselben unweigerlich Folge zu leisten haben und der dieselben jederzeit entlassen kann. Von der Annahme und Entlassung eines Wegewärters ist dem Kreisausschusse sofort Anzeige zu machen.

Zweiter Abschnitt

Von der Verbindlichkeit zur Herstellung und Unterhaltung der Straßen und Wege

I. Von den Interessenten, welchen die Verpflichtung obliegt

§ 11

1. Staatsstraßen

Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der Staatsstraßen, einschließlich der Entschädigung für Grundabtretungen fallen allein dem Staate zur Last.

Jedoch können gewerbliche Unternehmungen der in § 21 dieses Gesetzes bezeichneten Art, falls die dort angegebenen Voraussetzungen vorliegen, zu einem dem Maße der erhöhten Abnutzung entsprechenden außerordentlichen Beiträge zu den Kosten der Instandsetzung und Unterhaltung der Staatsstraßen angehalten werden.

Darüber, ob und in welcher Höhe ein außerordentlicher Beitrag zu leisten ist, entscheidet die Herzogliche Baudirektion. Gegen die Entscheidung der Baudirektion findet die Klage beim Herzoglichen Verwaltungsgerichtshof statt ¹⁸.

§ 12

2. Kommunikationswege ¹⁹

Die Herstellung und Unterhaltung der Kommunikationswege einschließlich derjenigen Fahrbahnen in den Städten und Flecken und derjenigen Dorfstraßen, welche als Fortsetzung von Kommunikationswegen zu betrachten sind, oder die Verbindung von Kommunikationswegen bilden,

¹⁷ Die Pflicht zur Bestellung von Wegewärtern besteht für die Landkreise auch für die zu L.H.O. erklärten Kommunikationswege fort. Fachlich unterstehen die Wegewärter den Weisungen der Kreisbauämter. Vgl. StRegDV mit der Verwaltung der L.H.O. beantragten staatl. Straßenbauämter.
¹⁸ Die durch Ges. v. 31. 12. 1908 (Braunsch. GVSt. S. 551) eingefügten Absätze 2 u. 3 sind absolet geworden. Siehe auch unter Anmerkung 31.

¹⁹ Für die zu L.H.O. erklärten Kommunikationswege s. §§ 7 Abs. 1 u. 8, 10, 16 StRegDV.

liegt den Kreiskommunalverbänden innerhalb ihrer Bezirke ob, jedoch bezüglich der Dorfstraßen mit Ausschluß des Trottoirs.

Darüber, ob und bis zu welchem Punkte eine Ortsstraße als die Fortsetzung eines Kommunikationsweges zu betrachten sei, oder ob eine Ortsstraße die Verbindung von Kommunikationswegen bilde, hat im Zweifelsfalle die Kreisversammlung endgültig zu entscheiden.

Sollten Gemeinden oder Grundbesitzer benachbarter Staaten zu Wegeverbesserungen in hiesigen Gemeindebezirken oder Gemarkungen verpflichtet sein, so bleibt diese nach Maßgabe des § 18 zu behandelnde Verpflichtung einstweilen fortbestehen.

§ 13

3. Straßen und Wege in den Dörfern

- (1) Zur Herstellung und Unterhaltung der Straßen und Wege in den Dörfern, soweit sie nicht nach § 12 dem Kreiskommunalverband obliegt, tragen sämtliche Einwohner und Feldmarks-Interessenten nach Maßgabe des von allen Steuergegenständen innerhalb des Gemeindebezirks zu berechnenden Grundsteuerkapitals bei ²⁰.
- (2) Wird die Instandsetzung oder Unterhaltung einer Dorfstraße oder eines Weges durch außergewöhnliche Abnutzung für Ziegeleien, Glashütten, Mühlen, Berg- und Hüttenwerke, Zucker- und Zichorienfabriken, Steinbrüche, Sand-, Grand-, Mergel-, Tongruben und ähnliche Unternehmungen unverhältnismäßig verteuert, so können die Unternehmer zu einem dem Maße der erhöhten Abnutzung entsprechenden außerordentlichen Beiträge zu den Kosten der Instandsetzung oder Unterhaltung der Straße oder des Weges angehalten werden. Darüber, ob und zu welchem Betrage ein solcher außerordentlicher Beitrag zu leisten ist, haben die Gemeindebehörden mit Vorbehalt der Beschwerde an den Kreisausschuß zu entscheiden. Letztere Entscheidung ist endgültig ²¹.
- (3) Sind die Dorfstraßen in dem Zuge von Staatsstraßen gelegen, so daß sie als Fortsetzung derselben zu betrachten sind, so werden sie auf Kosten des Staates in eben dem Maße hergestellt und unterhalten, als solches nach § 11 bei den Staatsstraßen selbst geschieht ²².
- (4) Diejenigen Wege, welche von der Dorfstraße ab nach einzelnen Häusern und Grundstücken führen, müssen von den betreffenden Haus- und Grundbesitzern erhalten werden; sollten hierüber in einzelnen Fällen Zweifel und Streitigkeiten entstehen, so hat dieselben der Kreisausschuß endgültig zu entscheiden.

²⁰ § 13 Abs. 1 u. 4 sind mit Inkrafttreten des Ges. über die Kosten des Wegebaus v. 22. 12. 1923 s. unten Nr. 531- aufgehoben. S. ferner das Ges. über die Kosten des Wegebaus v. 28. 6. 1928 - unten Nr. 532-. Vgl. jetzt §§ 3, 6, 109 Nds. GemeindeG u. die Bestimmungen des Nds. FAG i. d. F. d. Bek. v. 23. 4. 1957 (Nds. GVBl. S. 49), s. dort insbesondere § 43.

²¹ Abs. 2 ist gem. § 44 FAG v. 20. 5. 1954 (s. unten Nr. 554) von Gemeinden und Landkreisen nicht mehr anzuwenden.

²² Siehe jetzt § 5 Abs. 2 bis 4, § 24 Abs. 2 u. 6 FStG für Bundesstraßen, § 2 Abs. 2 StRegG u. §§ 13 ff. StRegDV für die L.H.O.

251 Die Gemeindebehörden sind berechtigt, bisherigen Feld- und Wannewegen (§ 2e) die Eigenschaft von Straßen und Wegen in den Dörfern (§ 2c) beizulegen. Ein solcher Beschluß bedarf der Genehmigung des Kreis-ausschusses.

Die Heranziehung der Mietbewohner und Häuslinge zu dieser Wegebaulast bleibt der statutarischen Feststellung der Gemeinde überlassen, darf aber die Hälfte des auf den niedrigst besteuerten Hausbesitzer fallenden Beitrages nicht übersteigen.

§ 14

Beihilfe des Staates zu den Kommunikationswegen und Dorfstraßen

Zur Herstellung und Unterhaltung der Kommunikationswege und Dorfstraßen wird den verpflichteten Kreiskommunalverbänden, bezw. den Einwohnern und Feldmarkinteressenten eine Beihilfe vom Staate durch unentgeltliche Untersuchung, Veranschlagung und Leitung der Wegebauten durch den Kreisbaubeamten geleistet²¹.

§ 15

4. Straßen und Wege in den Städten und Flecken

Rücksichtlich der Herstellung und Unterhaltung der Straßen und Wege, sowie der Brücken und Kanäle in den Städten und Flecken, behält es bei dem Herkommen und den bestehenden Verbindlichkeiten sein Bewenden, es sind indes die Ortsbehörden befugt, eine den örtlichen Verhältnissen mehr entsprechende Einrichtung im statutarischen Wege herbeizuführen²⁴. Auch sind dieselben berechtigt, bisherigen Feld- und Wannewegen (§ 2e) die Eigenschaft von Straßen und Wegen in den Städten und Flecken (§ 2c) beizulegen. Ein solcher Beschluß bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Der Abs. 2 des § 13 findet auch auf Straßen und Wege in Städten und Flecken entsprechende Anwendung²⁵.

In den Städten und Flecken, welche im Zuge von Staatsstraßen belegen sind, liegt die Herstellung und Unterhaltung derjenigen Fahrbahnen, die als Fortsetzung solcher Straßen zu betrachten sind, dem Staate ob. (§ 11.)²⁶

§ 16²⁷

Feld-, Wanne- und Fußwege

Zur Instandsetzung und Unterhaltung der Feld- und Wannewege, der Abfuhrwege in den zum Gemeindebezirke gehörigen Forstgrundstücken,

21 § 14 ist aufgehoben durch das Ges. über den Finanz- und Lastenausgleich v. 2. 2. 1939 (Braunschw. GVSt. S. 3) S. jetzt § 21 des Ges. zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs v. 20. 5. 1954 -s. unten Nr. 554- (§ 23 i. d. F. der Bekanntmachung v. 23. 4. 1957), außerdem Art. I Nr. 8 u. 9 des FAG BndG v. 9. 4. 1957 -s. unten Nr. 556-.

24 Siehe oben Anm. 20.

25 Vgl. oben Anm. 21. Abs. 2 ist durch Art. I Nr. 11 FAG ErgG v. 21. 4. 1955 -s. unten Nr. 555- ebenfalls für nicht mehr anwendbar erklärt.

26 Siehe Anm. 22.

27 § 16 ist abgeändert durch Ges. über die Kosten des Wegebauwes v. 28. 6. 1928 -s. unten Nr. 532-, hierzu ferner die AusführungsVO v. 4. 6. 1930 -unten Nr. 532-.

251 sowie der nicht in die Klasse der Kommunikationswege gehörigen, über die Feldmark führenden öffentlichen Fußwege tragen, sofern nicht etwas anderes vertrags- oder urteilsmäßig oder herkömmlich oder statutarisch feststeht, die sämtlichen Grundbesitzer der betreffenden Feldmark nach Maßgabe des für ihre Feld- und etwa zur Feldmark gehörigen Forstgrundstücke festgesetzten Grundsteuerkapitals bei, vergl. jedoch § 26.

Diese Bestimmung leidet auf die Abfuhrwege innerhalb der Forstgemarkungen entsprechende Anwendung, jedoch können Besitzer von innerhalb der Forstgemarkungen belegenen landwirtschaftlich genutzten Grundstücken nur zur Instandsetzung und Unterhaltung solcher Abfuhrwege herangezogen werden, welche und soweit sie von ihnen behufs Bewirtschaftung der betreffenden Grundstücke benutzt werden.

Bei dem chausseemäßigen Ausbau von Feldwegen und bei der chausseemäßigen Unterhaltung solcher Wege können die Anlieger und Benutzer derselben zu erhöhten Leistungen herangezogen werden.

Über das Beitragsverhältnis haben nötigenfalls die Gemeindebehörden bezw. die für die Gemarkungen bestellten Gemarkungs Polizeibeamten mit Vorbehalt der Beschwerde an den Kreisausschuß zu entscheiden. Letztere Entscheidung ist endgültig.

Privatwege, zu deren Benutzung eine gewisse Zahl von Einwohnern berechtigt ist, sind von den zur Benutzung Berechtigten allein zu unterhalten.

Auf sämtliche in diesem § benannte Wege, mit Ausschluß der Privatwege, findet Abs. 2 des § 13 entsprechende Anwendung²⁸.

§ 17

Umfang der Wegebesserungs-Verbindlichkeit

Die Verbindlichkeit zur Wegebesserung umfaßt nicht allein die Straßen und Wege, sondern auch sämtliche Zubehörungen derselben, namentlich die darin befindlichen Brücken, Kanäle, Durchpflasterungen, Durchlässe und die Seirengräben, sowie die Anschaffung und die Anfuhr des erforderlichen Materials.

Liegt jedoch die Instandhaltung der Brücken und Kanäle nicht der betreffenden Gemeinde oder Gemarkung, sondern einer anderen Interessenschaft privatrechtlich ob, oder sind die Brücken oder Kanäle in Folge einer rechtlichen Verpflichtung bisher auf Staatskosten erbaut und erhalten worden, so sollen diese Bauwerke von dem Verpflichteten auch ferner in gehörigen Zustande in dem bisherigen Maße erhalten werden.

§ 18

Alle auf Vertrag, gerichtlichem Erkenntnis oder sonstigen Titeln beruhenden Abweichungen von den durch dieses Gesetz über die Wegebaulast aufgestellten Regeln bleiben wirksam als privatrechtliche Verbindlichkeiten Dritter, für die nach den Regeln dieses Gesetzes Verpflichteten die betref-

28 Siehe oben Anm. 21. Abs. 6 wurde durch Art. I Nr. 11 FAG ErgG v. 21. 4. 1955 -s. unten Nr. 555- für nicht mehr anwendbar erklärt, soweit die hier genannten Wege von Gemeinden zu unterhalten sind.



Anlage Nr. 1615-270

251 fenden Leistungen ganz oder teilweise zu übernehmen. Die nach den Regeln dieses Gesetzes Verpflichteten sind demnach zwar berechtigt, ihre desfallsigen Ansprüche gegen Dritte im Rechtswege geltend zu machen, werden aber durch die Betretung des Rechtsweges von ihren gesetzlichen Obliegenheiten den Verwaltungsbehörden gegenüber nicht befreit.

II. Von der Verteilung der Wegebaulast

A. unter die Gemeinden und Gemarkungen ²⁹

§ 19

Kommunikationswege ²⁹

Die zur Herstellung und Unterhaltung der Kommunikationswege von den Kreis-Kommunalverbänden zu tragenden Kosten werden auf die zu dem Verbande gehörigen Gemeinden und Gemarkungen nach dem Verhältnisse des Grundsteuerkapitals der beitragspflichtigen Grundstücke verteilt, soweit nicht die von dem Verbande aufzubringenden Kosten in Gemäßheit des Kreishaushalts-Etats aus den Einkünften des Kreisvermögens werden besritten werden. In dem Kreis-Kommunalverbände Wolfenbüttel soll jedoch bei der Verteilung der Wegebaulast auf die einzelnen Gemeinden und Gemarkungen das Grundsteuerkapital von den Häusern in der Stadt Wolfenbüttel nur zu einem Viertel des Betrags in Anrechnung gebracht werden.

Ob das Grundsteuerkapital von den Häusern auch in anderen Städten und in den Flecken Vorsfelde und Calvörde nur zu einem geringeren Teile des Betrags und zu welchem in Anrechnung gebracht werden soll, entscheidet die Kreisversammlung. Gegen die Entscheidung der Kreisversammlung findet eine binnen 14 Tagen zu verfolgende Beschwerde an das Herzogliche Staatsministerium statt.

Bis zur schließlichen Feststellung der Gemeindebezirke und Gemarkungen hat es bei dem bisherigen Besitzstande sein Bewenden. Ist dieser zweifelhaft, so wird darüber von Herzoglicher Kreisdirektion unter Vorbehalt einer Beschwerde an Herzogliches Staatsministerium entschieden.

§ 20

Vorausleistung

Zum Neubau von Kommunikationswegen und zu Instandsetzungen derselben, welche den Umfang der gewöhnlichen Unterhaltungslast überschreiten und zur Zeit des Übergangs der Baulast auf den Kreis-Kommunalverband bereits notwendig gewesen sind, haben jedoch diejenigen Ge-

²⁹ Siehe jetzt die Bestimmungen über die Kreisumlage, §§ 38 ff. des Nds. FAG i. d. F. d. Bek. v. 1952 (Nds. GVBl. S. 49).
³⁰ Die Worte sind in den Flecken Vorsfelde und Calvörde in Abs. 2 worden durch Ges. v. 31. 12. 1908 (Braunsch. GuVS. S. 551) eingefügt. § 19 ist im übrigen aufgehoben worden durch Ges. über die Kosten des Wegbaues v. 22. 12. 1923 -s. unten Nr. 531-.

meinden und Gemarkungen, deren Bezirke von dem neuen Wege durchschnitten oder berührt werden, einen Teil der Kosten des Neubaus, in geeigneten Fällen den Gesamtbetrag derselben vorweg zu entrichten.

Die Voraussetzungen und der Betrag der Vorausleistung, und zwar letzterer unter Berücksichtigung der Wichtigkeit des Weges für die betreffenden Gemeinden und Gemarkungen und der sonst in Betracht kommenden Verhältnisse, sind auf Antrag des Kreisausschusses nach eingeholtem Gutachten des Kreisbaubeamten und Anhörung der Vertreter der beteiligten Gemeinden und Gemarkungen von der Kreisversammlung festzustellen.

§ 21

Gewerbliche Unternehmungen ³¹

Wird die Instandsetzung oder Unterhaltung eines Kommunikationsweges durch dessen außergewöhnliche Abnutzung für gewerbliche Unternehmungen, wie Ziegeleien, Glashütten, Mühlen, Steinbrüche, Berg- und Hüttenwerke, Zucker- und Zichorienfabriken usw. unverhältnismäßig verteuert, so können solche Unternehmungen zu einem dem Maße der erhöhten Abnutzung entsprechenden außerordentlichen Beiträge zu den Kosten der Instandsetzung oder Unterhaltung des Weges angehalten werden.

Die Heranziehung der gewerblichen Unternehmungen ist auch dann zulässig, wenn dieselben außerhalb des Herzogtums belegen sind.

Darüber, ob und in welcher Höhe ein außerordentlicher Beitrag zu leisten ist, hat auf Antrag des Kreisausschusses nach eingeholtem Gutachten des Kreisbaubeamten die Kreisversammlung zu beschließen. Gegen den Beschluß der Kreisversammlung findet Klage beim Verwaltungsgerichtshofe nach Maßgabe des Gesetzes vom 5. März 1895 Nr. 26, betreffend die Verwaltungsrechtspflege, statt.

Die Stadt Braunschweig ist berechtigt, im Wege des Statuts, sofern die Voraussetzungen des § 21 Abs. 1 hinsichtlich der vor den Toren und innerhalb der Feldmarken der Stadt Braunschweig belegenen, zur Verbindung der letzteren mit anderen Ortschaften dienenden Wege vorliegen, die Heranziehung auch der außerhalb des Herzogtums belegenen gewerblichen Unternehmungen mit der Maßgabe anzuordnen, daß gegen die Festsetzung des außerordentlichen Beitrages durch den Stadtmagistrat Beschwerde an die vereinigte Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten, und gegen den von dieser sodann abgegebenen Beschluß Klage beim Verwaltungsgerichtshofe nach Maßgabe des Gesetzes, betreffend die Verwaltungsrechtspflege, vom 5. März 1895 Nr. 26 stattfindet.

Zu den »gewerblichen Unternehmungen« im Sinne dieses Paragraphen sind Eisenbahnen und die Bahnhöfe und Haltestellen derselben nicht zu rechnen.

³¹ § 21 Abs. 2-4 wurden durch Gesetz v. 30. 3. 1914 (Braunsch. GuVS. S. 71) geändert. Abs. 4 bis 3 sind gem. Ges. v. 20. 5. 1954 -s. unten Nr. 554-, Abs. 4 gem. Ges. v. 21. 4. 1955 -s. unten Nr. 555- für Gemeinden und Landkreise nicht mehr anzuwenden. Abs. 5 ist absterb.

Anlage Nr.

1616
277A

§ 22

Fortsetzung

Die in den §§ 20 und 21 gedachten außerordentlichen Zuschüsse sind in die Kreis-Kommunalkasse einzuzahlen und auf die unter die Gemeinden und Gemarkungen des Kreis-Kommunalverbandes zu verteilenden regelmäßigen Wegebaukosten in Absatz zu bringen.

§ 23

Unterstützung bedürftiger Gemeinden

Werden einzelne Gemeinden durch die aufzubringenden Wegebaukosten unverhältnismäßig und über ihre Kräfte hinaus belastet, so hat denselben die Kreisversammlung auf Antrag des Kreisausschusses eine den Umständen entsprechende Beihilfe aus dem Kreisfonds zu verwilligen.

B. Unterverteilung in den Gemeinden und Gemarkungen ²²

§ 24

Allgemeiner Grundsatz

Die auf die Gemeinden und Gemarkungen des Kreis-Kommunalverbandes verteilten Wegebaukosten werden denselben zur Unterverteilung auf die innerhalb der Gemeinde- und Gemarkungs-Bezirke belegenen Grundstücke und zur Abführung im ganzen an die Kreis-Kommunalkasse überwiesen.

Die Unterverteilung erfolgt mit Ausnahme der Stadt Wolfenbüttel nach dem Verhältnis der Grundsteuerkapitale der Pflichtigen, jedoch haben die Forstnutzungs-Berechtigten, welche bei Ablösung ihrer Berechtigung nach Maßgabe der Gemeinheitsteilungs-Ordnung mit Grund und Boden abgefunden werden müssen, zur Besserung der durch die verpflichteten Forsten führenden Kommunikationswege in einem, von der zuständigen Verwaltungsbehörde nach Verhältnis des ungefähren Betrages der gegenseitigen Nutzungen zu bestimmenden Maße beizutragen.

Diese Verpflichtung dauert auch nach Ablösung der Berechtigung durch Holzrente, so lange letztere nicht gleichfalls abgelöst ist, im allgemeinen (§ 15 des Gesetzes Nr. 43 vom 12. Februar 1842) und soweit sie nicht für die durch Holzrente abgefundenen Holznutzungs-Berechtigten in den Bezirken der Herzoglichen Amtsgerichte Seesen, Harzburg und Lutter a. Bbge. durch die Gesetze Nr. 29 vom 3. Juli 1851 und Nr. 9 vom 7. Februar 1857 aufgehoben ist, fort.

Die Heranziehung der Mietwoner und Häuslinge zur Wegebaukosten bleibt der statutarischen Feststellung der Gemeinde überlassen, darf aber die Hälfte des auf den niedrigst besteuerten Hausbesitzer fallenden Betrages nicht übersteigen.

Die §§ 21 bis 27 und durch Ges. über die Kosten des Wegebauwes v. 22. 12. 1923 - s. unten Nr. 534 - aufgehoben worden.

In der Stadt Wolfenbüttel bleibt die Feststellung der Grundsätze für die Unterverteilung der Wegebaukosten statutarischer Bestimmung überlassen; bis zu deren Erlaß wird der der Stadt Wolfenbüttel nach § 19 zur Last fallende Beitrag zu den Kreiswegebauten aus der Stadtkasse berichtigt.

Gegen die Entscheidungen über Beschwerden wegen Heranziehung und Veranlagung zu den Kosten der Herstellung, Instandsetzung und Unterhaltung von Straßen und Wegen findet Klage beim Verwaltungsgerichtshof nach Maßgabe des Gesetzes vom 5. März 1895 Nr. 26 statt. In der Stadt Braunschweig ist gegen den bezüglichen Beschluß der städtischen Behörden zunächst nochmalige Vorstellung bei denselben und gegen den sodann abgegebenen Beschluß Klage beim Verwaltungsgerichtshof gegeben.

§ 25

Fortsetzung

Die zur Herstellung der nicht zu den Kommunikationswegen gehörigen Straßen und Wege erforderlichen Kosten sind von den Verpflichteten gleichfalls in barem Gelde aufzubringen.

Es kann jedoch von den Interessenten durch Mehrheit der Stimmen Beschluß darüber gefaßt werden, ob die erforderlichen Fuhren und Handarbeiten an den Mindestfordernden verdungen oder von den Pflichtigen in natura geleistet werden sollen. Im letzteren Falle haben die Bespannten ihren in Gelde berechneten Beitrag vorzugsweise durch Fuhren, die Unbespannten aber vorzugsweise durch Handarbeiten abzuleisten.

§ 26

Befreiungen

Von der Wegebesserungs-Verbindlichkeit sind befreit:

1. die Herzoglichen Residenzschlösser, Lustschlösser und Gärten, sowie die für den Bedarf der Hofhaltung des Landesfürsten vorbehaltenen Grundstücke,
 2. die Dienstgrundstücke der Prediger, Opferleute, Schullehrer und Pfarrwitwen, insofern solche nicht bisher schon zu den Wegebaukosten beitragen, und
 3. die Grundstücke der Kirchen, Armen- und Wohltätigkeitsanstalten.
- Die Befreiungen unter 2 und 3 erstrecken sich jedoch nicht auf Feld- oder Wannewege, Holzabfuhrwege und Privatwege.

Befreiungen bleiben als privatrechtliche Ansprüche gegen Dritte auf Übernahme der den Befreiten nach den Regeln dieses Gesetzes obliegenden Leistungen in dem den Verträgen oder Erkenntnissen entsprechenden Umfange aufrecht erhalten.

§ 27

Ablösung der Befreiungen

Die im letzten Satze des § 26 gedachten Befreiungen können auf den Antrag des einen oder andern Teils gegen Entschädigung nach folgenden Grundsätzen aufgehoben werden:

Anlage Nr. 1617
272



§ 22

Fortsetzung

Die in den §§ 20 und 21 gedachten außerordentlichen Zuschüsse sind in die Kreis-Kommunalkasse einzuzahlen und auf die unter die Gemeinden und Gemarkungen des Kreis-Kommunalverbandes zu verteilenden regelmäßigen Wegebaukosten in Absatz zu bringen.

§ 23

Unterstützung bedürftiger Gemeinden

Werden einzelne Gemeinden durch die aufzubringenden Wegebaukosten unverhältnismäßig und über ihre Kräfte hinaus belastet, so hat denselben die Kreisversammlung auf Antrag des Kreisausschlusses eine den Umständen entsprechende Beihilfe aus dem Kreisfonds zu verwilligen.

B. Unterverteilung in den Gemeinden und Gemarkungen²²

§ 24

Allgemeiner Grundsatz

Die auf die Gemeinden und Gemarkungen des Kreis-Kommunalverbandes verteilten Wegebaukosten werden denselben zur Unterverteilung auf die innerhalb der Gemeinde und Gemarkungs-Bezirke belegenen Grundstücke und zur Abführung im ganzen an die Kreis-Kommunalkasse überwiesen.

Die Unterverteilung erfolgt mit Ausnahme der Stadt Wolfenbüttel nach dem Verhältnis der Grundsteuerkapitale der Pflichtigen, jedoch haben die Forstnutzungs-Berechtigten, welche bei Ablösung ihrer Berechtigung nach Maßgabe der Gemeinheitsteilungs-Ordnung mit Grund und Boden abgefunden werden müssen, zur Besserung der durch die verpflichteten Forsten führenden Kommunikationswege in einem, von der zuständigen Verwaltungsbehörde nach Verhältnis des ungefähren Betrages der gegenseitigen Nutzungen zu bestimmenden Maße beizutragen.

Diese Verpflichtung dauert auch nach Ablösung der Berechtigung durch Holzrente, so lange letztere nicht gleichfalls abgelöst ist, im allgemeinen (§ 15 des Gesetzes Nr. 43 vom 12. Februar 1842) und soweit sie nicht für die durch Holzrente abgefundenen Holznutzungs-Berechtigten in den Bezirken der Herzoglichen Amtsgerichte Seesen, Harzburg und Lutter a. Blg. durch die Gesetze Nr. 29 vom 3. Juli 1851 und Nr. 2 vom 7. Februar 1857 aufgehoben ist, fort.

Die Heranziehung der Mietwähler und Häuslinge zur Wegebaulast bleibt der statutarischen Feststellung der Gemeinde überlassen, darf aber die Hälfte des auf den niedrigst besteuerten Hausbesitzer fallenden Betrages nicht übersteigen.

²² §§ 24 bis 27 sind durch Ges. über die Kosten des Wegebau v. 22. 12. 1923 aufgehoben worden.

In der Stadt Wolfenbüttel bleibt die Feststellung der Grundsätze für die Unterverteilung der Wegebaukosten statutarischer Bestimmung überlassen; bis zu deren Erlaß wird der der Stadt Wolfenbüttel nach § 19 zur Last fallende Beitrag zu den Kreiswegebaukosten aus der Stadtkasse berichtigt.

Gegen die Entscheidungen über Beschwerden wegen Heranziehung und Veranlagung zu den Kosten der Herstellung, Instandsetzung und Unterhaltung von Straßen und Wegen findet Klage beim Verwaltungsgerichtshof nach Maßgabe des Gesetzes vom 5. März 1895 Nr. 26 statt, in der Stadt Braunschweig ist gegen den bezüglichen Beschluß der städtischen Behörden zunächst nochmalige Vorstellung bei denselben und gegen den sodann abgegebenen Beschluß Klage beim Verwaltungsgerichtshof zu gehen.

§ 25

Fortsetzung

Die zur Herstellung der nicht zu den Kommunikationswegen gehörigen Straßen und Wege erforderlichen Kosten sind von den Verpflichteten gleichfalls inbarem Gelde aufzubringen.

Es kann jedoch von den Interessenten durch Mehrheit der Stimmen Beschluß darüber gefaßt werden, ob die erforderlichen Fuhr- und Handarbeiten an den Mindestfordernden verdungen oder von den Pflichtigen in natura geleistet werden sollen. Im letzteren Falle haben die Bespannten ihren in Gelde berechneten Beitrag vorzugsweise durch Fuhr-, die Unbespannten aber vorzugsweise durch Handarbeiten abzuleisten.

§ 26

Befreiungen

Von der Wegeverbesserungs-Verbindlichkeit sind befreit:

1. die Herzoglichen Residenzschlösser, Lustschlösser und Gärten, sowie die für den Bedarf der Hofhaltung des Landesfürsten vorbehaltenen Grundstücke,
 2. die Dienstgrundstücke der Prediger, Opferleute, Schullehrer und Pfarrwitwen, insofern solche nicht bisher schon zu den Wegebaukosten beitragen, und
 3. die Grundstücke der Kirchen, Armen- und Wohltätigkeitsanstalten.
- Die Befreiungen unter 2 und 3 erstrecken sich jedoch nicht auf Feld- und Wannewege, Holzabfuhrwege und Privatwege.
- Befreiungen bleiben als privatrechtliche Ansprüche gegen Dritte auf Übernahme der den Befreiten nach den Regeln dieses Gesetzes obliegenden Leistungen in dem den Verträgen oder Erkenntnissen entsprechenden Umlage aufrecht erhalten.

§ 27

Ablösung der Befreiungen

Die im letzten Satze des § 26 gedachten Befreiungen können auf den Antrag des einen oder andern Teils gegen Entschädigung nach folgenden Grundsätzen aufgehoben werden:

Anlage Nr. 146

273

- 251
1. Wenn für dieselben eine Gegenleistung entrichtet worden ist oder noch entrichtet wird, so ist dieselbe zurückzugeben oder auf deren fernerweite Entrichtung zu verzichten.
 2. Ist eine Gegenleistung nicht entrichtet, so ist von der Herzoglichen Kreisdirektion unter Zuziehung der Beteiligten zu ermitteln, was von einem im gleichen Verhältnisse stehenden Verpflichteten im Laufe der letzten 10 Jahre bei den Wegeverbesserungen geleistet ist, der Wert dieser Leistung durch 3 Sachverständige, von denen jeder Teil einen und die Herzogliche Kreisdirektion den dritten wählen, abzuschätzen, danach der durchschnittliche Jahresbetrag dieser Leistung zu berechnen und der 20fache Betrag dieser Summe dem Befreiten für die Aufhebung der bisherigen Befreiung als Entschädigung zu bezahlen.

§ 28

Einziehung der rückständigen Wegebaubeiträge

Die rückständigen Beiträge zu den Wegebauten, denen auch die Kosten gleichzusetzen sind, welche dadurch entstehen, daß für sich weigernde Pflichtige die Arbeiten für Lohn verrichtet sind, unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren.

Dritter Abschnitt

Von der Herstellung und Einrichtung der Straßen und Wege

§ 29

Allgemeine Bestimmungen

Die Instandsetzung der Straßen und Wege soll auf die den Umständen nach zweckmäßigste und dauerhafteste Art geschehen, jedoch von den Interessenten ein Mehreres, als die Urtlichkeit und das Bedürfnis erfordert, dabei nicht verlangt werden. Insbesondere soll mit den am schlechtesten beschaffenen und am meisten benutzten Straßen und Wegen der Anfang gemacht und die Wegeverbesserung nach diesem Grundsatz bis zur Vollendung sämtlicher Wege fortgesetzt werden.

§ 30

Besserung mit Holz

Die Besserung der Kommunikationswege mit Holz soll ferner überall nicht anders stattfinden, als wenn der Baubeamte die Notwendigkeit der Verwendung des Holzes zum Behuf eiliger vorläufiger Ausbesserungen oder zur Befestigung des Grundes, der Böschungen, Gräben, Überfälle usw. bescheinigt hat.

§ 31

Breite der Staatsstraßen

Die Staatsstraßen, welche für schweres Fuhrwerk zu allen Zeiten fahrbar zu müssen, erhalten eine Breite nach den Umständen von 7 bis höchstens 12 m, ausschließlich der Seitengräben.

§ 32

Einrichtung der Kommunikationswege

Die Kommunikationswege müssen fortwährend in einem der Urtlichkeit und dem Bedürfnisse entsprechenden Zustande erhalten werden.

Sie müssen, wenn sie mit Seitengräben versehen sind, ausschließlich dieser Gräben mindestens 6 und höchstens 9 m breit sein. Ist die Anlage von Seitengräben nicht erforderlich und der nötige Raum zum Ausweichen der Fuhrwerke vorhanden, so reicht für denselben die Breite von 4½ bis 6 m hin.

Bei Gebirgswegen, oder wo wegen anderer örtlicher Verhältnisse auch eine solche Breite ohne große Schwierigkeiten nicht zu erreichen ist, muß wenigstens für geeignete Ausweichplätze gesorgt werden.

Diese Bestimmung findet auch bei den Staatsstraßen (§ 31) Anwendung.

§ 33

Breite der Orts- und Feldwege

Die Breite der Orts- und Feldwege richtet sich nach den Umständen, jedoch ist in jedem Falle dahin zu sehen und nötigenfalls von der Verwaltungsbehörde solche Bestimmung zu treffen, daß die Einschränkung derselben auf eine zu geringe Breite den Gebrauch derselben nicht verhindert oder erschwert.

§ 34

Größere Breite der Wege

Wo die Straßen und Wege mit beträchtlichen Viehherden regelmäßig betrieben werden, ist den Umständen nach auf eine größere als die bestimmte Breite Bedacht zu nehmen.

§ 35

Herstellung der ursprünglichen Breite

Wo die Grenzen der Wege von den anliegenden Grundbesitzern durch Vorrücken der Befriedigungen, Einräumungen in die Wege und durch sonstige Vorrichtungen überschritten worden sind, soll die ursprüngliche Breite derselben, soweit es von den Behörden für erforderlich erachtet wird, unverzüglich wieder hergestellt werden und dabei das im § 52 vorgeschriebene Verfahren eintreten.

§ 36

Seitengräben

Die Seitengräben an den Straßen und Wegen sind in einer von den Behörden nach den Umständen zu bestimmenden Breite anzulegen und die Überfahrten über dieselben von den angrenzenden Grundbesitzern auf eigene Kosten zu beschaffen und zu erhalten.

Ist die erste Anlage solcher Überfahrten an den Staatsstraßen und Kommunikationswegen nach der Anweisung des Kreisbaubeamten und an

Anlage Nr.

1619

274



251 anderen Wegen nach Anweisung der betreffenden Behörde geschehen und wird wegen Veränderung der Wegeanlage ein Um- oder Neubau erforderlich, so sind die Kosten von dem Wegebaupflichtigen zu tragen.

§ 37

Brücken, Kanäle und Durchlässe

Brücken, Kanäle und Durchlässe in den Straßen und Wegen sollen in der Regel durch die Breite des ganzen Weges reichen. Wo es in einzelnen Fällen nach den Umständen unbedenklich gefunden wird, dieselben schmaler anzulegen, sollen sie zur Sicherung der Überfahrt entweder mit Schutzmauern oder hölzernen Geländern und wenigstens mit Abweispfählen, die Fußwege über Bäche und Gräben aber, wo es erforderlich, mit Handlehnen versehen werden.

§ 38

Sicherheitsmaßregeln

Gefährliche Wegestellen an Bergen, Gewässern, Gruben usw. sollen gleichfalls durch Schutzmauern, Geländer, Pfähle oder Baumpflanzungen befriedigt und alle übrigen, die Sicherheit der Wege gefährdenden Gegenstände entfernt oder beseitigt werden.

§ 39

Instandhaltung der Bäche

Das Bett solcher Bäche, welche längs den Wegen oder unter denselben durchfließen, soll beständig von den dazu Verpflichteten so tief erhalten werden, daß die Wege weder überschwemmt werden, noch die gehörige Entwässerung derselben gehindert wird. Gleichergestalt soll auch das Zulanden solcher Bäche nicht geduldet, sondern darauf gehalten werden, daß denselben die nötigenfalls unter Zuziehung eines Baubeamten zu bestimmende Breite gegeben werde.

§ 40

und Abflußgräben

Abflußgräben, welche das Wasser von den Wegen abwärts führen, sind von den Besitzern der Grundstücke, durch welche sie ihren Lauf haben, fortwährend in der nötigen Breite und Tiefe zu erhalten und zu diesem Zwecke jederzeit anzuräumen, wenn es behuf Entwässerung der Wege nötig gefunden wird.

Haben jedoch die zur Wegebesserung Verpflichteten nach dem Herkommen die Abflußgräben aufräumen müssen, so soll es dabei ferner von den Bewohnenden haben.

Die Grundbesitzer müssen, jedoch gegen Entschädigung, gestatten, daß die Abzuggräben, wenn es notwendig gefunden wird, neu angelegt werden. In diesem Falle haben die zur Wegebesserung Verpflichteten die Abflußgräben aufzuräumen, auch die Kosten der Anlegung und

251 haltung erforderlich werdender Übergänge zu tragen, wenn nicht bei Anlegung derselben sogleich ein anderes verabredet worden ist.

§ 41

Verlegung der Hohlwege

Hohle Wege, deren Ausfüllung bis zur Höhe der daneben belegenen Grundstücke mit unverhältnismäßigen Anstrengungen verknüpft und deren Beibehaltung in sonstiger Hinsicht nicht räthlich sein würde, sollen tunlichst verlassen und statt derselben neue Wege angelegt werden.

§ 42

Wegschaffung der Erhöhungen

Erhöhungen neben den Wegen, welche durch den Grabenaufwurf, durch den Abraum von den Wegen oder auf sonstige Weise entstanden sind, sollen, wenn dieselben von schädlichem Einflusse auf den Weg sind, weggeschafft werden.

§ 43

Veränderung der Krümmungen

Solche Wege, welche durch Krümmungen unnützerweise verlängert werden, sollen, wenn es zur wesentlichen Verbesserung derselben oder zu erheblichen Ersparungen an Kosten und Arbeiten gereicht, verlegt und gerade gezogen werden.

§ 44

Verlegung der auf ungünstigem Grunde belegenen Wege

Auf gleiche Weise sollen die Wege von solchen Stellen verlegt werden, wo der Grund und Boden, seiner ungünstigen Beschaffenheit wegen, die Instandsetzung und Unterhaltung derselben verhindert oder beträchtlich erschwert.

§ 45

Anpflanzungen

An den Wegen außerhalb der Orte sind Obst- oder andere nutzbare Bäume regelmäßig anzupflanzen. Das Benutzungsrecht steht demjenigen zu, auf dessen Kosten die Baumpflanzung ausgeführt ist, derselbe ist dagegen zur Nachpflanzung verpflichtet.

§ 46

Wegräumung des Holzes

Wenn die Wege, besonders die Staatsstraßen und Kommunikationswege durch Waldungen und Gebüsch führen, so sollen, nach Maßgabe der örtlichen Umstände, nach vorgängiger, unter Zuziehung der Beteiligten vorzunehmenden Untersuchung, die Äste der Bäume und Gebüsch, welche über den Wegen und Seitengräben hängen, weggeschafft und das zu nahe stehende Holz weggeräumt werden.



§ 47
Wegweiser

Auf allen Punkten an Staatsstraßen und Kommunikationswegen, wo die Wege sich durchkreuzen oder schneiden, sollen Wegweiser von Steinen oder Holz mit einer lesbaren Inschrift versehen, auf Kosten derjenigen Gemeinde bezw. Gemarkung, in deren Feldmark bezw. Bezirke die Wegweiser aufgerichtet werden, vorge richtet und unterhalten werden.

Vierter Abschnitt

Von den Abtretungen der Grundstücke, welche zu den Wegen verwendet werden und der Entschädigung dafür ³³

§ 48
Allgemeiner Grundsatz

Jeder Grundeigentümer ist verpflichtet, die zur Erweiterung der Straßen und Wege, zur Verlegung der schon vorhandenen oder zur Anlegung neuer Wege und Abflußgräben erforderliche Grundfläche zu diesen Zwecken, wenn es notwendig gefunden wird, gegen Entschädigung abzutreten.

§ 49

Anwendung desselben auf das zur Wegebesserung erforderliche Material

Diese Verpflichtung findet gleichfalls Anwendung auf diejenigen Grundstücke, wo die zur Wegebesserung erforderlichen Materialien entweder schon aufgefunden und bisher benutzt sind, oder in der Folge noch aufgefunden und zur Benutzung erforderlich gehalten werden möchten.

§ 50

Fortsetzung

Auch sollen denjenigen Interessenschaften, in deren Grundstücken die brauchbaren Materialien zur Wegebesserung nicht vorhanden sind, von anderen Interessenschaften und Grundbesitzern, welche sich im Besitze derselben befinden, nach Bestimmung der Herzoglichen Kreisdirektion ³⁴ die nötigen Materialien gegen angemessene Entschädigung unweigerlich verabfolgt werden, jedoch nur insofern, als der fremde Grundeigentümer dadurch nicht der unentbehrlichen Materialien zur Wegebesserung oder zu sonstigen Zwecken beraubt wird.

§ 51

Entschädigungsleistung

In den Fällen der §§ 48 bis 50 liegt die Leistung der den Grundbesitzern oder Interessenschaften gebührenden Entschädigung für die Staatsstraßen

hierunter folgenden Bestimmungen finden auch für L.L.O. und T.L.O. Anwendung. Für die Landesstraßen s. § 19 i. Vbdg. mit §§ 17, 18 FSt.G. 1871 Landrecht.



dem Staate, für die Kommunikationswege dem Kreis-Kommunalverbande und für die sonstigen öffentlichen Wege denjenigen Gemeinden, Gemarkungen und Interessenschaften ob, welche die betreffenden Wege zu bauen und zu unterhalten haben.

§ 52

Verfahren bei geschiederer Einräumung in die Wege

Wenn die Wege in ihrem gegenwärtigen Zustande schmaler befunden werden, als solche auf den neuesten amtlichen Karten und Rissen sich verzeichnet finden, so tritt die Vermutung ein, daß dieselben durch Einräumung von seiten der angrenzenden Grundbesitzer geschmälert sind.

Es soll daher in denjenigen Fällen, wo die beabsichtigte Instandsetzung der Wege deren Verbreiterung erforderlich macht, zuvor in Ansehung jenes Umstandes die nötige Untersuchung durch die Herzogliche Kreisdirektion ³⁵ im Beisein des beteiligten Grundbesitzers angestellt und nach Anleitung jener Karten und Risse die ursprüngliche Breite des Weges wieder hergestellt werden, jedoch mit Vorbehalt der Entschädigung des Beteiligten, wenn derselbe den rechtlichen Erwerb der abzutretenden Grundfläche im Rechtswege darzutun vermag.

§ 53

Verfahren bei Abtretung der zu den Wegen zu verwendenden Privatgrundstücke

In allen solchen Fällen, wo es behuf Verbreiterung der Wege, wenn durch die obenerwähnte Untersuchung keine unrechtmäßige Einräumung erwiesen worden, behuf Verlegung hohler oder krummer Wege, Anlegung neuer Wege, Steinbrüche, Grand- und Sandgruben, Abflußgräben usw. darauf ankommt, Grundstücke von Privatbesitzern zu verwenden, ist zuvor von dem Kreisbaubeamten bezw. Gemeindevorstande und in den Städten, ausschließlich der Stadt Braunschweig, von dem Magistrat mit Angabe aller näheren Umstände an Herzogliche Kreisdirektion ³⁶ Bericht zu erstatten, welche über die Notwendigkeit der beantragten Verwendung in der Regel sofort, vorbehaltlich einer Beschwerde an Herzogliches Staatsministerium ³⁵, entscheidet, falls jedoch die Abtretung von Gebäuden, Hofräumen und Gärten bei den Wohnhäusern gefordert wird, verpflichtet ist, zuvor die Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums einzuholen.

§ 54

Ausmittlung der Entschädigungen

Für die Ausmittlung der Entschädigungen, welche wegen des in Gemäßheit der §§ 48 bis 53 in Anspruch genommenen Privateigentums geleistet werden müssen, sind die Vorschriften des Gesetzes Nr. 78 vom 13. September 1867 ³⁶ maßgebend.

³⁵ Jetzt Präsident A. Nils Verwalter des Braunschweig. Gegen dessen Entscheidung ist die verwaltungsgerichtliche Klage gem. §§ 23 ff., 48 ff. MRVO 165 gegeben.

³⁶ Braunschweig. Ges. S. 571 - s. unten Nr. 365, s. ferner das Ges. v. 20. 1. 1927 unten Nr. 366.

Anlage Nr. 161M
276

§ 55

Verlassene Wegeländchen

Das Eigentum eines verlassenen Weges, insofern darüber nicht zur Entschädigung einzelner Grundbesitzer verfügt worden, fällt demjenigen zu, welcher die Entschädigung für die zum neuen Wege abgetretene neue Fläche geleistet hat. Sonstige zu dem Wege bisher gehörig gewesene, bei der Regulierung desselben aber entbehrlich werdende Plätze sind der Gemeinde oder Gemarkung zu überweisen oder außerhalb deren Bezirke anderweit zum Besten der Weggebau-Interessenschaft zu verwenden.

Fünfter Abschnitt

Von den Wegebesserungs-Abgaben und Weggeldern

§ 56

Erhebung und Verwendung der Wegebesserungs-Abgaben

Die Abgabe zur Wegebesserung aus Testamenten, Kontrakten, Schenkungen usw. und die nach § 3 des Gesetzes Nr. 125 vom 22. Dezember 1870 freiwillig oder in Folge Erkenntnisses für Übertretungen, welche nicht auf Staatsstraßen oder in bezug auf dieselben begangen sind, erlegten Straßenpolizei-Strafen fließen in die Kreis-Kommunal-Kassen.

§ 57

Weggeld auf Kommunikationswegen

Auf den Kommunikationswegen soll eine Weggelderhebung nicht stattfinden.

§ 58

Pflaster-, Wege- und Brückengeld

Für Rechnung von Städten, Flecken, Dörfern oder Privatpersonen soll eine Abgabe von den Straßen und Wegen unter der Benennung von Pflaster-, Wege- oder Brückengelde in der Regel nicht erhoben werden, wobei jedoch dem Herzoglichen Staatsministerium vorbehalten bleibt, über die Fortdauer der schon bestehenden Abgaben nach den Umständen Bestimmung zu treffen.

§ 59

Aufhebung älterer Bestimmungen

Alle älteren, die Wegeordnung betreffenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die neue Wegeordnung, für das Herzogtum Braunschweig vom 5. Juni 1871 Nr. 37 und die Gesetze vom 4. April 1874 Nr. 13, 31. Mai 1890 Nr. 21, 19. Februar 1895 Nr. 14, 12. April 1898 Nr. 19 und 20. Februar 1899 Nr. 8 treten außer Kraft.

Die, die angeht, haben sich hiernach zu achten



Landstraßen und öffentliche Wege in den früher zu Schaumburg-Lippe gehörenden Landesteilen

Gesetz

betr. Regelung der Wegebaulast und andere damit in Verbindung stehende Rechtsverhältnisse

Vom 18. April 1872 (Schaumb. Lipp. VO Bd. 11 S. 335)

§ 1

Die Anlegung und Unterhaltung der öffentlichen Wege liegt entweder dem Staate, oder den Amtsbezirken, oder den Gemeinden ob.

Innerhalb Unseres vom Gemeindeverbande ausgenommenen herrschaftlichen Grundbesitzes trifft die sonst den Amtsbezirken und Gemeinden obliegende Wegepflicht Unsere Rentkammer 1.

§ 2

Öffentliche Wege sind solche, welche zum allgemeinen Gebrauche dienen und demselben nicht kraft Privatrechts entzogen werden können.

Die Beschränkung des allgemeinen Gebrauchsrechts auf bestimmte Verkehrsmittel (Fahr-, Trift-, Reit- und Fußweg),

auf bestimmte Verkehrszwecke (Kirchen-, Schulweg usw.) oder

auf bestimmte Verkehrsgegenstände (Abfuhrwege für Steine, Holz, Torf usw.) hebt die Eigenschaft des Weges als eines öffentlichen nicht auf.

Wege, welche zum allgemeinen Gebrauche nur zeitweilig dienen, gelten als öffentliche nur für die bestimmte Zeit.

Wird der Eigenschaft eines Grundstückes oder sonstigen Gegenstandes als öffentlichen Weges, als Bestandtheil oder als Zubehör eines solchen - auf Grund von Privatrechten widersprochen, dem Widerspruche jedoch von der Wege-Aufsichtsbehörde (§ 20) nicht Folge gegeben, so ist die Aufhebung der vermeintlichen Rechtsverletzung zunächst im Verwaltungswege geltend zu machen und die Betretung des Rechtsweges erst dann zulässig, wenn zuvor der Verwaltungsweg bis zur höchsten Instanz vergeblich verfolgt ist.

Wegepolizeiliche Anordnungen, welche zuständigen Orts vor oder nach Erhebung des Rechtsstreites zur nötigen Sicherung des Verkehrs getroffen sind, bleiben in Kraft, bis durch rechtskräftiges Urtheil der Widerstreit der Anordnung mit dem verfolgten Privatrechte entschieden ist. Rechtsbegründete Entschädigungsansprüche zufolge der dem erstrittenen Privatrechte zuwiderlaufenden Anordnung werden durch letztere Bestimmung nicht ausgeschlossen.

Das Recht der Wege-Aufsichtsbehörde zur Erklärung des Weges für einen öffentlichen im Wege der Enteignung (§ 37) wird durch die richterliche Entscheidung nicht berührt.

1 Durch Ges. v. 2. 4. 1928 - j. unten Nr. 262 - sind in Abs. 2 die Worte „Amtsbezirken und“ gestrichen.

Anlage Nr. 16112

377

278

Anlage 17:
Gesetz über Stimmrecht in Realgenossenschaften



Braunschweigische Gesetz- und Verordnungsammlung

Stück 3

Ausgegeben zu Braunschweig am 7. Februar 1923

Inhalt: Nr. 15. Verordnung über die Bezeichnung des Prüfungsamtes für den höheren Staatsbaudienst und über die Erhöhung der Prüfungsgebühr. S. 9. — Nr. 16. Gesetz über das Stimmrecht in den Realgenossenschaften. S. 9. — Nr. 17. Abänderung der Bekanntmachung des Staatsministeriums, betr. die Pflichtsprüfungsordnung, vom 15. November 1907 (GuVS. 61). S. 10. — Nr. 18. Gesetz über die Niederschlagung von Steuern und Abgaben. S. 10. — Nr. 19. Gesetz zur 6. Ergänzung des Staatshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1922/23. S. 10.

Nr. 15.

Verordnung über die Bezeichnung des Prüfungsamtes für den höheren Staatsbaudienst und über die Erhöhung der Prüfungsgebühr.

Vom 18. Januar 1923.

Die als Anlage zu der Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 15. November 1915 Nr. 50 (Seite 309) erlassenen Vorschriften über die Ausbildung und Prüfung für den höheren Staatsbaudienst im Freistaate Braunschweig werden dahin abgeändert,

1. daß das Prüfungsamt fortan die Bezeichnung führt „Oberprüfungsamt für den Staatsbaudienst“ und
2. daß die nach § 35 zu erlegende Prüfungsgebühr von 50 Mark auf 500 Mark erhöht wird.

Braunschweig, den 18. Januar 1923.

Staatsministerium.

Dr. Jasper. Hönneburg. Steinbrecher. Bogherr.

Nr. 16.

Gesetz über das Stimmrecht in den Realgenossenschaften.

Vom 24. Januar 1923.

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen. Es wird hierdurch verkündet.

Artikel I.

Für Realgenossenschaften im Sinne des Gesetzes, die Realgenossenschaften betreffend, vom 26. Mai 1896 (GuVS. Nr. 32) wird bestimmt:

Jedes Genossenschaftsmitglied hat nur eine Stimme. Entgegenstehende Vorschriften der Satzungen werden aufgehoben und dürfen nicht mehr erlassen werden.

Artikel II.

Das Gesetz, die Realgenossenschaften betreffend, vom 26. Mai 1896 GuVS. Nr. 32 wird wie folgt geändert:

1. § 7 erhält folgende Fassung:
„Die Beschlußfassung erfolgt unter Leitung der Kreisdirektion nach Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Im Streitfalle hat über das Bestehen der Mitgliedschaft der Kreis-ausschuß zu entscheiden. Dessen Entscheidung ist endgültig.“
2. In § 8 erhält Ziffer 3 folgende Fassung:
„die Bezeichnung der Teilnehmerrechte und ihres Umfangs“.
3. In § 11 wird hinter Absatz 3 als neuer Absatz eingefügt:
„Jedes Genossenschaftsmitglied hat in der Genossenschaftsversammlung eine Stimme. Abweichendes Verkommen ist rechtsungültig.“
4. In § 15 Absatz 1 wird gestrichen:
2) das Stimmrecht in der Genossenschaftsversammlung. Die bisherigen Ziffern 3 und 4 werden Ziffer 2 und 3.

Braunschweig, den 24. Januar 1923.

Staatsministerium.

Dr. Jasper. Hönneburg. Steinbrecher. Bogherr.

Anlage Nr. 17



280

Anlage 18:
Urteil des Verwaltungsgerichtshof Braunschweig
vom 21.12.1932



Braunschw. die Zeitbl. v. d. Rechtspflege
Bd. 78. (Jahrgang 1932) Anlage S. 19-21

281

VIII. Angelegenheiten der Realgenossenschaften.

Mitglieder einer Feldmarksgenossenschaft können nur Eigentümer solcher Grundstücke sein, die zu dem die Feldmark umfassenden Gemeindegebiete gehören. Begriff der Feldmark. Der von der Genossenschaft zu einer Umlage Herangezogene kann geltend machen, daß er nicht Mitglied sei.

Die Stadt W. ist Eigentümerin von Grundstücken, die früher auf der Feldmark von A. lagen. Durch das Eingemeindungsgezet vom 31. Mai 1924 (GuVG. Nr. 110 S. 180) sind diese, sowie eine Reihe anderer Grundstücke mit Wirkung vom 1. Juli 1924 vom Gemeindebezirk A. abgetrennt und dem Bezirk der Stadt W. zugelegt worden, es hat also eine Teil-Eingemeindung stattgefunden. In A. hat seit langem eine Feldmarksgenossenschaft bestanden. Diese hat sich auf Grund des Gesetzes die Realgenossenschaften betr. vom 26. Mai 1896 (GuVG. Nr. 32 (im folgenden RGes.) im Jahre 1929 eine Satzung gegeben. Wie die übrigen Genossen ist auch der Rat der Stadt W. zur Beschlußfassung über die Satzung geladen mit dem Hinweis, daß er für den Fall des Ausbleibens als dem Beschlusse der Erschienenen zustimmend werde angesehen werden. Der Rat der Stadt hat die Ladung l. Ob. zurückgehandelt mit der Bemerkung: „Die nach W. eingemeindeten Stücke kommen nicht mehr in Frage, so daß ein Interesse der Stadt nicht mehr besteht.“ Die Satzung ist vom Kreis-ausschuß genehmigt.

§ 3 Satz 1 der Satzung lautet: „Mitglieder der Genossenschaft sind die Eigentümer der in der Feldmark A. belegenen Grundstücke, einschließlich derjenigen Grundstücke, die durch das Gesetz von 1924 der Stadt W. einverleibt sind.“

Im September 1929 hat der Rat der Stadt W. bei der Kreisdirektion angefragt, ob es rechtlich möglich sei, daß der Feldmarksgenossenschaft von A. auch Personen angehören, deren Grundstücke auf der in den Stadtbezirk W. eingemeindeten früheren A. Feldmark lägen. Die Kreisdirektion hat mit Schreiben vom 19. September 1929 die Anfrage bejaht unter Hinweis auf § 5 RGes., wonach eine Realgenossenschaft sogar mehreren Kreisen angehören könne.

1931 forderte die Feldmarksgenossenschaft A. die Stadt W. auf, an Umlage für das Geschäftsjahr 1931/32 0,30 RM. für jeden Morgen ihres auf A. er Feldmark gelegenen Grundbesitzes zu zahlen. Die Stadt weigerte Zahlung und erhob Einspruch, der durch Entscheidung des Kreis-ausschusses zurückgewiesen wurde. Gegen diese Entscheidung richtet sich die vorliegende Klage.

Die Klage ist formgerecht und binnen der Frist des § 15 Abs. 2 RGes. eingelegt, ihre Zulässigkeit bedarf der Prüfung.

§ 7 RGes. trifft, wie die §§ 3 bis 10 RGes. überhaupt, Bestimmung über die Regelung der Verfassung einer Realgenossenschaft durch Satzung. Er besagt, daß bei der Beschlußfassung über die Satzung im Streitfalle über das Bestehen der Mitgliedschaft vom Kreis-ausschuße zu entscheiden sei. Der Schlußatz des § 9 lautet in der Fassung des Gesetzes von 1896: „Die Entscheidung

ist endgültig, indes nur für die Beschlußfassung über den Erlaß des Statuts maßgebend.“ Das Abänderungsgezet vom 24. Januar 1923 (GuVG. Nr. 16 S. 9) hat den Schlußatz wie folgt geätzt: „Dessen Entscheidung ist endgültig.“

Aus dieser Abänderung konnte der Schluß gezogen werden, als ob die Entscheidung des Kreis-ausschusses über die Mitgliedschaft eine über die Beschlußfassung wegen der Satzung hinausreichende Wirkung hatte haben und als solche unanfechtbar hätte sein sollen. Das trifft aber nicht zu. Es handelt sich nur um eine Änderung in der Fassung des Gesetzes. Das Abänderungsgezet vom 24. Januar 1923 bezweckte lediglich, den demokratischen Grundsatz des gleichen Stimmrechts der Realgenossen einzuführen. Zwar wurde in den Landtagverhandlungen das RGes. als verbesserungsbedürftig bezeichnet, andere sachliche Abänderungen zu treffen wurde aber abgelehnt (Wandtag 1922/24 Druckache 196, Sitzungsberichte S. 1376 f., 2089, 2173). Ferner ist auch in der jetzigen Fassung der § 7 des RGes. im Zusammenhang mit den die Schaffung einer Genossenschaftssatzung behandelnden §§ 3 bis 10 zu verstehen, wonach es sich auch bei § 7 nur um die Mitgliedschaft bei der die Satzung schaffenden Genossensversammlung handelt. Es kommt dabei in Betracht, daß das Gesetz von 1896 im wesentlichen nur ein Organisationsgesetz ist, den seit langem bestehenden Realgenossenschaften dazu verhelfen will, zu einer Verfassung zu gelangen, im übrigen aber ihre Rechtsverhältnisse nur in einzelnen Punkten ordnet. Endlich ist aber auch zu beachten, daß ein bei der Beschlußfassung über die Satzung entstehender Streit über die Mitgliedschaft bei der Genossenschaft im vorliegenden Falle nicht entstanden und eine Entscheidung des Kreis-ausschusses nicht ergangen ist. Es lag nichts weiter vor, als daß die Stadt der auch an sie ergangenen Ladung zur beschlußfassenden Genossensversammlung nicht folgte. Die Äußerung des Rates der Stadt gegenüber der Kreisdirektion, die nach W. eingemeindeten Grundstücke kämen nicht mehr in Frage, so daß ein Interesse der Stadt an der Feldmarksgenossenschaft nicht mehr bestünde, hat eine Entscheidung des Kreis-ausschusses über die Mitgliedschaft der Stadt nicht zur Folge gehabt. Aus § 7 RGes. sind also Bedenken gegen die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges nicht herzuleiten.

Die Bell. regt solche Bedenken an unter Hinweis auf § 15 Ziff. 2 RGes., wonach die Beschwerde an den Kreis-ausschuß und in weiterer Instanz die Verwaltungsklage zulässig ist „über Beschlüsse betreffend die Heranziehung oder Veranlagung zu Beiträgen und Lasten“. Solche Beschlüsse müßten — so führt die Bell. aus — allgemeiner Natur sein und die Heranziehung aller Mitglieder betreffen. § 15 gewähre nicht dem einzelnen Genossen die Möglichkeit, seine Mitgliedschaft zur Entscheidung zu stellen. Die Kl. habe nach § 9 Abs. 3 und § 8 Ziff. 3 RGes. gegen den die Satzung genehmigenden Beschluß des Kreis-ausschusses binnen vier Wochen Verwaltungsklage erheben können. Nach Rechtskraft des Beschlusses

2*

Beitrags-
der Bell.
ten aufzu-
nimmt weder
sätze des
die gleich-
der Bell.

Anwendung
in Frage im
der vor-
ten zum
nach § 8
en. Daß
1931 als
red. ten
in den
58
ma. ...
auf die
gungen

§ 7. der
erscheint
ing vom
nieder-
der zur
Schreiben
Ob die
er Aus-
ange stellt
j. Bel.
l. nicht
ch vom
i habe,
Einspruch
gen die
g-gen
Abs. 3
s kann
werden,
id. u
ch.

e Aus-
sichtigen
ge Bell.
Ber-
t des
Aus-
leiden,
anden
Ber-
findet
n auf
Er-
raum-
au-
3 zu

Anlage-Nr. 1811



lönne sie ihre Mitgliedschaft nicht mehr zum Gegenstande einer Verwaltungsaklage machen.

Auch diese Bedenken sind unbegründet. Es ist nicht einzusehen, weshalb der einzelne als Genosse zur Beitragsteilung herangezogen sich nur mit solchen Einwendungen soll verteidigen dürfen, die alle Genossen betreffen und nicht auch mit solchen, die nur in seiner Person vorliegen. Auch ergibt das Gesetz nicht, daß Satzungsbestimmungen über die Mitgliedschaft, wenn der sie genehmigende Beschluß des Kreisausschusses durch Abbruch der Rechtsmittelfristen formell rechtskräftig geworden ist, rechtschaffenden die Mitgliedschaft des einzelnen Genossen begründenden Charakter ertheilen. Eine solche in Privatrechte eingreifende Wirkung würde den Satzungen einer Realgenossenschaft auch landesgesetzlich nicht beigelegt werden können. Wenn, was nicht der Fall ist, das Wes. eine solche Bestimmung enthielte, so würde ihr Fortbestand über den 1. Januar 1900 hinaus nicht durch den Vorbehalt des Art. 164 GGWV. gedeckt sein. Es ist der Voll. zuzugeben, daß die Stadt W. gegen die ihre Mitgliedschaft bei der Feldmarksgenossenschaft aussprechende Satzungsbestimmung durch Verwaltungsaklage nach §§ 9 Abs. 3, 8 Biff. 3 Wes., die sich gegen den die Satzung genehmigenden Beschluß des Kreisausschusses zu richten hätte, hätte vorgehen können. Da aber, wie im folgenden noch anzuführen ist, die die Mitgliedschaft der Stadt ausprechende Satzungsbestimmung unzulässig und unwirksam ist, ist die Stadt nicht auf die Aufhebung dieser Bestimmung angewiesen, vielmehr auch befugt, mit der Verwaltungsaklage nach § 15 Biff. 2 und Abs. 2 Wes. die Unzulässigkeit ihrer Pranziehung zu Genossenschaftsbeiträgen und als Vorfrage die Verneinung ihrer Mitgliedschaft bei der Genossenschaft geltend zu machen.

Der Verwaltungsrechtsweg ist daher für unzulässig zu erachten.

In der Sache selbst ist davon auszugehen, daß zur Entscheidung steht die Frage, ob die Stadt W. Mitglied der Feldmarksgenossenschaft A., und als solches beitragspflichtig ist. Die Stadt ist Eigentümerin von Grundstücken, die vor der Eingemeindung in der Feldmark A. lagen, durch das Eingemeindungsgefeß von 1921 aber aus ihr ausgehoben und dem Gebiete der Stadt W. zugelegt worden sind. Mit dem Inkrafttreten des Eingemeindungsgefeßes am 1. Juli 1921 hörten die Grundstücke zum Teile der Feldmark A. zu sein. Die Privatrechtsverhältnisse an ihnen veränderten sich nicht, wohl aber die öffentlich-rechtliche Gebietszugehörigkeit. In dem Urteile des VGH. vom 13. April 1921 (Braunschw. 77 W. 21) ausgesprochenen Art. 3 der Satzung befaßt, „Mitglieder der Genossenschaft sind die Eigentümer der in der Feldmark A. belegenen Grundstücke“ und fährt fort, „inschließlich derjenigen Grundstücke, die durch das Gesetz von 1921 der Stadt W. einverleibt sind“. Der Streit der Parteien geht darum, ob diese Satzungsbestimmung, wonach auch die Eigentümer der nach dem Eingemeindungs-

Die Feldmark ist ein allgemeines Sprachgebrauch das zu einem Dorfe gehörige Feld (Grimm, Wörterbuch), mithin ein Teil des Gemeindegebietes (Wortwohl zu § 7 GGW. Num. 2). Genauer gesagt ist die Feldmark der außerhalb der Ortslage gelegene unbebaute Teil des Gemeindegebietes. Die Feldmarksgenossenschaften oder Feldmarksgenossenschaften sind solche Realgenossenschaften, nach älterem Sprachgebrauch Gemeinheiten, die gemeinsame Grundstücke oder Rechte haben. Welches die Entstehung und der frühere Zweck der Real-Feldmarksgenossenschaft war, bedarf keiner Aufklärung, weil die Gemeinde A. Gegenstand der Separation gewesen ist. Seitdem besteht, wie § 2 des Statutes zutreffend sagt, das Vermögen der Genossenschaft aus dem ihr nach dem Separationsgesetze ausgewiesenen Wegen, Gräben und Grundstücken und dem „etwa“ vorhandenen Kapitalvermögen, und der Zweck der Genossenschaft besteht in der Nutzung und Verwaltung dieses Vermögens.

Diese Satzungsbestimmung entspricht dem Zwecke des Wes. Die Begründung zum ersten Entwurf des Wes. vom 23. Januar 1894, Landtag 1894/95, Drucksache 10 S. 10, befaßt: „Die zweite Gruppe bilden die Gesamtheiten derjenigen Personen, welche zur Nutzung von durch Gemeinheitsleistungszweck ausgewiesenen gemeinschaftlichen Anlagen berechtigt sind, also namentlich die Gesamtheiten aller Gemeinheitsleistungszweck zur ordnungsmäßigen Nutzung der Abfindung reservierten Feldwege, Triften, Gräben usw., die sogenannten Feldmarksgenossenschaften.“

Gegenstand der Separation war das Gebiet der politischen Gemeinde A. Die durch den Kreis ausgewiesenen, jetzt das Vermögen der Genossenschaft ausmachenden Grundstücke liegen innerhalb des Kreis-Gemeindegebietes, und sie gemeinsam zu nutzen ist der Zweck der Genossenschaft. Annahmen, daß die Eigentümer von Grundstücken, die außerhalb des Gemeindegebietes liegen, der Genossenschaft angehören könnten, würde nicht etwa nur der Wortbedeutung der Feldmarksgenossenschaft, sondern vor allem ihrer historischen Entwicklung aus den Realgenossenschaften (siehe dazu Urteile des Oberlandesgerichts, Braunschw. 33 88; 69 10 und 70 34) und ihrem Wesen widersprechen. So hat auch der VGH. in Braunschw. 55 W. 31 ausgesprochen, daß unter der Feldmarksgenossenschaft die gesamten Grundbesitzer zu verstehen sind, die auf der Feldmark Grundbesitz haben. Ähnlich Meinel, Danernrecht 212: der Verband der Hofbesitzer innerhalb der politischen Gemeinde.

Voraussetzung der Zugehörigkeit zu einer Feldmarksgenossenschaft sind nach jahrhundertlangem Gewohnheitsrechte ein privatrechtliches Eigentum, Grundstücksbesitz, und ein öffentlich-rechtliches, Zugehörigkeit des Grundstücks zu dem die Feldmark umfassenden Gemeindegebiete. Mit dem Wegfall eines dieser Momente erlischt die Mitgliedschaft. Für das Grundstücksbesitz ist das in Art. 3 der Satzung auch ausgedrückt für den

eingemeindung eintr. „das nicht minder. Mit dem 1. Juli 1921, als an Tage des Inkrafttretens des Eingemeindungsgefeßes, sind daher die Eigentümer der nach W. eingemeindeten Grundstücke, so auch die Stadt W. selbst, aus der Feldmarksgenossenschaft ausgeschlossen.“

Im Gegensatz zu Feldmarksgenossenschaften gibt es andere Realgenossenschaften, die sich über mehrere Gemeindegebiete erstrecken können. Das, aber auch nicht mehr, ist aus § 5 Wes. zu entnehmen.

In dieser Rechtslage konnte die jahrelang nach der Eingemeindung geschaffene Genossenschaftssatzung nichts ändern. Das Gesetz von 1896 hat den Realgenossenschaften die Befugnis verliehen, ihre inneren Verhältnisse im Wege der Satzungsabänderung zu ordnen. Diese sogenannte Vereinsautonomie umfaßt aber nicht die Befugnis, genossenschaftsfremden Personen gegen ihren Willen

die Eigenschaft als Genosse mit den sich daran ergebenden Pflichten und Rechten aufzubringen. Für das Vereinsrecht überhaupt § 38 BGB. und dazu RGKomm., Ann. 2; Palandt 4 Ann.; Derkmann Ann. 4a. Der Fall einer Zwangsgenossenschaft liegt nicht vor.

Daher ist die Satzungsbestimmung, daß auch die Eigentümer der durch das Gesetz von 1921 der Stadt W. einverleibten Grundstücke Mitglieder der Feldmarksgenossenschaft A. seien, recht unzulässig. Die Stadt W. ist nicht Mitglied der Genossenschaft und kann daher auch zur Beitragsteilung nicht herangezogen werden. Daß die Stadt einmal, im Jahre 1930, den veranlagten Beitrag ohne zu widersprechen gezahlt hat, ist ohne rechtliche Bedeutung; es mag aus Irrtum über die Rechtslage geschehen sein.

Urteil vom 21. Dezember 1932. P. R. 163/3

IX. Verwaltungskosten.

Voraussetzungen der Verwaltungsaklage in Verwaltungskostenfällen.

Nach § 18 VerwRG. können Entscheidungen, die auf Erinnerung gegen einen Kostenfestsetzungsbescheid erlassen sind, mit zwei sich gegenseitig ausschließenden Rechtsmitteln angefochten werden: wird der der Kostenrechnung zugrunde liegende Wert oder der Umfang oder die Höhe der festgesetzten Kosten bestritten, so ist die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig, die endgültig über den Ausschluß des Rechtsweges entscheidet; in den übrigen Fällen ist die Klage beim VGH. gegeben, sofern die festgesetzten Kosten den Betrag von 10,00 RM. übersteigen (§ 13 Ausw. vom 15. April 1924 Nr. 79 S. 163). Zweifel bei der Auslegung dieser Vorschrift können höchstens hinsichtlich der Trennung der Begriffe „Umfang“ und „Höhe“ der Kosten entstehen; vermutlich soll sich das Wort „Umfang“ auf die verschiedenen Arten der nach § 9 VerwRG. zu erhebenden Auslagen und die Höhe der Gebührenquote beziehen. Die hier möglichen Zweifel stellen aber nicht die Abgrenzung der Voraussetzungen für die beiden Rechtsmittel in Frage. Die Ausfertigung der Streitigkeiten über „den der Kostenrechnung zugrunde liegenden Wert, den Umfang und die Höhe der festgesetzten Kosten“ vom Verwaltungsstreitverfahren ergibt einseitig, daß mit der Verwaltungsaklage die Kostenpflicht nur dem Grunde nach angefochten werden kann. In der Begründung des Entwurfs zum VerwRG. (Landtag 1922/24,

Druck 650 S. 6) ist der gesetzgeberische Grund für diese Regelung klar ausgesprochen: „In zwei Fällen entscheidet bei Erinnerung gegen die Kostenpflicht als solche der VGH., der, da es sich um eine reine Rechtsfrage handelt, hierfür die kompetente Stelle ist. Zur Entscheidung bei der Festsetzung der Bemessungsunterlagen oder der Höhe der Kosten ist dagegen, da es sich im wesentlichen um Ermessens- und Zweckmäßigkeitsfragen handelt die Aufsichtsbehörde zuständig.“

Die „Kostenpflicht als solche“ ist nach dem VerwRG. begründet, wenn

- a) eine Amtshandlung von einer staatlich-Verwaltungsbehörde vorgenommen ist (§ 1);
- b) persönliche (§ 7) oder sachliche (§ 8) Anfechtungsgründe nicht vorliegen,
- c) bei Amtshandlungen, die auf Antrag vorgenommen sind, ein Antrag von demjenigen gestellt ist, von dem die Kosten angefordert werden (§ 11).

Die Verwaltungsaklage kann daher nur auf die Behauptung gestützt werden, daß diese Voraussetzungen für die Kostenpflicht nicht erfüllt sind. Alle in anderer Richtung sich bewegenden Angriffe gegen Kostenfestsetzungsbescheide können ohne fruchtloser Erinnerung nur im Wege der Beschwerde an die Aufsichtsbehörde geltend gemacht werden.

Urteil vom 2. November 1932. P. R. 92/3

Anlage Nr. 1812

282

Inhalt des Beilageheftes:

- Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofs: I. Allgemeine Teil S. 1. — II. Angelegenheiten I. Städte und Landgemeinden S. 1. — III. Politische Angelegenheiten S. 11. — IV. Fürsorgeangelegenheiten S. 19. — V. Wegangelegenheiten S. 14. — VI. Öffentliche Angelegenheiten S. 14. — VII. Angelegenheiten der Handelskammer S. 17. — VIII. Angelegenheiten der Realgenossenschaften S. 19. — IX. Verwaltungskosten S. 21.

283

Anlage 19:
Flurbereinigungsgesetz von 1954



1) Beschleunigtes Zusammenetzungsverfahren
 2) freiwilliges Landtauschverfahren

591

Bundesgesetzblatt

Teil I



284

1953

Ausgegeben zu Bonn am 18. Juli 1953

Nr. 77

Tag	Inhalt	Seite
14. 7. 53	Flurbereinigungsgesetz	591
13. 7. 53	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	614
9. 7. 53	Berichtigung zu der Bekanntmachung vom 19. Juni 1953 über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen	614
	Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger	614

Flurbereinigungsgesetz.

Vom 14. Juli 1953.

B. 53 591
 H. 60, 41
 S. 190 736 - 76, 647

Anlage Nr. 1911

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

ERSTER TEIL

Grundlagen der Flurbereinigung

§ 1

Zur Förderung der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Erzeugung und der allgemeinen Landeskultur kann zersplitterter oder unwirtschaftlich geformter ländlicher Grundbesitz nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengelegt, wirtschaftlich gestaltet und durch andere landeskulturelle Maßnahmen verbessert werden (Flurbereinigung).

§ 2

(1) Die Flurbereinigung wird in einem behördlich leiteten Verfahren innerhalb eines bestimmten Gebietes (Flurbereinigungsgebiet) unter Mitwirkung der Gesamtheit der beteiligten Grundeigentümer und der landwirtschaftlichen Berufsvertretung (§ 109) durchgeführt.

(2) Die Durchführung der Flurbereinigung ist von den Ländern als eine besonders vordringliche Maßnahme zu betreiben. Sie bestimmen, welche Fachbehörden Flurbereinigungsbehörden und obere Flurbereinigungsbehörden sind und setzen ihre Dienstbezirke fest.

(3) Die obersten Landesbehörden können Befugnisse, die nach diesem Gesetz der oberen Flurbereinigungsbehörde zustehen, der Flurbereinigungsbehörde übertragen.

§ 3

(1) Für die Flurbereinigung ist die Flurbereinigungsbehörde örtlich zuständig, in deren Bezirk das Flurbereinigungsgebiet liegt.

(2) Erstreckt sich das Flurbereinigungsgebiet über die Bezirke mehrerer Flurbereinigungsbehörden, so wird die zuständige Flurbereinigungsbehörde durch die obere Flurbereinigungsbehörde bestimmt. Diese kann ausnahmsweise eine andere als die örtlich zuständige Flurbereinigungsbehörde beauftragen.

(3) Erstreckt sich das Flurbereinigungsgebiet über die Bezirke mehrerer oberer Flurbereinigungsbehörden, so wird die zuständige obere Flurbereinigungsbehörde durch die für die Flurbereinigung zuständige oberste Landesbehörde bestimmt. Sind die Flurbereinigungsbehörden verschiedener Länder zuständig, so bestimmen die für die Flurbereinigung zuständigen obersten Landesbehörden die zuständige obere Flurbereinigungsbehörde in gegenseitigem Einvernehmen.

§ 4

Die obere Flurbereinigungsbehörde kann die Flurbereinigung anordnen und das Flurbereinigungsgebiet feststellen, wenn sie die Voraussetzungen für eine Flurbereinigung und das Interesse der Beteiligten für gegeben hält. Sie trifft ihre Anordnungen durch den Flurbereinigungsbeschluß; der Beschluß ist zu begründen.

§ 5

(1) Vor der Anordnung der Flurbereinigung sind die voraussichtlich beteiligten Grundstückseigentümer in geeigneter Weise eingehend über das geplante Flurbereinigungsverfahren einschließlich der voraussichtlich entstehenden Kosten aufzuklären.

(2) Die landwirtschaftliche Berufsvertretung, die Gemeinde und der Gemeindeverband sowie die übrigen von der für die Landwirtschaft zuständigen obersten Landesbehörde zu bestimmenden Organisationen und Behörden sollen gehört werden.

(3) Die Behörden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie andere Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind verpflichtet, der Flurbereinigungsbehörde auf Ersuchen unverzüglich mitzuteilen, ob und welche großräumigen, das voraussichtliche Flurbereinigungsgebiet berührenden Planungen beabsichtigt sind oder bereits feststehen.

§ 6

(1) In dem entscheidenden Teil des Flurbereinigungsbeschlusses sind Name und Sitz der Teilnehmergemeinschaft (§ 16) festzusetzen. Die Aufforderung zur Anmeldung unbekannter Rechte (§ 14) und die Bestimmungen über Nutzungsänderungen (§§ 34, 35, Nr. 5, 6) können in den entscheidenden Teil des Be-



schlusses aufgenommen werden, wenn mit der Durchführung der Flurbereinigung alsbald begonnen wird.

(2) Der entscheidende Teil des Beschlusses ist öffentlich bekanntzumachen.

(3) Der Beschluß mit Begründung ist in den Gemeinden, in denen beteiligte Grundstücke liegen (Flurbereinigungsgemeinden), und, soweit erforderlich (§ 110), in den angrenzenden Gemeinden zwei Wochen lang nach der Bekanntmachung zur Einsichtnahme für die Beteiligten auszulegen. Hierauf ist in der Bekanntmachung hinzuweisen.

§ 7

(1) Das Flurbereinigungsgebiet kann eine oder mehrere Gemeinden oder Teile von Gemeinden umfassen. Es ist so zu begrenzen, daß der Zweck der Flurbereinigung möglichst vollkommen erreicht wird.

(2) Zum Flurbereinigungsgebiet gehören alle in ihm liegenden Grundstücke, soweit sie nicht ausdrücklich ausgeschlossen werden.

§ 8

(1) Geringfügige Änderungen des Flurbereinigungsgebietes kann die Flurbereinigungsbehörde anordnen. § 4 Satz 2 gilt entsprechend. Die Anordnung braucht nicht bekanntgemacht zu werden. Sie ist den an der Änderung beteiligten Grundstückseigentümern mitzuteilen.

(2) Für erhebliche Änderungen gelten die Vorschriften der §§ 4 bis 6.

§ 9

(1) Erscheint die Flurbereinigung infolge nachträglich eingetretener Umstände nicht zweckmäßig, so kann die obere Flurbereinigungsbehörde die Einstellung des Verfahrens anordnen. Die Vorschriften des § 4 Satz 2, des § 5 Abs. 1, 2 und des § 6 Abs. 2, 3 gelten sinngemäß.

(2) Die Flurbereinigungsbehörde sorgt für die Herstellung eines geordneten Zustandes und für den Ausgleich der entstandenen Kosten, nötigenfalls unter Aufwendung von öffentlichen Mitteln.

ZWEITER TEIL

Die Beteiligten und ihre Rechte

ERSTER ABSCHNITT

Die einzelnen Beteiligten

§ 10

Am Flurbereinigungsverfahren sind beteiligt (Beteiligte)

1. als Teilnehmer die Eigentümer der zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücke. Erbbauberechtigte stehen Eigentümern gleich;
2. als Nebenbeteiligte:
 - a) Gemeinden und Gemeindeverbände, in deren Bezirk Grundstücke vom Flurbereinigungsverfahren betroffen werden,

b) andere Körperschaften des öffentlichen Rechtes, die Land für gemeinschaftliche oder öffentliche Anlagen erhalten (§§ 39, 40) oder deren Grenzen geändert werden (§ 58 Abs. 2),

c) Wasser- und Bodenverbände, deren Gebiet mit dem Flurbereinigungsgebiet räumlich zusammenhängt und dieses beeinflußt oder von ihm beeinflußt wird,

d) Inhaber von Rechten an den zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücken oder von Rechten an solchen Rechten oder von persönlichen Rechten, die zum Besitz oder zur Nutzung solcher Grundstücke berechtigen oder die Benutzung solcher Grundstücke beschränken,

e) Unterhaltungspflichtige von Anlagen nach § 45 Abs. 1 Satz 2,

f) Empfänger neuer Grundstücke nach den §§ 54, 55,

g) Eigentümer von nicht zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücken, denen ein Beitrag zu den Unterhaltungs- oder Ausführungskosten auferlegt wird (§ 42 Abs. 3, § 106) oder die zur Errichtung fester Grenzzeichen an der Grenze des Flurbereinigungsgebietes mitzuwirken haben (§ 56).

§ 11

Die Flurbereinigungsbehörde hat die Beteiligten nach Maßgabe der §§ 12 bis 14 zu ermitteln.

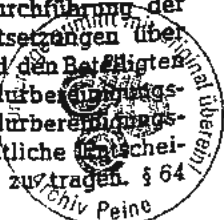
§ 12

Für die Ermittlung der Beteiligten sind die Eintragungen im Grundbuch maßgebend. Die Flurbereinigungsbehörde kann das Eigentum oder andere Rechte an Grundstücken für das Verfahren als nachgewiesen ansehen, wenn derjenige, der sich auf ein solches Recht beruft, es durch eine öffentliche Urkunde glaubhaft macht oder eine Bescheinigung der Gemeinde vorlegt, daß er das Grundstück wie ein Eigentümer besitzt oder das Recht ausübt. Meldet ein anderer entgegenstehende Rechte bei der Flurbereinigungsbehörde an, so gilt § 13.

§ 13

(1) Ist der Eigentümer aus dem Grundbuch nicht ersichtlich, so gilt der Eigenbesitzer als Beteiligter.

(2) Ist der Eigenbesitz streitig, so kann die Flurbereinigungsbehörde für die Dauer des Streites dem Berechtigten einen Vertreter bestellen. Das gleiche gilt, wenn ein Eigenbesitzer nicht vorhanden ist. § 119 Abs. 2, 3 gilt entsprechend. Die Flurbereinigungsbehörde kann die für die Durchführung der Flurbereinigung erforderlichen Festsetzungen über den Streitgegenstand treffen. Sie sind den Beteiligten bekanntzumachen und für sie im Flurbereinigungsverfahren bindend. Wird der Flurbereinigungsbehörde eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung bekannt, so ist ihr Rechnung zugut zu rechnen. § 64 findet Anwendung.



(3) Die Befugnisse aus Absatz 2 stehen auch der oberen Flurbereinigungsbehörde und dem Flurbereinigungsgericht (§ 138) zu, wenn eine bei ihnen vorgebrachte Beschwerde oder Anfechtungsklage von dem Streit berührt wird.

(4) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für dingliche Rechte, die zum Besitz oder zur Nutzung eines Grundstücks berechtigen oder dessen Benutzung beschränken. Dies gilt auch dann, wenn diese Rechte zur Erhaltung ihrer Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs der Eintragung nicht bedürfen.

§ 14.

(1) Beteiligte, die nicht nach Maßgabe der §§ 12 und 13 ermittelt werden, sind durch öffentliche Bekanntmachung aufzufordern, innerhalb von drei Monaten Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, bei der Flurbereinigungsbehörde anzumelden. Auf Verlangen der Flurbereinigungsbehörde hat der Anmeldende sein Recht innerhalb einer von der Behörde zu setzenden Frist nachzuweisen. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist ist der Anmeldende nicht mehr zu beteiligen.

(2) Werden Rechte erst nach Ablauf der in Absatz 1 bezeichneten Fristen angemeldet oder nachgewiesen, so kann die Flurbereinigungsbehörde die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

(3) Der Inhaber eines in Absatz 1 bezeichneten Rechts muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufs ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

(4) Auf die rechtlichen Wirkungen nach den Absätzen 2 und 3 ist in der Bekanntmachung hinzuweisen.

§ 15

Wer ein Grundstück erwirbt, das im Flurbereinigungsgebiet liegt, muß das bis zu seiner Eintragung im Grundbuch oder bis zur Anmeldung des Erwerbs durchgeführte Verfahren gegen sich gelten lassen. Das gilt entsprechend für denjenigen, der durch Erwerb eines Rechts Beteiligter wird.

ZWEITER ABSCHNITT

Die Teilnehmergeinschaft

§ 16

Die Beteiligten nach § 10 Nr. 1 bilden die Teilnehmergeinschaft. Sie entsteht mit dem Flurbereinigungsbeschluß und ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

§ 17

(1) Die Teilnehmergeinschaft steht unter der Aufsicht der Flurbereinigungsbehörde. Durch die Aufsicht ist sicherzustellen, daß die Teilnehmergeinschaft im Einklang mit dem Zweck dieses Gesetzes handelt.

(2) Zum Abschluß von Verträgen ist die Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde erforderlich. Sie kann die Teilnehmergeinschaft zum Abschluß von Verträgen geringerer Bedeutung allgemein ermächtigen, jedoch nicht zum Aufnehmen von Darlehen. Zahlungen dürfen nur mit Einwilligung der Flurbereinigungsbehörde geleistet werden, soweit diese nichts anderes anordnet.

§ 18

(1) Die Teilnehmergeinschaft hat die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Teilnehmer wahrzunehmen. Sie hat insbesondere die gemeinschaftlichen Anlagen herzustellen und zu unterhalten (§ 42) und die erforderlichen Bodenverbesserungen auszuführen, soweit nicht der Flurbereinigungsplan (§ 58) anderes bestimmt oder die Ausführung und Unterhaltung einzelnen Beteiligten oder einem Wasser- und Bodenverband überlassen werden. Sie hat ferner die im Verfahren festgesetzten Zahlungen zu leisten und zu fordern sowie die übrigen nicht der Flurbereinigungsbehörde obliegenden Aufgaben zu erfüllen.

(2) Die Länder können weitere Aufgaben und Befugnisse, die nach diesem Gesetz der Flurbereinigungsbehörde zustehen, der Teilnehmergeinschaft übertragen.

(3) Über Beschwerden gegen Verwaltungsakte der Teilnehmergeinschaft entscheidet die Flurbereinigungsbehörde.

§ 19

(1) Die Teilnehmergeinschaft kann die Teilnehmer zu Beiträgen in Geld (Geldbeiträge) oder in Sachen, Werken, Diensten oder in anderen Leistungen (Sachbeiträge) heranziehen. Die Beiträge sind von den Teilnehmern nach dem Verhältnis des Wertes ihrer neuen Grundstücke zu leisten, soweit nicht im Flurbereinigungsplan anderes festgesetzt wird. Solange der Maßstab für die Beitragspflicht noch nicht feststeht, bestimmt die Flurbereinigungsbehörde einen vorläufigen Beitragsmaßstab, nach dem Vorschüsse zu erheben sind.

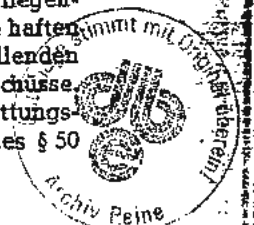
(2) Für solche Teile des Flurbereinigungsgebietes, bei denen zur Ausführung besonderer Anlagen außergewöhnlich hohe Aufwendungen (§ 105) erforderlich sind, kann die Flurbereinigungsbehörde die Beiträge der Teilnehmer entsprechend den Mehrkosten erhöhen.

(3) Die Flurbereinigungsbehörde kann zur Vermeidung offensichtlicher und unbilliger Härten einzelne Teilnehmer ausnahmsweise von der Aufbringung der Beiträge ganz oder teilweise zu Lasten der übrigen Teilnehmer befreien.

§ 20

Die Beitrags- und Vorschußpflicht ruht als öffentliche Last auf den im Flurbereinigungsgebiet liegenden Grundstücken. Die einzelnen Grundstücke haften jedoch nur in der Höhe der auf sie entfallenden Anteile der berechneten Beiträge und Vorschüsse. Das gleiche gilt für die Ausgleichs- und Erstattungs-pflicht in den Fällen des § 44 Abs. 3 Satz 2, des § 50 Abs. 2 Satz 1 und des § 51 Abs. 2.

286



§ 21

(1) Die Teilnehmergeinschaft hat einen aus mehreren Mitgliedern bestehenden Vorstand. Die Flurbereinigungsbehörde bestimmt die Zahl der Mitglieder.

(2) Die Mitglieder des Vorstandes werden von den im Wahltermin anwesenden Teilnehmern mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Jeder Teilnehmer hat eine Stimme. Die Flurbereinigungsbehörde lädt zum Wahltermin durch öffentliche Bekanntmachung ein und leitet die Wahl.

(3) Soweit die Wahl im Termin nicht zustande kommt und ein neuer Wahltermin keinen Erfolg verspricht, kann die Flurbereinigungsbehörde Mitglieder des Vorstandes nach Anhörung der landwirtschaftlichen Berufsvertretung bestellen.

(4) Für jedes Mitglied des Vorstandes ist ein Stellvertreter zu wählen oder zu bestellen.

(5) Bei erheblichen Änderungen des Flurbereinigungsgebietes (§ 8 Abs. 2) bestimmt die Flurbereinigungsbehörde, ob und inwieweit Vorstandsmitglieder und Stellvertreter abberufen oder neu gewählt (bestellt) werden sollen.

(6) Die Länder können die Bildung und Zusammensetzung des Vorstandes abweichend regeln.

§ 22

(1) Der Vorstand kann die Teilnehmer zu Versammlungen einberufen; er muß dies tun, wenn ein Drittel der Teilnehmer oder die Flurbereinigungsbehörde es verlangt. Die Flurbereinigungsbehörde ist zu den Versammlungen einzuladen.

(2) Die Versammlung der Teilnehmer kann zu den Fragen, zu denen der Vorstand zu hören ist, Stellung nehmen. Die Stellungnahme ist, wenn sich der Vorstand ihr nicht anschließen will, der Flurbereinigungsbehörde mitzuteilen. Der Vorstand hat der Versammlung der Teilnehmer auf Verlangen Auskunft über seine Tätigkeit und über den Stand des Verfahrens zu geben.

(3) Die Befugnisse der Versammlung der Teilnehmer und das Verfahren bei den Wahlen können durch eine Satzung geregelt werden, die von den in der Versammlung anwesenden Teilnehmern mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen wird. Die Satzung bedarf der Genehmigung der Flurbereinigungsbehörde.

§ 23

(1) Die Versammlung der Teilnehmer kann Mitglieder des Vorstandes oder Stellvertreter dadurch abberufen, daß sie an deren Stelle mit der Mehrheit der anwesenden Teilnehmer neue Mitglieder oder Stellvertreter wählt. In der Versammlung muß mindestens die Hälfte der Teilnehmer anwesend sein.

(2) Die Länder können bei Anwendung des § 18 Abs. 2 die Abberufung von Mitgliedern des Vorstandes oder deren Stellvertretern von der Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde abhängig machen.

(3) Die Flurbereinigungsbehörde kann nach Anhörung der landwirtschaftlichen Berufsvertretung Mitglieder des Vorstandes oder Stellvertreter, die ungeeignet sind oder ihre Pflichten verletzen, ablehnen oder abberufen. In diesem Falle steht auch dem Vorstand die Beschwerde an die obere Flurbereinigungsbehörde zu.

§ 24

Die Mitglieder des Vorstandes und ihre Stellvertreter wirken ehrenamtlich. Die Flurbereinigungsbehörde bestimmt, ob und in welcher Höhe ihnen eine Entschädigung für Zeitversäumnis und Aufwand gewährt wird; die Entschädigung zahlt die Teilnehmergeinschaft.

§ 25

(1) Der Vorstand führt die Geschäfte der Teilnehmergeinschaft. Ihm obliegt auch die Ausführung der Aufgaben, die der Teilnehmergeinschaft gemäß der Vorschrift in § 18 Abs. 2 übertragen worden sind.

(2) Der Vorstand ist von der Flurbereinigungsbehörde über den Fortschritt der Flurbereinigungsarbeiten laufend zu unterrichten, über wichtige gemeinschaftliche Angelegenheiten zu hören und zur Mitarbeit heranzuziehen.

(3) Die Länder können für Beschwerden gegen Beschlüsse des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft ein Schiedsverfahren vorsehen, dessen Durchführung ganz oder überwiegend hauptberuflichen Landwirten zu übertragen ist.

§ 26

(1) Der Vorstand wählt eines seiner Mitglieder zum Vorsitzenden und ein weiteres oder stellvertretendes Mitglied zum Stellvertreter des Vorsitzenden, soweit nicht nach § 21 Abs. 6 eine abweichende Regelung erfolgt ist.

(2) Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn er von seinem Vorsitzenden oder der Flurbereinigungsbehörde einberufen und mindestens die Hälfte der Mitglieder oder ihrer Stellvertreter anwesend ist. Er faßt seine Beschlüsse mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

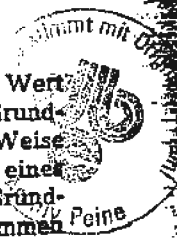
(3) Der Vorsitzende führt die Vorstandsbeschlüsse aus und vertritt die Teilnehmergeinschaft gerichtlich und außergerichtlich.

DRITTER ABSCHNITT

Bewertungsverfahren

§ 27

Um die Teilnehmer mit Land von gleichem Wert abfinden zu können, ist der Wert der alten Grundstücke zu ermitteln. Die Bewertung hat in der Weise zu erfolgen, daß der Wert der Grundstücke eines Teilnehmers im Verhältnis zu dem Wert aller Grundstücke des Flurbereinigungsgebietes zu bestimmen ist.



§ 28

(1) Für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke ist das Wertverhältnis in der Regel nach dem Nutzen zu ermitteln, den sie bei gemeinüblicher ordnungsmäßiger Bewirtschaftung jedem Besitzer ohne Rücksicht auf ihre Entfernung vom Wirtschaftshofe oder von der Ortslage nachhaltig gewähren können. Hierbei sind die Ergebnisse einer Bodenschätzung nach dem Gesetz über die Schätzung des Kulturbodens (Bodenschätzungsgesetz) vom 16. Oktober 1934 (Reichgesetzbl. I S. 1050) zugrunde zu legen; Abweichungen sind zulässig.

(2) Wesentliche Bestandteile eines Grundstücks, die seinen Wert dauernd beeinflussen, sowie Rechte nach § 49 Abs. 3 sind, soweit erforderlich, besonders zu schätzen.

§ 29

(1) Für bauliche Anlagen ist der gemeine Wert zu schätzen.

(2) Der gemeine Wert wird durch den Preis bestimmt, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach der Beschaffenheit des Gegenstandes unter Berücksichtigung aller den Preis beeinflussenden Umstände bei einer Veräußerung zu erzielen wäre; ungewöhnliche oder persönliche Verhältnisse sowie Wertänderungen, die durch die Aussicht auf die Durchführung der Flurbereinigung entstanden sind, bleiben außer Betracht.

§ 30

Für die Größe der Grundstücke ist in der Regel die Eintragung im Liegenschaftskataster maßgebend.

§ 31

(1) Die Schätzung wird in der Regel durch landwirtschaftliche Sachverständige vorgenommen. Die Flurbereinigungsbehörde bestimmt die Zahl der Schätzer, wählt sie nach Anhörung des Vorstandes der Teilnehmergemeinschaft aus der von der oberen Flurbereinigungsbehörde im Einvernehmen mit der landwirtschaftlichen Berufsvertretung aufgestellten Liste der als Schätzer geeigneten Personen aus und leitet die Schätzung. Der Vorstand soll der Schätzung beiwohnen.

(2) Sind zu einer Schätzung Kenntnisse erforderlich, die über die allgemeine landwirtschaftliche Sachkunde hinausgehen, so sind besondere anerkannte Sachverständige beizuziehen.

§ 32

Die Nachweisungen über die Ergebnisse der Schätzung sind zur Einsichtnahme für die Beteiligten auszulegen. Die Ergebnisse sind ihnen in einem Anhörungstermin zu erläutern. Nach Behebung begründeter Einwendungen sind die Ergebnisse der Schätzung durch die Flurbereinigungsbehörde festzustellen; die Feststellung ist öffentlich bekanntzumachen.

§ 33

Die Länder können die Vornahme der Schätzung sowie die Bekanntgabe und Feststellung der Schätzungsergebnisse abweichend regeln.

VIERTER ABSCHNITT

Zeitweilige Einschränkungen des Eigentums

§ 34

(1) Von der Bekanntgabe des Flurbereinigungsbeschlusses bis zur Ausführungsanordnung gelten folgende Einschränkungen:

1. In der Nutzungsart der Grundstücke dürfen ohne Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde nur Änderungen vorgenommen werden, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören.
2. Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen dürfen nur mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden.
3. Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze dürfen nur in Ausnahmefällen, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden, mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde beseitigt werden. Andere gesetzliche Vorschriften über die Beseitigung von Rebstöcken und Hopfenstöcken bleiben unberührt.

(2) Sind entgegen den Vorschriften des Absatzes 1 Nummern 1, 2 Änderungen vorgenommen oder Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Flurbereinigungsverfahren unberücksichtigt bleiben. Die Flurbereinigungsbehörde kann den früheren Zustand gemäß § 137 wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

(3) Sind Eingriffe entgegen der Vorschrift des Absatzes 1 Nummer 3 vorgenommen worden, so muß die Flurbereinigungsbehörde Ersatzpflanzungen anordnen.

(4) Das Erfordernis der Zustimmung und die Folgen seiner Nichtbeachtung sind öffentlich bekanntzumachen.

(5) Ist die Bekanntmachung nach Absatz 4 nicht gemäß § 6 Abs. 1 in den entscheidenden Teil des Flurbereinigungsbeschlusses aufgenommen worden, so treten die Rechtswirkungen gemäß den Absätzen 1 bis 3 erst mit der besonderen Bekanntmachung gemäß Absatz 4 ein.

§ 35

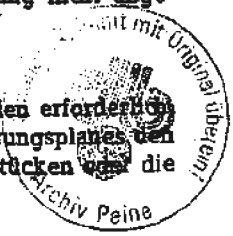
(1) Die Beauftragten der Flurbereinigungsbehörde sind berechtigt, zur Vorbereitung und zur Durchführung der Flurbereinigung Grundstücke zu betreten und die nach ihrem Ermessen erforderlichen Arbeiten auf ihnen vorzunehmen.

(2) Soweit der hierdurch verursachte Schaden den Durchschnitt erheblich übersteigt, hat die Flurbereinigungsbehörde eine angemessene Entschädigung festzusetzen. Die Entschädigung trägt die Teilnehmergemeinschaft; falls die Flurbereinigung nicht angeordnet wird, trägt sie das Land.

§ 36

(1) Wird es aus dringenden Gründen erforderlich vor der Ausführung des Flurbereinigungsplanes den Besitz oder die Nutzung von Grundstücken oder die

288



Ansübung anderer Rechte zu regeln, so kann die Flurbereinigungsbehörde eine vorläufige Anordnung erlassen und erlassene Anordnungen aufheben oder ändern. Zum Ausgleich von Härten kann sie angemessene Entschädigungen festsetzen. Die Entschädigungen trägt die Teilnehmergeinschaft.

(2) Soweit der Zustand eines Grundstücks für die Ermittlung des Wertes und für die Bemessung der Entschädigung von Bedeutung ist, hat ihn die Flurbereinigungsbehörde, nötigenfalls unter Zuziehung von Sachverständigen, rechtzeitig festzustellen.

DRITTER TEIL

Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes

§ 37

(1) Das Flurbereinigungsgebiet ist unter Beachtung der jeweiligen Landschaftsstruktur neu zu gestalten, wie es den gegeneinander abzuwägenden Interessen der Beteiligten entspricht und wie es das Wohl der Allgemeinheit erfordert. Die Feldmark ist neu einzuteilen und zersplitterter Grundbesitz nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammenzulegen; Wege, Gräben und andere gemeinschaftliche Anlagen sind zu schaffen, Bodenverbesserungen vorzunehmen, die Ortslagen aufzulockern und alle sonstigen Maßnahmen zu treffen, durch welche die Grundlagen der Wirtschaftsbetriebe verbessert werden, der Arbeitsaufwand vermindert und die Bewirtschaftung erleichtert wird. Durch Baugebietspläne, Bebauungspläne und ähnliche Planungen wird die Zuziehung der Ortslage zur Flurbereinigung nicht ausgeschlossen.

(2) Die Flurbereinigungsbehörde hat dabei die rechtlichen Verhältnisse zu ordnen, die öffentlichen Interessen, vor allem die Interessen der allgemeinen Landeskultur, zu wahren und den Erfordernissen der Landesgestaltung und Landesplanung, des Naturschutzes und der Landschaftspflege, der Wasserwirtschaft einschließlich Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, der Fischerei, der Energieversorgung, des öffentlichen Verkehrs, der landwirtschaftlichen Siedlung, der Kleinsiedlung, des Kleingartenwesens und anderer Aufbaumaßnahmen sowie einer möglichen bergbaulichen Nutzung Rechnung zu tragen.

(3) Die Veränderung natürlicher Gewässer darf nur aus wasserwirtschaftlichen und nicht nur aus vermessungstechnischen Gründen unter rechtzeitiger Hinzuziehung von Sachverständigen erfolgen.

§ 38

Die Flurbereinigungsbehörde stellt im Benehmen mit der landwirtschaftlichen Berufsvertretung und den beteiligten Behörden und Organisationen, insbesondere den von der zuständigen landwirtschaftlichen Behörde bestellten Fachberatern für Flurbereinigung, allgemeine Grundsätze für die zweckmäßige Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes auf. Dabei sind Vorplanungen der landwirtschaftlichen Berufsvertretung oder anderer landwirtschaftlicher Stellen sowie der Landespflege zu erörtern und in dem möglichen Umfang zu berücksichtigen.

ERSTER ABSCHNITT

Gemeinschaftliche und öffentliche Anlagen

§ 39

(1) Im Flurbereinigungsgebiet sind Wege, Gewässer und andere zur gemeinschaftlichen Benutzung oder einem gemeinschaftlichen Interesse dienende Anlagen zu schaffen, soweit das Interesse der allgemeinen Landeskultur und das wirtschaftliche Bedürfnis der Teilnehmer es erfordern. Sie sind gemeinschaftliche Anlagen.

(2) Vorhandene Anlagen können geändert, verlegt oder eingezogen werden.

§ 40

Für Anlagen, die dem öffentlichen Verkehr oder einem anderen öffentlichen Interesse dienen, wie öffentliche Wege, Einrichtungen von Eisenbahnen, Straßenbahnen und sonstigen Unternehmen des öffentlichen Verkehrs, Wasserversorgungs-, Energieversorgungs-, Abwasserwertungs-, Abwasserbeseitigungs-, Windschutz-, Klimaschutz- und Feuer- schutzanlagen kann Land in verhältnismäßig geringem Umfang im Flurbereinigungsverfahren bereitgestellt werden. Durch den Flurbereinigungsplan wird bestimmt, wem das Land zu Eigentum zugeteilt wird. Soweit eine Anlage nicht zugleich dem wirtschaftlichen Interesse der Teilnehmer dient, hat der Eigentümer der Anlage für das Land und entstehende Schäden einen angemessenen Kapitalbetrag an die Teilnehmergeinschaft zu leisten.

§ 41

(1) Die Flurbereinigungsbehörde stellt einen Plan auf über die gemeinschaftlichen und die öffentlichen Anlagen, insbesondere über die Einziehung, Änderung oder Neuausweisung öffentlicher Wege und über die wasserwirtschaftlichen, bodenverbessernden und landschaftsgestaltenden Anlagen (Wege- und Gewässerplan).

(2) Der Plan ist im Benehmen mit dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft aufzustellen und mit der landwirtschaftlichen Berufsvertretung sowie den beteiligten Behörden und Organisationen zu erörtern.

(3) Der Plan ist durch die obere Flurbereinigungsbehörde vorläufig festzustellen. Die endgültige Feststellung erfolgt durch den Flurbereinigungsplan. Die Feststellung bezieht sich nicht auf Anlagen, für welche die Planfeststellung in anderen Gesetzen geregelt ist.

§ 42

(1) Die Teilnehmergeinschaft hat die gemeinschaftlichen Anlagen, soweit nicht ein anderer den Ausbau übernimmt, herzustellen und bis zur Übergabe an die Unterhaltungspflichtigen zu unterhalten. Die Anlagen können schon vor der Ausführung des Flurbereinigungsplanes gebaut werden, soweit der Wege- und Gewässerplan für sie vorläufig festgestellt ist.

(2) Die gemeinschaftlichen Anlagen werden durch den Flurbereinigungsplan der Teilnehmergeinschaft zu Eigentum zugeteilt und sind von ihr zu



erhalten, soweit nicht der Flurbereinigungsplan oder gesetzliche Vorschriften anderes bestimmen. Sie können der Gemeinde zugeteilt werden, wenn diese zustimmt. Die Länder können eine abweichende Regelung treffen.

(3) Eigentümern von Grundstücken, die nicht zum Flurbereinigungsgebiet gehören, aber durch Anlagen wesentliche Vorteile haben, kann durch den Flurbereinigungsplan ein den Vorteilen entsprechender Anteil an den Kosten der Unterhaltung solcher Anlagen auferlegt werden. Der Kostenanteil ist an den Unterhaltungspflichtigen zu zahlen. Er haftet als öffentliche Last auf den Grundstücken, für die er festgesetzt ist.

§ 43

Sollen Anlagen im Sinne des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandgesetz) vom 10. Februar 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 188) im Flurbereinigungsverfahren ausgeführt werden, so kann die Flurbereinigungsbehörde zur Ausführung und Unterhaltung dieser Anlagen einen Wasser- und Bodenverband nach den Vorschriften über Wasser- und Bodenverbände gründen. Während des Flurbereinigungsverfahrens ist die Flurbereinigungsbehörde die Aufsichtsbehörde und die obere Flurbereinigungsbehörde die obere Aufsichtsbehörde des Verbandes.

ZWEITER ABSCHNITT

Grundsätze für die Abfindung

§ 44

(1) Jeder Teilnehmer ist für seine Grundstücke unter Berücksichtigung der nach § 47 vorgenommenen Abzüge mit Land von gleichem Wert abzufinden. Bei der Bemessung der Landabfindung sind die nach den §§ 27 bis 33 ermittelten Werte zugrunde zu legen.

(2) Bei der Landabfindung sind die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse aller Teilnehmer gegeneinander abzuwägen und alle Umstände zu berücksichtigen, die auf den Ertrag, die Benutzung und die Verwertung der Grundstücke wesentlichen Einfluß haben.

(3) Die Landabfindungen müssen in möglichst großen Grundstücken ausgewiesen werden. Unvermeidbare Mehr- oder Minderausweisungen von Land sind in Geld auszugleichen. Die Grundstücke müssen durch Wege zugänglich gemacht werden; die erforderliche Vorflut ist, soweit möglich, zu schaffen.

(4) Die Landabfindung eines Teilnehmers soll in der Nutzungsart, Beschaffenheit, Bodengüte und Entfernung vom Wirtschaftshofe oder von der Ortslage seinen alten Grundstücken entsprechen, soweit es mit einer großzügigen Zusammenlegung des Grundbesitzes nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen vereinbar ist.

(5) Wird durch die Abfindung eine völlige Änderung der bisherigen Struktur eines Betriebes erforderlich, so bedarf sie der Zustimmung des Teilnehmers. Die Kosten der Änderung sind Ausführungskosten (§ 105).

(6) Die Landabfindungen können im Wege des Austausches in einem anderen Flurbereinigungsgebiet ausgewiesen werden, soweit es für die Durchführung der Flurbereinigung zweckmäßig ist und in den betroffenen Flurbereinigungsgebieten der neue Rechtszustand gleichzeitig eintritt. Die Landabfindungen werden in diesen Fällen durch die Flurbereinigungspläne der Flurbereinigungsgebiete festgestellt, in denen sie ausgewiesen werden.

§ 45

(1) Wenn der Zweck der Flurbereinigung es erfordert, können verändert werden

1. Hof- und Gebäudeflächen;
2. Parkanlagen;
3. Naturdenkmale, Naturschutzgebiete sowie geschützte Landschaftsteile und geschützte Landschaftsbestandteile;
4. Seen, Fischteiche und Fischzuchtanstalten;
5. Gewässer, die einem gewerblichen Betrieb dienen;
6. Sportanlagen;
7. Gärtnereien;
8. Friedhöfe, einzelne Grabstätten und Denkmale;
9. Anlagen, die dem öffentlichen Verkehr, dem Hochwasserschutz, der öffentlichen Wasser- und Energieversorgung sowie der Abwasser- und Abfallverwertung oder -beseitigung dienen;
10. Sol- und Mineralquellen mit den dazugehörigen Grundstücken;
11. Gewerbliche Anlagen zur Gewinnung von Bodenbestandteilen, sofern sie dauernd in Betrieb sind, und Lagerstätten von Bodenschätzen, die der Aufsicht der Bergbehörde unterliegen.

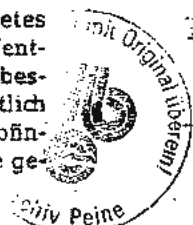
In den Fällen der Nummern 9 bis 11 ist die Zustimmung der Eigentümer, in den Fällen der Nummer 9 auch die Zustimmung der Unterhaltungspflichtigen erforderlich.

(2) Wenn der Zweck der Flurbereinigung in anderer Weise nicht erreicht werden kann, können die in Absatz 1 Nummern 1 bis 8 bezeichneten Grundstücke verlegt oder einem anderen gegeben werden. Bei Wohngebäuden und in den Fällen der Nummern 2, 7 und 8 ist jedoch die Zustimmung der Eigentümer, bei Friedhöfen auch die Zustimmung der beteiligten Kirchen erforderlich.

(3) Zu wesentlichen Eingriffen in den Bestand von Naturdenkmälern, Naturschutzgebieten sowie geschützten Landschaftsteilen und geschützten Landschaftsbestandteilen ist auch die Zustimmung der für den Naturschutz zuständigen Behörde erforderlich.

§ 46

Sind größere Teile des Flurbereinigungsgebietes durch besondere Maßnahmen mit erheblichen öffentlichen Mitteln im Flurbereinigungsverfahren verbessert und ist der Wert dieser Grundstücke wesentlich erhöht worden, so kann der Bemessung der Abfindung der Teilnehmer der erhöhte Wert zugrunde ge-



legt werden. Der erhöhte Wert ist nötigenfalls durch erneute Schätzung nach den §§ 28, 31 bis 33 unter Berücksichtigung der den Teilnehmern verbleibenden Kostenlast festzustellen. Der Erlös des zur Abfindung der Teilnehmer nicht benötigten Landes ist zur Deckung der Kosten der Bodenverbesserung zu verwenden.

§ 47

(1) Den zu den gemeinschaftlichen Anlagen und zu öffentlichen Anlagen nach § 40 erforderlichen Grund und Boden haben alle Teilnehmer nach dem Verhältnis des Wertes ihrer alten Grundstücke zu dem Wert aller Grundstücke des Flurbereinigungsgebietes aufzubringen, soweit er nicht durch vor der Flurbereinigung vorhandene Anlagen gleicher Art oder durch einen bei Neuemessung des Flurbereinigungsgebietes sich ergebenden Überschuß an Fläche gedeckt oder von einzelnen Teilnehmern hergegeben wird; in gleicher Weise ist ein bei Neuemessung sich ergebender Mangel an Fläche aufzubringen. Der von den Teilnehmern aufzubringende Anteil kann für unvorhergesehene Zwecke, für Mißformen und zum Ausgleich mäßig erhöht werden.

(2) Für solche Teile des Flurbereinigungsgebietes, in denen aus besonderen Gründen ein größerer Bedarf an Grund und Boden für gemeinschaftliche oder öffentliche Anlagen als in anderen Teilen besteht, kann zu Lasten der begünstigten Teilnehmer ein von dem übrigen Flurbereinigungsgebiet abweichender Maßstab festgesetzt werden.

(3) Die Flurbereinigungsbehörde kann zur Vermeidung offensichtlicher und unbilliger Härten einzelne Teilnehmer ausnahmsweise von der Aufbringung ihres Anteils an den gemeinschaftlichen oder öffentlichen Anlagen ganz oder teilweise zu Lasten der übrigen Teilnehmer befreien.

§ 48

(1) Zum Flurbereinigungsgebiet gehörende Grundstücke, die nach altem Herkommen in gemeinschaftlichem Eigentum stehen, können geteilt werden.

(2) Wenn es dem Zweck der Flurbereinigung dient und die Eigentümer zustimmen, kann gemeinschaftliches Eigentum an Grundstücken auch in anderen Fällen geteilt oder in der Form von Miteigentum neu gebildet werden.

§ 49

(1) Wenn es der Zweck der Flurbereinigung erfordert, können Dienstbarkeiten, Reallasten und Erwerbsrechte an einem Grundstück sowie persönliche Rechte, die zum Besitz oder zur Nutzung eines Grundstücks berechtigen oder die Benutzung eines Grundstücks beschränken, aufgehoben werden. Für Rechte, die durch die Flurbereinigung entbehrlich werden, wird eine Abfindung nicht gewährt. Für auf altem Herkommen beruhende Dienstbarkeiten, Allmend- und ähnliche Nutzungsrechte ist auf Antrag des Berechtigten Landabfindung zu geben; § 44 Abs. 3 Satz 2 gilt auch hier. In den anderen Fällen sind die Berechtigten durch gleichartige Rechte abzufinden; dingliche Rechte können zu diesem Zweck durch den Flurbereinigungsplan begründet werden. Soweit diese Abfindung unmöglich

oder mit dem Zweck der Flurbereinigung nicht vereinbar ist oder nicht ausreicht, sind die Berechtigten mit Geld oder, wenn sie zustimmen, mit Land abzufinden.

(2) Ein in Absatz 1 Satz 1 bezeichnetes Recht ist auf Antrag des Berechtigten aufzuheben, wenn es bei Übergang auf die Landabfindung an dieser nicht mehr in dem bisherigen Umfang ausgeübt werden könnte. Absatz 1 Sätze 3 bis 5 gelten entsprechend.

(3) Die aus dem Bestehen eines aufzuhebenden Rechtes folgende Minderung des Wertes des alten Grundstücks ist bei der Abfindung des Teilnehmers nur zu berücksichtigen, wenn sie erheblich ist.

§ 50

(1) Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, Bodenaltertümer, Kulturdenkmale sowie Bäume, Feldgehölze und Hecken, deren Erhaltung wegen des Vogel-, Ufer- oder Naturschutzes, wegen des Landschaftsbildes oder aus anderen Gründen geboten ist, hat der Empfänger der Landabfindung zu übernehmen.

(2) Für die in Absatz 1 genannten Holzpflanzen hat die Teilnehmergeinschaft den bisherigen Eigentümer in Geld abzufinden; sie kann von dem Empfänger der Landabfindung angemessene Erstattung verlangen. Mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde können die Teilnehmer anderes vereinbaren. Für unfruchtbare, unveredelte, noch verpflanzbare oder abgängige Obstbäume, für verpflanzbare oder abgängige Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke und für andere als die in Absatz 1 genannten Bäume wird keine Geldabfindung gegeben, der bisherige Eigentümer kann sie entfernen. Als abgängig gelten auch Rebstöcke und Hopfenstöcke, die nach anderen gesetzlichen Vorschriften zu beseitigen sind; die Vorschriften über die Entschädigung nach diesen Gesetzen bleiben unberührt.

(3) Die Länder können bestimmen, daß Obstbäume, Beerensträucher oder Rebstöcke zu entfernen sind, wenn Bodenverbesserungen oder andere ertragsfördernde Maßnahmen, z. B. Rebneuaufbau, sonst nicht zweckmäßig durchgeführt werden können.

(4) Für andere nicht unter Absatz 1 fallende wesentliche Bestandteile von Grundstücken, insbesondere für Gebäude, ist, soweit erforderlich, der bisherige Eigentümer oder der sonst Berechtigte gesondert abzufinden.

§ 51

(1) Ein vorübergehender Unterschied zwischen dem Wert der alten Grundstücke und dem Wert der Landabfindung sowie andere vorübergehende Nachteile einzelner Teilnehmer, die das Maß der den übrigen Teilnehmern entstehenden gleichartigen Nachteile erheblich übersteigen, sind durch Geld oder in anderer Art auszugleichen.

(2) Die Teilnehmergeinschaft kann Erstattung der von ihr geleisteten Ausgleichszahlung von dem, der dadurch Vorteile hat, nach dem Verhältnis seines Vorteiles verlangen.



§ 52

(1) Ein Teilnehmer kann mit seiner Zustimmung auf in Land ganz oder teilweise in Geld abgefunden werden.

(2) Die Zustimmung bedarf zu ihrer Wirksamkeit schriftlicher Form. Sie kann nicht mehr widerrufen werden, wenn sie der Flurbereinigungsbehörde zugegangen oder in eine Verhandlungsniederschrift (§§ 129 bis 131) aufgenommen worden ist.

§ 53

(1) Wird der Teilnehmer ganz oder für einzelne alte Grundstücke in Geld abgefunden und ist er mit der Höhe der Geldabfindung einverstanden, so kann diese schon vor Ausführung des Flurbereinigungsplanes ausgezahlt werden. Nach Auszahlung der Geldabfindung kann ihre Änderung nicht mehr verlangt werden.

(2) Der Teilnehmer darf seine Grundstücke, für die die Geldabfindung ausgezahlt worden ist, nicht mehr veräußern oder belasten. Das Verfügungsverbot (§ 135 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) ist auf Ersuchen der Flurbereinigungsbehörde in das Grundbuch einzutragen. Solange das Verfügungsverbot nicht eingetragen ist, hat der rechtsgeschäftliche Erwerber des Grundstücks, eines Rechts an dem Grundstück oder eines Rechts an einem solchen Recht die Auszahlung der Geldabfindung nur gegen sich gelten zu lassen, wenn ihm das Verfügungsverbot bei dem Erwerb bekannt war.

(3) Ist das Grundstück mit Rechten Dritter belastet, so ist die Abfindung dem Eigentümer nach Abzug des Wertes dieser Rechte auszuzahlen. Eine diesen Rechten zugrunde liegende persönliche Schuld des Eigentümers kann die Teilnehmergeinschaft oder ein gemeinnütziges Siedlungsunternehmen übernehmen, ohne daß es der Genehmigung des Gläubigers bedarf. Die Übernahme wird mit der Anzeige an den Gläubiger wirksam. Bis zu diesem Zeitpunkt ist die Teilnehmergeinschaft oder das Siedlungsunternehmen dem Eigentümer gegenüber verpflichtet, den Gläubiger rechtzeitig zu befriedigen.

§ 54

(1) Geldabfindungen und Geldausgleiche müssen angemessen sein. Die Kapitalbeträge sind unter Zugrundelegung des Wertes nach § 28, bei baulichen Anlagen nach § 29 festzusetzen. Sie können gegen Beiträge (§ 19) verrechnet werden.

(2) Das infolge von Geldabfindungen und nach § 46 zur Abfindung der Teilnehmer nicht benötigte Land ist in einer dem Zweck der Flurbereinigung entsprechenden Weise oder für Siedlungszwecke zu verwenden. Durch den Flurbereinigungsplan wird bestimmt, wem das Land zu Eigentum zugeteilt wird. Für die Zuteilung gilt § 55 entsprechend.

§ 55

(1) Ist ein Siedlungsunternehmen Teilnehmer, so kann das ihm zustehende Abfindungsland mit seiner Zustimmung durch den Flurbereinigungsplan einem oder in Teilen mehreren Siedlern zu Eigentum zugeteilt werden.

(2) Die Flurbereinigungsbehörde kann im Flurbereinigungsplan eine Hypothek, mit der die Grundstücke des Siedlungsunternehmens belastet sind, auf die einzelnen Teile des Abfindungslandes, soweit diese verschiedenen Siedlern zugeteilt werden, entsprechend ihrem im Flurbereinigungsverfahren ermittelten Wert verteilen. Der Gläubiger kann der Verteilung nicht widersprechen.

(3) Nach Eintritt des neuen Rechtszustandes haftet der Siedler für die persönliche Forderung, die der verteilten Hypothek zugrunde liegt, insoweit, als sie der Belastung seines Grundstückes mit der Hypothek entspricht. Die Rechte des Gläubigers gegen den bisherigen Schuldner erlöschen.

(4) Die Vorschriften der Absätze 2 und 3 gelten für Grundschulden, Rentenschulden und Reallasten sinngemäß; doch gilt Absatz 2 für Altenteile nur, soweit der Unterhalt des Berechtigten durch die Verteilung nicht gefährdet wird.

DRITTER ABSCHNITT

Flurbereinigungsplan

§ 56

Vor der Aufstellung des Flurbereinigungsplanes hat die Flurbereinigungsbehörde, soweit erforderlich, die Errichtung fester Grenzzeichen an der Grenze des Flurbereinigungsgebietes sicherzustellen. Sie hat erforderliche Grenzanerkennungen durch die Eigentümer der an das Gebiet grenzenden Grundstücke aufzunehmen. Die Grenzanerkennungen können durch Bestimmungen des Flurbereinigungsplanes ersetzt werden, durch die die Grenze des Flurbereinigungsgebietes festgelegt wird.

§ 57

Vor der Aufstellung des Flurbereinigungsplanes sind die Teilnehmer über ihre Wünsche für die Abfindung zu hören.

§ 58

(1) Die Flurbereinigungsbehörde faßt die Ergebnisse des Verfahrens im Flurbereinigungsplan zusammen. In den Flurbereinigungsplan ist der Wege- und Gewässerplan aufzunehmen, die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen sowie die alten Grundstücke und Berechtigungen der Beteiligten und ihre Abfindungen sind nachzuweisen, die sonstigen Rechtsverhältnisse sind zu regeln. Im Flurbereinigungsplan ist der im Grundbuch eingetragene Eigentümer oder andere Berechtigte auch dann zu bezeichnen, wenn an seiner Stelle gemäß § 12 Sätze 2, 3, §§ 13 und 14 ein anderer als Beteiligter behandelt worden ist.

(2) Gemeindegrenzen können durch den Flurbereinigungsplan geändert werden, soweit es infolge der Durchführung der Flurbereinigung zweckmäßig ist. Die Änderung bezieht sich auch auf die Kreisgrenzen, wenn sie mit den Gemeindegrenzen übereinstimmen. Ist die Änderung von Gemeinde- oder Kreisgrenzen beabsichtigt, so ist die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde rechtzeitig zu verständigen; die Änderung bedarf der Zustimmung der betroffenen Gebietskörperschaften.



(3) Der Flurbereinigungsplan bedarf der Genehmigung der oberen Flurbereinigungsbehörde.

(4) Der Flurbereinigungsplan hat für Festsetzungen, die im gemeinschaftlichen Interesse der Beteiligten oder im öffentlichen Interesse getroffen werden, die Wirkung von Gemeindecsetzungen. Nach Beendigung des Flurbereinigungsverfahrens können die Festsetzungen mit Zustimmung der Gemeindecaufsichtsbehörde durch Gemeindecsetzung geändert oder aufgehoben werden.

§ 59

(1) Der Flurbereinigungsplan ist den Beteiligten bekanntzugeben. Die neue Feldeinteilung ist ihnen auf Wunsch an Ort und Stelle zu erläutern.

(2) Beschwerden gegen den bekanntgegebenen Flurbereinigungsplan müssen die Beteiligten zur Vermeidung des Ausschlusses in einem Anhörungstermin vorbringen; hierauf ist in der Ladung und im Termin hinzuweisen. Die Ladungsfrist beträgt zwei Wochen.

(3) Jeder Teilnehmer soll einen Auszug aus dem Flurbereinigungsplan erhalten, der seine neuen Grundstücke nach Fläche und Wert sowie das Verhältnis seiner Gesamtabfindung zu dem von ihm Eingebraachten nachweist. Der Auszug soll der Ladung zum Anhörungstermin beigelegt werden. Wird durch öffentliche Bekanntmachung geladen, so soll der Auszug den Teilnehmern zwei Wochen vor ihrer Anhörung zugehen.

(4) Beschwerden nach Absatz 2 sind in die Verhandlungsniederschrift (§§ 129 bis 131) aufzunehmen.

(5) Die Länder können an Stelle oder neben der im Termin vorzubringenden Beschwerde schriftliche Beschwerde innerhalb von zwei Wochen nach dem Terminstage zulassen.

§ 60

(1) Die Flurbereinigungsbehörde hat begründeten Beschwerden abzuhefen. Sie kann auch andere Änderungen des Flurbereinigungsplanes vornehmen, die sie für erforderlich hält. Die Bekanntgabe der Änderungen und die Anhörung ist auf die daran Beteiligten zu beschränken. Im übrigen sind die Vorschriften des § 59 anzuwenden.

(2) Die nach Abschluß der Verhandlungen verbleibenden Beschwerden legt die Flurbereinigungsbehörde gemäß der Vorschrift in § 141 Abs. 1 der oberen Flurbereinigungsbehörde vor.

VIERTER ABSCHNITT

Ausführung des Flurbereinigungsplanes

§ 61

Der Flurbereinigungsplan steht rechtskräftig fest, wenn Beschwerden gegen ihn nicht erhoben sind oder wenn rechtskräftig über sie entschieden ist. Zu dem in der Ausführungsanordnung (§§ 62, 63) zu bestimmenden Zeitpunkt tritt der im Flurbereinigungsplan vorgesehene neue Rechtszustand an die Stelle des bisherigen.

(1) Nach Eintritt der Rechtskraft des Flurbereinigungsplanes ordnet die Flurbereinigungsbehörde seine Ausführung an (Ausführungsanordnung).

(2) Die Ausführungsanordnung und der Zeitpunkt des Eintritts des neuen Rechtszustandes (§ 61 Satz 2) sind öffentlich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist auf die Frist nach § 71 Satz 3 hinzuweisen.

(3) Durch Überleitungsbestimmungen, zu denen der Vorstand der Teilnehnergemeinschaft zu hören ist, regelt die Flurbereinigungsbehörde die tatsächliche Überleitung in den neuen Zustand, namentlich den Übergang des Besitzes und der Nutzung der neuen Grundstücke.

(4) Die Überleitungsbestimmungen sind bei den Gemeindeverwaltungen der Flurbereinigungsgemeinden oder bei dem Vorstand der Teilnehnergemeinschaft zur Einsichtnahme für die Beteiligten auszulegen. Die Auslegung ist öffentlich bekanntzumachen.

§ 63

(1) Die Ausführung des Flurbereinigungsplanes kann vor seiner Rechtskraft angeordnet werden, wenn die Flurbereinigungsbehörde verbliebene Beschwerden gemäß der Vorschrift in § 60 Abs. 2 der oberen Flurbereinigungsbehörde vorgelegt hat und aus einem längeren Aufschub der Ausführung voraussichtlich erhebliche Nachteile erwachsen würden (Vorzeitige Ausführungsanordnung).

(2) Wird der vorzeitig ausgeführte Flurbereinigungsplan rechtskräftig geändert, so wirkt diese Änderung in rechtlicher Hinsicht auf den in der Ausführungsanordnung festgesetzten Tag zurück. Die tatsächliche Ausführung der Änderung regelt die Flurbereinigungsbehörde durch Überleitungsbestimmungen. Die Änderung ist den Beteiligten bekanntzugeben.

§ 64

Die Flurbereinigungsbehörde kann den Flurbereinigungsplan auch nach der Ausführungsanordnung (§§ 62, 63) ändern oder ergänzen, wenn öffentliche Interessen oder wichtige, nicht vorherzusehende wirtschaftliche Bedürfnisse der Beteiligten es erfordern oder wenn ihr eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung bekannt wird. Für das Verfahren gelten die §§ 59 bis 63 sinngemäß; § 63 Abs. 2 gilt auch, wenn die Ausführung des Flurbereinigungsplanes gemäß § 62 Abs. 1 angeordnet war.

FÜNFTER ABSCHNITT

Vorläufige Besitzzeiweisung

§ 65

(1) Die Beteiligten können in den Besitz der neuen Grundstücke vorläufig eingewiesen werden, wenn deren Grenzen in die Örtlichkeit übertragen werden sind und endgültige Nachweise für Fläche und Wert der neuen Grundstücke vorliegen sowie das Verhältnis der Abfindung zu dem von jedem Beteiligten

Eingebrachten feststeht. Die neue Feldeinteilung ist den Beteiligten bekanntzugeben und auf Antrag an Ort und Stelle zu erläutern. Die vorläufige Besitz-einweisung kann auf Teile des Flurbereinigungsgebietes beschränkt werden.

(2) Die Flurbereinigungsbehörde ordnet die vorläufige Besitzeinweisung an. Die Bestimmung des § 18 Abs. 2 ist nicht anzuwenden. Die Anordnung ist öffentlich bekanntzumachen. Die Vorschriften des § 62 Abs. 3, 4 gelten sinngemäß.

§ 66

(1) Mit dem in den Überleitungsbestimmungen bestimmten Zeitpunkt gehen der Besitz, die Verwaltung und die Nutzung der neuen Grundstücke auf den in der neuen Feldeinteilung benannten Empfänger über. Soweit an Erzeugnissen oder sonstigen Bestandteilen besondere Rechtsverhältnisse bestehen können, gilt der Empfänger als Eigentümer der neuen Grundstücke. Insbesondere treten die Erzeugnisse der neuen Grundstücke in rechtlicher Beziehung an die Stelle der Erzeugnisse der alten Grundstücke. Die Flurbereinigungsbehörde kann Abweichendes bestimmen.

(2) Die Vorschriften der §§ 69 bis 71 sind sinngemäß anzuwenden.

(3) Die rechtlichen Wirkungen der vorläufigen Besitzeinweisung enden mit der Ausführung des Flurbereinigungsplanes (§§ 62, 63).

§ 67

(1) Ausgleich und Abfindungen in Geld sind möglichst anschließend an die Anordnung nach § 65 Abs. 2 zu leisten, soweit nicht Rechte Dritter nach den Vorschriften der §§ 74 bis 78 zu wahren sind.

(2) Beträge, die nach den endgültigen Festsetzungen im Flurbereinigungsplan in anderer Höhe oder von anderen Beteiligten zu zahlen sind, sind nach Ausführung des Flurbereinigungsplanes auszugleichen.

SECHSTER ABSCHNITT

Wahrung der Rechte Dritter

§ 68

(1) Die Landabfindung tritt hinsichtlich der Rechte an den alten Grundstücken und der diese Grundstücke betreffenden Rechtsverhältnisse, die nicht aufgehoben werden (§ 49), an die Stelle der alten Grundstücke. Die örtlich gebundenen öffentlichen Lasten, die auf den alten Grundstücken ruhen, gehen auf die in deren örtlicher Lage ausgewiesenen neuen Grundstücke über.

(2) Wird eine Landabfindung für mehrere alte Grundstücke oder Berechtigungen gegeben, die durch verschiedene Rechtsverhältnisse betroffen werden, so hat die Flurbereinigungsbehörde zu bestimmen, welche neuen Grundstücke oder Bruchteile von neuen Grundstücken an die Stelle der einzelnen alten Grundstücke oder Berechtigungen treten.

(3) Auf Antrag und, soweit erforderlich, auch von Amts wegen hat die Flurbereinigungsbehörde an Stelle der nach Absatz 2 bestimmten Bruchteile besondere Grundstücke auszuweisen. Das gilt nicht hinsichtlich der Bruchteile von Berechtigungen der in § 49 Abs. 1 Satz 3 bezeichneten Art.

§ 69

Der Nießbraucher hat einen angemessenen Teil der dem Eigentümer zur Last fallenden Beiträge (§ 19) zu leisten und dem Eigentümer die übrigen Beiträge vom Zahlungstage ab zum angemessenen Zinssatz zu verzinsen. Entsprechend ist eine Ausgleichszahlung zu verzinsen, die der Eigentümer für eine dem Nießbrauch unterliegende Mehrzuteilung von Land zu leisten hat.

§ 70

(1) Bei Pachtverhältnissen ist ein Wertunterschied zwischen dem alten und dem neuen Pachtbesitz durch Erhöhung oder Minderung des Pachtzinses oder in anderer Weise auszugleichen.

(2) Wird der Pachtbesitz durch die Flurbereinigung so erheblich geändert, daß dem Pächter die Bewirtschaftung wesentlich erschwert wird, so ist das Pachtverhältnis zum Ende des bei Erlaß der Ausführungsanordnung laufenden oder des darauffolgenden ersten Pachtjahres aufzulösen.

(3) Die Vorschriften der Absätze 1 und 2 gelten nicht, soweit die Vertragsteile eine abweichende Regelung getroffen haben.

§ 71

Über die Leistungen nach § 69, den Ausgleich nach § 70 Abs. 1 und die Auflösung des Pachtverhältnisses nach § 70 Abs. 2 entscheidet die Flurbereinigungsbehörde. Die Entscheidung ergeht nur auf Antrag; im Falle des § 70 Abs. 2 ist nur der Pächter antragsberechtigt. Die Anträge sind spätestens drei Monate nach Erlaß der Ausführungsanordnung bei der Flurbereinigungsbehörde zu stellen.

§ 72

(1) Wird ein Teilnehmer nur in Geld abgefunden, so sind die Inhaber von Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden und Reallasten an den alten Grundstücken sowie die Gläubiger von Rückständen öffentlicher Lasten oder als öffentliche Last auf den alten Grundstücken ruhender Renten auf die Geldabfindung angewiesen.

(2) Wird eine Geldabfindung für mehrere alte Grundstücke oder Berechtigungen gegeben, die verschiedenen Rechtsverhältnissen unterliegen, so hat die Flurbereinigungsbehörde zu bestimmen, welche Teilbeträge der Geldabfindung an die Stelle der alten Grundstücke oder Berechtigungen treten.

§ 73

Wird ein Teilnehmer nur in Geld abgefunden, so sind Altenteilsberechtigte sowie Inhaber von werbsrechten an den alten Grundstücken oder von dinglichen oder persönlichen Rechten, die zum Besitz

294



oder zur Nutzung dieser Grundstücke berechtigen oder die Benutzung dieser Grundstücke beschränken, gesondert abzufinden. Die Vorschriften des § 49 Abs. 1, 3 gelten entsprechend.

§ 74

Wird ein Teilnehmer nur in Geld abgefunden, so sind die Rechte der Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldgläubiger und der Reallastberechtigten, soweit sie aus dem Grundbuch ersichtlich oder sonst bekannt sind, nach folgenden Bestimmungen zu wahren:

1. Sind die Rechte nicht streitig, Teilnehmer und Berechtigte über die Auszahlung einig und macht kein Dritter dingliche Rechte an der Geldabfindung geltend, so weist die Flurbereinigungsbehörde die Teilnehnergemeinschaft an, das Geld den Berechtigten auszuzahlen.
2. Sind die Rechte streitig oder Teilnehmer und Berechtigte über die Auszahlung nicht einig oder macht ein Dritter dingliche Rechte an der Geldabfindung geltend, so weist die Flurbereinigungsbehörde die Teilnehnergemeinschaft an, das Geld zugunsten des in Geld abgefundenen Teilnehmers, der Berechtigten und des Dritten bei dem nach Nummer 3 für die Verteilung zuständigen Amtsgericht unter Verzicht auf das Recht der Rücknahme zu hinterlegen. Nach der Hinterlegung können Ansprüche wegen der Geldabfindung im Flurbereinigungsverfahren nicht mehr geltend gemacht werden. Das Amtsgericht hat den hinterlegten Betrag nach Maßgabe des § 75 zu verteilen. § 108 ist nicht anzuwenden.
3. Für die Verteilung ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk die mit den Rechten belasteten Grundstücke liegen. Liegen die belasteten Grundstücke in den Bezirken verschiedener Amtsgerichte, so ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk die größere Fläche der belasteten Grundstücke liegt. In Zweifelsfällen gilt § 2 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 24. März 1897 (Reichsgesetzbl. S. 97) entsprechend.
4. Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden und Reallasten, die aus der Geldabfindung nicht befriedigt werden, erlöschen.

§ 75

(1) Nach Eintritt des neuen Rechtszustandes kann jeder Hinterlegungsbeteiligte sein Recht an der hinterlegten Summe gegen einen Mitbeteiligten, der dieses Recht bestreitet, vor den ordentlichen Gerichten geltend machen oder die Einleitung eines gerichtlichen Verteilungsverfahrens beantragen.

(2) Auf das Verteilungsverfahren sind die Vorschriften über die Verteilung des Erlöses im Falle der Zwangsversteigerung mit folgenden Abweichungen sinngemäß anzuwenden:

1. Das Verteilungsverfahren ist durch Beschluß zu eröffnen.

2. Die Zustellung des Eröffnungsbeschlusses an den Antragsteller gilt als Beschlagnahme im Sinne des § 13 des Zwangsversteigerungsgesetzes. Ist das Grundstück schon in einem Zwangsversteigerungs- oder Zwangsverwaltungsverfahren beschlagnahmt, so hat es hierbei sein Bewenden.
3. Das Verteilungsgericht hat bei Eröffnung des Verfahrens von Amts wegen das Grundbuchamt um die im § 19 Abs. 2 des Zwangsversteigerungsgesetzes bezeichneten Mitteilungen zu ersuchen; in die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes sind die im Zeitpunkt des Eintritts des neuen Rechtszustandes vorhandenen Eintragungen über Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden und Reallasten sowie die später eingetragenen Veränderungen und Löschungen aufzunehmen.
4. Ansprüche auf wiederkehrende Nebenleistungen sind nur bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung zu berücksichtigen.

§ 76

(1) Erhält ein Teilnehmer neben einer Landabfindung eine Geldabfindung und übersteigt diese den Betrag von dreihundert Deutsche Mark oder den zwanzigsten Teil des Wertes (§§ 28, 29) der belasteten alten Grundstücke, so hat die Flurbereinigungsbehörde die Abfindung den in § 74 bezeichneten Berechtigten mit dem Hinweis bekanntzugeben, daß ihre Rechte an der Geldabfindung im Flurbereinigungsverfahren nur gewahrt werden, wenn sie dies innerhalb eines Monats beantragen.

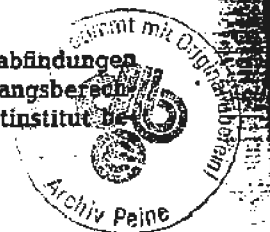
(2) Wird rechtzeitig ein Antrag gestellt, so hat die Flurbereinigungsbehörde das Recht des Antragstellers, soweit es unter Berücksichtigung der im Range vorgehenden Rechte durch den Wert der Landabfindung für die belasteten alten Grundstücke nicht gesichert ist, und die im Range nachstehenden Rechte entsprechend den Vorschriften des § 74 zu wahren. Dies gilt nicht, wenn der Teilnehmer innerhalb einer von der Flurbereinigungsbehörde zu bestimmenden Frist die geschmälerte Sicherheit dadurch wiederherstellt, daß er im Range vorgehende Rechte beseitigt, andere Grundstücke den Abfindungsgrundstücken als Bestandteile zuschreiben läßt oder das Abfindungsgrundstück dauerhaft verbessert.

§ 77

Die Vorschriften der §§ 74 bis 76 gelten entsprechend, wenn Rechte Dritter an den Rechten bestehen, die nach § 74 zu wahren sind oder deren Inhaber nach § 49 oder § 73 in Geld abgefunden werden.

§ 78

Die Teilnehnergemeinschaft hat Geldabfindungen bis zu ihrer Verwendung für die Empfangsberechtigten auf Sonderkonto bei einem Kreditinstitut zu reitzuhalten.



SIEBENTER ABSCHNITT

VIERTER TEIL

Berichtigung der öffentlichen Bücher

Besondere Bestimmungen

§ 79

(1) Nach Eintritt des neuen Rechtszustandes sind die öffentlichen Bücher auf Ersuchen der Flurbereinigungsbehörde nach dem Flurbereinigungsplan zu berichtigen.

(2) Für Rechtsänderungen, die durch Beschwerden gegen den Flurbereinigungsplan berührt werden, ist das Ersuchen erst nach rechtskräftiger Entscheidung über die Beschwerden zu stellen.

§ 80

Dem Ersuchen um Berichtigung des Grundbuches eine Bescheinigung über den Eintritt des neuen Rechtszustandes und ein beglaubigter Auszug aus dem Flurbereinigungsplan beizufügen, der nachweisen muß

1. die Eigentümer der zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücke;
2. die alten Grundstücke und Berechtigungen sowie die dafür ausgewiesenen Abfindungen;
3. die Landzuteilungen sowie die gemeinschaftlichen und die öffentlichen Anlagen;
4. die zu löschenden, die auf neue Grundstücke zu übertragenden und die neu einzutragenden Rechte.

§ 81

(1) Bis zur Berichtigung des Liegenschaftskatasters dient der Flurbereinigungsplan als amtliches Verzeichnis der Grundstücke (§ 2 Abs. 2 der Grundbuchordnung).

(2) Hat die Flurbereinigungsbehörde die Unterlagen zur Berichtigung des Liegenschaftskatasters an die für die Führung des Liegenschaftskatasters zuständige Behörde abgegeben, so ist für die Fortführung der Unterlagen auch vor Abschluß der Berichtigung diese Behörde zuständig.

§ 82

Solange die Flurbereinigungsbehörde die Berichtigung des Grundbuches noch nicht veranlaßt hat, kann ein Teilnehmer, dessen Rechte durch Beschwerden gegen den Flurbereinigungsplan voraussichtlich nicht berührt werden, beantragen, daß die Flurbereinigungsbehörde das Grundbuchamt sogleich ersucht, das Grundbuch durch Eintragung seiner neuen Grundstücke zu berichtigen. Dem Ersuchen sind außer der Bescheinigung über den Eintritt des neuen Rechtszustandes nur die Nachweise über die alten und neuen Grundstücke des Antragstellers beizufügen.

§ 83

Nachträgliche Änderungen, Ergänzungen oder Berichtigungen des Flurbereinigungsplanes (§§ 64, 132) werden nach den §§ 79 ff in das Grundbuch übernommen.

ERSTER ABSCHNITT

Waldgrundstücke

§ 84

Ländlicher Grundbesitz im Sinne dieses Gesetzes sind auch Waldgrundstücke.

§ 85

Für die Einbeziehung von Waldgrundstücken in ein Flurbereinigungsverfahren gelten folgende Sondervorschriften:

1. In den Fällen des § 5 Abs. 2, des § 38 und des § 41 Abs. 2 ist die forstwirtschaftliche Berufsvertretung entsprechend zu beteiligen.
2. Zur Einbeziehung einer geschlossenen Waldfläche von mehr als zehn Hektar Größe ist die Zustimmung der Forstaufsichtsbehörde erforderlich.
3. Für größere Waldgrundstücke, die einer Zusammenlegung nicht bedürfen und von der Flurbereinigung keinen wesentlichen Vorteil haben, sind Beiträge (§ 19) nicht zu erheben.
4. Ist die Schätzung eines Holzbestandes erforderlich, so ist sein Wert nach den Grundsätzen der Waldwertrechnung zu ermitteln.
5. Von der Bekanntgabe des Flurbereinigungsbeschlusses bis zur Ausführungsanordnung bedürfen Holzeinschläge, die den Rahmen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung übersteigen, der Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde; die Zustimmung darf nur im Einvernehmen mit der Forstaufsichtsbehörde erteilt werden.
6. Sind Holzeinschläge entgegen der Vorschrift der Nummer 5 vorgenommen worden, so kann die Flurbereinigungsbehörde anordnen, daß derjenige, der das Holz gefällt hat, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsmäßig in Bestand zu bringen hat.
7. Eine geschlossene Waldfläche von mehr als drei Hektar Größe darf nur mit Zustimmung des Eigentümers oder der Forstaufsichtsbehörde wesentlich verändert werden.
8. Nur wenn der Eigentümer zustimmt oder der Zweck der Flurbereinigung in anderer Weise nicht erreicht werden kann, darf eine Waldfläche einem anderen gegeben werden. Für aufstehendes Holz ist, soweit möglich, Abfindung in Holzwerten zu geben.
9. Die Teilung von Waldgrundstücken, die in gemeinschaftlichem Eigentum stehen (§ 48 Abs. 1), und die Aufhebung von Dienstbarkeiten (§ 49 Abs. 1) bedürfen der Zustimmung der Forstaufsichtsbehörde.
10. § 50 gilt entsprechend.

296



ZWEITER ABSCHNITT

Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren

§ 86

(1) Ein Flurbereinigungsverfahren kann in Teilen einer oder mehrerer Gemeinden durchgeführt werden, um die durch Anlegung, Änderung oder Beseitigung von Eisenbahnen, Straßenbahnen, Autobahnen, Wegen, Wasserläufen oder durch ähnliche Maßnahmen für die allgemeine Landeskultur entstehenden oder entstandenen Nachteile zu beseitigen oder um die Durchführung eines Bodenreform- oder Siedlungsverfahrens oder anderer Aufbaumaßnahmen zu erleichtern. Dabei gelten an Stelle der Vorschriften des § 4, des § 6 Abs. 2, 3, des § 62 Abs. 2, 4 folgende Sonderbestimmungen:

1. Die Flurbereinigungsbehörde ordnet die Flurbereinigung durch Beschluß an und stellt das Flurbereinigungsgebiet fest. Der Beschluß ist zu begründen. Der entscheidende Teil des Beschlusses kann den Beteiligten in Abschrift übersandt oder öffentlich bekanntgemacht zu werden.
2. Der Träger des Unternehmens oder der Maßnahme ist Nebenbeteiligter (§ 10 Nr. 2).
3. Die Bekanntgabe der Schätzungsergebnisse kann mit der Bekanntgabe des Flurbereinigungsplanes verbunden werden.
4. Von der Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes (§ 41) kann abgesehen werden.
5. Die Ausführungsanordnung und die Überleitungsbestimmungen können den Beteiligten in Abschrift übersandt oder öffentlich bekanntgemacht werden.

(2) Dem Träger des Unternehmens können die Ausführungskosten (§ 105) entsprechend den durch die Herstellung, Änderung oder Beseitigung der Anlage entstandenen Nachteilen auferlegt werden, soweit die Nachteile in einem Planfeststellungsverfahren nach anderen gesetzlichen Vorschriften nicht berücksichtigt und erst nach der Planfeststellung erkennbar geworden sind. Nach Ablauf von fünf Jahren seit der Herstellung, Änderung oder Beseitigung der Anlage können dem Träger des Unternehmens Kosten nach Satz 1 nicht mehr auferlegt werden.

(3) Das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren ist auch zulässig für Weiler, für Gemeinden kleineren Umfanges, in Gebieten mit Einzelhöfen (Einödhöfen) sowie in bereits flurbereinigten Gemeinden, in denen eine stärkere Zusammenlegung der Grundstücke erforderlich geworden ist. Die Voraussetzungen des Absatzes 1 brauchen nicht vorzuliegen.

DRITTER ABSCHNITT

Bereitstellung von Land
in großem Umfang für Unternehmen

§ 87

(1) Wird aus besonderem Anlaß eine Enteignung durchgeführt, durch die ländliche Grundstücke in großem Umfange in Anspruch genommen werden,

so kann auf Antrag der Enteignungsbehörde ein Flurbereinigungsverfahren eingeleitet werden, wenn der den Betroffenen entstehende Landverlust auf einen größeren Kreis von Eigentümern verteilt oder Nachteile für die allgemeine Landeskultur, die durch das Unternehmen entstehen, vermieden werden sollen. Das Ausmaß der Verteilung des Landverlustes ist im Einvernehmen mit der landwirtschaftlichen Berufsvertretung zu regeln.

(2) Das Flurbereinigungsverfahren kann bereits angeordnet werden, wenn der Plan im Enteignungsverfahren vorläufig festgestellt ist.

§ 88

Für das Flurbereinigungsverfahren im Falle des § 87 gelten folgende Sonderbestimmungen:

1. In dem Flurbereinigungsbeschluß (§ 4) und bei der Aufklärung der Grundstückseigentümer (§ 5 Abs. 1) ist auf den besonderen Zweck des Verfahrens hinzuweisen. Die Voraussetzungen des § 1 brauchen nicht vorzuliegen.
2. Der Träger des Unternehmens ist Nebenbeteiligter (§ 10 Nr. 2).
3. Eine vorläufige Anordnung gemäß § 36 ist zugunsten des Trägers des Unternehmens zulässig. Die Anordnung kann mit Auflagen verbunden oder von Bedingungen, insbesondere von der Leistung einer Sicherheit abhängig gemacht werden. Die obere Flurbereinigungsbehörde setzt auf Antrag der für das Unternehmen zuständigen oberen Behörde fest, wann der Träger des Unternehmens in den Besitz der benötigten Flächen einzuweisen ist.
4. Die für das Unternehmen benötigten Flächen sind von den Teilnehmern nach dem Verhältnis des Wertes ihrer alten Grundstücke zu dem Wert aller Grundstücke des Flurbereinigungsgebietes aufzubringen. Zu der Aufbringung sind landwirtschaftliche oder gärtnerische Betriebe nur insoweit heranzuziehen, als ihre wirtschaftliche Fortführung nicht gefährdet wird. Die Flächen werden durch den Flurbereinigungsplan dem Träger des Unternehmens zu Eigentum zugeteilt. Für die von einem Teilnehmer aufgebrauchte Fläche hat ihm der Träger des Unternehmens Geldentschädigung zu leisten. Die Höhe der Geldentschädigung und die sonstigen Entschädigungsansprüche des Teilnehmers richten sich nach dem für das Unternehmen geltenden Gesetz. Die Geldentschädigung ist zu Händen der Teilnehmergeinschaft zu zahlen. Diese kann die Geldentschädigung gegen Beiträge (§ 19) verrechnen.
5. Der Träger des Unternehmens hat Nachteile, die Beteiligten durch das Unternehmen entstehen, zu beheben und, soweit dies nicht möglich ist oder nach dem Ermessen der Flurbereinigungsbehörde nicht zweckmäßig erscheint, für sie Geldentschädigung zu leisten. Die Entschädigungen sind zu Händen der Teilnehmergeinschaft zu zahlen. Die Teilnehmergeinschaft hat diese Entschädigungen zur Behebung der Nachteile zu verwenden und, soweit sie

Original übergeben

nicht behoben werden den Entschädigungsberechtigten auszuführen. Eine Verrechnung gegen Beiträge ist zulässig.

6. Der Träger des Unternehmens hat die Geldentschädigungen in der von der Flurbereinigungsbehörde festgestellten Höhe zu Händen der Teilnehmergeinschaft vorzuschießen.
7. Wegen der Höhe der Geldentschädigungen steht nur der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten nach dem für das Unternehmen geltenden Gesetz offen. Der Anspruch auf die Geldentschädigung für die von einem Teilnehmer aufgebrachte Fläche kann gerichtlich erst geltend gemacht werden, wenn die Landabfindungen aller Teilnehmer rechtskräftig feststehen. Die Frist für eine gerichtliche Geltendmachung des in Satz 2 bezeichneten Anspruchs beginnt erst in dem Zeitpunkt, in dem die Flurbereinigungsbehörde dem Entschädigungsberechtigten, dem der Rechtsweg insoweit noch offensteht, mitgeteilt hat, daß die Landabfindungen aller Teilnehmer rechtskräftig feststehen.
8. Die obere Flurbereinigungsbehörde bestimmt nach Anhörung des Trägers des Unternehmens den von diesem zu zahlenden Anteil an den Kosten des Flurbereinigungsverfahrens, der durch Bereitstellung der zugeteilten Flächen, Behebung von Nachteilen und Ausführung der durch das Unternehmen nötig gewordenen gemeinschaftlichen Anlagen verursacht ist. Die diesem Anteil entsprechenden Ausführungskosten (§ 105) sind an die Teilnehmergeinschaft zu zahlen.
9. Die Steuerfreiheit nach § 108 gilt nicht für die Grunderwerbsteuer und die Wertzuwachssteuer bei dem Übergang von Grundstücken auf den Träger des Unternehmens.
10. Das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren (§ 86) und das beschleunigte Zusammenlegungsverfahren (§§ 91 bis 103) sind nicht anzuwenden.

§ 89

(1) Soweit im Falle des § 87 ein Teilnehmer nach dem für das Unternehmen geltenden Gesetz keinen Anspruch auf Entschädigung in Land hat, kann die Enteignungsbehörde entscheiden, daß er im Flurbereinigungsverfahren in Geld zu entschädigen ist. Die Anfechtung der Entscheidung richtet sich nach dem für das Unternehmen geltenden Gesetz.

(2) Über die Höhe der Geldentschädigung entscheidet die Flurbereinigungsbehörde, nachdem die Entscheidung nach Absatz 1 rechtskräftig geworden ist. Abweichend von § 88 Nr. 7 kann die Entscheidung über die Höhe der Geldentschädigung bereits angefochten werden, sobald sie ergangen ist. Die Geldentschädigung kann schon vor der Ausführung des Flurbereinigungsplanes ausgezahlt werden; § 53 Abs. 2, 3 gilt sinngemäß.

§ 90

Wenn für ländliche Grundstücke eine Grundabtretung nach berggesetzlichen Vorschriften in großem Umfange durchgeführt oder zulässig ist und

die Grundstückseigentümer den begründeten Anspruch erheben, daß der Bergwerksunternehmer das Eigentum an den Grundstücken erwirbt, kann der den Betroffenen entstehende Landverlust im Wege eines Flurbereinigungsverfahrens auf einen größeren Kreis von Eigentümern verteilt werden. In diesem Falle erwirbt der Bergwerksunternehmer das Eigentum durch den Flurbereinigungsplan. Die Bestimmungen des § 88 sind sinngemäß anzuwenden.

FUNFTER TEIL

Beschleunigtes
Zusammenlegungsverfahren

§ 91

Um den durch die Zusammenlegung der Grundstücke in der Flurbereinigung erstrebten betriebswirtschaftlichen Erfolg möglichst rasch herbeizuführen, kann in Gemarkungen, in denen die Anlage eines neuen Wegenetzes und größere wasserwirtschaftliche Maßnahmen zunächst nicht erforderlich sind, eine Zusammenlegung nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen stattfinden.

§ 92

(1) Die Zusammenlegung ist ein durch die Flurbereinigungsbehörde geleitetes Verfahren, in dem innerhalb eines bestimmten Gebietes (Zusammenlegungsgebiet) zersplitterter ländlicher Grundbesitz unter Mitwirkung der Gesamtheit der beteiligten Grundstückseigentümer wirtschaftlich zusammengelegt wird. Sie kann auf den Grundbesitz oder Teile des Grundbesitzes bestimmter Eigentümer beschränkt werden.

(2) Auf die Zusammenlegung finden die Vorschriften über die Flurbereinigung sinngemäß Anwendung, soweit sich nicht aus dem Zweck der Zusammenlegung und den §§ 93 bis 103 Abweichungen ergeben.

§ 93

(1) Die Zusammenlegung ist einzuleiten, wenn mehrere Grundstückseigentümer oder die landwirtschaftliche Berufsvertretung sie beantragen.

(2) Für die Anordnung der Zusammenlegung (Zusammenlegungsbeschluß) gelten § 6 Abs. 1 und § 86 Abs. 1 Nr. 1 entsprechend. Vor der Anordnung sind die voraussichtlich beteiligten Grundstückseigentümer, die landwirtschaftliche Berufsvertretung, die Gemeinde und der Gemeindeverband zu hören.

§ 94

(1) Nachträgliche Änderungen des Zusammenlegungsgebietes bedürfen der Zustimmung des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft.

(2) Die Einstellung des Verfahrens kann nach Anhörung des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft und der landwirtschaftlichen Berufsvertretung von der Flurbereinigungsbehörde mit Zustimmung der oberen Flurbereinigungsbehörde angeordnet werden, wenn seine Durchführung unzweckmäßig erscheint. § 93 Abs. 2 ist sinngemäß anzuwenden.

298



§ 95

Die Bildung eines Vorstandes der Teilnehmergemeinschaft kann unterbleiben. In diesem Falle unterliegen die Aufgaben des Vorstandes der Versammlung der Teilnehmer. Den Vorsitz in dieser führt der von den Teilnehmern gewählte Vorsitzende der Teilnehmergemeinschaft. Die §§ 21 bis 26 gelten sinngemäß.

§ 96

Die Bewertung der Grundstücke ist in einfacher Weise vorzunehmen. Die Bekanntgabe der Ergebnisse kann mit der Bekanntgabe des Zusammenlegungsplanes (§ 100) verbunden werden.

§ 97

Der zersplitterte Grundbesitz ist großzügig zusammenzulegen. Nach Möglichkeit sollen ganze Flurstücke ausgetauscht werden. Die Veränderung und Neuanlage von Wegen und Gewässern sowie Bodenverbesserungen sollen sich auf die nötigsten Maßnahmen beschränken. Ein Wege- und Gewässerplan (§ 41) wird nicht aufgestellt.

§ 98

Für die Abfindung gelten die Grundsätze der §§ 44 bis 55 mit der Einschränkung, daß die in § 45 aufgeführten Grundstücke nur mit Zustimmung ihrer Eigentümer verändert werden dürfen und § 48 Abs. 1 nicht anzuwenden ist.

§ 99

(1) Die Abfindungen sind nach Möglichkeit durch Vereinbarung mit den Beteiligten zu bestimmen. Die Vereinbarungen bedürfen der Genehmigung der Flurbereinigungsbehörde. Zu ihrer Wirksamkeit genügt die schriftliche Form (§ 126 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

(2) Die Flurbereinigungsbehörde kann geeignete Stellen, insbesondere die landwirtschaftliche Berufsvertretung oder Dienststellen der landwirtschaftlichen Verwaltung mit deren Zustimmung oder sachkundige Personen beauftragen, die Verhandlungen zur Erzielung einer Vereinbarung mit den Beteiligten zu führen und einen Zusammenlegungsplan vorzulegen. Der Auftrag kann zurückgezogen werden.

(3) Ist eine Vereinbarung nicht zu erzielen, so werden die Abfindungen von Amts wegen durch die Flurbereinigungsbehörde bestimmt. Die Vorschriften der §§ 38 und 56 sind nicht anzuwenden.

§ 100

An die Stelle des Flurbereinigungsplanes tritt der Zusammenlegungsplan. Auf diesen sind die Vorschriften der §§ 58 bis 60 sinngemäß anzuwenden. Gemeindegrenzen sollen jedoch nicht geändert werden.

§ 101

Die Ausführungsanordnung (§§ 62, 63), die Anordnung der vorläufigen Besitzzeirweisung (§ 65) und die Überleitungsbestimmungen sind den Beteiligten in Abschrift zu übersenden oder öffentlich bekanntzumachen.

§ 102

Die Durchführung eines Zusammenlegungsverfahrens schließt die spätere Durchführung eines Flurbereinigungsverfahrens nicht aus.

§ 103

Das Gesetz des Landes Bayern über die Zusammenlegung von landwirtschaftlichen Grundstücken (Arrondierungsgesetz) vom 10. Mai 1949 (Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt S. 112) und die Zweite Verordnung des Staatsministeriums des Landes Württemberg-Hohenzollern zur Durchführung des Bodenreformgesetzes (Agrarreformverordnung) vom 16. Dezember 1949 (Regierungsblatt für das Land Württemberg-Hohenzollern 1950 S. 7) bleiben unberührt.

SECHSTER TEIL

Kosten

§ 104

Die persönlichen und sächlichen Kosten der Behördenorganisation (Verfahrenskosten) trägt das Land.

§ 105

Die zur Ausführung der Flurbereinigung erforderlichen Aufwendungen fallen der Teilnehmergemeinschaft zur Last (Ausführungskosten).

§ 106

Eigentümern von Grundstücken, die nicht zum Flurbereinigungsgebiet gehören, aber von der Flurbereinigung wesentliche Vorteile haben, ist durch den Flurbereinigungsplan ein den Vorteilen entsprechender Beitrag zu den Ausführungskosten aufzuerlegen. Der Beitrag haftet als öffentliche Last auf den Grundstücken, für die er festgesetzt ist.

§ 107

(1) Ist die Erledigung eines Antrages zur Durchführung des Flurbereinigungsverfahrens nicht erforderlich, so trägt der Antragsteller die Kosten. Die Flurbereinigungsbehörde setzt den zu erhebenden Kostenbetrag unter Berücksichtigung der wirklich erwachsenen Kosten fest. Sie kann von dem Kostspflichtigen einen Vorschuß erheben, der nach der Höhe der voraussichtlich entstehenden Kosten zu bemessen ist; wird der Vorschuß nicht innerhalb der von der Flurbereinigungsbehörde bestimmten Frist bezahlt, so kann der Antrag zurückgewiesen werden.

(2) Kosten, die durch Vereitelung von Terminen oder anderen zur Durchführung des Verfahrens erforderlichen Maßnahmen sowie durch Versäumnis (§ 134) verursacht werden, können dem zur Last gelegt werden, der sie verschuldet hat.

§ 108

(1) Geschäfte und Verhandlungen, die der Durchführung der Flurbereinigung dienen, einschließlich der Berichtigung der öffentlichen Bücher, sind frei

299



Gebühren, Steuern, Kosten und Abgaben; hier-
von unberührt bleiben Regelungen hinsichtlich der
Steuern mit örtlich bedingtem Wirkungskreis, wie
z. B. der Grunderwerbsteuer und der Wertzuwachs-
steuer, und hinsichtlich der Gebühren, Kosten und
Abgaben, die auf landesrechtlichen Vorschriften beru-
hen.

(2) Die Gebühren-, Steuer-, Kosten- und Abgabe-
freiheit ist von der zuständigen Behörde ohne Nach-
prüfung anzuerkennen, wenn die Flurbereinigungs-
behörde versichert, daß ein Geschäft oder eine Ver-
handlung der Durchführung der Flurbereinigung
dient.

SIEBENTER TEIL

Allgemeine Verfahrensvorschriften

§ 109

Die Berufsvertretung der Landwirtschaft, Forst-
wirtschaft oder Fischerei, soweit sie nach den Vor-
schriften dieses Gesetzes zu hören oder zu beteiligen
ist, ist die Landwirtschaftskammer. In den Ländern,
in denen eine Landwirtschaftskammer nicht besteht
oder zur Vertretung eines Berufsstandes nicht be-
fugt ist, bestimmt die für die Landwirtschaft zu-
ständige oberste Landesbehörde die Organisation
und deren Organ, das im Einzelfall zu beteiligen ist.

§ 110

Die in diesem Gesetz vorgeschriebenen öffent-
lichen Bekanntmachungen erfolgen in den Flurberei-
nigungsgemeinden und in den angrenzenden
Gemeinden, wenn dort Beteiligte, Vertreter, Bevoll-
mächtigte oder Empfangsbevollmächtigte wohnen,
nach den für die öffentliche Bekanntmachung von
Verfügungen der Gemeinden bestehenden Rechts-
vorschriften. Behörden, Körperschaften des öffent-
lichen Rechtes und der Vorsitzende der Teilnehmer-
gemeinschaft sollen Abschriften der Bekannt-
machungen erhalten.

§ 111

(1) Ladungen und andere Mitteilungen können,
soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, in
jeder Form bekanntgegeben werden. Sollen La-
dungen und andere Mitteilungen in Flurberei-
nungs- oder angrenzenden Gemeinden mehreren
Beteiligten bekanntgegeben werden, so kann die
Bekanntgabe, soweit dieses Gesetz nichts anderes
vorschreibt, durch öffentliche Bekanntmachung er-
folgen.

(2) Die Bekanntgabe ist urkundlich nachzuweisen,
wenn die Ladung oder Mitteilung eine Frist in
Lauf setzt oder Rechtsfolgen an ihre Nichtbeach-
tung geknüpft werden sollen.

(3) Bekanntgaben an Körperschaften des öffent-
lichen Rechtes sollen außerdem schriftlich erfolgen.

§ 112

(1) Für das Zustellungsverfahren gelten die
Vorschriften des Verwaltungszustellungsgesetzes

(VwZG) vom 3. Juli 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 379).
Daneben gilt die in § 113 geregelte Sonderart der
Zustellung.

(2) Die Verordnung über Postzustellung in der
öffentlichen Verwaltung (Postzustellungsverord-
nung) vom 23. August 1943 (Reichsgesetzbl. I S. 527)
ist für das Flurbereinigungsverfahren nicht anzu-
wenden.

§ 113

Mehreren Beteiligten in einer Gemeinde kann
auch durch Umlauf zugestellt werden. Dabei gilt
folgendes:

1. Das zuzustellende Schriftstück ist zur Kennt-
nisnahme vorzulegen. Eine beglaubigte Ab-
schrift ist bei der Gemeinde- oder Polizei-
behörde des Zustellungsortes oder bei einem
der Beteiligten, an die der Umlauf gerichtet
ist, niederzulegen. Die Niederlegung ist in dem
Schriftstück zu vermerken.
2. In den Fällen der §§ 11 und 13 VwZG ist an
Stelle des Schriftstückes eine schriftliche Mit-
teilung über die Niederlegung der beglaubigten
Abschrift (Nummer 1) zu übergeben oder zu-
rückzulassen. Auf diese Niederlegung ist auch
in der Mitteilung nach § 11 Abs. 2 Satz 2 VwZG
hinzuweisen.
3. Einspruchs- und Beschwerdebescheide dürfen
nicht durch Umlauf zugestellt werden.

§ 114

(1) In den Ladungen muß auf den Gegenstand der
Verhandlung und die gesetzlichen Folgen des Aus-
bleibens hingewiesen werden.

(2) Zwischen der Bekanntgabe der Ladung und
dem Terminstage muß, soweit dieses Gesetz nichts
anderes bestimmt, eine Frist von einer Woche liegen.
Erfolgt eine Ladung durch öffentliche Bekannt-
machung, so beträgt die Ladungsfrist zwei Wochen.

(3) Die Beteiligten können auf die Einhaltung der
gesetzlichen Ladungsfristen und der anderen Vor-
schriften für die Ladung verzichten. Als Verzicht
gilt es, wenn ein Beteiligter im Termin erscheint
und nicht vor der Verhandlung über seine Sache
den Mangel rügt.

§ 115

(1) Die gesetzlichen Fristen beginnen mit der Be-
kanntgabe (Zustellung), wenn öffentliche Bekannt-
machung erfolgt, mit dem ersten Tage der Bekannt-
machung.

(2) Für die Berechnung der Fristen gelten die Vor-
schriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Fällt das
Ende einer Frist auf einen Sonntag oder einen all-
gemeinen Feiertag, so endet die Frist mit Ablauf
des nächstfolgenden Werktags.

§ 116

(1) Die Flurbereinigungsbehörde und die obere
Flurbereinigungsbehörde können das persönliche
Erscheinen der Beteiligten anordnen, Sachverständige
und Zeugen vernehmen und den nach ihrem

300

Beim
111
G
111
111
111

mit Original überholt
Archiv Peine

Ermessen erforderlichen Beweis in vollem Umfange erheben. Sie können anordnen, daß Beteiligte die in ihrem Besitz befindlichen zur Aufklärung notwendigen Urkunden, Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldgläubiger die in ihrem Besitz befindlichen Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldbriefe vorlegen.

(2) Nur das Flurbereinigungsgericht oder das Amtsgericht kann im Wege der Amtshilfe Zeugen und Sachverständige eidlich vernehmen. Die Bestimmungen der Zivilprozeßordnung finden sinngemäß Anwendung. § 135 Abs. 1 Satz 1 bleibt unberührt.

§ 117

(1) Die Ordnung bei den Verhandlungen wahrt der Verhandlungsleiter.

(2) Er kann Personen, die seine Anordnungen zur Wahrung der Ordnung nicht befolgen, vom Verhandlungsort entfernen lassen.

(3) Gegen Personen, die sich einer Ungebühr schuldig machen oder seine Anordnungen zur Wahrung der Ordnung nicht befolgen, kann er vorbehaltlich der strafrechtlichen Verfolgung eine Ordnungsstrafe bis zu einhundertfünfzig Deutsche Mark festsetzen. Für die Anordnung einer Ersatzhaftstrafe gilt § 16 des Verwaltungs-Vollstreckungsgesetzes vom 27. April 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 157) entsprechend.

(4) Die Entfernung von Personen, die Festsetzung von Strafen und ihr Anlaß sind in die Verhandlungsniederschrift aufzunehmen.

§ 118

Körperschaften des öffentlichen Rechtes bedürfen für die von ihnen abzugebenden Erklärungen keiner Genehmigung ihrer Aufsichtsbehörde.

§ 119

(1) Die Flurbereinigungsbehörde oder die obere Flurbereinigungsbehörde kann einen Vertreter bestellen

1. für Miteigentümer oder gemeinschaftliche Eigentümer von Grundstücken, sofern sie der Aufforderung, einen gemeinsamen Bevollmächtigten zu bestellen, innerhalb der ihnen gesetzten Frist nicht nachkommen;
2. bei herrenlosen Grundstücken zur Wahrnehmung der sich aus dem Eigentum ergebenden Rechte und Pflichten.

(2) Die in den §§ 1780 und 1781 des Bürgerlichen Gesetzbuchs genannten Personen dürfen nicht zum Vertreter bestellt werden.

(3) Der nach Absatz 1 bestellte Vertreter ist zu entlassen, wenn der Grund für seine Bestellung weggefallen ist. Die Vertretungsmacht des bestellten Vertreters endet in dem Zeitpunkt, in dem ihm die Mitteilung über seine Entlassung zugeht.

§ 120

(1) Beteiligte können sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen und zu Verhandlungen mit einem Beistand erscheinen.

(2) Das von einem Beistand Vorgetragene gilt als von dem Beteiligten vorgebracht, soweit es dieser nicht unverzüglich in der Verhandlung widerruft oder berichtigt.

§ 121

Bevollmächtigte und Beistände, die nicht unbeschränkt geschäftsfähig sind oder denen die Fähigkeit zum geeigneten Vortrag mangelt, können zurückgewiesen werden.

§ 122

Auf Rechtsanwälte und Personen, denen die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten von der zuständigen Behörde gestattet ist, sind § 117 Abs. 2 bis 4 und § 121 nicht anzuwenden.

§ 123

(1) Der Bevollmächtigte hat sich durch eine schriftliche Vollmacht auszuweisen und sie der Flurbereinigungsbehörde oder der oberen Flurbereinigungsbehörde auf Anordnung zu übergeben.

(2) Auf Verlangen der Flurbereinigungsbehörde oder der oberen Flurbereinigungsbehörde muß die Unterschrift öffentlich beglaubigt werden.

§ 124

Handelt jemand für einen Beteiligten als Bevollmächtigter ohne Beibringung einer formgültigen Vollmacht, so kann er zu Erklärungen einstweilen zugelassen werden. Sie werden unwirksam, wenn nicht innerhalb der dafür gesetzten Frist die Vollmacht beigebracht wird oder der Vertretene die für ihn abgegebenen Erklärungen genehmigt.

§ 125

(1) Die für die Flurbereinigung erteilte Vollmacht ermächtigt zu allen das Verfahren betreffenden Handlungen, zur Bestellung eines Vertreters für einzelne Handlungen, zum Abschluß von Vereinbarungen, zur Übernahme von Verpflichtungen, zum Verzicht auf eine Sache oder ein Recht, sofern sich aus dem Inhalt der Vollmacht nichts anderes ergibt.

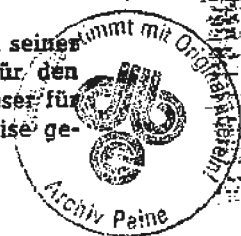
(2) Die nach den §§ 119 oder 119 bestellten Vertreter sind zu allen Handlungen nach Absatz 1 ermächtigt.

§ 126

(1) Die Vollmacht erlischt nicht durch den Tod des Vollmachtgebers oder durch eine Veränderung in seiner Geschäftsfähigkeit oder seiner gesetzlichen Vertretung.

(2) Widerruft der zum Widerruf Berechtigte die Vollmacht, so wird das Erlöschen der Vollmacht erst durch Anzeige an die Flurbereinigungsbehörde rechtswirksam.

(3) Der Bevollmächtigte wird durch die von seiner Seite erfolgte Kündigung nicht gebindert, für den Vollmachtgeber so lange zu handeln, bis dieser für Wahrnehmung seiner Rechte in anderer Weise gesorgt hat.



§ 127

Wohnen Beteiligte außerhalb des Gebiets der Flurbereinigungs- oder der angrenzenden Gemeinden und haben sie keinen in diesen Gemeinden wohnenden Bevollmächtigten bestellt, so müssen sie innerhalb angemessener Frist eine im Gebiet der Flurbereinigungs- oder der angrenzenden Gemeinden wohnende Person zum Empfang der für sie bestimmten Ladungen und anderen Mitteilungen bevollmächtigen und der Flurbereinigungsbehörde benennen (Empfangsbevollmächtigter). In der Anordnung ist auf die Folgen der unterbliebenen Benennung (Absatz 2) hinzuweisen.

(2) Solange der Anordnung nicht entsprochen wird, kann die Flurbereinigungsbehörde Ladungen und andere Mitteilungen durch Aufgabe zur Post zur Zustellung wird mit Ablauf einer Woche der Aufgabe zur Post als bewirkt angesehen, selbst wenn die Sendung als unbestellbar zurückkommt.

§ 128

Wohnen Beteiligte außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes, so sind sie aufzufordern, innerhalb angemessener Frist einen im Geltungsbereich dieses Gesetzes wohnenden Bevollmächtigten zu bestellen. § 14 Abs. 2 bis 4 gilt entsprechend.

§ 129

(1) Über Verhandlungen ist eine Niederschrift aufzunehmen. Sie soll den wesentlichen Hergang der Verhandlungen enthalten.

(2) Der Aufnahme in die Verhandlungsniederschrift steht die Aufnahme in eine Schrift gleich, die als Anlage beigelegt und als solche bezeichnet ist. Die Anlage ist in der Niederschrift hinzuweisen.

§ 130

(1) Die Niederschrift ist den an der Verhandlung Beteiligten vorzulesen oder vorzulegen. In der Niederschrift ist zu vermerken, daß dies geschehen und ob sie genehmigt ist oder welche Einwendungen gegen sie erhoben sind.

(2) Verweigert ein Beteiligter die Genehmigung der Verhandlungsniederschrift, ohne ihre Vervollständigung oder Berichtigung zu beantragen, so gilt diese Niederschrift als genehmigt; hierauf ist der Beteiligte hinzuweisen.

(3) Die Verhandlungsniederschrift ist von dem Verhandlungsleiter zu unterschreiben.

§ 131

Die Beobachtung der für die Verhandlung vorgeschriebenen Förmlichkeiten kann nur durch die Verhandlungsniederschrift bewiesen werden. Gegen diesen Inhalt ist der Nachweis der Fälschung zulässig.

§ 132

Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten in Verhandlungsniederschriften, im Flurbereinigungsplan, in Anordnungen, Beschlüssen und Bescheiden können von Amts wegen berichtigt werden. Dies gilt auch für solche unerheblichen Fehler im Flurbereinigungsplan, die auf unrichtigen Vermessungsunterlagen beruhen.

§ 133

Jedem Beteiligten müssen auf Verlangen gegen Erstattung der Kosten Abschriften aus Verhandlungsniederschriften und Flurbereinigungsnachweisen sowie Abzeichnungen aus Karten, auf Antrag in beglaubigter Form, erteilt werden, soweit er ein berechtigtes Interesse darlegt.

§ 134

(1) Versäumt ein Beteiligter einen Termin oder erklärt er sich nicht bis zum Schluß des Termins über den Verhandlungsgegenstand, so wird angenommen, daß er mit dem Ergebnis der Verhandlung einverstanden ist; hierauf ist der Beteiligte in der Ladung oder im Termin hinzuweisen.

(2) Die Flurbereinigungsbehörde kann nach Lage des einzelnen Falles spätere Erklärungen trotz Versäumung zulassen. Sie muß dies tun, wenn bei unverschuldeter Versäumung Erklärungen unverzüglich nach Behebung des Hindernisses nachgeholt werden.

(3) Die Vorschriften des Absatzes 2 gelten entsprechend, wenn Beschwerden oder Anträge trotz Versäumung einer gesetzlichen Frist vorgebracht werden.

(4) Das Verschulden eines Vertreters oder Bevollmächtigten steht dem eigenen Verschulden des Vertretenen gleich.

§ 135

(1) Die Gerichte und die Behörden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie anderer Körperschaften des öffentlichen Rechtes gewähren den Flurbereinigungsbehörden die erforderliche Rechts- und Amtshilfe, insbesondere bei der Ermittlung der Beteiligten, bei Bekanntmachungen und Zustellungen, bei der Vollstreckung und bei der Anwendung von Zwang und erteilen Auskünfte. Die Vermessungsbehörden sind verpflichtet, auf Ersuchen der Flurbereinigungsbehörde Abdrucke oder Lichtpausen von Karten und Zusammendrucke in einheitlichem Maßstab unverzüglich anzufertigen und Bücher, Karten und andere Dokumente vorübergehend zu überlassen.

(2) Kosten der Rechts- und Amtshilfe werden nicht erstattet, es sei denn, daß in landesrechtlichen Bestimmungen eine Erstattung vorgesehen ist oder wird; Kosten für Zusammendrucke nach Absatz 1 sowie die Kosten der Vollstreckung und der Anwendung von Zwang durch Gemeinden und Gemeindeverbände sind zu erstatten.

302



§ 136

(1) Für die Vollstreckung von Geldförderungen sind die §§ 1 bis 5 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (VwVG) vom 27. April 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 157) sinngemäß anzuwenden. Geldforderungen der Teilnehmergeinschaft werden im Verwaltungszwangsverfahren wie Gemeindeabgaben vollstreckt.

(2) Vollstreckungsbehörde im Sinne des § 4 VwVG ist die Flurbereinigungsbehörde.

§ 137

(1) Mit Zwangsmitteln können durchgesetzt werden

1. Verwaltungsakte der Flurbereinigungsbehörde, der oberen Flurbereinigungsbehörde und der Teilnehmergeinschaft;
2. in eine Verhandlungsniederschrift dieser Behörden oder der Teilnehmergeinschaft aufgenommene Verpflichtungserklärungen und Vereinbarungen.

Die §§ 6 bis 18 VwVG gelten entsprechend. Vollzugsbehörde im Sinne des § 7 VwVG ist die Flurbereinigungsbehörde.

(2) Kommt die Teilnehmergeinschaft einer im Rahmen der Aufsichtsbefugnisse (§ 17 Abs. 1) getroffenen Anordnung der Flurbereinigungsbehörde nicht nach, so können gegen sie die in den §§ 10 und 12 VwVG genannten Zwangsmittel angewendet werden.

ACHTER TEIL

Rechtsmittelverfahren

§ 138

(1) In jedem Lande ist bei dem obersten Verwaltungsgericht ein Senat für Flurbereinigung (Flurbereinigungsgericht) einzurichten. Für die Gerichtsverfassung und das Verfahren gelten die Vorschriften über die Verwaltungsgerichtsbarkeit, soweit in den §§ 139 bis 148 nichts Abweichendes bestimmt ist.

(2) Mehrere Länder können durch Staatsvertrag ein gemeinschaftliches Flurbereinigungsgericht einrichten. In den Ländern Bremen und Hamburg können die Aufgaben des Flurbereinigungsgerichts auf ein anderes Gericht übertragen werden.

§ 139

(1) Das Flurbereinigungsgericht besteht aus den erforderlichen Richtern, Beisitzern und Stellvertretern. Es verhandelt und entscheidet in der Besetzung von zwei Richtern und drei Beisitzern; Vorsitzender ist ein Richter.

(2) Die Richter und ihre Stellvertreter müssen den landesrechtlichen Erfordernissen für die Befähigung zum hauptamtlichen Verwaltungsrichter genügen. Ein Richter und ein Beisitzer sowie deren Stellvertreter müssen zum höheren Dienst der Flurbereinigungsbehörden befähigt und sollen mindestens drei

Jahre in Flurbereinigungsangelegenheiten tätig gewesen sein; von dem letzteren Erfordernis kann abgesehen werden, wenn geeignete Personen nicht vorhanden sind, die diese Voraussetzungen erfüllen. Die Richter und der in Satz 2 genannte Beisitzer sowie deren Stellvertreter werden auf Vorschlag der für die Landwirtschaft zuständigen obersten Landesbehörde ernannt, die Richter auf Lebenszeit, der Beisitzer und die Stellvertreter auf die Dauer von 5 Jahren.

(3) Die anderen Beisitzer und ihre Stellvertreter müssen Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes sein und besondere Erfahrungen in der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaft haben. Ihre Berufung richtet sich nach Landesrecht; ist danach eine Wahlkörperschaft zu bilden, so muß sie aus Landwirten und Forstwirten bestehen.

§ 140

Das Flurbereinigungsgericht entscheidet über die Anfechtung von Verwaltungsakten, die im Vollzug dieses Gesetzes ergehen, und über alle Streitigkeiten, die durch ein Flurbereinigungsverfahren hervorgerufen werden und vor Eintritt der Rechtskraft der Schlußfeststellung anhängig geworden sind, soweit hierfür der Verwaltungsrechtsweg gegeben ist. Für das Verfahren sind auch die §§ 118 bis 128 sinngemäß anzuwenden.

§ 141

(1) Bei der Anfechtung eines Verwaltungsaktes der Flurbereinigungsbehörde ist als Voraussetzung der Klage die Beschwerde bei der oberen Flurbereinigungsbehörde einzulegen; die Beschwerde tritt an die Stelle eines nach Landesrecht zulässigen Einspruchs. Satz 1 gilt nicht, wenn die Flurbereinigungsbehörde über eine Beschwerde gegen eine Entscheidung des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft entschieden hat. Die Beschwerdefrist beträgt zwei Wochen. Die Bestimmung des § 59 Abs. 2 bleibt unberührt.

(2) Die obere Flurbereinigungsbehörde hat begründeten Beschwerden abzuwehren. § 60 Abs. 1 Sätze 3, 4 gilt entsprechend.

(3) Die obere Flurbereinigungsbehörde entscheidet nach ihrer freien, aus den gesamten Verhandlungen und Ermittlungen gewonnenen Überzeugung durch einen mit Gründen versehenen Bescheid.

(4) Die Länder können bestimmen, daß zu Entscheidungen der oberen Flurbereinigungsbehörde über Beschwerden gegen die Ergebnisse der Schätzung oder den Flurbereinigungsplan zwei Landwirte ehrenamtlich zuzuziehen sind, für deren Bestellung § 139 Abs. 3 entsprechend anzuwenden ist.

(5) In den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 gelten die Absätze 2 bis 4 für die Flurbereinigungsbehörde entsprechend.

§ 142

(1) Landesrechtliche Vorschriften, die gegen Verwaltungsakte der oberen Flurbereinigungsbehörde den Einspruch vorschreiben oder die Anfechtungs-



ohne vorherige Erhebung des Einspruchs zulassen unberührt; die Frist für den Einspruch die Anfechtungsklage beträgt zwei Wochen.

Gegen einen Beschwerdebescheid oder einen Einspruchsbescheid kann nur innerhalb von zwei Wochen nach der Eröffnung oder Zustellung des Bescheides die Anfechtungsklage erhoben werden. Dies gilt auch für Beteiligte, die durch einen Beschwerdebescheid oder einen Einspruchsbescheid betroffen sind, wenn der nicht auf ihre Beschwerde oder ihren Einspruch erlassen worden ist.

(3) Ist eine Beschwerde oder ein Einspruch innerhalb einer Frist von sechs Monaten, in den Fällen des Absatz 2 von einem Jahr, nicht beschieden, so gilt dies als ablehrender Bescheid. Die Erhebung der Anfechtungsklage in diesen Fällen nur bis zum Ablauf von drei Monaten zulässig.

(4) In den Fällen des § 32 und des § 59 Abs. 2 braucht der Klageantrag nach Art, Umfang und Höhe nicht genau zu stimmen.

§ 143

Der Vorsitzende des Flurbereinigungsgerichts leitet die Ermittlungen und Verhandlungen vor, die zur Vorbereitung der Entscheidung für erforderlich sind. Er kann einem Mitglied des Gerichts als beauftragtem Richter diese Aufgabe übertragen. Der Vorsitzende kann auch eine Flurbereinigungsbehörde oder einen höheren Beamten einer oberen Flurbereinigungsbehörde oder einen höheren staatlichen kulturtechnischen Beamten mit Erhebungen und Verhandlungen beauftragen und von ihnen gutachtliche Überlegungen fordern, die Vorschläge für Änderungen des Flurbereinigungsplanes enthalten können. Die Flurbereinigungsbehörde, die den angefochtenen Verwaltungsakt erlassen hat, sowie Beamte, die bei diesem Verwaltungsakt tätig waren, oder dem angefochtenen Bescheid tätig waren, können nicht beauftragt werden.

§ 144

Soweit das Flurbereinigungsgericht die Klage für begründet hält, kann es den angefochtenen Verwaltungsakt durch Urteil ändern oder den Beschwerdebescheid der oberen Flurbereinigungsbehörde ganz oder teilweise aufheben und die Sache, soweit der Beschwerdebescheid aufgehoben wird, zur erneuten Verhandlung und Bescheidung an die obere Flurbereinigungsbehörde zurückverweisen. Diese hat die Entscheidung, die der Aufhebung zugrunde gelegt ist, auch ihrer Entscheidung zugrunde zu legen.

§ 145

(1) Der Vorsitzende kann namens des Flurbereinigungsgerichts die Anfechtungsklage ohne mündliche Verhandlung durch einen mit Gründen versehenen Bescheid abweisen, wenn das Sach- und Rechtsverhältnis genügend geklärt und die Klage offensichtlich unbegründet ist.

(2) Die Beteiligten können innerhalb von zwei Wochen nach der Zustellung des Bescheides münd-

liche Verhandlung beantragen; auf dieses Recht ist im Bescheid hinzuweisen. Wird der Antrag rechtzeitig gestellt, so gilt der Bescheid als nicht ergangen; andernfalls gilt er als rechtskräftiges Urteil.

§ 146

In den Fällen des § 32 und des § 59 Abs. 2 gelten folgende Sonderbestimmungen:

1. Das Flurbereinigungsgericht ist an Anträge der Beteiligten nicht gebunden.
2. Das Flurbereinigungsgericht hat auch zu prüfen, ob die Flurbereinigungsbehörde oder die obere Flurbereinigungsbehörde in zweckmäßiger Weise von ihrem Ermessen Gebrauch gemacht hat.
3. Das Flurbereinigungsgericht hat mehrere bei ihm anhängige Klagen zu gemeinsamer Verhandlung und Entscheidung zu verbinden.

§ 147

(1) Für die abweisende Entscheidung im Verwaltungsgerichtsverfahren wird ein Pauschsatz erhoben, der unter Berücksichtigung der durch das Verfahren entstandenen baren Auslagen zu berechnen ist. Außerdem kann eine Gebühr festgesetzt werden.

(2) Ist die Entscheidung nur zum Teil abweisend, so kann dem anfechtenden Beteiligten ein entsprechender Teil der Kosten nach Absatz 1 auferlegt werden.

(3) Wird eine Klage zurückgenommen, so können dem anfechtenden Beteiligten die entstandenen Auslagen auferlegt werden.

(4) Gebühren eines Rechtsanwalts oder von Personen, denen die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten von der zuständigen Behörde gestattet ist, sind nur insoweit erstattungsfähig, als diese für die Wahrnehmung der mündlichen Verhandlung vor dem Flurbereinigungsgericht zu zahlen sind.

(5) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 gelten sinngemäß für das Beschwerdeverfahren vor der oberen Flurbereinigungsbehörde.

§ 148

Für die Vollstreckung der Urteile des Flurbereinigungsgerichts gelten die §§ 136 und 137 entsprechend.

NEUNTER TEIL

Abschluß
des Flurbereinigungsverfahrens

§ 149

(1) Die Flurbereinigungsbehörde schließt das Verfahren durch die Feststellung (Schlußfeststellung) ab, daß die Ausführung nach dem Flurbereinigungsplan bewirkt ist und daß den Beteiligten keine Ansprüche mehr zustehen, die im Flurbereinigungsverfahren hätten berücksichtigt werden müssen; sie stellt fest,

304

63,011
§ 147 (4)
aufgeh
75,2242
§ 18
63,011
§ 147 (6)
75,2242
§ 147 (4)
75,2242



ob die Aufgaben der Teilnehmergeinschaft abgeschlossen sind. Die Schlußfeststellung ist öffentlich bekanntzumachen. Gegen die Schlußfeststellung steht auch dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft die Beschwerde an die obere Flurbereinigungsbehörde zu.

(2) Die Schlußfeststellung ist der Teilnehmergeinschaft zuzustellen, nachdem sie rechtskräftig geworden ist und nachdem über Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens, die bis zum Ablauf der Frist für Beschwerden gegen die Schlußfeststellung gestellt worden sind, entschieden ist.

(3) Mit der Zustellung an die Teilnehmergeinschaft ist das Flurbereinigungsverfahren beendet. Die beteiligten Behörden sollen eine Abschrift der Schlußfeststellung erhalten.

(4) Die Teilnehmergeinschaft erlischt, wenn ihre Aufgaben in der Schlußfeststellung für abgeschlossen erklärt sind.

- § 150

(1) Der Gemeinde oder ihrer Aufsichtsbehörde sind zur Aufbewahrung zu übersenden

1. eine Ausfertigung der die neue Feldeinteilung nachweisenden Karte;
2. ein Verzeichnis der neuen Grundstücke und der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen mit Kartenbezeichnung und Größe;
3. eine Zusammenstellung der Bestimmungen des Flurbereinigungsplanes, die dauernd von allgemeiner Bedeutung und nicht in das Grundbuch oder in andere öffentliche Bücher übernommen sind;
4. eine Abschrift der Schlußfeststellung.

Erstreckt sich das Flurbereinigungsgebiet auf mehrere Gemeinden, so bestimmt die Flurbereinigungsbehörde die Gemeinde.

(2) Jeder Beteiligte und jeder, der ein berechtigtes Interesse darlegt, kann die in Absatz 1 aufgeführten Unterlagen einsehen.

ZEHNTER TEIL

Die Teilnehmergeinschaft
nach der Beendigung
des Flurbereinigungsverfahrens

§ 151

Die Teilnehmergeinschaft bleibt als Körperschaft des öffentlichen Rechtes bestehen, solange über die Beendigung des Flurbereinigungsverfahrens hinaus Aufgaben der Teilnehmergeinschaft, insbesondere Verbindlichkeiten aus Darlehensverträgen, zu erfüllen sind. Mit der Rechtskraft der Schlußfeststellung gemäß § 149 kann die Vertretung der Teilnehmergeinschaft und die Verwaltung ihrer Angelegenheiten durch die Flurbereinigungsbehörde auf die Gemeindebehörde übertragen werden. Die Aufsichtsbefugnisse der Flurbereinigungsbehörde gehen auf die Gemeindeaufsichtsbehörde über.

§ 152

Für die Verteilung von Einkünften der Teilnehmergeinschaft gilt § 19 Abs. 1 sinngemäß. Sie nur insoweit statt, als die Einkünfte nicht zur Deckung von Verbindlichkeiten der Teilnehmergeinschaft benötigt werden oder die Verteilung nicht von unverhältnismäßiger Kosten oder aus anderen Gründen unzumutbar erscheint.

§ 153

(1) Die Gemeindeaufsichtsbehörde hat die Teilnehmergeinschaft aufzulösen, wenn ihre Aufgaben erfüllt sind. Die Auflösung ist öffentlich bekanntzumachen.

(2) Die nach dem Bayerischen Flurbereinigungsgesetz in der Fassung vom 11. Februar 1932 (Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern S. 7) noch bestehenden Flurbereinigungsgenossenschaften können durch Beschluß des Vorstandes aufgelöst werden, wenn das Unternehmen abgeschlossen ist und ihre Aufgaben erfüllt sind.

ELFTER TEIL

Schluß- und Übergangsbestimmungen

§ 154

(1) Ordnungswidrig handelt, wer den Vorschriften des § 34 Abs. 1 Nr. 2, 3 oder des § 85 Nr. 5 zuwiderhandelt.

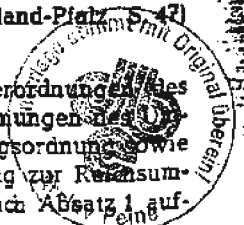
(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

(3) Die Einziehung nach den §§ 17 bis 26 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 25. März 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 177) ist zulässig. Es können auch Gegenstände eingezogen werden, auf die sich der Verstoß bezieht.

§ 155

(1) Das Umlegungsgesetz vom 26. Juni 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 518), die Reichsumlegungsordnung vom 16. Juni 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 629), die Erste Verordnung zur Reichsumlegungsordnung vom 27. April 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 425), die Zweite Verordnung zur Reichsumlegungsordnung vom 14. Februar 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 366), das Bayerische Gesetz Nr. 24 über die Wiedereinführung des bayerischen Flurbereinigungsrechts vom 15. Juni 1946 (Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt S. 185) und das Gesetz des Landes Rheinland-Pfalz über das Rechtsmittelverfahren in Umlegungs-, Feld- und Flurbereinigungssachen vom 14. März 1951 (Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Rheinland-Pfalz S. 47) treten außer Kraft.

(2) Soweit in Gesetzen und Verordnungen des Bundes und der Länder auf Bestimmungen des Umlegungsgesetzes, der Reichsumlegungsordnung sowie der Ersten und Zweiten Verordnung zur Reichsumlegungsordnung sowie sonstiger nach Absatz 1 auf-



gener. Vorschriften verwiesen ist; gilt dies als Bestimmung auf die entsprechenden Bestimmungen des Gesetzes.

§ 156

Anhängige Verfahren, in denen die Bekanntmachung des Flurbereinigungsplanes oder der ihm gleichwertigen Urkunde begonnen hat, ist dieses Gesetz anzuwenden, sofern die Landesgesetzgebung abweichendes bestimmt. Die nach dem Bayerischen Flurbereinigungsrecht (§ 155 Abs. 1) begonnenen Verfahren können nach dem bisherigen Recht durchgeführt werden. Im übrigen ist die Rechtskraft von Anordnungen, Festsetzungen und Entscheidungen der Behörden und Spruchstellen aus der Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes nach dem bisherigen Recht zu beurteilen. Anhängige Rechtsmittelverfahren gehen auf die nach diesem Gesetz zuständigen Rechtsmittelinstanzen über.

§ 157

Werden Grundstücke in ein Flurbereinigungs- oder Zusammenlegungsgebiet eines benachbarten Landes einbezogen (§ 3 Abs. 3 Satz 2), so gelten die auf Grund von Ermächtigungen dieses Gesetzes ergangenen Bestimmungen des Landes auch für die genannten Grundstücke.

§ 158

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Lande Berlin. Die Vorschrift des § 138 Abs. 2 Satz 2 findet auch auf Berlin Anwendung.

§ 159

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1954 in Kraft.

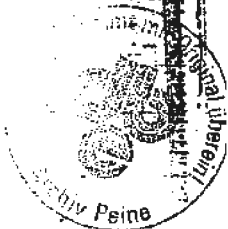
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.
Schwalten/Post Seeg, den 14. Juli 1953.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

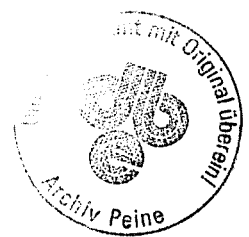
Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Dr. Niklas

Anlage Nr. 19/23



Anlagen 20 - 22:

- 1. RdErl. d. Nds. MfWuV vom 21.03.1967**
- 2. RdErl. d. Nds. MfWuV vom 05.09.1967**
- 3. RdErl. d. Nds. MfWuV vom 28.06.1968**



Niedersächsisches Realverbandsgesetz
Textausgabe mit Einführung 1970 aus

308

Schwartz -

VII Sperrung von Wirtschaftswegen
für den allgemeinen öffentlichen Verkehr

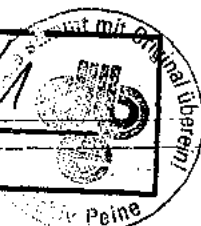
Gesetzestexte
Heft 55

1. RdErl. d. Nds. MfWuV v. 21. 3. 1967 (MBl. S. 247)

Es mehren sich die Fälle, in denen für den motorisierten landwirtschaftlichen Verkehr ausgebaute Wirtschaftswegen der bäuerlichen Realverbände (Realgemeinden, Teilungsinteressensgemeinschaften, Wegegenossenschaften und ähnlicher Zusammenschlüsse) sowie der Teilnehmergemeinschaften nach dem Flurbereinigungsgesetz vom allgemeinen öffentlichen Kraftfahrzeugverkehr in einem mehr als verträglichen Maße in Anspruch genommen werden.

Abgesehen davon, daß eine solche Inanspruchnahme dem Bestimmungszweck dieser Wege zuwiderläuft, ist das Befahren durch den allgemeinen Verkehr in der Regel auch nicht mit den Grundsätzen vereinbar, die nach der Straßenverkehrs-Ordnung für die Straßenbenutzung schlechthin gelten. Diese Grundsätze sind in § 3 Abs. 4 und in § 4 StVO festgelegt und zielen in erster Linie auf die Erhaltung der Straßensubstanz und die Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs ab. Soweit schwerere Lastkraftfahrzeuge die auf verhältnismäßig schwachem Unterbau ruhenden — den Erfordernissen des landwirtschaftlichen Verkehrs jedoch genügenden — Wirtschaftswegen befahren, kann dies bereits aus dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Straßensubstanz durch entsprechende Verbotsanordnungen nach § 3 Abs. 4 StVO unterbunden werden. Jedoch können die hier notwendigen Anordnungen auch aus Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs in Anwendung des § 4 StVO getroffen werden, da die Fahrzeuge bei ihrer Größe und Schwere die nur in geringer Breite angelegten Wege blockieren und bei Zusammentreffen mit anderen Fahrzeugen ernste Gefahren heraufbeschwören können. Im Interesse der Verkehrssicherheit wird es in vielen Fällen

Anlage Nr. 20/1



gebieten sein, auch den anderen nicht landwirtschaftlichen Kraftfahrzeugverkehr, insbesondere den Personenkraftwagenverkehr, von der Benutzung der Wege auszuschließen; denn jeder Begegnungs- oder Überholvorgang schnellerer Fahrzeuge ist auf den hier nur schmalen Fahrbahnen mit Gefahren verbunden. Eine zusätzliche Gefahr kann den nicht landwirtschaftlichen Fahrzeugen aus der häufig sehr starken Verschmutzung dieser Wege erwachsen.

Die Verbotsanordnungen sollten in jedem Falle durch die Straßenverkehrsbehörden ergehen, und zwar auch diejenigen, die sich auf § 3 Abs. 4 StVO stützen, denn es handelt sich in der Regel bei den im Eigentum der eingangs genannten Verbände und Gemeinschaften stehenden Wege nur um tatsächlich öffentliche Wege im Sinne der AV zu § 45 StVO. Die Straßenbaubehörden haben die Befugnisse nach § 3 Abs. 4 StVO nur auf den rechtlich öffentlichen Straßen i. S. der Straßengesetze.

Zur Erhaltung der Wirtschaftswege sowie im Interesse der Sicherheit und Leichtigkeit des sich auf diesen Wegen abwickelnden Verkehrs werden hiermit die Straßenverkehrsbehörden angewiesen, im Rahmen der allgemeinen oder besonders hierfür anzusetzenden Verkehrsschauen die in ihren Bereichen befindlichen Wirtschaftswege darauf zu überprüfen, inwieweit der allgemeine öffentliche Verkehr von ihrer Benutzung auszuschließen ist. Die Verfügungsberechtigten über die Wege sind in entsprechender Anwendung des Absatzes 5 der AV zu § 3 StVO an der Überprüfung zu beteiligen.

Soweit Sperrungen der Wege sich als notwendig erweisen werden diese auf den allgemeinen Kraftfahrzeugverkehr beschränkt werden können; die Ausschließung des Fahrradverkehrs und des Verkehrs mit Handwagen wird in der Regel nicht erforderlich sein. Die Sperrung hat demgemäß für den Regelfall durch Aufstellung eines Verkehrszeichens nach Bild 11 nebst einer Zusatztafel mit der Beschriftung „Ausgenommen landwirtschaftliche Fahrzeuge, Fahrräder und Handwagen“ zu erfolgen.

Anlage Nr. 20/a

Bis zum 3
behörden üb
nahmen sow
richten.

2. RdEr

Be

Nach dem v
Sperrung von
chen Kraftfa
zeichen nach
„Ausgenomm
Handwagen“
des Begriffs
nur in der L
hänger, land
verstehen. In
Fahrzeugen
räder gehalt
und ihrem P
auf Äckern,
Auf die Bent
den; auch si
von Wirtsch
Verkehr ausg
lich zu mach
„landwirtsch
Verkehr“ zu
muß demnac
Verkehr, Fah

9 Nds. Realve



Bis zum 31. 12. 1967 ist mir über die höheren Verwaltungsbehörden über die auf Grund dieses Erlasses getroffenen Maßnahmen sowie über die hierbei gemachten Erfahrungen zu berichten.

2. RdErl. d. Nds. MfWuV v. 5. 9. 1967 (MBl. S. 931)

Bezug: RdErl. v. 21. 3. 1967 (MBl. S. 247)

Nach dem vorletzten Absatz des Bezugserlasses soll bei der Sperrung von Wirtschaftswegen für den nicht landwirtschaftlichen Kraftfahrzeugverkehr eine Zusatztafel zu dem Verkehrszeichen nach Bild 11 der Anlage zur StVO mit der Beschriftung „Ausgenommen landwirtschaftliche Fahrzeuge, Fahrräder und Handwagen“ verwendet werden. Bei wortgetreuer Auslegung des Begriffs „landwirtschaftliche Fahrzeuge“ sind hierunter nur in der Landwirtschaft eingesetzte Zugmaschinen und Anhänger, landwirtschaftliche Arbeitsmaschinen und Geräte zu verstehen. In der Landwirtschaft werden aber neben solchen Fahrzeugen auch Personenkraftwagen und motorisierte Zweiräder gehalten, die von den Landwirten, ihren Angehörigen und ihrem Personal für Fahrten zur Verrichtung von Arbeiten auf Äckern, Weiden und sonstigen Ländereien benutzt werden. Auf die Benutzung dieser Fahrzeuge kann nicht verzichtet werden; auch sie müssen daher von dem Verbot der Benutzung von Wirtschaftswegen durch den nicht landwirtschaftlichen Verkehr ausgenommen bleiben. Um dies nach außen hin deutlich zu machen, sind auf der Zusatztafel an Stelle der Worte „landwirtschaftliche Fahrzeuge“ die Worte „landwirtschaftlicher Verkehr“ zu verwenden. Der vollständige Text der Zusatztafel muß demnach jetzt lauten: „Ausgenommen landwirtschaftlicher Verkehr, Fahrräder und Handwagen“.

9 Nds. Realverbandsges.

Anlage Nr. 2013



Kraft-
rkehr,
er Be-
ge ist
rbun-
haftli-
tzung

h die
nien,
ic

chlich
ußen-
D nur
setze.
e der
n ab-
rsbe-
eson-
n Be-
rufen,
r Be-
über-
zes

ve.
r
dver-
Regel
den
ld 11
nmen
gen

Der bisherige Text auf bereits aufgestellten Zusatztafeln ist entsprechend auszulegen; im übrigen sollte der Text auf diesen Tafeln so bald wie möglich geändert werden.

3. RdErl. d. Nds. MfWuV v. 28. 6. 1968 (MBl. S. 665)

Bezug: a) RdErl. v. 21. 3. 1967 (MBl. S. 247)

b) RdErl. v. 5. 9. 1967 (MBl. S. 931)

Durch die Sperrung von Wirtschaftswegen für den allgemeinen öffentlichen Verkehr auf Grund des RdErl. vom 21. 3. 1967 haben sich Schwierigkeiten für den forstwirtschaftlichen Verkehr ergeben, weil dieser Verkehr in dem von hier vorgeschriebenen Text der Zusatztafel zu dem Verkehrszeichen nach Bild 11 der Anlage zur StVO nicht ausdrücklich erwähnt ist und forstwirtschaftliche Fahrzeuge nicht überall dem landwirtschaftlichen Verkehr zugerechnet werden. Eine ganze Reihe der inzwischen für den allgemeinen öffentlichen Verkehr gesperrten Wirtschaftswege dient jedoch nicht allein dem Verkehr mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen, sondern erschließt seit jeher auch forstwirtschaftlich genutzte Flächen. Diese Wege sind bis zu der Sperrung gleichberechtigt vom forstwirtschaftlichen Verkehr, wie für die Holzabfuhr oder für Fahrten zur Besichtigung von Holz, zur Pflege des Waldes, zur Hege des Wildes sowie zur Ausübung der Jagd, mit benutzt worden.

Das Recht zur Benutzung der Wirtschaftswege ergibt sich z. T. daraus, daß der Wald zur Feldmark gehört und die Waldeigentümer der Interessentenschaft angehören, somit also auch zur Benutzung der Interessentenwege für ihre Zwecke berechtigt sind. Nicht selten ergibt sich ein Recht zur Benutzung der Interessentenwege für forstwirtschaftliche Zwecke aber auch aus Observanz oder aus privatrechtlichen Benutzungsverträgen.

Anlage Nr. 2014

311

131

Soweit die wirtschaftlichen mit dem RdErl. wegs grunds Wirtschaftswegen, muß die Weg seiner chen oder an sondere, ob auf Benutzung forstwirtschaftlicher Text de lauten:

„Ausgenom-

Ist aus Grundverkehr mit Ho stimmtes tats kann hinter z. B. „Verkehr



feln auf

Soweit die Interessentenwege bisher auch dem forstwirtschaftlichen Verkehr offenstanden, soll dieser Verkehr durch die mit dem RdErl. vom 21. 3. 1967 getroffene Regelung keineswegs grundsätzlich unterbunden werden. Da jedoch nicht alle Wirtschaftswegen für die Holzabfuhr freigegeben werden können, muß vielmehr in jedem Einzelfall geprüft werden, ob der Weg seiner Zweckbestimmung nach nur dem landwirtschaftlichen oder auch dem forstwirtschaftlichen Verkehr dient, insbesondere, ob öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Ansprüche auf Benutzung des Weges zur Holzabfuhr oder für andere forstwirtschaftliche Zwecke bestehen. Wo dies der Fall ist, muß der Text der Zusatztafel zu Bild 11 der Anlage zur StVO lauten:

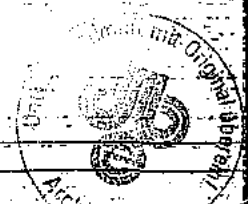
„Ausgenommen land- oder forstwirtschaftlicher Verkehr, Fahrräder und Handwagen.“

Ist aus Gründen der Erhaltung der Straßensubstanz ein Verkehr mit Holzabfuhr- oder anderen Fahrzeugen über ein bestimmtes tatsächliches Gesamtgewicht hinaus nicht vertretbar, kann hinter dem Wort „Verkehr“ die Höchstgewichtsgrenze, z. B. „Verkehr bis 12 t“, angegeben werden.

mei-
 . 3.
 nen
 rge-
 nach
 t ist
 and-
 eihe
 ge-
 kehr
 seit
 /ege
 laft-
 zur
 ?
 de
 sich
 die
 also
 ecke
 nut-
 ecke
 nut-

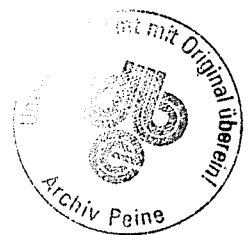
Anlage Nr. 2015

9 *



313

Anlage 23:
RdErl d. MfELuF vom 10.12.1969



Schwarz - Gesetzestext Nr. 55
Widersächsisches Realverbandsgesetz

Anlage Nr. 23/1

58

II Ausführung des Realverbandsgesetzes

RdErl. d. Nds. MfELuF v. 10. 12. 1969 (MBI. 1970. S. 48)
geändert durch Runderlaß vom 5. 2. 1970 (MBI. S. 174) —

314

Das am 19. 11. 1969 in Kraft getretene Realverbandsgesetz vom 4. 11. 1969 (Nds. GVBl. S. 187) ordnet die Verhältnisse der in den §§ 1, 5 und 54 des Gesetzes aufgeführten agrarwirtschaftlichen Verbände. Es tritt insoweit an die Stelle des bisherigen, vielfach veralteten und lückenhaften, in den einzelnen Landesteilen überdies verschiedenen Rechts. Die unmittelbare Ausführung des Gesetzes obliegt neben den Verbänden selbst sowie vorbehaltlich der Befugnisse der Regierungspräsidenten und Präsidenten der Verwaltungsbezirke nach §§ 32 und 48 des Gesetzes:

1. den Landkreisen und kreisfreien Städten als Aufsichtsbehörden der Realverbände,
2. den Gemeinden, soweit sie die Geschäfte von Realverbänden zu führen haben,
3. den Behörden der Landeskulturverwaltung.
Im einzelnen ist folgendes zu beachten:

I. Geschäftsführung durch die Gemeinde

1. Die Gemeinde führt die Geschäfte des Vorstands (§ 21)
 - a) in den Regierungsbezirken Aurich, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Osnabrück und Stade:
für alle Interessentenschaften (§ 1 Nr. 1) mit Ausnahme derjenigen, für die das Kulturamt nach bisherigem Recht einen besonderen Verwalter oder Vertreter bestellt hat;
 - b) im Verwaltungsbezirk Braunschweig:
für die Realgenossenschaften (§ 1 Nr. 4), deren Vertretung



und Verwaltung weder durch ein Statut noch durch Herkommen geregelt ist;

- c) im Verwaltungsbezirk Oldenburg: für die Wegegenossenschaften (§ 1 Nr. 5), für die bisher ein Vorstand nicht bestellt ist.

2. Bei einer Geschäftsführung durch die Gemeinde bleiben die Befugnisse der Mitgliederversammlung (§ 22 Abs. 1) unberührt. Insbesondere für die Aufnahme von Krediten, die Veräußerung von Grundstücken sowie für Umlagen und Beiträge hat die Gemeinde — auch im preußischen Rechtsgebiet, in dem das bisher nicht vorgeschrieben war — zuvor einen Beschluß der Mitgliederversammlung herbeizuführen. Kommt ein notwendiger Beschluß der Mitgliederversammlung deshalb nicht zustande, weil in der Versammlung trotz ordnungsmäßiger Ladung nicht die erforderliche Mindestzahl von Mitgliedern (§ 24 Abs. 1) anwesend ist, so kann die Aufsichtsbehörde einen Beauftragten bestellen, der für das fragliche Geschäft die Befugnisse der Mitgliederversammlung wahrnimmt (§ 34 des Gesetzes in Verbindung mit § 131 NGO).

II. Gruppeninteressentenschaften

In allen Interessentenschaften im preußischen Rechtsgebiet sowie in denjenigen braunschweigischen Realgenossenschaften, die bisher kein Statut besitzen, sind etwa vorhandene Gruppeninteressentenschaften als besonderer Verband auszugliedern. Eine Gruppeninteressentenschaft besteht dann, wenn unter den Beteiligten einer Auseinandersetzung einer Gruppe (Eigentümer bestimmter Haus- und Hofstellen) häufig und des Auseinandersetzungsprozesses oder des örtlichen Herkommens die Nutzung von Wald, Weide, Ackerland oder kultiviertem Odland ausschließlich oder in der Hauptsache zusteht (z. B. den „Forstinteressenten“ die Nutzung des früheren Allmendewaldes).

Zu den Gruppeninteressentenschaften gehören auch die sogenannten „unechten Realgemeinden“ im preußischen Rechts-

Anlage Nr. 23/2



gebiet
ob sie
sehen
erledi
Rücks
einen

III. S

Mi
Geme
alle F
solche
Vorsc
dabei
zu ve

1. S

Die

a) R

b) F

c) F

d) d

e) R

se

pr

2. S

Di

a) Ir

in

b) F

st

c) V

d) r

e) n

gebiet, bei denen es nach der Rechtsprechung zweifelhaft war, ob sie als Realgemeinden im Sinne des bisherigen Rechts angesehen werden konnten. Diese Zweifelsfragen haben sich jetzt erledigt, da die Gruppeninteressentenschaft in jedem Fall ohne Rücksicht darauf, ob sie bisher Rechtspersönlichkeit besaß, einen besonderen Realverband bildet (§ 5).

316

III. Satzungen der Realverbände

Mit Ausnahme der Verbände, deren Geschäfte durch die Gemeinde geführt werden (vgl. § 21 Abs. 1 Satz 2), haben sich alle Realverbände eine Satzung zu geben, oder soweit sie eine solche bereits besitzen, diese innerhalb von drei Jahren den Vorschriften des Gesetzes anzupassen (§§ 17, 52). Ich empfehle dabei die nachstehenden Satzungsmuster (*Anlagen 1 und 2*) zu verwenden.

1. Satzungsmuster 1

Dieses Muster kommt für folgende Verbände in Betracht:

- a) Realgemeinden (§ 1 Nr. 2),
- b) Forstgenossenschaften (§ 1 Nr. 3),
- c) Holzgenossenschaften (§ 1 Nr. 6),
- d) die in § 1 Nr. 7 aufgeführten Verbände,
- e) Realgenossenschaften (§ 1 Nr. 4), die aus Gruppeninteressenten bestehen sowie Gruppeninteressentenschaften im preußischen Rechtsgebiet.

2. Satzungsmuster 2

Dieses Muster kommt für folgende Verbände in Betracht:

- a) Interessentenschaften (§ 1 Nr. 1), ausgenommen Gruppeninteressentenschaften,
- b) Realgenossenschaften (§ 1 Nr. 4), die aus Feldmarkinteressenten bestehen,
- c) Wegegenossenschaften (§ 1 Nr. 5),
- d) reell geteilte Forstgenossenschaften (§ 54),
- e) neu zu gründende Realverbände (§ 48).



Anlage Nr. 2314-

317

II

Ausf. Erl. z. Gesetz

62

63

IV. Anlage der Mitglieder- und der Vermögensverzeichnisse

1. Während in den Realverbänden mit selbständigen Verbandsteilen (Realgemeinden, Forstgenossenschaften usw.) die Anlage der Mitgliederverzeichnisse kaum besondere Schwierigkeiten bereiten dürfte, wird es nicht immer einfach sein, die Mitglieder in den Verbänden mit unselbständigen Verbandsanteilen zu erfassen, da insoweit Mitglieder grundsätzlich alle Grundstückseigentümer innerhalb eines bestimmten Gebiets sind und besondere Unterlagen über sie meist nicht vorhanden sein werden. Die Grenzen des Gebiets sind ggf. durch das Kulturamt festzustellen (§ 51). Im übrigen können für die Ermittlung der Beteiligten folgende Unterlagen herangezogen werden:

- a) Bestandsverzeichnisse der Katasterämter,
- b) Grundbücher,
- c) Grundsteuerunterlagen der Gemeinde,
- d) Mitgliedsverzeichnisse von Jagdgenossenschaften und Wasser- und Bodenverbänden.

2. Treten bei der Ermittlung des Vermögens eines Realverbandes infolge fehlender oder unklarer Eigentumsbezeichnungen im Liegenschaftskataster oder Grundbuch Schwierigkeiten auf, so empfiehlt sich die Durchführung eines Identifizierungsverfahrens anhand der in den Archiven gesammelten Auseinandersetzungsrezesse. Entsprechende Anträge sind jeweils mit einem Auszug aus dem Liegenschaftsbuch und Abzeichnungen aus dem Flurkartenwerk an die Kulturämter zu richten.

V. Vorlage der Jahresabrechnung

Die Aufsichtsbehörde kann Realverbände, deren Vermögen und Geschäftsumfang gering ist, von der Vorlage der Jahresabrechnung befreien (§ 35 Abs. 2). Diese Voraussetzung kann regelmäßig bei Verbänden als erfüllt angesehen werden, deren Grundbesitz insgesamt kleiner ist als 25 ha Wald oder 75 ha sonstigen Grundbesitzes und die Beiträge nicht erheben.

IV. Anl

1. Änder

Bei d
38) hat
behörde
(vgl. § 4

2. Verw

Im E
ich folg

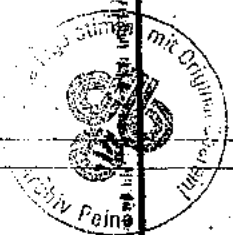
Für
der Gre
bühren
von K
Feststel
Realver
zelne A
ben St

VII. Ab

zu
od

1. Bes Rea

Die
betreff
Hanno
nossen
ne au
Rechts
entfäll
ihre B
setzes



IV. Anlage der Mitglieder- und der Vermögensverzeichnisse

1. Änderung von Rezessen

Bei der Genehmigung der Änderung von Rezessen (§§ 37, 38) hat das Kulturamt vor jeder Entscheidung der Aufsichtsbehörde der Gemeinde oder des Wasser- und Bodenverbandes (vgl. § 47) Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

2. Verwaltungskosten

Im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen bestimmen sich folgendes:

Für Amtshandlungen der Kulturämter bei der Feststellung der Grenzen eines Auseinandersetzungsgebiets (§ 51) sind Gebühren nicht zu erheben. Auslagen, z. B. für die Beschaffung von Karten, sind zu erstatten. Für sonstige Auskünfte zur Feststellung des Vermögens oder des Mitgliederbestands von Realverbänden sind Gebühren dann zu erheben, wenn die einzelne Auskunft einen Arbeitsaufwand von mehr als einer halben Stunde erfordert.

VII. Abwicklung laufender Verfahren nach bisherigem Recht zur Genehmigung oder Bestätigung von Rechtsgeschäften oder zur Regelung der Vertretung von Realverbänden

1. Bestätigung von Rechtsgeschäften der Realgemeinden und Realgenossenschaften

— Die im bisherigen Recht (§ 8 Nr. 1 Abs. 3 des Gesetzes, betreffend die Verfassung der Realgemeinden in der Provinz Hannover vom 5. 6. 1888 und § 13 des Gesetzes, die Realgenossenschaften betreffend vom 26. 5. 1896) noch vorgeschriebene aufsichtsbehördliche Bestätigung oder Genehmigung von Rechtsgeschäften der Realgemeinden und Realgenossenschaften entfällt. Soweit Rechtsgeschäfte noch nicht wirksam waren, weil ihre Bestätigung ausstand, sind sie mit Inkrafttreten des Gesetzes ohne weiteres wirksam geworden.

318



2. Genehmigung von Substanzverfügungen in Interessentenschaften

Hat der Vertreter einer Interessentenschaft vor Inkrafttreten des Gesetzes über deren Substanz verfügt, so tritt der Realverband als Vermögensnachfolger (§ 2 des Gesetzes) in den Vertrag ein. Waren Substanzverfügungen bei Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht wirksam, weil das Kulturamt sie noch nicht genehmigt hatte (§ 4 des Gesetzes, betreffend die durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten vom 2. 4. 1887), so ist ein Beschluß der Mitgliederversammlung über die Verfügung (§ 22 Abs. 1 des Gesetzes) herbeizuführen; die Genehmigung des Kulturamtes entfällt.

3. Regelung der Verwendung des Erlöses aus Substanzverfügungen in Interessentenschaften

Der Erlös aus Substanzverfügungen in einer Interessentenschaft gehört zum Vermögen des Realverbands (§§ 2, 4 des Gesetzes). Über seine Verwendung beschließt die Mitgliederversammlung (§§ 22, 27 des Gesetzes). Die nach dem bisherigen Recht (§ Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes, betreffend die durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten vom 2. 4. 1887) dem Kulturamt vorbehaltene Bestimmung über die Aushändigung oder Hinterlegung des Erlöses entfällt. Der Erlös ist in jedem Fall dem Realverband zuzuführen; soweit er hinterlegt oder gesperrt ist, ist er für den Realverband freizugeben.

4. Regelung der Verwaltung und Vertretung von Interessentenschaften

Die nach bisherigem Recht organlosen Interessentenschaften werden jetzt grundsätzlich durch die Gemeinde (§ 21 des Gesetzes) und in den Fällen, in denen das Kulturamt einen besonderen Vertreter bestellt hatte, weiter durch diesen (§ 50 des Gesetzes) vertreten. Bei den Kulturämtern anhängige, bisher

noch nicht
und Vertre
standlos ge

5. Abwickl.

(1) Soweit bei Inkrafttreten des Gesetzes die Beteiligten sind die entstanden von Auslag zusehen (können jed ämter Erge des Vermö wendet we

(2) Sow bei Inkraf nahme jed Entscheide nach Abs.

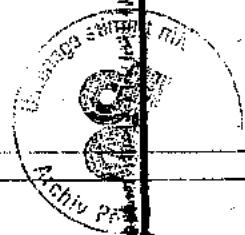
VIII. Änder

Folgend

1. Abschn
persch
MBL.

2. Abschn
setz u
S. 37

5 Nds. Re



noch nicht erledigte Anträge auf Regelung der Verwaltung und Vertretung einer Interessentenschaft sind damit gegenstandslos geworden.

5. Abwicklung laufender Verfahren nach Nrn. 1 bis 4

(1) Soweit über Anträge auf Maßnahmen nach Nrn. 1 bis 4 bei Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht entschieden war, ist den Beteiligten ein entsprechender Bescheid zu geben, im übrigen sind die Akten zu schließen. Eine Gebührenschuld ist nicht entstanden (§ 6 Verwaltungskostengesetz). Von der Erhebung von Auslagen ist grundsätzlich aus Gründen der Billigkeit abzusehen (§ 11 Abs. 2 Verwaltungskostengesetz); Auslagen können jedoch erhoben werden, soweit Ermittlungen der Kulturämter Ergebnisse gehabt haben, die weiter für die Feststellung des Vermögens und der Mitglieder eines Realverbandes verwendet werden können.

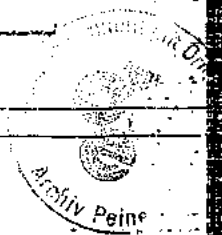
(2) Soweit Anträgen auf Maßnahmen nach Nrn. 1 bis 4 bei Inkrafttreten des Gesetzes stattgegeben war, gegen die Maßnahme jedoch Widerspruch eingelegt worden ist, ist sowohl die Entscheidung als auch der Widerspruch gegenstandslos. Es ist nach Abs. 1 zu verfahren.

VIII. Änderung anderer Vorschriften

Folgende Vorschriften werden aufgehoben:

1. Abschn. II Abs. 2 des Ausf.-Erl. zum Gesetz über den Körperschafts- und Genossenschaftswald vom 15. 8. 1961 (Nds. MBl. S. 865),
2. Abschn. VIII des Ausf.-Erl. zum Grundstücksverkehrsgesetz und Landpachtgesetz vom 6. 4. 1962 (Nds. MBl. S. 374).

Anlage Nr. 2317



321

Anlage 24:

Gem. RdErl d. Nds MfELuF u. d. Nds MdI vom 29.04.1970



Schwarz - Geschenk xx Heft 55
Niedersächsisches Realverbandsgesetz

Anlage Nr. 2411

VIII Feststellung der Grenzen des Ausein- setzungsgebietes nach § 51 des Realverbandsgesetzes

Gem. RdErl. d. Nds. MfELuF u. d. Nds. MdI vom 29. 4. 1970

322

Soweit die Feststellung der Grenzen eines Ausein-
setzungsgebietes nach § 51 des Realverbandsgesetzes vom
4. 11. 1969 (Nds. GVBl. S. 187) bei dem zuständigen Kultur-
amt beantragt wird, sind zur Vorbereitung des Verfahrens
folgende Arbeiten durchzuführen:

1. Die *Gemeinde* oder der vom Kulturamt bestellte *Vertreter*
haben im Antrag (2-fach) die genaue Bezeichnung des Aus-
einandersetzungsverfahrens und das Vollzugsdatum des Re-
zesses anzugeben. Der Vertreter des Realverbandes hat fer-
ner den seiner Bestellung zugrunde liegenden Beschluß mit-
zuteilen.
2. Das *Kulturamt* trägt die Grenzen des Auseinsetzungs-
gebietes in eine topographische Karte 1 : 25 000 (TK 25)
ein. Verfügt es nicht über entsprechende Unterlagen, gibt
es den Antrag an das *Landeskulturamt* in Hannover weiter.
3. Das *Kulturamt* trägt in die nach Nr. 2 ausgearbeitete TK 25
die Grenzen der Fluren und ggf. der Gemarkungen, die von
dem Auseinsetzungsgebiet betroffen sind, und deren
Bezeichnungen ein. Für die Feststellung, durch welche Fluren
die Gebietsgrenze verläuft, sind erforderlichenfalls die beim
Katasteramt vorhandenen Kopien der Karten über das Aus-
einandersetzungsverfahren heranzuziehen.
Das Katasteramt fertigt von den Flurkarten, durch die Gren-
zen des Auseinsetzungsgebiets verlaufen, je 2 beglau-
bigte Auszüge.
4. Das *Landeskulturamt* veranlaßt die Einzeichnung der Gren-
zen des Auseinsetzungsgebietes in die Auszüge aus dem
Flurkartenwerk und bescheinigt die richtige Eintragung.
5. Das weitere Verfahren richtet sich nach § 51 Realver-
bandsgesetz.



Nach der endgültigen Feststellung der Grenzen des Auseinandersetzungsgebietes ist eine Ausfertigung der Flurkarten dem Realverband zu überlassen, die andere ist beim Kulturamt aufzubewahren.

6. Wegen der Verwaltungskosten für die Amtshandlungen der Behörden der Landeskulturverwaltung wird auf Abschn. VI Abs. 2 des Runderlasses vom 10. 12. 1969 (Nds. MBl. 1970 S. 48 [GültL MfELuF 3/15]) verwiesen.

Das Katasteramt zieht für die Amtshandlungen nach Nr. 3 die Verwaltungskosten unmittelbar vom Veranlasser nach Nr. 1 vor Abgabe der Unterlagen an das Landeskulturamt ein.

Der Antragsteller (Nr. 1) ist vom Kulturamt/Landeskulturamt in einer Antragsbestätigung auf die vorstehende Kostenregelung hinzuweisen.

7. Die vorstehende Verfahrensregelung gilt für die ehem. preußischen Gebietsteile. Werden auch in den übrigen Landesteilen Feststellungen der Grenze von Auseinandersetzungsgebieten erforderlich, ist entsprechend zu verfahren.

Anlage Nr. 2412

323

Die e

Abwic
Amts
Anpa
Ausei
Fes

Bauh
Betrie
Betrie
Betrie

Au
ÜB
An
Au
Braur
Un
An
Ab
Brenr

Dien

Eisen
Zu
34

